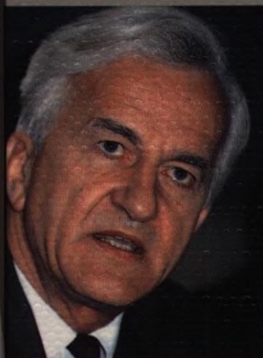
Joachim Siegerist · Oder/Neiße · Verzicht bleibt Verrat

Joachim Siegerist

Oder-Neiße

Verzicht bleibt Verrat





Stalins letzter Coup

Joachim Siegerist

Oder-Neiße – Verzicht bleibt Verrat

Stalins letzter Coup

Joachim Siegerist

Oder-Neiße

Verzicht bleibt Verrat

Stalins letzter Coup

Fotoredaktion: Uwe Hempen

Fotos:
Ullstein, dpa, Privatfotos

Internationale Standard-Buchnummer
ISBN 3-910087-00-0

WPR

Hamburger Straße 3, 2000 Hamburg 76, Telefon: 040/224458
Telefax: 040/2277592

1. Auflage Mai 1991

Verlag:
WPR/Wirtschafts- u. Politik-Verlag GmbH

Satz und Druck: KÖLLE-DRUCK, Preußisch Oldendorf

Verantwortlich für den Inhalt: Der Herausgeber

INHALT



Joachim Siegerist:

Die ehemalige „DDR" ist nicht „Ost-Deutschland"

Um es klar zu sagen: In der Oder-Neiße-Frage hat die Regierung Kohl erbärmlich versagt. Wenn Kohl behauptet, daß der Preis für die Teilwiedervereinigung die Anerkennung dieser völkerrechtswidrigen Grenze sei, dann sagt er die Unwahrheit. Ob bewußt oder unbewußt – das bleibt sich im Prinzip gleich. Unbestreitbare Tatsache ist: Die Regierung Kohl hat weder mit den Polen noch mit den Sowjets über die Herausgabe der gestohlenen deutschen Ostgebiete verhandelt.
Ich bin nach wie vor der Meinung, daß mit den Sowjets und den Polen das Geschäft zu machen gewesen wäre: „Geraubtes Land gegen harte Währung".
Die Japaner mit ihren Kurilen-Inseln sind es, die uns in diesen Tagen vormachen, wie verhandelt werden muß. Es gehört nicht viel Phantasie dazu, um zu erkennen, daß die sprichwörtliche polnische Wirtschaft (kein von den Nazis erfundenes Schimpfwort) bald total am Ende sein wird. Spätestens dann hätten die Verhandlungen beginnen können. 1990 machten DIE DEUTSCHEN KONSERVATIVEN e.V. in den polnisch besetzten Gebieten eine sensationelle Umfrage, die unsere Medien verschwiegen. Da wurde festgestellt, daß mehr als 60 Prozent der in den geraubten deutschen Ostgebieten lebenden Polen für eine Rückgabe des Landes an

Deutschland sind – vorausgesetzt, daß sie selber in „deutschen Verhältnissen“ leben können.
Das heißt: Selbst von den Polen wären keine unüberwindlichen Schwierigkeiten zu erwarten gewesen. Am Rande: Auch im Baltikum stimmten ja sehr viele Russen für die Selbständigkeit Lettlands, Litauens und Estlands. Unsere Regierung hat vor dem angeblichen „Zeitgeist“ geduckt. Noch schlimmer: Sie hat sich über geltendes Völkerrecht hinweggesetzt – und ohne Anhörung der Betroffenen entschieden. Die Regierung macht selber Dinge, die sie Diktatoren vorwirft.
In einer Zeit, in der das sowjetische Kolonialreich zusammenbricht und selbst die kleinsten einverleibten Staaten (mit Recht) ihre Selbständigkeit und Unabhängigkeit einklagen, verzichtet unsere Regierung auf rund ein Drittel deutschen Reichsgebietes. Man muß kein „Rechter“ sein, um über dieses „Meisterstück“ deutscher Politik einmal unvoreingenommen nachzudenken.
Ohne Befragung der Betroffenen können Parlamente beschließen, was sie wollen. Sie heben damit geltendes Völkerrecht nicht aus den Angeln. Für mich ist die ehemalige „DDR“ nicht Ost-Deutschland, wie die Regierungspropaganda auf mieseste Art und Weise verbreitet. Ostdeutschland, das liegt u. a. in Schlesien, Pommern und Ostpreußen. Damit Recht Recht bleibt und nicht von willfährigen Politikern – der jeweiligen Tagespolitik angepaßt – verbogen werden kann, deswegen habe ich dieses Buch schreiben lassen. Der Inhalt entspricht in fast allen Punkten auch meinen politischen Auffassungen.

Hamburg, im Mai 1991 Joachim Siegerist

»Vergeßt uns nicht!«

Wie ein unendliches Meer aus gelbem Korn wiegt sich der Weizen sanft im Wind. Felder, so weit das Auge reicht. Überall blüht der Löwenzahn. An den Alleen verdorrte verkrüppelte Bäume. Rot leuchtet der Ahorn. Tausendfach schlagen die Birken aus. Ihre weißen Rinden glänzen im Mittagshimmel und zaubern ein eigentümliches Licht herbei, weiß und flirrend, mit grünen tanzenden Reflexen . . .

Bilder aus Schlesien. Bilder, wie sie der kürzlich verstorbene schlesische Dichter Horst Bienek mit Worten gemalt hat.

Schlesien, wie schön es war – und wie schön es noch heute ist.

Ich bin im Dorf S. 82 Einwohner, 32 Gehöfte. Es leben fast nur Deutsche hier. Ich besuche den Hof der alten Schlesierin Friede S. Sie hat ihr ganzes Leben hier verbracht. Sie hat graue Haare bekommen in Schlesien. Ihr Gesicht ist wettergegerbt, ihre Stirn hat tiefe Falten.

Wenn sie von Deutschland spricht, spricht sie vom »Reich«.

»Sehen Sie«, sagt sie und zeigt mir stolz ihren Hof. »Alles sauber, gepflegt. Wir sind fleißige Leute hier. Wir haben hier ausgehalten. Generation um Generation. Zwei Kriege. Alle Stürme. Alle Verfolgungen. Allen Haß. Wir lieben unsere Heimat. Wir wollen hier bleiben. Wir werden hier bleiben.«

Ich frage, ob es denn in den letzten Jahren besser geworden ist für die Deutschen in Schlesien. Sie zögert: „Ja, ein bißchen hat sich schon getan. Wer jetzt im Lande deutsch spricht, kommt nicht mehr in Gefahr. Deutsch-

sprachige Gottesdienste finden auch statt, drei Dörfer weiter. Da fahren wir sonntags mit unserem ›Schiguli‹ (russischer Kleinwagen) hin.« Ihre beiden Töchter sind in Beuthen mit Deutschen verheiratet, die in der Industrie arbeiten. Der eine als Ingenieur.

Ich frage sie nach ihrer Zukunft. »Ja, schön wäre es schon, wenn alles wieder zu Deutschland gehören würde. Aber daran glaube ich nicht. Wir möchten als Deutsche so leben dürfen wie die Polen auch. Natürlich wäre auch etwas mehr Wohlstand schön. Vieles gibt es hier nicht, was der Mensch braucht.«

»Und was fehlt?« frage ich. Sie schaut nachdenklich zu Boden. »Wir brauchen Zement zum Verputzen unseres Hauses und neue Holzrahmen für die Fenster.«

Wünsche einer alten Schlesierin. Nicht Kaffee, nicht Schokolade, nicht Kleidung. Sie braucht Zement. Das Leben ist elementarer hier, bodenständiger. Es geht ums Notwendigste 45 Jahre nach Kriegsende. Während sich die Deutschen in der Bundesrepublik Sorgen um den dritten Fernseher und die dritte Urlaubsreise im Jahr machen ...

Über die Wiedervereinigung freut sie sich. »So gut für die Menschen, so gut für alle. Uns freut es sehr, auch meinen Mann und die Familie und alle Deutschen hier.«

Auf Außenminister Genscher ist sie dennoch nicht gut zu sprechen: »Ich höre ja die Deutsche Welle aus Köln oft und lese auch die Zeitung. Wann immer der Genscher hier war, auch in Schlesien schon mal, Deutsche hat er nie besucht. Als ob es uns nicht gäbe.«

Wir verabschieden uns, sie drückt mir fest die Hand. Dann, sie hat sich schon halb umgedreht, ruft sie mir noch einen Satz hinterher. Einen Satz, der schwerer

wiegt als tausend Worte: »Vergeßt uns hier nicht, vergeßt uns hier nicht . . .«
Szenenwechsel. Wenige Wochen später. Ich reise durch Ostpreußen. In einem Dorf bei Allenstein mache ich Halt, besuche den deutschen Bauern R.Th. Stolz zeigt er mir seinen Hof. Er hat viele Tiere: Kühe, Schweine, Hühner. Das Feld hinter dem Gartenzaun ist bestellt. Ein Musterhof. Dann sitzen wir in der guten Stube bei Kaffee und Kuchen. Er erzählt: »Vor 15 Jahren, da gab es noch mehr Deutsche hier im Dorf. 1978 und 1979 sind viele von uns nach Deutschland gegangen. Jetzt sind wir hier in der Umgebung noch ein Dutzend deutsche Familien. Wir bekommen von Verwandten aus Köln Zeitschriften. Und in den letzten beiden Jahren kommt das, was geschickt wird, auch bei uns an. Bei uns können wir keine deutschen Zeitungen kaufen. Es gibt auch keine deutschen Gottesdienste. Jeden Sommer aber besuchen uns die Leute aus Deutschland – wir fühlen uns dann nicht mehr so allein.«
»Wird in den Zeitungen die deutsche Minderheit noch immer verschwiegen?« frage ich. »Bei uns in Ostpreußen? Ja! Aber über die Deutschen in Schlesien ist schon manchmal was zu lesen.« Dann nennt er die Hauptprobleme: »Wir brauchen ein deutsches Kulturhaus. Es muß ja nicht direkt in unserem Dorf sein. Ein Haus, wo wir deutsch reden und singen können, vielleicht auch wieder eine kleine Blaskapelle einrichten dürften.«
Was er von der Politik der Bundesregierung in Bonn hält? Sein Gesicht verdüstert sich: »Die denken doch gar nicht an uns. Manchmal glaube ich, wir im Osten haben den Krieg allein verloren! Wer spricht von uns? Was sind für große Kredite von euch nach Polen geflossen!

Wir haben das gelesen. Aber man sieht davon nichts und wir Deutschen schon gar nicht! Ich will nicht klagen, wir kommen hier schon allein zurecht. Aber die großen Paketaktionen vor Jahren von eurer Kirche – das haben sich zumeist die Katholiken zugeteilt, und wir haben nichts bekommen. Viele bei euch wissen ja gar nicht, daß es uns gibt. Schön wäre es, wenn der Kohl härter wäre, nichts geben würde, bevor wir hier nicht wieder Deutsche sein dürfen. Richtige Deutsche.«
»Die Zukunft?« frage ich ihn. »Die meisten, die gehen wollten, sind jetzt weg! Und die, die geblieben sind, wollen nicht mehr weg. Vielleicht später noch ein paar von denen, die jetzt noch Kinder sind. Wir möchten hier endlich wieder als Deutsche leben. Sonst nichts! Kohl und Genscher sollten keinen Vertrag unterschreiben mit den Polen, in dem nicht auch etwas für uns getan wird. Ist das zuviel verlangt?«
Herbst 1990, die Reise durch das alte Deutschland geht weiter. Ich stehe auf dem Hof eines alten ermländischen Bauern. Max F. heißt er. Und er bittet mich, seinen Namen nicht zu nennen: »Wir wissen nicht, was kommt. Die Polen beobachten uns genau. Viele von uns sind drangsaliert worden. Der Ärger ist immer noch groß, wenn sich auch das Verhältnis zwischen Deutschen und Polen verbessert hat. Aber da ist immer noch der Neid. Meine Frau und ich arbeiten im Sommer, bis es dunkel wird. Uns geht es gut. Wir haben alles, was man braucht. Nur deutsche Bücher fehlen für meinen Enkel und meine Enkelin. Die Polen haben uns nach 1945 fast alles weggenommen, und die Bücher hatten meine Eltern vorher weggeworfen – aus Angst, damit erwischt zu werden.«

Warum der Rest seiner Familie bleibt? »Wir haben schon viele Ausreise-Anträge gestellt. Bestimmt neun oder zehn. Alle wurden abgelehnt. Jetzt sind wir so alt, da habe ich gesagt: »Martha, jetzt können wir die letzten Jahre auch noch hier verbringen. Seit fünf Jahren habe ich keinen Antrag mehr gestellt und auch nichts gehört. Heimat ist doch Heimat. Und die beiden Kinder kommen ja jedes Jahr ein- bis zweimal zu uns!«
Ich verabschiede mich. Seine schwielige, abgearbeitete Hand liegt in der meinen. Er sagt: »Laßt uns nicht im Stich. Allein schaffen wir das nicht. Und ihr seid doch stark genug, in Warschau mal anzuklopfen und zu sagen: Tut was für die Deutschen hier!«
Ich ziehe meine Hand weg, aber er nimmt sie erneut: »Hier ist alles immer schwierig gewesen. Deutsche und Polen – ein ganz eigenes Kapitel. Wir kennen die Probleme. Aber draußen, in Deutschland, im Reich, da wissen sie es nicht. Schreiben Sie doch darüber! Schreiben Sie, damit viele von unseren Sorgen und Nöten erfahren. Schreiben Sie, damit wir nicht vergessen werden. Wir sind doch auch Deutsche!«
Als ich im Auto sitze, winkt er mir nach. Er winkt noch, als ich hinter der ersten Biegung verschwinde. Ja, denke ich, er hat recht, ich muß es tun. Ich werde schreiben. Ich bin es ihnen schuldig – den Deutschen jenseits von Oder und Neiße. Ich schreibe, weil eines wohl nie geschehen darf: Daß die Vertriebenen aus Ostpommern, Westpreußen, Danzig, Ostpreußen, Ost-Brandenburg, Ober- und Niederschlesien die eigentlichen Verlierer des Zweiten Weltkrieges sind.

- Daß 104 000 Quadratkilometer Deutschland, 1945 von Sowjetrußland abgetrennt, für immer weg sein sollen.

- Daß 800 Jahre deutsche Besiedelung, deutsche Mühen, deutsche Arbeit umsonst waren.
- Daß Stalin 45 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges seinen letzten Sieg erringt.

Ich schreibe dieses Buch, weil ich nicht glauben mag, was Christian Graf von Krockow in »Die Reise nach Pommern« so melancholisch beschrieb:

»Maikäfer, flieg'!
Dein Vater ist im Krieg.
Dein' Mutter ist in Pommernland.
Pommernland ist abgebrannt.«

Ein Singsang der Kinder, vertraut, verweht – und erfüllt, als sei's die Weissagung selber. Die Maikäfer flogen fort und kehrten nicht wieder. Die Väter, die Brüder und Söhne blieben im Krieg. Pommernland aber ist nicht bloß abgebrannt. Es ist für immer dahin.

Hinterpommern jedenfalls, das Land jenseits der Oder, gibt es nicht mehr. Zwar das Gebiet ist noch da. Wie in den Kindertagen säumen Wald oder Heide die Seen und die Flüsse; das Meer ist noch da und die sanfte Dünung der Felder. Die Natur hält stand, besser sogar als im Triumph unseres Fortschritts. Chausseebäume spenden weiterhin Schatten, die Hornissen schwärmen genau dort, wo sie es stets schon taten. Störche schreiten ernst in den Moorwiesen wie eh und je.

Aber es ist Pommern nicht mehr, sondern Pomorze, fremd nun und fern: »Andere Menschen leben jetzt dort, nach ihrem eigenen Maß . . .«

Andere Menschen? Anderes Land? Schauen wir uns Polen doch mal an. Schauen wir uns an, wie es wurde, was es heute ist.

Die historischen Anfänge und die Zeit des Deutschen Ordens

Polen versucht heute, seine Gebietsansprüche historisch zu belegen. Doch die geschichtliche Wirklichkeit spricht eine andere Sprache! Das Gebiet des späteren Ostpreußen wurde nie von Polen bewohnt. Von der jüngeren Steinzeit bis zur deutschen Kolonisation im 13. Jahrhundert wohnten hier Völker, die weder der germanischen noch der slawischen Völkerfamilie zuzurechnen sind. Es lebten dort vor allem die Pruzzen, die später Preußen den Namen gaben. Dieses Volk war Teil des selbständigen ostbaltischen Völkerkreises, zu denen auch Litauer und Letten gehören. Slawen tauchen dort erst in größerer Zahl nur in Kriegen oder nach der Vertreibung in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg auf. Das Gebiet von Pommern und der Weichselmündung gehört zu den Landschaften, in denen sich die germanische Völkerfamilie von Anfang an entwickelte. Bis 400 n. Chr. wurde es von germanischen Stämmen bewohnt, die in der Völkerwanderungszeit ihre angestammten Räume verließen. Seit etwa dem 7. Jahrhundert rückten Slawen nach, aber keine aus dem polnischen Stammesbereich.

Zu den germanischen Völkerschaften, die hier vorher gelebt hatten, gehörten u. a. die Goten, die um 150 n. Chr. aus dem skandinavischen Raum auf das Festland herübergekommen waren. Es zählten dazu die Langobarden, Rugier, Burgunder und Silinger, letztere im Bereich des heutigen Schlesien. Von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer hatten sich noch viele andere germanische Völker ausgebreitet. Die Goten wanderten später

in Richtung Süden und errichteten bald am Schwarzen Meer ein großes Reich, das unter Ermanerich zu den stolzesten der Epoche gehörte. Die Hunnen zerstörten es Mitte des 4. Jahrhunderts in ihrem Ansturm auf Europa. An der unteren Donau siedelten die Überlebenden neu. Auch die anderen germanischen Völkerschaften wichen – wahrscheinlich auch des Ansturms aus dem Osten wegen – zurück. Von den Gebieten der Weichsel und Oder, ja des Dnjepr, wo sie längere Zeit ansässig waren, zogen sie nach Westen ab. Sie suchten sich neue Lebensräume in Frankreich, Spanien, Italien, einige auch im nördlichen Afrika.

Schlesiens Siedlungsgeschichte ist etwas komplizierter. Schon in der Bronzezeit hatte es in dieser Landschaft einen ersten kulturellen Höhepunkt unter den Illyrern gegeben, einem nichtslawischen Volke, das zusammen mit Böhmen und Mähren hier lebte. Etwa um 500 v. Chr. tauchten die Germanen hier auf. Ihr Stamm der Silinger lebte hier bis ins 4. Jahrhundert, bis nach seiner Abwanderung slawische Stämme nachrückten. Mit mühsamen wissenschaftlichen Verrenkungen versucht die polnische Geschichtswissenschaft nunmehr seit mehreren Generationen aus den Pruzzen und Illyrern »Urslawen« zu machen. Doch wer die Entwicklung auch nach der Völkerwanderung systematisch verfolgt, kann auch nach diesem Ereignis nur an der mittleren Weichsel und Warthe die Polanen, das später Polen genannte Volk, vorfinden. Der Begriff Polen stammt wahrscheinlich vom Wort »poljana«, das Waldlichtung bedeutet. Am oberen Lauf der Weichsel siedelten damals die Wislanen, im schlesischen Raum ab dem 6. Jahrhundert die Slesanen, von denen einige Histori-

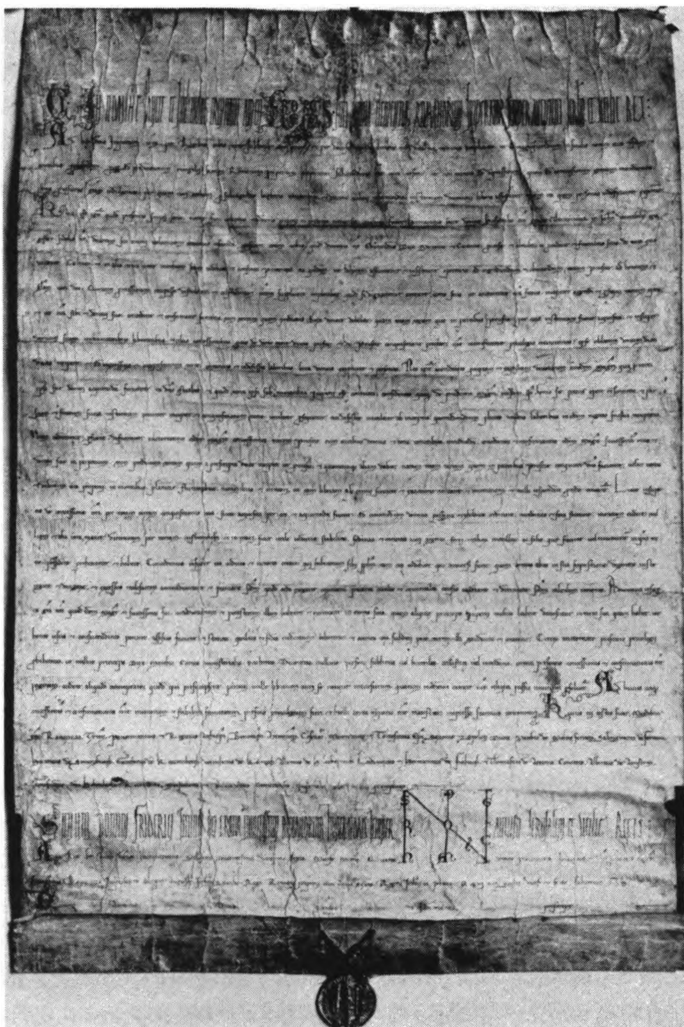
ker sagen, daß dieser Volksname dem Begriff Schlesien zugrunde liegt.
In seinem Buch »Das Oder-Neiße-Problem« schildert Friedrich von Wilpert Polens Entstehung, historisch einwandfrei recherchiert, so: »Der Stammbaum des polnischen Volkes geht zurück auf die im Warthe-Netze-Raum und an der mittleren Weichsel ansässigen Polanen und die am Oberlauf der Weichsel siedelnden Wislanen.
Im 10. Jahrhundert erscheint zum ersten Male ein polnischer Herzog – es war Miesko, der 963 dem deutschen Markgrafen Gero den Vasalleneid leistet.
Die älteste Hauptstadt Polens war Gnesen. Erst im 14. Jahrhundert trat an Gnesens Stelle Krakau, und erst weit später verlagerte sich der Schwerpunkt des polnischen Staates nach Warschau.
Dem Herzog Miesko gelang es gegen Ende seiner Regierung, Schlesien zu erobern, das sich im böhmischen Besitz befand. Sein Sohn Boleslaw, mit dem Beinamen Chobry (der Tapfere), erweiterte durch siegreiche Feldzüge nach allen Seiten hin seinen Machtbereich. Er eroberte unter anderem die Lausitz und behauptete sie in mehreren Kriegszügen gegen den deutschen Kaiser Heinrich II. Er unterwarf sich im Norden Teile von Pommern, im Süden Mähren und die Slowakei und stieß nach Südosten weit nach Rotrußland (Ukraine) hinein vor. Nach der Eroberung von Kiew hielt er die Zeit für gekommen, sich die Königskrone aufs Haupt zu setzen. Das war 1025 – seitdem gab es ein Königreich Polen. Freilich ging unter seinen Nachfolgern der größte Teil der Eroberungen wieder verloren. Vorübergehend gelang es Boleslaw Schiefmund (1102 – 1138), den Verfall des polnischen Reiches aufzuhalten, aber als nach sei-

nem Tode das Königreich unter seinen vier Söhnen aufgeteilt wurde, setzte ein zwei Jahrhunderte währender Abstieg ein.
Nutznießer war der deutsche Kaiser Barbarossa, der – als Wladyslaw II. das schlesische Erbe von seinen Brüdern streitig gemacht wurde – zugunsten des Nachbarn eingriff. Sein Feldzug endete erst in Posen. Doch auch der Rotbart vermochte den Streit nicht zu schlichten. Nach weiteren Wirren erhielten Wladyslaws Söhne Schlesien als Lehen vom deutschen Kaiser. Ebenfalls noch im 12. Jahrhundert huldigte der Pommernherzog Bogislaw I. von Stettin dem deutschen Kaiser.
Die Zeit des 11. und 12. Jahrhunderts ist die Epoche der großen und kleinen Züge nach Osten. Ein beispielloses Kolonisationswerk begann, wie es in der Größenordnung der Kontinent vorher nicht gesehen hatte und danach auch nicht wieder erlebte. Diese Bewegung hatte viele Ursachen.
Wichtige Neuerungen durchpulsten im 11. und 12. Jahrhundert das deutsche Bauerntum. Der germanische »Krieger-Bauer«, der zugleich Soldat, Landwirt, Handwerker, Ackerbauer und Viehzüchter war, wurde zum wirklichen Bauern, zum Spezialisten; das System der Dreifelderwirtschaft entstand; der »deutsche Pflug« wurde weiterentwickelt, der gegenüber dem »slawischen Haken« den Boden nicht nur aufriß, sondern wendete; Wasser- und Windmühlen ersetzten die alten Handmühlen; die Dorfgemeinde mit eigener Gerichtsbarkeit formte sich ebenso wie neue Rodungstechniken, die bisher schwer zugängliche Landstriche in den Lebensraum des Menschen einbeziehen halfen. Der Entschluß, die angestammte Heimat zu verlassen und

die Entbehrungen eines Neuanfangs in Kauf zu nehmen, wurde oft erleichtert durch besondere Rechte, die den Neusiedlern zustanden, z. B. Zehntfreiheit, besondere Jagd- und Fischereirechte und die Möglichkeit, weiteres Land durch eigenen Fleiß hinzuzugewinnen.
So zogen besonders im 12. und 13. Jahrhundert organisierte Trecks nach Osten – oft kleine Menschengruppen, von denen jedoch eine sehr große Wirkung ausging, die die slawischen Fürsten schnell erkannten. So wurden denn auch manche Einwanderer von slawischen Adeligen gerufen, weil der Leistungswille der Siedler auch ihre eigene Macht vergrößern half. Mit ihrem überlegenen Ackergerät stießen sie tief in Wälder, Einöden und Sümpfe vor, die den ansässigen Slawen bis dahin unzugänglich geblieben waren. Die deutsche Landnahme verursachte dabei keine Aus- und Umsiedlungen oder gar Vertreibungen, sondern die Einheimischen behielten ihre Lebensräume. Die Zuwanderer bildeten zumeist langgestreckte Straßen- und Waldhufendörfer und schufen darin Rechtsordnungen mit einem ausgewogenen Verhältnis von Rechten und Pflichten. Diese neuen Rechtsnormen bestimmten in wachsendem Maße nicht nur das Leben der Deutschen, sondern auch der slawischen Nachbarn.
Rechtsgemeinschaften waren auch die deutschen Städte, die in rascher Folge gegründet wurden – in den Sudetenländern, in Schlesien, Ungarn und im slawisch besiedelten Norden Europas. Das Magdeburger und Nürnberger Stadtrecht waren die Vorbilder für die Stadtrechte im Osten und Südosten. Und im Norden sorgte die Macht der Hansestadt Lübeck dafür, daß sich Handel und Wandel nach lübischem Recht vollzogen. Weit in

den europäischen Osten bis ins Innere Rußlands drang dieses deutsche Stadtrecht vor und gliederte so die osteuropäischen Völker in den Raum des abendländischen Rechtsdenkens ein. Besonders wichtig wurden die Städte, in denen das Berg- und Hüttenwesen dominierte. Zwar hatten auch schon die Slawen in beschränktem Umfang Gold- und Silberwäscherei betrieben, aber zur Blüte kam der Bergbau erst durch die modernen technischen Ideen der Deutschen – Schacht- und bald auch Stollenbauten sowie mechanische Wasserhebungsmethoden machten eine systematische Erzgewinnung und Verarbeitung möglich. Über Schlesien und die Sudetenländer drangen diese für die damalige Zeit modernen Methoden bis in die Balkanstaaten vor. Die neben den Bergwerken entstandenen Schmelzhütten, Pochwerke und Münzstätten machten z.B. im 13. Jahrhundert den Böhmenkönig zum reichsten Fürsten Europas.

Durch ihre Verknüpfung mit der Ausbreitung des Christentums gewann die Ostkolonisation eine gesamteuropäische Bedeutung. Zwar waren schon Jahrhunderte vor den Siedlern christliche Glaubensboten bei den Slawen. Die Stützpunkte des neuen Glaubens beschränkten sich jedoch im allgemeinen auf die Adelssitze. Im Volke bildeten sich Mischformen aus christlichen und heidnischen Glaubensvorstellungen. Die von Westen her einströmenden Siedler brachten mit ihrer Religion auch die Heiligen und Priester ins Land und errichteten Kirchen und Glaubensstätten. Insbesondere zwei Orden, die Zisterzienser und Prämonstratenser, trugen den christlichen Glauben im Osten auch missionarisch voran.



Mit dieser Urkunde aus dem März 1226, der Goldbulle von Rimini, bestätigte Kaiser Friedrich II. dem Ordenshochmeister Hermann von Salza die versprochene Schenkung des Kulmer Landes und zukünftiger Eroberungen.

Diese beiden Orden brachten viele Fachkräfte in der Kultivierung unfruchtbaren Bodens hervor und sorgten zugleich für die Ausbreitung des in Frankreich geborenen gotischen Baustils nach Osten. Nach ihrer Regel „Bete und arbeite" waren sie tüchtige Gärtner, Landwirte und Bauherren und wurden auch in diesen Bereichen Lehrmeister der slawischen Nachbarn. 1226 rief der Slawenfürst Konrad von Masovien, von den Pruzzen – einem baltischen Stamme – bedroht, den Deutschen Ritterorden ins Land. Aber Hermann von Salza, der Hochmeister des Ordens, hatte mit einem solchen Unternehmen bereits schlechte Erfahrungen gesammelt. Die heidnischen Kumanen waren 1223 aus dem Osten Europas in das Königreich Ungarn eingebrochen.

Zum Schutze der von Franken besiedelten Landschaft Siebenbürgen hatte König Andreas II. von Ungarn die Brüder vom deutschen Hause herbeigerufen. Als jedoch nach dem Sieg über die Eindringlinge der Orden begonnen hatte, einen Ordensstaat aufzurichten, zwangen Andreas II. und der ungarische Adel die Ordensbrüder, das Land wieder zu verlassen.

So unterbreitete Hermann von Salza – Freund und Berater des deutschen Kaisers Friedrich II. – diesem seinen Plan, das für die Masowier bereits verlorene Kulmer Land zurückzugewinnen und nach der Christianisierung seiner Bewohner dort einen Ordensstaat aufzubauen. Kaiser Friedrich II. ging auf die Pläne Hermanns ein und unterschrieb im Jahre 1226 in Rimini eine Urkunde, die dem Hochmeister des Ordens die Stellung eines Reichsfürsten verschaffte und seine politischen Zielsetzungen guthieß:

»... daher haben wir dem Meister die Vollmacht erteilt, in das Pruzzenland mit den Kräften des Ordenshauses und mit allen Mitteln einzudringen, und überlassen und bestätigen dem Meister, seinen Nachfolgern und seinem Hause für immer sowohl besagtes Land, das er von dem Herzog gemäß seinem Versprechen erhalten wird, als ein altes gebührliches Recht des Reiches an Bergen, Ebenen, Flüssen und Wäldern und am Meere, und lastfrei behalten und gegen niemanden verpflichtet sein sollen.«

So begnügten sich die Ritter nicht mit der Verteidigung oder »Befreiung« des Landes, verbreiteten und sicherten nicht nur das Christentum, sie schufen zugleich ein Staatswesen mit einer wirkungsvollen Verwaltung. Ihr Organisationstalent und die günstige Lage an der Ostsee ließen das Land schnell zu einer bedeutenden Wirtschafts- und Handelsmacht werden. Die kleine Zahl der deutschen Ordensritter hätte diese Aufgabe nicht meistern können, wenn nicht Ritter vieler europäischer Völker an diesem Kreuzzug teilgenommen hätten. In Polen werden die Ordensritter oft als gnadenlose Eroberer dargestellt, die die slawische Bevölkerung unterjocht hätten. In der Tat zögerten sie nicht, den Christenglauben den Pruzzen mit Feuer und Schwert aufzunötigen. Ihr Kampf aber galt nicht dem anderen Volk. In dieser politischen Auseinandersetzung im Mittelalter ging es nur um Christen und Heiden. Mit der Taufe war der Unterworfene einbezogen in die Gemeinschaft der Christen. Er war ein Freund geworden.

Die Eroberung war von beiden Seiten her ein zähes Ringen. Wenn zur Herbstzeit die Kreuzfahrer ins Reich zurückkehrten, stürmten die Pruzzen aus den Wäldern ge-



Ordensritter in Livland nach einem Holzschnitt aus M. Dresser, »Sächsische Chronik«, Wittenberg 1596.

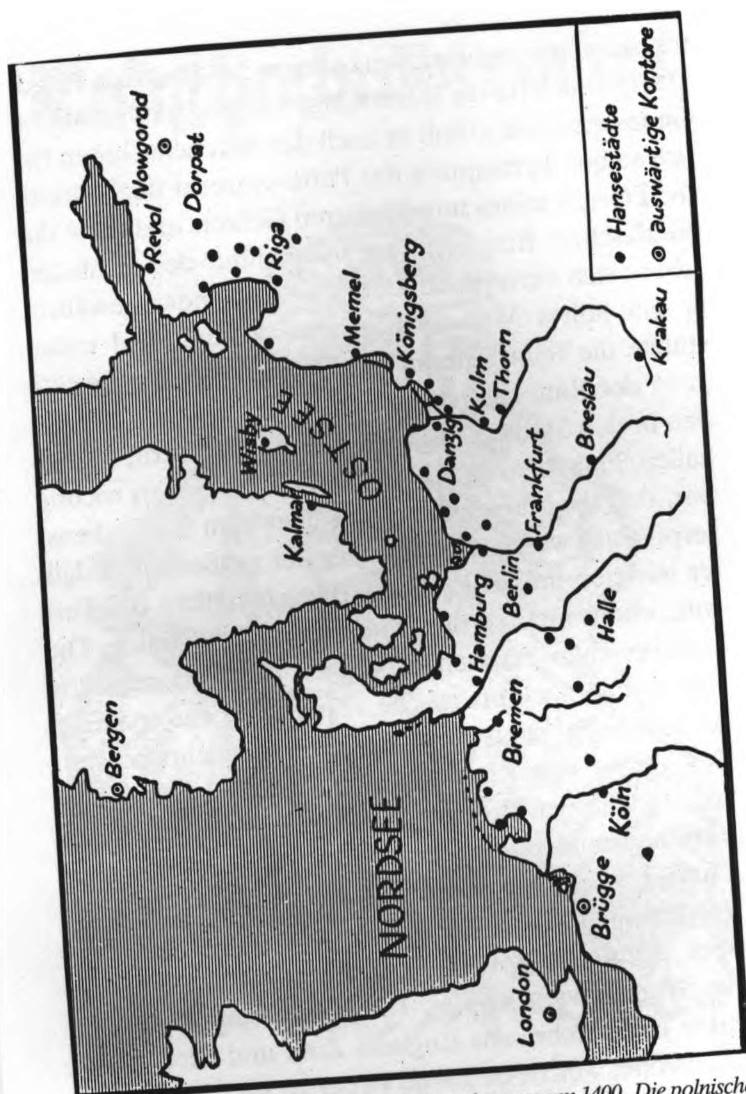
gen die neuen Stützpunkte, und es gelang ihnen, manche davon wieder zu zerstören. Auch in den unterworfenen Gebieten flammten immer wieder Aufstände auf. Doch die Ordensleute kamen trotzdem voran. An der Bezwingung des Samlandes beteiligte sich auch Ottokar von Böhmen mit einem Kreuzfahrerheer. Ihm zu Ehren wurde 1255 eine neue Burg an der Mündung des Pregel errichtet und später ab 1255 Königsberg erbaut.
1237, Hermann von Salza und Hermann Balk erlebten sie noch, fand die Verschmelzung der beiden größten Orden, die die Arbeit der Christianisierung auf ihre Fahnen geschrieben hatten – Schwertbruder und Deutscher Ritterorden – statt, gemeinsam wandten sie sich Pommerellen (dem späteren Westpreußen) zu. Durch geschickte Zahlungen und Verhandlungen kamen die Ordensleute auch in den Besitz dieser Landbrücke nach Ostpreußen.
1238 waren nach harten Kämpfen die Voraussetzungen für ein christlich-abendländisches Staatswesen geschaffen. Bis 1350 gründete der Orden rund 1400 Dörfer und 93 Städte und formte das Ganze zu einem Staatsgebilde, das den Vergleich mit modernen Staaten im Westen nicht zu scheuen brauchte. In der Verwaltungsorganisation und in der Wirtschaftsführung war der Ordensstaat den Staaten Westeuropas sogar überlegen. Die Grundlage für das Rechtsleben bildete die 1233 entstandene »Kulmer Handfeste«, die den Bürgern für die damalige Zeit sehr weitgehende Rechte garantierte.
Wie nahm der Orden Einfluß auf die politische Entwicklung? Er war nicht nur Oberherr, sondern auch, die bischöflichen Gebiete ausgenommen, der Obereigner des ganzen Landes. Er besaß das Münzrecht. Mühlen, Fi-

Teütscher brüder orden

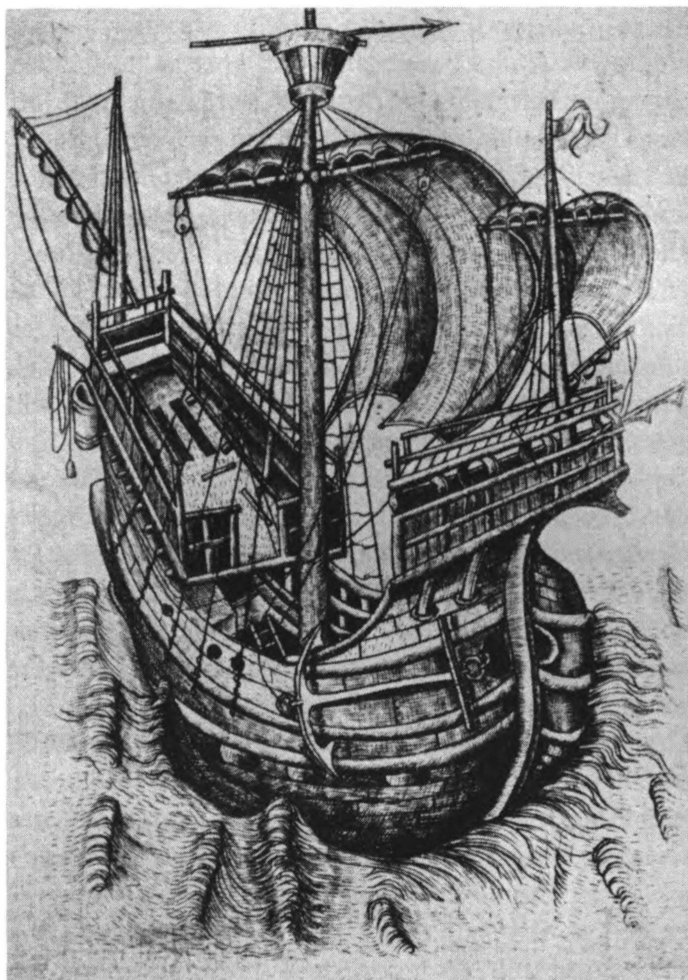


Tracht der Ordensritter nach einem Holzschnitt aus der Schedelschen Weltchronik von 1493.

scherei, Jagd und Bergwerke lagen fest in seiner Hand. Das gilt auch für die Bernsteingewinnung. Als geistliche Genossenschaft erhob er auch den Kirchenzehnten für sich selber, behauptete das Patronatsrecht über sämtliche Pfarren seines unmittelbaren Gebiets und hatte die preußischen Bistümer (mit Ausnahme des ermländischen) sich einverleibt. Den Stadtgemeinden gewährte er ein hohes Maß von Selbstverwaltung und unterstützte die Teilnahme an der Hanse. Aber die Bestätigung der Räte lag in seiner Hand. Auch erhob der Orden in den Städten Abgaben von Kaufhäusern, Markthallen, Fleischbänken, Gasthäusern. Besonders wichtig war, daß die Bürger ihm gegenüber zum Kriegsdienst verpflichtet waren. Die Besitzer der größeren Landgüter leisteten ihn zu Roß, die Bauern stellten das Fußvolk, ebenso hatten die Städte Krieger zu stellen. Die einheimischen Pruzzen arbeiteten auf Ordensgütern, aber es gab auch pruzzische »Freie«, welche später in die Schicht der deutschen Grundherren hineinwuchsen. Das vorher kaum bewohnte und wüste Weichseldelta verwandelte der Orden durch große Deichbauten und Entwässerungssysteme in eine blühende Ackerlandschaft. Und der hansische Handel begann zu erblühen. Die Kaufleute brachten aus Rußland und Polen Pelzwerk, Häute, Talg, Pech, Teer, Wachs, Holz, Getreide, aus Skandinavien Kupfer, Eisen, Bausteine, Waldprodukte und Fische, aus England Zinn und Blei, Leder, Schafwolle, welche deutsche Weber zu Tuchen verarbeiteten, aus den Niederlanden die kostbaren Stoffe und Geräte Flanderns, aber auch Südeuropas, das von niederländischen Schiffen ständig angefahren wurde. Sie führten dagegen nach dem Norden Wein, Bier, Ge-



Die Ausbreitung der Hansestädte und Hansekontore um 1400. Die polnische Hansestadt Krakau wurde von deutschen Kaufleuten geprägt!



Seit Mitte des 12. Jahrhunderts waren die Koggen in der Ostsee das Haupttransportmittel der hansischen Kaufleute. Bis weit über Polen hinaus nach Rußland entfalteten die deutschen Kaufleute ihre Aktivitäten.

würze, Salz und vielfältige Gewerbeprodukte. Auch Städte wie Krakau waren in dieses Handelsnetz einbezogen, und hier saß eine deutsche Kaufmannschaft. Im Nordosten dehnte sich der Handel nach Narwa, Reval, Pernau, Riga, Kronstadt, Nowgorod. Im Ladogasee und in der Mündung des Wolchow fuhren deutsche Hanse-Koggen.

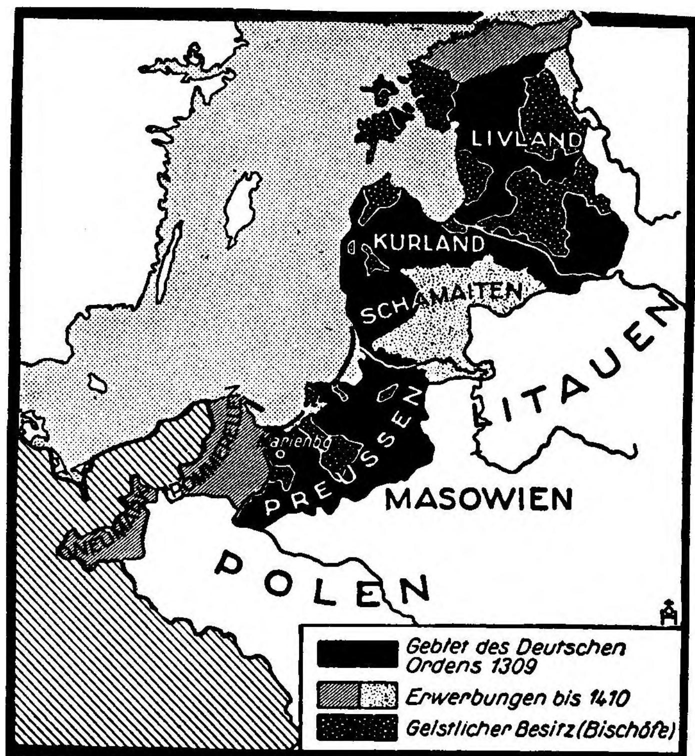
Unter dem Ordensritter Winrich von Kniprode (1310 – 1322) erreichte der Orden die Höhe seiner Macht. Der ritterliche Geist, der im Reiche bereits langsam zerfiel, lebte hier weiter. Wer an einer »Reise« (Kriegsfahrt) teilgenommen hatte, durfte am Ehrentische sitzen. Die Tapfersten bewirtete der Hochmeister selbst. Während der zumeist schweigend eingenommenen Festmahle wurden Teile aus der Ordenschronik vorgelesen oder Bibeltexte rezitiert. Die strenge Zucht der Ritter war noch ohne Bruch! Sie durften in den Städten nicht einkehren und nicht bei weltlichen Festen dabei sein. Das Schwert wurde auch im Schlafe nicht abgelegt.

Das Land wurde reich und reicher. Eine alte Legende erzählt, daß die Werderbauern Winrich von Kniprode zum Festmahl luden und ihm statt eines Stuhles eine mit Gold gefüllte Tonne als Sitzgelegenheit boten.

Das Ende des Ordensstaates und die Folgen

Die Katastrophe über dem deutschen Orden braute sich langsam seit dem Tode Kasimirs des Großen am 5. November 1370 zusammen. Mit ihm starb der Mannesstamm der polnischen Piasten aus. Die Herrschaft seines Nachfolgers, Ludwig I. von Ungarn, mündete in Bürgerkrieg und Niedergang. Als Hedwig, seine Tochter, zur polnischen Königin gekrönt worden war, schien es aufwärts zu gehen. Obwohl bereits mit Wilhelm von Österreich verlobt, kam auf sie eine weitere Bewerbung durch den litauischen Großfürsten Jagiello zu. Widerstrebend nahm sie an, weil der polnische Adel sie mit allen Mitteln drängte. Allerdings unter einer Bedingung: er und sein ganzes Volk müßten zum Christentum übertreten. Am 12. Februar 1386 zog der Litauerfürst feierlich in Krakau ein, wurde einen Monat später getauft und setzte sich als Wladislaw II. Jagiello die polnische Krone auf. Zu dieser Zeit waren die letzten Feuer in den heidnischen Tempeln der Litauer bereits gelöscht worden.

Damit verlor der Orden einen wesentlichen Teil seiner Zielsetzung, die damals auf die Christianisierung Litauens ausgerichtet war. Zwar wurde noch Samogitien an der Grenze Kurlands erobert und von Luxemburg die Neumark erworben, aber der Orden hatte nicht mehr seine alte Kraft. Der alten Ordenszucht war mit wachsendem Wohlstand und Reichtum auch Wohlleben gefolgt. Zudem kam, daß die Kolonisten an der Regierung beteiligt sein wollten, was das Grundgesetz des Ordens ausschloß. Ordensmeister Konrad von Rothestein



Der Ordensstaat zur Zeit seiner größten Ausdehnung.

(1382 – 1391) mußte dennoch einen Ständetag einberufen, weil die Unruhe zu groß wurde. Die halbpolnische Ritterschaft des Kulmer Landes begründete eine eigene Organisation, den »Eidechsenbund«. Die Städte waren störrisch, weil sie meinten, zu hohe Abgaben zahlen zu müssen. Nicht zuletzt störte sie der Eigenhandel des Ordens.
Unter diesen Bedingungen war der Orden nicht mehr kampfstark genug, sich gegen die vereinten Polen und Litauer zu behaupten. Ein Streitgrund tauchte um den Besitz einiger Burgen in der Neumark auf. Polen und Litauer, verstärkt durch tartarische Reiter und tschechisches Fußvolk, brachen im Sommer 1410 über die südliche Grenze des Ordensstaates ein und trafen bei Gilgenburg auf der Heide von Tannenberg auf das Ordensheer. Hochmeister Ulrich von Jungingen führte sein in 65 Banner eingeteiltes Heer selbst. Auch auf seiner Seite standen geworbene Söldnertruppen. Alles in allem dürften es 11 000 Krieger gewesen sein, die der Hochmeister ins Feld bringen konnte, während die Gegner mit 16 000 Mann über die Grenze eingefallen waren. Dieser Übermacht waren die Ordensleute nicht gewachsen! Ulrich von Jungingen fiel ebenso wie viele seiner Ordensbrüder. Ein Verrat des »Eidechsenbundes«, der mitten in der Schlacht die Seite wechselte, hat die Niederlage besiegelt.
Wladislaw II. Jagiello ließ die höheren Führer des Gegners, soweit sie in seine Hände gefallen waren, enthaupten. Schon wähnte er sich als Herr des Ordenslandes, da erstand ihm in Heinrich Reuß von Plauen, dem Komtur von Schwetz, ein neuer Gegner. Mit 3000 Mann verschanzte er sich in der Marienburg. Nach acht Belage-



Die Schlacht bei Tannenberg 1410 (nach einem alten Holzschnitt).

rungswochen mußten die Polen und Litauer abziehen, weil ein livländer Heer anmarschierte und die Ungarn sich feindlich zeigten, aber die Macht des Ordensstaates war dahin. Heinrich von Plauen, inzwischen für seine Verdienste zum Hochmeister erhoben, gab 1412 dem Lande noch eine ständische Verfassung. Die hohen Steuern, die er erheben mußte, um das Ordensheer zu erneuern, riefen aber zahlreiche Gegner auf den Plan. Als er den Krieg erneut beginnen wollte, verweigerte ihm der Marschall von Sternberg den Gehorsam. Unter dem Vorwurf angeblichen Hochverrats wurde er verhaftet und schmachtete 15 Jahre im Kerker.

Von diesen Schlägen hat sich der Orden nie mehr erholt. Die Selbständigkeitsbestrebungen der preußischen Städte wurden immer stärker. Den Verfall der Ordensmacht benutzten Adel und Stände, um sich zu verselbständigen, und begründeten 1440 einen Preußischen Bund, der dem Hochmeister die Gefolgschaft aufkündigte. Eine Gesandtschaft dieses Bundes bot Polens König Kasimir IV. gar die Oberhoheit über Preußen, die dieser – wenn auch unter schweren Bedenken – annahm. Viele Jahre noch versuchte der Orden, sich in langwierigen Kämpfen gegen die polnisch-litauische Übermacht zu wehren, bis er unterlag und im Frieden von Thorn 1466 der Staat seine politische Selbständigkeit verlor.

Die westliche Hälfte des Ordensstaates, Pommerellen und das Kulmer Land, die Bereiche von Marienburg und Elbing, die Bistümer Kulm und Ermland wurden in Personalunion mit der polnischen Krone vereinigt. Für das Hauptgebiet Ostpreußens mußte der Hochmeister die Oberhoheit des polnischen Königs durch einen persönlichen Treueid anerkennen.



Albrecht von Brandenburg-Ansbach (1490–1568) war der letzte Hochmeister des Ritterordens.

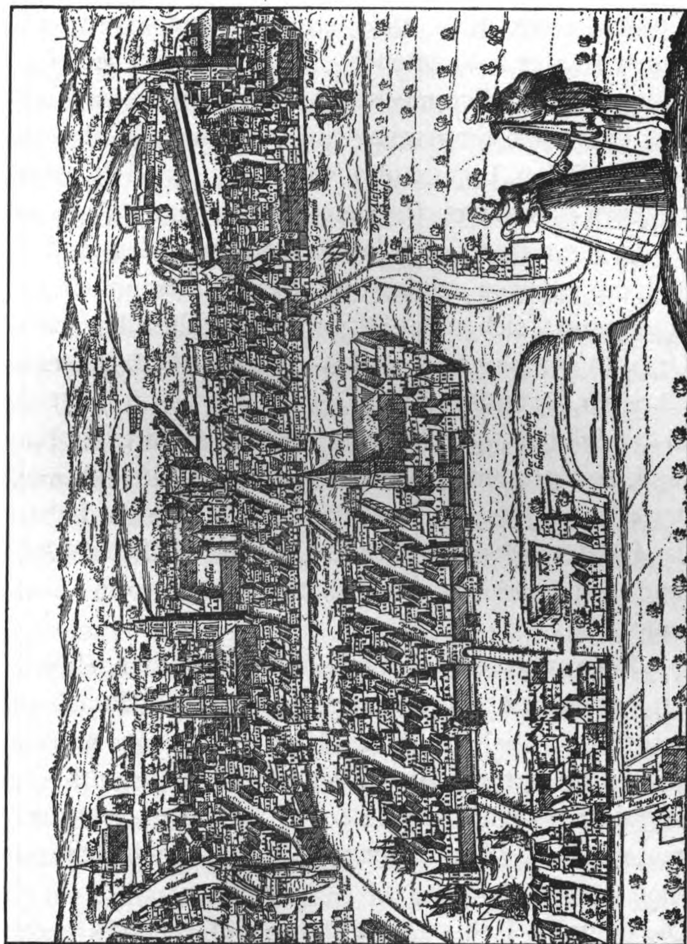
Was geblieben war vom Ordensstaat, versuchte sich dadurch zu behaupten, daß die Hochmeisterwürde nunmehr an Abkömmlinge binnendeutscher Fürstenhäuser vergeben wurde, um in Zukunft mehr Unterstützung vom Reich zu erhalten. Markgraf Albrecht von Brandenburg-Ansbach, 1510 gewählt, wandelte den geistlichen Ordensstaat 1525 in ein weltliches Fürstentum um.
Am Ende des Mittelalters brach langsam, aber unaufhaltsam die Nationalidee als neuer Leitgedanke hervor und löste die Ideen von der universalen Reichsordnung ab. Auch das Christentum verlor an Einfluß – kirchliche Reformideen, Humanismus und die ersten Entdeckungen schufen eine neue Weltschau. An die Stelle der einigen »Christenheit« traten schrittweise die einzelnen Nationen.
Die nationalen Reformideen des Jan Hus in Böhmen waren eines der frühen Fanale dieser neuen Bewegung. Mitursache waren soziale Gründe. So hemmte die Führungsrolle deutscher Bürger in den Städten den Aufstieg der tschechischen Handwerker. Während deutsche Siedler nur ihren Erbzins bezahlen mußten, stand die tschechische Landbevölkerung in einem intensiven Hörigkeitsverhältnis. Die revolutionäre Bewegung des Hussitismus zerstörte die deutsche Herrschaft in den böhmischen Städten und brachte Zerstörung und Verwüstung auch in die umliegenden deutschen Gebiete. Der Friede zu Iglau von 1436 bestätigte Böhmen als tschechischen Ständestaat mit eigener Amtssprache.
Dieses vorläufige Ende der deutschen Ostsiedlung festigte mit der wachsenden Bedrohung auch den Selbstbehauptungswillen der deutschen Siedler, die durch das Zusammenwirken der verschiedenen Stammesele-

mente langsam in den einzelnen Regionen zu sprachlicher Gemeinsamkeit zusammenwuchsen. Das 16. Jahrhundert hat mit der Entwicklung der neuhochdeutschen Schriftsprache und der Verbreitung reformatorischen Lesegutes die Geschlossenheit der deutschen Siedlungsräume erhöht. Die zwanziger Jahre des 16. Jahrhunderts brachten noch einmal ein Wiederaufleben der Siedlungsbewegung. Verlorengegangene Orte – vor allem in nordostdeutschen Landschaften – wurden zurückgewonnen, desgleichen in Schlesien und Böhmen. Auf der einen Seite wurden Lücken in der deutschen Siedlung aufgefüllt, auf der anderen Seite durch Rodung neue Gebiete erschlossen. Mit verbesserten Ackerbaumethoden wurden auch weniger fruchtbare Gebiete nutzbar gemacht. Gewerbliche und industrielle Siedlungsformen standen jetzt neben den landwirtschaftlichen.

1569 wurden die westpreußischen Gebiete durch den Vertrag von Lublin dem Königreich Polen einverleibt; und zwar als »Königliches Preußen« mit einem eigenen Ständetag, der aus deutschen und polnischen Ständeabgesandten unter dem Vorsitz des Bischofs von Ermland stand.

Das Jagiellonische Reich bestimmte von 1386 bis 1572 – also bis zum Beginn des Aufstiegs Rußlands zur Weltmacht – die Entwicklung der abendländischen Ostbewegung. Da die Ukraine und große Teile des mittleren Rußlands seit 1240 unter tartarischer Herrschaft standen, übernahm das polnisch-litauische Reich in wachsendem Maße die Rolle einer abendländischen Schutzmacht vor den Tartarenstürmen.

Georg Stadtmüller schrieb in seiner »Geschichtlichen Ostkunde« über diesen Staat: »Der Doppelstaat Polen-



Ansicht von Königsberg um 1580 (Kupferstich aus Braun und Hogenberg).

Litauen wuchs im 15. und 16. Jahrhundert schrittweise immer stärker zusammen zu einem merkwürdigen Gebilde, das sich allen modernen Versuchen staatsrechtlicher Begriffsbestimmungen entzieht. Diese ›Adelsrepublik der Polen, Litauer und Ruthenen‹ schloß in einem lockeren föderativen Rahmen verschiedene Völker unter der Herrschaft der polnischen Krone und unter Geltung der adeligen polnischen Lebensformen und in den Städten im Zeichen der bürgerlichen Kultur deutschen Ursprungs zusammen: Polen, Litauer, Weißruthenen, Ukrainer, Deutsche, Juden . . .
In den Städten war das deutsche Element durchaus führend, es bestimmte bis in den Anfang des 16. Jahrhunderts hinein das wirtschaftliche und kulturelle Leben des Landes. ›Deutsches‹ Stadtrecht wurde gleichbedeutend mit städtisch bürgerlicher Lebensform überhaupt.«
Die Lebensformen des polnischen Adels galten, ähnlich den Lebensprinzipien des ungarischen Adels, damals als besonders anziehend. Und in der Tat hat seine großzügige Lebensart und freiheitliche Gesinnung den Kleinadel der verschiedenen anderen Völker magisch angezogen, was bis zur Übernahme der polnischen Sprache reichen konnte.
Die deutsche Reformation und der lutherische Glaube ergriffen nach 1517 schnell auch den deutschen Osten und die benachbarten Länder. Luthers deutscher Bibelübersetzung folgten Übersetzungen in den Volkssprachen der Finnen, Esten, Litauer, Letten, Sorben, Slowenen, Slowaken und Rumänen. Die deutschen Städte von den baltischen bis zu den siebenbürgischen wurden noch zu Lebzeiten Luthers oft Hochburgen der Refor-

mation. In Böhmen mündeten die Ausläufer der Bewegung des Jan Hus in die reformatorische Bewegung. Der Habsburger Reichsgedanke und die böhmischen Selbständigkeitsbestrebungen kamen jedoch Ende des 16. Jahrhunderts in immer größeren Gegensatz. Da die Habsburger zugleich Träger des wiedererstarkenden Katholizismus waren und die reformierten Tschechen ihren Staat gegen Wien zu verselbständigen versuchten, war der »Fenstersturz zu Prag« 1618 nicht nur der Anfang vom Ende böhmischer Selbständigkeit, sondern auch der Beginn des Dreißigjährigen Krieges. Der Kaiser hob mit dem »Majestätenbrief« die böhmische Selbständigkeit auf, und in einem Strafgericht wurde der alte Glaube erneut eingeführt. Nur im bäuerlichen Bereich blieb der böhmische Protestantismus in Resten erhalten.

Auch im Norden ergriff über die deutschen Städte die reformatorische Bewegung Polen-Litauen. 1563 entstand die erste polnische Bibelübersetzung; der polnische und polonisierte litauische Adel folgte dem veränderten Bekenntnis. Aber um die Mitte des 16. Jahrhunderts schwenkte er bis zum Calvinismus über. Als bald danach die Gegenreformation auch hierher drang, wurden die Kämpfe jedoch nicht mit solcher Vernichtungswut geführt wie anderswo.

1573 erhielten die Nichtkatholiken in der »Warschauer Konföderation« ihre Glaubensfreiheit verbrieft. Das Toleranz-Edikt wurde erst ab 1697, als die sächsischen Wettiner die polnische Wahlkrone zugesprochen erhielten, ausgehöhlt. Wachsende katholische Intoleranz in Polen ließ für die Glaubensfreiheit kaum noch Raum.

Die historischen Hintergründe der polnischen Teilungen

Die innere Auflösung des polnischen Staates geht bis in das 14. Jahrhundert zurück. Schon damals entstand in Polen eine Staatsverfassung, welche Elemente anarchischer Auflösung in sich trug. Der Adel versuchte seine Macht immer weiter auszudehnen, während die Zentralgewalt immer weiter geschwächt wurde. Ein Staat, der insbesondere mit seinem östlichen Nachbarn Rußland in ständigem Gegensatz und Konflikt lebte, konnte sich auf die Dauer solche Zustände nicht ohne große Rückschläge leisten. 1355 setzte der Adel sich gegen den König soweit durch, daß er keine Steuern mehr zu zahlen brauchte, keine Naturallieferungen mehr zu tätigen hatte und außerhalb Polens nicht mehr zu unentgeltlichen Kriegslieferungen verpflichtet werden durfte. Auch der Klerus erlangte Steuerfreiheit. 1430 ließ sich der Adel das ausschließliche Recht auf alle geistlichen und weltlichen Würden und Ämter privilegieren. Eine weitere bedeutende Urkunde, das Privileg von Mielnik vom 25. 10. 1501, machte den König praktisch zu einer Art Präsident. Er war nur noch ausführendes Organ des Senats und gestand diesem das Recht der Gehorsamsverweigerung zu.

Der Reichstag zwang 1505 den König Alexander, das Statut »Nihil novi« anzunehmen, welches dem Sejm ein unbedingtes Veto gegen jede Neuerung verlieh. Neue Gesetze konnten nur noch durch einen Beschluß des Sejm wirksam werden. Die Regierung lag in den Händen des Senats, der aus den höchsten Kronbeamten, den Bischöfen, Wojewoden und Kastellanen bestand.

Wenn auch Polen nicht zu Unrecht die Zeit der Jagellonen zwischen 1386 und 1572 als eine große Zeit seiner Geschichte betrachtet, durch die Gesetzgebung wurden bereits damals die Grundlagen für den Verfall ihres Reiches gelegt.
In dem Interregnum, das dem Aussterben der Jagellonen folgte, wurde eine Verfassungsreform durchgesetzt, die Polen aus einer Monarchie ohne starke Zentralgewalt in eine Republik verwandelte. Der König hatte alle zwei Jahre den Sejm einzuberufen. In der Zwischenzeit wurde er von einer Gruppe von Senatoren beraten. Im Falle einer Zuwiderhandlung des Königs gegen diese Artikel war die Nation automatisch von ihrer Bindung an den König frei. Die »Articuli Henriciani«, die allgemein für alle Wahlen galten, legten ferner u. a. fest: Garantie der freien Königswahl; Einberufung des allgemeinen Aufgebots nur mit der Zustimmung des Reichstages; Eheschließung nur mit Zustimmung des Reichstages; Verbot des Gebrauchs eines eigenen königlichen Siegels, statt dessen Gebrauch des vom Kanzler verwalteten Staatssiegels; schließlich das im Hinblick auf die französische Bartholomäusnacht im August 1572 verlangte Versprechen, den religiösen Frieden zu wahren.
Daneben hatte der König noch eine Reihe persönlicher Verpflichtungen (pacta conventa) zu übernehmen, wie zum Beispiel der Thronbewerber Heinrich von Valois, der 23jährige Bruder des französischen Königs, den Flottenbau auf eigene Kosten und die Ehe mit Anna, der fast 50jährigen Schwester des letzten Jagellonen Sigismund August. Es kann nicht verwundern, daß Heinrich, als sein Bruder Karl IX. am 30. Mai 1574 plötzlich starb, am 18. Juni gegen Mitternacht buchstäblich aus

Polen floh, um als Heinrich III. die französische Krone zu übernehmen.
In dem neuen Interregnum rief der zur habsburgischen Partei gehörende Erzbischof Uchanski Kaiser Maximilian II. zum König aus, dem jedoch drei Tage später die Schlachta, der polnische Adel, Prinzessin Anna entgegenstellte und zu ihrem Gatten und künftigen König Stephan Bathory von Siebenbürgen wählte, der als Gegner des Kaisers von der Türkei unterstützt wurde. Nach seinem unerwarteten Tod Ende 1586 kam es wieder zur Doppelwahl des vom Kanzler vorgeschlagenen Sigismund Wasa von Schweden und des von der Partei der Zborowskis, einer einflußreichen Magnatenfamilie, geförderten Erzherzogs Maximilian, Bruder Kaiser Rudolfs, die in bürgerkriegsähnlicher Stimmung zugunsten Sigismunds III. (1587 – 1632) entschieden wurde.
Mit Stephan Bathory trat ein Faktor innen- und außenpolitisch erneut in den Vordergrund, der in Polen allmählich eine überragende Bedeutung erlangen sollte: die römisch-katholische Kirche, die die anderen Bekenntnisse mit Hilfe der Jesuiten in den Hintergrund drängte. Sigismund III. war ein entschiedener Gegner des Protestantismus. Sein geistlicher Berater, der Hofprediger Peter Skarga, drängte zur Stärkung der königlichen Gewalt und zur Unterdrückung der Protestanten. 1606 kam es zum Aufruhr des Zebrydowski, des polnischen Kronmarschalls, dessen Scheitern den polnischen Protestantismus von da an zur Bedeutungslosigkeit verurteilte. Dieser Aufstand führte jedoch auch zu einer verstärkten Anerkennung der Lehre vom Recht der Untertanen, den König absetzen zu können. Der Aufruhr wurde damit zu einem sich ständig wiederholenden Nor-

malbild der polnischen Innenpolitik. Und das in einer Zeit, in der aus außenpolitischen Gründen eine starke Zentralgewalt notwendiger denn je gewesen wäre. War Polen bis dahin ein Hort der Toleranz, so trat nunmehr der Geist des Religionsfanatismus in das Land und trug innenpolitisch zur Schwächung der Staatsgewalt, außenpolitisch zur Opposition der nicht römisch-katholisch orientierten Anliegerstaaten bei.
Der tolerante Wladyslaw IV. (1632 – 1648) bemühte sich, für die von ihm geplanten Verfassungsreformen Verständnis beim Volk zu finden, doch internationale Schwierigkeiten, vor allem die dauernden Kriege des jetzt im Gegenangriff befindlichen Rußlands, schwächten mehr und mehr seine Stellung. Unter seinem Nachfolger Johann Kasimir (1648 – 1668) wurde die Schwächung des polnischen Staates innenpolitisch durch das »liberum Veto« besiegelt, das die Schlachta zum Bestandteil der polnischen Verfassung machte. Es bedeutete, daß jeder Beschluß im Sejm einstimmig gefaßt werden mußte. Ein einziger Abgeordneter konnte einen Beschluß verhindern, indem er »nie pozwalam« – ich mißbillige – rief. Ein Abgeordneter konnte mit seinem Veto den Sejm auflösen. Das erste Mal wurde es 1652 angewandt und wurde für die Magnaten und ausländischen Gesandten das wichtigste Werkzeug, Parlamentssitzungen aufzulösen, indem man Abgeordnete bestach, das Veto auszuüben. Es war jetzt möglich, daß ein einziger Landbote die Versammlung sprengen konnte und all ihre Beschlüsse, selbst einstimmig gefaßte, ungültig wurden. Verschwörungen und Eingriffe fremder Mächte waren damit geradezu vorprogrammiert!

Wie setzte sich die Schlachta zusammen? Dieser Souverän der neuen Adelsrepublik umfaßte den gesamten Adel, der nach außen streng abgeschlossen, in sich nach Besitz, Bildung und Rang vielfach abgestuft war. Eine polnische Flugschrift von 1775 teilte die Schlachta in drei Gruppen ein. Die oberste bestand aus den Magnaten, das waren die »Pane« – die Herren –, ein halbes Dutzend schwerreicher Familien, welche die sieben Kronämter lebenslänglich und unabsetzbar für sich in Anspruch nahmen; weiterhin gehörten dazu die Wojewoden der 34 Provinzen, die Kastellane der Städte und Schlösser und die Starosten der Krongüter. Die zur mittleren Schlachta zählenden 20000 bis 30000 Leute sind, wie es in der Flugschrift heißt, »alle ziemlich wohlhabend, . . . unterschreiben auf den Landtagen und bedrücken die Bauern«. Die kleine Schlachta, etwa 1300000 Menschen zählend, wird beschrieben als Masse ohne Vermögen und Bildung, die nur »an das liberum veto, die goldene Freiheit und die adligen Rechte« glaubt. Diese niedere Schlachta stellte die freiwilligen Heloten der vierzig bis fünfzig reichsten Herrenfamilien, die das Land regierten. Für sie galt buchstäblich das Faust- und Fehderecht. Sie hielten die Masse der Bauern, ganz gleich ob polnischer, litauischer oder russischer Sprache, die etwa fünf Sechstel der polnischen Bevölkerung ausmachten, in unbeschreiblichem Elend, das epochenweise einer Sklaverei gleichkam.

Das »liberum veto« war die Hauptursache dafür, daß kaum noch ein regelmäßiges Gesetz im Reichstage zustande kam. Fedor von Köppen schreibt dazu in seiner vor der Jahrhundertwende in Schlesien erschienenen

preußischen Geschichte »Die Hohenzollern und das Reich«: »Ein Königtum, das vollständig machtlos, weil die Könige bei der Wahlkapitulation allemal in eine Reihe von Bedingungen einwilligen mußten, die der übermütige Adel ihnen vorzuschreiben für gut befand und welche die königliche Macht auf Null herabdrückten; ein Reichstag, welcher unfähig war, einen Beschluß zustande zu bringen, weil durch die unglaubliche Einrichtung des ›liberum veto‹ jeder Landbote die Macht besaß, einen Beschluß des Reichstages durch sein in die Verhandlungen hineingeworfenes ›nie pozwalam‹ unmöglich zu machen; ein zügelloser, allen Ausschweifungen hingegebener Adel, welcher rohes Sarmatentum mit den Lastern einer Zivilisation nach französischem Muster vereinigte, und eine in Roheit, Trägheit und Unfreiheit verkommene Volksmasse bei dem vollständigen Mangel eines betriebsamen, tüchtigen Bürgerstandes – dies waren allgemein die Elemente der polnischen Anarchie.«

Und Köppen schildert weiter: ». . . In besonders dringenden Fällen wurde, wohl um einen einstimmigen Beschluß zu ermöglichen, der bei seinem ›nie pozwalam‹ beharrende Landbote gewaltsam aus der Versammlung entfernt oder mit einem Dolchstoß stumm gemacht, ja, es kam vor, daß ein Landbote, nachdem er aus dem Sitzungssaale hinausgeworfen wurde, in Ermangelung eines anderen Einganges bei verschlossenen Türen zum Rauchfang hinabkletterte und im Augenblick der Abstimmung seinen Kopf aus dem Kamin streckte, um sein ›nie pozwalam‹ in den Saal hineinzuschreien, worauf einige andere Landboten sofort bereitwillig aufsprangen, um den widerspenstigen Kopf mit ihren Schwer-

tern vom Rumpfe zu trennen. Nicht weniger merkwürdig war das sogenannte Konföderationsrecht, kraft dessen es allen edlen polackischen Herrn freistand, sich mit zwei oder mehr Gleichgesinnten zusammenzuschwören, um ein Gesetz nicht anzuerkennen und sich demselben mit bewaffneter Hand zu widersetzen.«

Schon Peter Skarga hatte in guter Kenntnis solcher Zustände dem Reichstag zugerufen: »Wahrlich, ich sage euch, in diesem Königreich ist alle Zucht dahin! Und doch darf kein staatlich Regiment sich ihrer begeben! Wie wenn vom Faß die Bänder springen, also fällt auch hier alles auseinander.« Und König Kasimir, der letzte polnische Wasa, warnte den Reichstag vergebens, daß, wenn das Recht der freien Königswahl nicht aufgehoben würde, die Republik ihren Nachbarn zur Beute fallen würde. 1668, auf einem stürmischen Reichstag, klagte er die Magnaten der Zerstörung des polnischen Reiches an, wobei er die Worte Peter Skargas wiederholte und prophezeite: »O, daß ich ein falscher Prophet befunden würde, aber ich fürchte, uns steht die Teilung bevor . . .!«

Der Franzose Pierre de Noyers, Sekretär der Königin Marie Luise, schrieb 1659 seine Beobachtungen über Polen in einer kritischen Stellungnahme nieder: »Wie der König, lebt auch sein Volk lieber den leichtsinnigen Zerstreuungen als den ernsten Geschäften. Bestechlichkeit ist ein allgemein verbreitetes Übel. Die einen sind von Frankreich gewonnen, um die künftige Königswahl auf einen französischen Prinzen zu lenken, andere intrigieren zu Gunsten Österreichs. Sogar der Zar und der Fürst von Siebenbürgen machen sich Hoffnung auf die polnische Krone.«

Kasimir legte enttäuscht von den Mißerfolgen und Widerständen 1668 die Krone nieder und starb bald im französischen Exil. Bei der neuen Königswahl 1669 wurde gegen die Kandidaten der Bourbonen und Habsburger einmütig der junge polnische Magnat Michael Wisniowiecki (1669 – 1674) gewählt. Er wurde ein Werkzeug in den Händen der Habsburger, so daß die französische Partei sich um Jan Sobieski scharte, einen Heerführer von zunehmendem Ruf, der nach König Michaels frühem Tode gegen einen österreichischen (Prinz Karl von Lothringen) und einen französischen (Prinz Condé) Kandidaten auf den Thron gehoben wurde. Er regierte 1674 bis 1694. Die polnischen Adelscliquen wie auch die österreichische und französische Partei widersetzten sich allen seinen Versuchen, eine erbliche Monarchie zu schaffen, und es gelang ihm auch nicht, seinem Sohn Jacob auf dem Umweg über ein Fürstentum zur Nachfolge zu verhelfen, der sich durch die Ehe mit Hedwig, der Schwester des Kaisers Leopold, sogar mit dem Kaiserhaus verschwägerte.
War Jan Sobieski 1683 wirklich der Retter von Wien und des Abendlandes? Als sich am 12. September die beiden Armeen vor Wien gegenüberstanden, hatte Johann Sobieski nicht die versprochenen 40000 Mann herangeführt, sondern höchstens 24000. In den ersten Stunden der Schlacht bis in die Mittagszeit hinein trugen deutsche Truppen von den Abhängen des Kahlenbergs und des Leopoldsbergs hinabdrängend die Kampfhandlungen. Kaiserliche und Sachsen sowie Bayern und Franken führten den Angriff erfolgreich vom linken Flügel unter der Führung des Herzogs Karl von Lothringen. Erst am Mittag griff der rechte Flügel an. Die Polen, die

hier die Hauptlast trugen, hatten einen weiten Weg durch die Berge machen müssen. Polnische Reiter und deutsches Fußvolk kämpften hier tapfer gemeinsam. Als Karl von Lothringen sah, daß die polnischen Husaren erfolgreich waren, ordnete der Herzog auf dem linken Flügel und im Zentrum ein allgemeines Vorgehen an. Von allen Richtungen her wurde jetzt das türkische Heer bedrängt, bis die Widerstandskraft der Muslims brach und sich gegen 18 Uhr die Türken in heilloser Flucht in Richtung ungarischer Grenze davonmachten. Zwar ritt der eitle Sobieski als erster in Wien ein und ließ sich von der dankbaren Bevölkerung feiern, ebenso wie Kaiser Leopold am nächsten Tag, aber »Retter des Abendlandes« ist doch ein weit übertriebener Titel für die Leistungen des polnischen Königs, der in der Schlacht bei Parkany zwischen 7. und 9. Oktober 1683 erneut sein Feldherrntalent unter Beweis stellen konnte. Zuerst schien die Schlacht verloren, bis sie doch noch mit österreichischer Hilfe gewonnen wurde und schließlich mit der Eroberung von Gran Ende des Monats noch ein erfolgreicher Abschluß dieses Teilfeldzuges registriert werden konnte. Noch vor Wintereinbruch kehrte Sobieski mit seinen Truppen in die Heimat zurück.

Schon träumten viele Polen mit ihrem heimgekehrten König von neuem Waffenruhm und einer Erstarkung Polens zur Großmacht. Doch die Feldzüge zwischen 1684 und 1690, in denen Sobieski versuchte, die türkisch besetzten Festungen Podoliens zurückzuerobern, zeigten die Schwächen des polnischen Heeres im Bereich der Ausrüstung überdeutlich. Der König mußte mehr Kraft in die Beschaffung der für den Krieg notwendigen



König Jan III. Sobieski mit Sohn Jacob.

Geldsummen stecken als in die Kämpfe selbst. Nach seinem Ableben brach ein erneuter heftiger Kampf um die polnische Krone aus, den ein Sachse für sich entschied.

Sachsen erwerben die polnische Krone

Es war am 17. Juni 1696, als der König von Polen, Johann III. Sobieski, der in der polnischen Geschichtsschreibung gern als »Retter von Wien« dargestellt wird, verstarb. Schon als die Ahnung seines Todes über dem Lande lag, begannen die Intrigen um seine Nachfolge. Es wurde der wohl vielschichtigste und wechselvollste Kampf um die polnische Krone, der je stattgefunden hat. Hatte sich bei den vorangegangenen Wahlen der polnische Reichstag für einen polnischen Bewerber entschieden, so sahen diesmal die Aussichten des Sohnes des verstorbenen Königs, Jakob Sobieski, sehr viel schlechter aus. Zwar signalisierte das Haus Habsburg aus Wien, daß Jakobs Wahl dort Unterstützung finden würde, aber an der Donau dachte man auch an zwei andere Möglichkeiten: Herzog Karl von Pfalz-Neuburg, den Schwager des Kaisers, der mit einer Tochter des Hauses Radziwill verheiratet war, und an den – freilich damals noch sehr jungen – Herzog Leopold Joseph von Lothringen, dessen Verwandtschaftsbindungen zum Hause Habsburg ebenfalls sehr eng waren. Die Unentschlossenheit in Wien ließ endlich keinen dieser Kandidaten eine Chance haben.
Dann war da noch die Kandidatur des Markgrafen Ludwig Wilhelm von Baden. Er hatte sich als selbständig handelnd gegenüber dem Kaiser profiliert, war katholisch, durch seine lauenburgische Heirat in guter Finanzsituation und zudem noch eine Persönlichkeit von Format. Gegen ihn sprachen drei Dinge. Einmal, wie ein französischer Gesandter in einem geheimen Schreiben vermerkte, »weil gegen ihn eigentlich gar keine Gründe

zu finden sind«, zweitens, daß eine starke Unterstützung für ihn aus dem Hause Brandenburg kam, also aus einem in Polen beinahe verhaßten protestantischen Land, und drittens, daß – und dieser Punkt war wohl noch bedeutender – er zwar nicht gerade arm war, aber über die erwarteten Bestechungsgelder nicht verfügte. Die französische Seite wollte zuerst dem vertriebenen Stuart Jacob II. zu einer neuen Krone verhelfen, doch der stemmte sich selbst gegen eine Bewerbung, weil er fürchtete, damit alle Anrechte auf die englische zu verspielen. So schickte Frankreich schließlich Prinz Franz Ludwig von Conti ins Rennen, einen Mann mit guten militärischen Erfahrungen, dessen Geldbeutel prall gefüllt war.

Die Wahlintrigen, die jetzt folgten, würden Stoff für einen spannenden Kriminalroman bieten. Anfangs sah es so aus, als würde der französische Prinz die Nase vornhalten können. Abbé de Polignac, der französische Gesandte, übertrieb jedoch Zusagen und Aufwendungen so, daß er von Paris zurückgeholt wurde. Sein Nachfolger Abbé de Chateauneuf schien dann aber 1697 soweit zu sein, daß der französische Bewerber eigentlich nun hätte gewählt werden müssen. Da trat der sächsische Kurfürst Friedrich August von Sachsen, genannt August der Starke, auf den Plan.

August der Starke hatte eigentlich eine militärische Laufbahn angestrebt. Als 1694 plötzlich sein Bruder, Kurfürst Johann Georg IV., kinderlos starb, sah er sich plötzlich mehr als unverhofft auf dem Sessel des sächsischen Kurfürsten. Anfangs schien er sich besonders für militärischen Ruhm zu interessieren und erlangte in Wien auch den Oberbefehl über die kaiserliche Armee,

für die er 8000 gut ausgebildete Sachsen mitgebracht hatte. Doch die von ihm geführten Feldzüge waren verlustreich und brachten 1695 und im folgenden Jahr keine großen Lorbeeren gegen die Osmanen ein.
Dieser Kurfürst, der durch zahlreiche Frauenaffären mehr glänzte als durch politische Erfolge, bewarb sich nun aus eigenem Entschluß für die polnische Königskrone und wollte sie dem französischen Kandidaten doch noch aus den Händen nehmen. Sein Unterhändler Oberst von Flemming, der nahe verwandtschaftliche Verbindungen mit einem einflußreichen polnischen Adeligen, dem Kastellan Przebendowsky von Kulm, besaß, knüpfte nicht ungeschickt die ersten Verbindungen. Zwar schlug ein Versuch, sich mit Ludwig XIV. von Frankreich zu einigen, fehl, aber in Wien fand Augusts Kandidatur bald Gefallen!
Freilich, da waren noch große Hindernisse zu überwinden. August war unbeschränkter Herrscher des Landes, aus dem die Reformation geboren wurde. Die polnische Krone konnte jedoch nur ein Katholik erwerben. Da trat das wichtigste Haupt des Protestantismus bedenkenlos zum Katholizismus über. Von einem wirklichen Religionswechsel konnte dabei keine Rede sein. Nach der Aussage seiner Zeitgenossen war er ein Freigeist, der nie wirklich eine Religion besaß. Die Protestanten in Sachsen hatten jetzt die schlimmsten Befürchtungen, die Katholiken die höchsten Erwartungen. Aber August behandelte die Sache als seine ureigenste und versuchte nicht, Sachsen etwa katholisch zu machen. Mit großem diplomatischem Geschick hat August in den Tagen der Entscheidung über den zukünftigen polnischen König die vom päpstlichen Nuntius beglaubigte Nachricht von

seinem Übertritt in die katholische Kirche wirksam in die entscheidenden Verhandlungen hineinplatzen lassen. Damit war auch der bedeutendste Einwand aus Wien ausgeräumt.

Das zweite Hindernis war noch schwieriger zu überwinden. Es mußten Bestechungsgelder von ungeheurer Größenordnung herbeigeschafft werden, denn der polnische Adel sah die Königswahlen als eine gute Möglichkeit, das eigene Finanzsäckel aufzubessern. Deshalb verkaufte August seine Ansprüche auf Sachsen-Lauenburg, der kaiserliche Hof erhielt ein dringendes Schreiben, überfällige Subsidien zu bezahlen, bei den Jesuiten und reichen Juden lieh er sich große Summen. Die Rechnungsbücher dieser Epoche sind nur begrenzt erhalten, so daß die Gesamtsumme nicht überliefert ist. Wir wissen jedoch, daß allein Flemming bis zur Wahl 105000 Speziestaler für Reiseaufwand und »Repräsentation« bar ausgab. Auch ist bekannt, daß große Summen über andere Kanäle liefen. Der polnische Adel machte aus dem Wettlauf der Bewerber ein überaus einträgliches Spiel. 380000 Reichsthaler konnte die Witwe Johann Sobieskis für die Wahlniederlage ihres Sohnes in die Schatullen legen. Die Fürstin Lubomirski erhielt diskret eine herrliche Intarsienarbeit in Form eines Toilettentisches, in dem 20000 Dukaten »versteckt« waren. Ihr Gatte hatte zu den wenigen Unbestechlichen in der Angelegenheit gehört. Wer wieviel sonst in die Tasche gesteckt bekam, ist nur zu erahnen. Andere Parteigänger wurden durch Versprechungen auf einträgliche Ämter gewonnen.

Am Abend des 26. Juni 1697 reifte auf dem großen Wahlfeld bei Warschau, das einer Zeltstadt glich, die

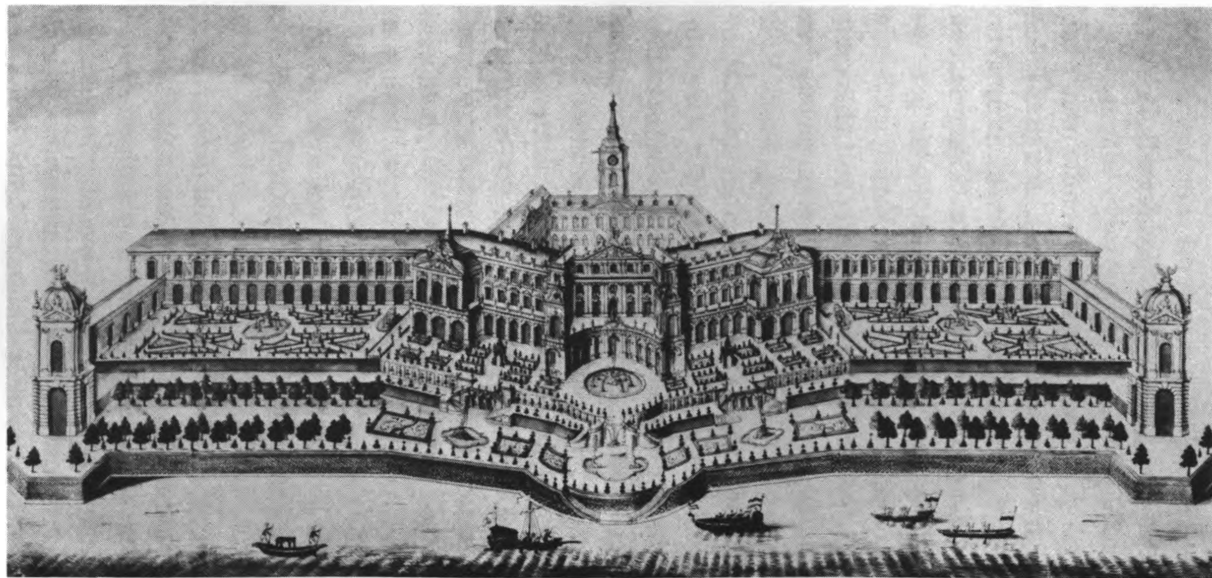
Entscheidung heran. Flemming hatte noch einmal 40000 Taler »Argumentationskraft« herbeigeschafft. Die Fronten versteiften sich.
Der Führer der französischen Partei, Kardinalprimas Michael Radziejowski, spürte, daß ihm die Felle davonschwammen. Denn sein Kandidat war noch nicht persönlich anwesend. Und außerdem hatte August 8000 Soldaten in der Lausitz zusammengezogen. Ein zusätzlicher Rückhalt für die Anhänger des Sachsen. In dieser Situation wagte der Kardinalprimas die Flucht nach vorn und rief am 27. Juni den Prinzen Conti als gewählten König aus, ritt mit seinen Anhängern vom Wahlfeld und ließ im Warschauer Dom das Te Deum singen, das nach altem Brauch eigentlich auf dem Wahlfeld hätte angestimmt werden müssen. Doch seine Anhänger zeigten sich unschlüssig. Einige liefen offen zur Gegenpartei über. Nachdem Anhänger der französischen Partei weggeritten waren, begann Bischof Stanislaus Dombski von Cujavien eine zweite Wahlhandlung, in der Kurfürst Friedrich August von Sachsen zum polnischen König gewählt wurde. Nicht zum erstenmal in der polnischen Geschichte gab es nun zwei Könige.
Jetzt nutzte August den Vorteil der räumlichen Nähe! An der Spitze seiner Truppen ritt er in Polen ein, wählte den kürzesten Weg nach Krakau, der Krönungsstadt der polnischen Könige, und ließ sich in einem feierlichen Krönungsakt vom Bischof von Cujavien das begehrte funkelnde Prachtstück aufs Haupt setzen. Dem Grafen Wielopolski, der die Festung Krakau befehligte, hatte er mit einem großzügigen Geldgeschenk die Öffnung der Stadttore erleichtert.



August der Starke von Sachsen (1670–1733) im polnischen Krönungsornat. Der Kopf ist ein Abguß nach der Natur aus dem Jahre 1704.

Beinahe wäre der feierliche Akt noch an einer zeremoniellen Notwendigkeit gescheitert. Um zu Lebzeiten eines Monarchen Gegenkönigen keine Chance zu geben, mußte der Krönungsakt neben dem Sarg des verstorbenen Königs stattfinden. Den jedoch hatten die Anhänger der französischen Kandidatur in ihrer Gewalt. Doch die finanziell sehr zufriedengestellten polnischen Adeligen an Augusts Seite wußten schon einen Ausweg. Ein mächtiger leerer Prunksarg wurde aufgestellt, und schon war das Problem gelöst. Und daß August während der Zeremonie unter der Last deutscher und polnischer Krönungsornate und seiner Rüstung mitten in der Zeremonie, just als er das katholische Glaubensbekenntnis noch einmal symbolisch unterschreiben mußte, ohnmächtig zusammenbrach, blieb eine Randepisode der Geschichte. Denn, aus seiner Rüstung geschält, kam August, nachdem ihm ein kräftiger Wein eingeflößt worden war, bald wieder zu sich und stand das schier endlose Zeremoniell endlich doch durch.
Die Gegenpartei jedoch hatte noch nicht aufgegeben! In einem feierlichen Gegenreichstag in Warschau wurde Prinz Conti zum König proklamiert und August offen zum Feinde aller Polen erklärt. Doch als Conti, der die reale Lage falsch eingeschätzt hatte, mit einer kleinen Flotte vor Danzig lag und hoffte, mit allen Ehren empfangen zu werden, hatte niemand mehr den Mut, ihm die Stadttore zu öffnen. Und als gar die ersten sächsischen Reiter auftauchten, ließ Conti, ohne daß er Polens Boden überhaupt betreten hatte, die Anker lichten. In Rom wurde Augusts Erfolg gefeiert. Papst Innozenz XII. ließ den ambrosionischen Lobgesang in den Kirchen singen, und Salutschüsse dröhnten von der Engels-

burg. Im Dresdner Dankgottesdienst aber sang die Gemeinde das beliebte Luther-Lied »Ein' feste Burg ist unser Gott«.
Damit war für rund zwei Menschenalter die nicht eben natürliche Personalunion zwischen Sachsen und Polen geboren. Letztlich hat sie beiden Staaten nicht zum Vorteil gereicht, was ihre politische Entwicklung angeht. Zwar gelingt es August und seinem Nachfolger, die Krone – bei einem zwischenzeitlichen Verlust nach dem Einfall der Schweden in Nordeuropa – zu behaupten. Aber die angestrebte Erbmonarchie des sächsischen Geschlechts der Wettiner wird nicht Wirklichkeit. Rußland möchte kein starkes neues Reich an seiner Westgrenze! August des Starken Sohn August III. konnte erneut für Sachsen den polnischen Thron gewinnen. Dieser freundliche Sachse, der sich nicht einmal bemühte, die polnische Sprache zu erlernen, war dennoch in Polen sehr beliebt. Seine Regierungsjahre brachten kaum kriegerische Verwicklungen, so daß in Polen ein wirtschaftlicher Aufschwung, ja eine Blütezeit beginnt. Diese Aufstiegsepoche für die polnische Wirtschaft wird wesentlich mit durch sächsische Kaufleute bestimmt. Zwischen 1752 und 1756 wurden in Sachsen neue Münzen für Polen geschlagen. Nach dem verantwortlichen Münzmeister Tümpfe als »Tynfen« in die Geldgeschichte eingegangen.
Leider hat Preußen später den guten Ruf dieser Münze zerstört. Gotthold Rhode in seiner »Geschichte Polens – Ein Überblick«: »Bei der Besetzung Sachsens waren die Prägestempel den Preußen in die Hände gefallen, und Friedrich II. nutzte das aus, indem er durch seine Münzmeister neue polnische Münzen schlagen und in



August der Starke wollte sich nach seinem Erwerb der polnischen Krone auch einen würdigen Sitz in Polens Hauptstadt bauen. Hier Daniel Pöppelmanns erster Entwurf für das neue Schloß in Warschau.



Das Brühl'sche Palais in Warschau gehört zu den vielen schönen Bauwerken, die in Polens Hauptstadt unter den Königen aus Sachsen entstanden.

Polen verbreiten ließ, deren Feingehalt alljährlich verschlechtert wurde, während gleichzeitig die hochwertigen aufgekauft und umgeschmolzen wurden. Ohne es zu wollen, trug damit das Land zur Finanzierung preußischer Truppen mit Millionenwerten bei.«
Kulturell hat die Zeit, in der Sachsen auf dem polnischen Throne saßen, vielerlei Spuren hinterlassen. Das Warschauer Schloß wurde prachtvoll neugestaltet. Das sächsische Palais und der Sachsengarten Deybeld wurden zu bedeutenden Kleinoden der Architektur und Gartenkunst in Polen. Reiche polnische Adelsfamilien wollten dem nicht nachstehen und beriefen neben italienischen vor allem sächsische und süddeutsche Baumeister zur Errichtung neuer aufwendiger Palais. Das Dresdner Rokoko wurde nicht nur in Warschau, sondern auch in Krakau, Lemberg und Wilna aufgegriffen. Einige dieser Kleinode haben die Kriege überdauert oder wurden wieder aufgebaut.

Die erste Teilung Polens

Wirtschaftlich und kulturell war die »sächsische Zeit« für Polen durchaus eine gute Zeit. Politisch hat sie den Niedergang Polens keinesfalls gebremst. August III. war ein unpolitischer Mann und geriet immer mehr in den Sog russischer Interessen. Im Siebenjährigen Krieg war Polens neutraler Boden das ständige Quartier des russischen Heeres, dessen Generäle im Lande schalteten und walteten, als wäre es ihr eigenes. Jeder kraftvollere Regierungseinfluß war durch die verfassungsmäßige Ohnmacht der Wahlkönige ausgeschaltet. Eigentlich hatte der König nur ein unumschränktes Recht: das der Vergabe der Staatsämter. Das politische Leben im polnischen Reichstag hatte sich von 1652 bis 1704 so entwickelt, daß von 55 Reichstagen 48 gesprengt wurden, von 1717 bis 1733 in der Zeit Augusts des Starken elf von 18, und unter seinem schwachen Nachfolger alle dreizehn.

Die polnische Freiheit bestand im wesentlichen darin, daß dem Adel alles, dem Könige so gut wie nichts erlaubt war. Der Schutz dieses Zustandes war die Hauptaufgabe der Minister. In einer Weisung, die der französische Gesandte Paulmy 1760 aus Paris erhielt, steht das vernichtende Urteil über Polen, daß seine Verfassung »keinen anderen Namen als den der Anarchie« verdient.

Seitdem die Kaiserin Katharina II. die russische Politik mit Meisterschaft leitete, wurde der russische Einfluß auf Polen immer größer, der französische immer geringer. Gleich nach ihrem Regierungsantritt 1762 forderte Katharina August III. auf, seinen Sohn Karl, den er wi-



Katharina II. genannt die Große (1729–1796), Tochter des Fürsten Christian August von Anhalt-Zerbst, war die treibende Kraft bei den ersten polnischen Teilungen.

derrechtlich zum Herzog von Kurland gemacht hatte, zur Abdankung zu veranlassen. 15000 einmarschierende russische Soldaten verliehen dieser Forderung unmißverständlichen Nachdruck. Weitere 2000 Russen besetzten die Festung Graudenz. Graf Keyserling ging als Gesandter nach Warschau mit dem ausdrücklichen Befehl der resoluten Kaiserin, entweder ihren einstigen Geliebten Stanislaw Poniatowski oder den Fürsten Adam Czartoryski zum König zu machen. Prinz Karl und August III. ergriffen die Flucht. August starb wenig später, am 5. Oktober 1763, während das Wirrwarr in Polen bizarre Ausmaße annahm. Am 11. April 1764 schlossen Rußland und Preußen den Vertrag von Petersburg, worin sich die Vertragschließenden zur Aufrechterhaltung der polnischen Verfassung und der Rechte von Dissidenten sowie der Wahl Poniatowskis zum polnischen König verpflichteten, die am 7. September 1764 unter russischem Druck ohne Schwierigkeiten vor sich ging.
Waren früher 60000 bis 80000 Königswähler beteiligt, so waren es diesmal nur rund 4000 Edelleute, die mit Hilfe von drei Millionen Rubeln die Einstimmigkeit der Wahl ermöglichten. Wieder stand an der Spitze Polens nun ein russischer Statthalter mit dem Namen »polnischer König«. Diese russische Vorherrschaft, so befürchteten die Nachbarn, werde in absehbarer Zeit mit der Eingliederung Polens in Rußland enden. Und da die Polen selbst dieses Schicksal nicht abwenden konnten, standen die anderen Anrainerstaaten vor der Wahl, die Existenz Polens zu verteidigen oder an einer Teilung Polens mitzuwirken.
Preußen befand sich nach dem Siebenjährigen Krieg in einer schwierigen Lage. Seine Erschöpfung durch drei

langwierige Kriege, sein Mangel an Verbündeten und die Spannungen mit Österreich verboten einen neuen Krieg. Die sich anbahnende Einverleibung Polens durch Rußland und die sich daraus ergebende unmittelbare Nachbarschaft zu einem mächtigen und aggressiven Staate barg die Gefahr in sich, daß an die Stelle des ungefährlichen polnischen Nachbarn die Wucht des russischen Expansionsdranges an die offenen Grenzen Preußens trat. Friedrich der Große erkannte sehr wohl die sich im Osten anbahnenden Gefahren, war aber außenpolitisch auf die Zusammenarbeit mit Rußland angewiesen. Da er die baldige Auflösung Polens vorsah, konnte es nur seine Aufgabe sein, sie möglichst lange zu verhindern. Und, wenn sie unvermeidlich war, ihr eine möglichst günstige Wendung für Preußen zu geben, zumal die Staatsmänner Englands, Frankreichs und Österreichs der Entwicklung ohne großes Interesse gegenüberstanden.
Bedrängt von Katharinas ungeduldigem Ehrgeiz, isoliert durch das österreichische Mißtrauen und die Untätigkeit der Westmächte sowie in der Einsicht, daß Polen keine Kraft zur Selbsterhaltung besaß, sah er das Verhängnis immer näher kommen. Im russischen Expansionsdrang sah er eine furchtbare Gefahr für Europa. Seinem Bruder Heinrich, der zu einem Besuch in Petersburg weilte und ihm die russischen Teilungswünsche übermittelte, schrieb er: »Ich würde einen unverzeihlichen politischen Fehler begehen, wenn ich bei der Vergrößerung einer Macht mitwirken würde, die ein furchtbarer und schrecklicher Nachbar für ganz Europa werden könnte.«
Friedrich sind viele Vorwürfe von Historikern unterschiedlicher Länder gemacht worden. Er wurde der



Friedrich der Große, Preußischer König von 1740 bis 1786, mußte auf Rußlands Teilungsvorschläge eingehen, sonst hätte Rußland von ganz Polen Besitz ergriffen.

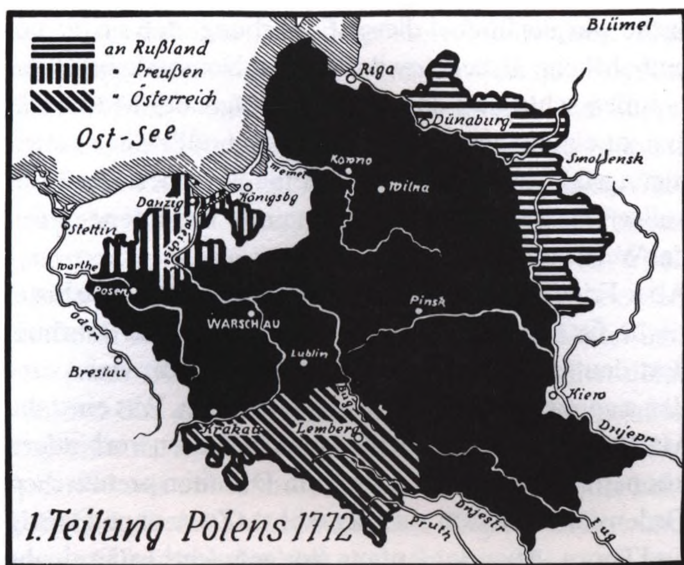
Zweideutigkeit, ja Perfidie geziehen, aber seine Politik war ihm durch die äußere und innere Lage seines Landes unerbittlich vorgeschrieben. Er mußte Preußen einfach eine Periode ungestörten Friedens sichern.
Der preußisch-russische Vertrag vom 11. 4. 1764 enthielt Bestimmungen zum Schutze der Dissidenten, die, an einen Vertrag von 1730 anknüpfend, die Gleichberechtigung der Dissidenten protestantischer und griechischer Religion wiederherstellen sollten, nachdem sie ihnen, wie es dort heißt, »nachgehends ... größesten Teils geschmälert, auch wohl gänzlich und zur höchsten Ungebühr entzogen worden sind«; eine Gleichberechtigung, die schon im Frieden von Oliva 1660 England, Brandenburg und Dänemark den Dissidenten garantiert hatten. Als aber König Stanislaw auf seinem Krönungsreichstag im November 1764 gemäß einer Zusage, die er dem russischen und preußischen Gesandten gemacht hatte, im Sejm eine Vorlage zur Freiheit der Religionsausübung einbrachte, wurde diese unter tumultartigen Umständen einstimmig abgelehnt. Bestätigt wurden hingegen alle Beschlüsse gegen Dissidenten, die 1717, 1733 und 1736 erlassen worden waren. Gleiches geschah im Reichstag von 1766.
Jetzt griff Katharina zur Gewalt! Ihr Gesandter Repnin bewirkte die Bildung von Konföderationen: die protestantische Konföderation von Thorn, die griechisch-katholische Konföderation von Sluz und am 23. 6. 1767 die große Konföderation von Radom, der auf Befehl Katharinas auch der König beitrat.
Im sogenannten »Instrument von Radom« mußte sich diese Konföderation auf eine neue polnische Verfassung verpflichten, die den Dissidenten die volle bürgerliche

Gleichberechtigung gewährte. Ein außerordentlicher Reichstag sollte das Instrument zum neuen Grundgesetz erklären. Als sich die Bischöfe dagegen auflehnten, wurden sie verhaftet. Der Reichstag genehmigte nun doch das Werk. Am 24. Februar 1768 schlossen Rußland und Polen einen ewigen Vertrag, der die Toleranz verbriefte, die neue Verfassung unter den Schutz Rußlands stellte und somit die Kaiserin Katharina zur Herrscherin der polnischen Republik und damit Polen praktisch zur russischen Provinz machte. Es war Katharinas ureigenstes Werk. Der preußische König hatte nur das Ziel der freien Religionsausübung der Dissidenten angestrebt. Da er eine solche nicht wünschen konnte, hütete er sich, eine Einverleibung Polens durch Rußland zu fördern. Schon am 29. Februar 1768 trat jedoch eine Konföderation im podolischen Bar zusammen, welche die russische Vorherrschaft beseitigen und die Alleinherrschaft der römisch-katholischen Kirche wiederherstellen wollte. Im Frühsommer 1772 gelang es den Russen unter ihrem Feldherrn Suworow, der Konföderation Herr zu werden. Noch am 3. Dezember 1768 hatte Friedrich seinem Bruder Heinrich seine Entschlossenheit bekundet, sich nicht in den Krieg einzumischen, da er Preußen nichts angehe und seine Frucht einem anderen zuteil würde. 1769 begann aber der Plan einer polnischen Teilung in ihm zu reifen. Den Anstoß zu ihrer Verwirklichung gab schließlich aber weder Rußland noch Preußen, sondern Österreich, das im Sommer 1769 die seit 1412 von Ungarn an Polen verpfändeten 13 Städte der Zips besetzte, die von den Konföderierten unsicher gemacht wurden. Ein Treppenwitz der Weltgeschichte ist dabei, daß König Stanislaw selbst um die vorüberge-

hende Besetzung nachgesucht hatte. Im Sommer 1770 besetzte Österreich noch zusätzlich – trotz polnischen Protestes – Teile des Karpatenvorlandes mit Sandez, Neumarkt und Czorsztyn. Obwohl Maria Theresia sich selbst gegen einen unrechtmäßigen Erwerb ausgesprochen hatte, proklamierte sie im Dezember 1770 die Wiedereingliederung der Zipser Städte. Jetzt ging die Initiative an Preußen über. Friedrich der Große wollte die Gefahr einer Eroberung der türkischen Donauländer durch Rußland abwehren. Das war nur durch eine Absprache zwischen Österreich und Preußen möglich. Als Katharina dem Prinzen Heinrich, der sich auf ihren Wunsch in Petersburg befand, scherzhaft die Frage eines preußischen Gebietserwerbs in Polen aufwarf, kam es zu Verhandlungen, die schließlich zum Teilungsvertrag vom 5. August 1772 zwischen Rußland, Österreich und Preußen führten.

Durch die Teilung verlor Polen fast 30 Prozent seines Gebietes und 35 Prozent seiner Einwohner. 2500 Geviertmeilen Litauens mit 824000 polnischen Gulden Einkommen sichert sich Rußland. Galizien mit 1500 Geviertmeilen und 2700000 Gulden Einkommen erhält Österreich. Westpreußen mit 650 Geviertmeilen und einem Einkommen von 512000 Gulden wird Preußen zugesprochen.

Otto Hintze dazu in seinem Buch »Die Hohenzollern und ihr Werk«: »Es war für Polen freilich der Anfang vom Ende; aber es muß mit Nachdruck betont werden, daß der Gedanke des Nationalstaats, der seit dem 19. Jahrhundert das Staatsleben Europas beherrscht, damals noch nicht lebendig war; auch in den Beweggründen Friedrichs spielte er keine Rolle . . . Die Haupt-



Die erste Teilung Polens 1772 ließ den polnischen Kern im wesentlichen noch unangetastet. Die polnischen Teilungen sind in der Geschichte immer wieder verurteilt worden, am meisten von den Ländern, die nicht daran teilnehmen konnten. Hauptursache war jedoch nicht aggressives Verhalten der umliegenden Mächte, sondern Unfähigkeit der polnischen Elite, ihrem Staatswesen eine dauerhafte und wehrhafte Ordnung zu geben.

sache war für ihn bei dieser Erwerbung, daß sie die unentbehrliche Brücke zwischen der Neumark und Ostpreußen schuf und damit den Ostflügel der Monarchie erst zu einem zusammenhängenden und leidlich verteidigungsfähigen Gebiet abrundete. Er beherrschte nun außer Warthe und Netze auch einen bedeutenden Teil der Weichsel.«

Aber Friedrich empfand in dem Erwerb auch eine historische Genugtuung. Es waren ja seit dem 12. Jahrhundert deutsche Länder gewesen, die erst sehr viel später den siegreichen Polen in die Hände fielen. Was einst die Markgrafen von Brandenburg nicht hatten verhindern können, schien ihm jetzt gesühnt. Die alten preußischen Ordensländer waren zurückgekehrt. Zwar ohne Danzig und Thorn. Aber der Anfang war gemacht! Im Frühjahr 1774 erhielt er den Netze-Distrikt noch hinzu.

Aber unendlich viel zu tun gab es für Preußen in diesen wiedererworbenen Ordensländern! Gustav Freytag schildert in seinen »Bildern aus der deutschen Vergangenheit« eindringlich, wie es in Westpreußen damals aussah: »Die Mehrzahl des Landvolks lebte in jämmerlichen Zuständen, zumal an der Grenze Pommerns, wo die wendischen Kassuben saßen. Wer dort einem Dorfe nahte, der sah graue Hütten und zerrissene Strohdächer auf kahler Fläche, ohne einen Baum, ohne einen Garten, nur die Sauerkirschbäume waren altheimisch. Die Häuser waren aus hölzernen Sprossen erbaut, die mit Lehm ausgeklebt wurden, durch die Haustür trat man in die Stube mit großem Herd ohne Schornstein; Öfen waren unbekannt, nie wurde ein Licht angezündet, nur der Kienspan erhellte das Dunkel der langen Winterabende. Das Hauptstück des elenden Hausrats war das

Kruzifix, darunter der Napf mit Weihwasser. Das schmutzige und wüste Volk lebte von Brei aus Roggenmehl, oft nur von Kräutern, die sie als Kohl zur Suppe kochten, von Heringen und Branntwein, dem Männer wie Frauen unterlagen. Brot war fast unbekannt. Viele hatten in ihrem Leben nie einen solchen Leckerbissen genossen, in wenig Dörfern stand ein Backofen. Hielten sie ja einmal Bienenstöcke, so verkauften sie den Honig an die Städter, außerdem geschnitzte Löffel und gestohlene Rinde; dafür erstanden sie auf den Jahrmärkten den groben blauen Tuchrock und das hellrote Kopftuch für die Frauen. Selten war ein Webstuhl, das Spinnrad war unbekannt, die Preußen hörten dort kein Volkslied, keine Musik, keinen Tanz; stumm und schwerfällig trank das Volk den schlechten Branntwein, prügelte sich und taumelte in die Winkel. Auch der Landadel unterschied sich kaum von den Bauern, er führte seinen Hakenpflug selbst und klapperte in Holzpantoffeln auf dem ungedielten Fußboden seiner Hütte. Selbst auf den Gütern der größeren Edelleute, der Starosten und der Krone, waren alle Wirtschaftsgebäude verfallen und unbrauchbar.

Wer einen Brief befördern wollte, mußte einen besonderen Boten schicken, denn es gab keine Post im Lande; freilich fühlte man in den Dörfern auch nicht das Bedürfnis danach, denn ein großer Teil der Edelleute konnte ebenso wenig lesen und schreiben wie die Bauern. Wer erkrankte, fand keine Hilfe als die Geheimnisse einer alten Dorffrau, denn es gab im ganzen Lande keine Apotheke. Wer eines Rockes bedurfte, tat wohl, selbst die Nadel in die Hand zu nehmen, denn auf viele Meilen weit war kein Schneider zu finden, wenn er

nicht abenteuernd durchs Land zog. Wer ein Haus bauen wollte, der mochte zusehen, wo er von Westen her Handwerker gewann. Noch lebte das Landvolk in ohnmächtigem Kampf mit den Herden der Wölfe, es gab wenig Dörfer, in welchen nicht jeden Winter Menschen und Tiere dezimiert wurden. Brachen die Pocken aus, kam eine ansteckende Krankheit ins Land, dann sahen die Leute die weiße Gestalt der Pest durch die Luft fliegen und sich auf ihre Hütten niederlassen; sie wußten, was solche Erscheinung ihnen bedeutete, es war Verödung ihrer Hütten, Untergang ganzer Gemeinden; in dumpfer Ergebung erwarteten sie dies Geschick. –
Es gab kaum eine Rechtslage im Lande, nur die größeren Städte bewahrten urkräftige Gerichte; die Edelmänner, die Starosten, verfügten mit schrankenloser Willkür ihre Strafen, sie schlugen und warfen in scheußliche Kerker nicht nur den Bauern, auch den Bürger der Landstädte, der unter ihnen saß oder in ihre Hände fiel. In den Händeln, die sie untereinander hatten, kämpften sie durch Bestechung bei den wenigen Gerichtshöfen, die über sie urteilen durften; in den letzten Jahren hatte auch dies fast aufgehört, sie suchten ihre Rache auf eigene Faust durch Überfall und blutige Hiebe. –
Nur einige größere Städte, welche durch Mauern geschützt, und einige Landstriche, die ausschließlich von Deutschen bewohnt wurden, wie die Niederung bei Danzig, die Dörfer unter der milden Herrschaft der Zisterzienser von Oliva und die wohlhabenden Ortschaften des katholischen Ermlandes, lebten in erträglichen Zuständen. Andere Städte lagen in Trümmern, wie die meisten Höfe des Flachlandes. Bromberg, die deutsche Kolonistenstadt, fanden die Preußen in Schutt und Rui-

nen; es ist noch heute nicht möglich, genau zu ermitteln, wie die Stadt in diesen Zustand gekommen ist. Kein Geschichtsschreiber, keine Urkunde, keine Aufzeichnung gibt Bericht über die Zerstörung und das Gemetzel, welches dort in dem ganzen Netzedistrikt während der letzten zehn Jahre und vor der Ankunft der Preußen stattgefunden haben muß. Die Stadt Kulm hatte aus alter Zeit ihre wohlgefügten Mauern und stattlichen Kirchen erhalten; aber in den Straßen ragten die Hälse der Hauskeller über das morsche Holz und die Ziegelbrocken der zerfallenen Gebäude empor; ganze Straßen bestanden nur aus solchen Kellerräumen, in denen elende Bewohner hausten. Von den vierzig Häusern des großen Marktplatzes hatten achtundzwanzig keine Türen, keine Dächer, keine Fenster und keine Eigentümer. In ähnlicher Verfassung waren andere Städte. – Es war ein verlassenes Land ohne Zucht, ohne Gesetz, ohne Herrn . . .«

Friedrich der Große ging mit seiner Verwaltung unverzüglich daran, Westpreußen wieder aufzubauen. Die Landschaft wurde in Kreise eingeteilt, die Bodenfläche abgeschätzt und versteuert, Landräte, Gerichte, Post und sanitäre Einrichtungen geschaffen, sofort 187 Lehrer ins Land gebracht, um das Schulwesen in Gang zu setzen. Handwerker wurden geworben, die Gebäude instandzusetzen, und zur gleichen Zeit Menschen geworben, die in den aufgegebenen Mauern zu siedeln bereit waren. Das kirchliche Leben begann mit dem Aufbau neuer Gemeinden wieder Gestalt zu gewinnen. Selbst teure Projekte gab Friedrich sofort in Auftrag: Der große Kanal, der die Weichsel durch die Netze mit der Oder und Elbe verbindet, wurde in Angriff genom-

men. Durch ihn konnten bald beladene Oderkähne von bis zu 120 Fuß Länge und vierzig Tonnen Tragkraft nach Osten bis in die Weichsel fahren. Ein Nebeneffekt des Kanalbaus war die Entsumpfung eines größeren Landstriches, der sofort durch bäuerliche Kolonisten bevölkert wurde. Wie immer man über Landbesitzverhältnisse in dieser Epoche streiten mag, eines kann Friedrich dem Großen nicht vorgeworfen werden, nämlich daß er Land besetzt hätte, um es dann am Rande seines Territoriums liegenzulassen. Er sah Preußen als Erbe des Ordenslandes und hat dieses Erbe mit entschiedener Kraft wiederaufgebaut, wobei kein einziger Bewohner vertrieben oder Staatsbürger zweiter Klasse wurde. Und umgekehrt – dieser Vergleich sei erlaubt –, wie hat Polen sich mit seinen deutschen Eroberungen aus Stalins Gnaden nach 1945 verhalten. Die Einwohner wurden auf grausamste Weise verjagt oder gar umgebracht, und nach 45 Jahren ist es in einem ganz erbärmlichen Zustande selbst in den Gegenden, welche die Kriegshandlungen verschonten. Für Westpreußen jedenfalls erfüllte sich, nachdem es in preußische Hände kam, das Wort:

»Das Alte stirbt, es ändert sich die Zeit,
Und neues Leben blüht aus den Ruinen.«

Was Johann Gottfried Herder zur Erneuerung Polens und der slawischen Welt beitrug

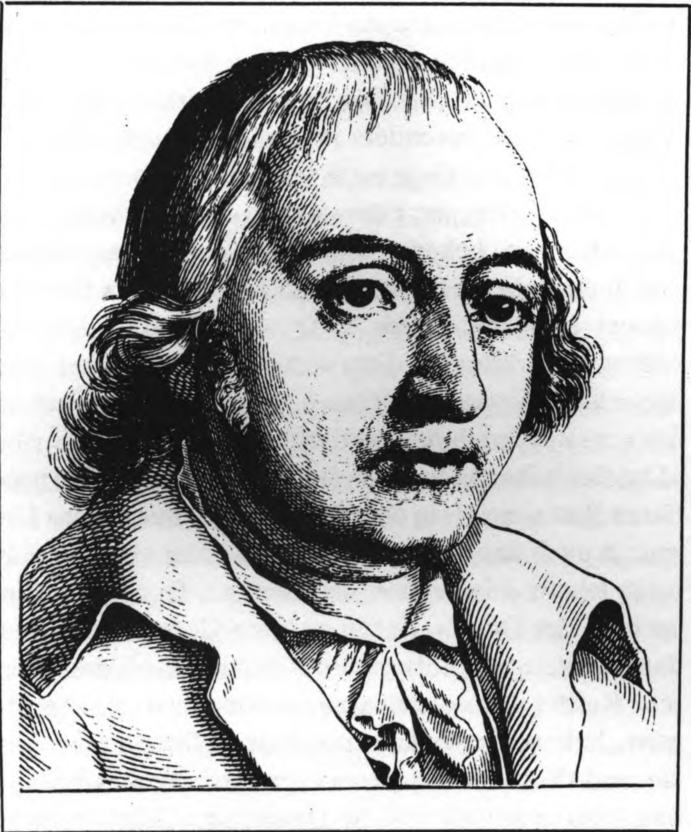
Mit der Vertreibung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg wurden in den deutschen Ostgebieten alle deutschen Inschriften getilgt, selbst die Denkmäler im großen Maßstabe zerstört. Eines der wenigen, das unangetastet blieb, war das Denkmal Johann Gottfried Herders in seinem Geburtsort Mohrungen.

Mannigfach, rätselhaft und widerspruchsvoll zugleich ist das Leben und Schaffen dieses geistvollen Mannes. Am 25. August 1744 im ostpreußischen Mohrungen geboren, studierte er 1762 bis 1764 in Königsberg und wurde durch den Philosophen und Schriftsteller Johann Georg Hamann zu der neuen Auffassung der Dichtkunst als einer Natur- und Völkeraufgabe und der Bewunderung Shakespeares und Homers geführt. Von 1764 bis 1769 war er Prediger in Riga und schrieb seine »Fragmente über die neue deutsche Literatur« und die drei »Kritischen Wälder«, in denen er eine auf Verstandeskritik der Antike Bezug nehmende deutsche Literaturkritik entwarf. Als Begleiter des Erbprinzen von Holstein-Eutin machte er eine Bildungsreise durch Europa, lernte seine spätere Gattin Karoline Flachsland in Darmstadt kennen und traf den jungen Goethe in Straßburg. Zwischen 1771 und 1775 weilte er als Hauptprediger beim Grafen Wilhelm zur Lippe in Bückeburg. 1773 heiratete er Karoline, nachdem er soeben ein Buch »Über den Ursprung der Sprache« vollendet hatte. Es folgten Aufsätze »Über Ossian und die Lieder alter Völker« und »Von deutscher Art und Kunst«. 1774 entstand

seine mystische »Älteste Urkunde des Menschengeschlechts«, ein Buch, das entschiedene Widersprüche, Herabsetzungen, ja selbst Verlästerungen hervorrief, ebenso wie seine »Briefe zweener Brüder Jesu im Kanon«. Die Angriffe gegen ihn, zum Teil weit unter der Gürtellinie, steigerten seine fast hypochondrische Reizbarkeit und sein fast dämonisches Mißtrauen gegenüber seiner Mitwelt, insbesondere seinen wissenschaftlichen Gegnern.

Erst als er 1776 von Goethe als Generalsuperintendent nach Weimar geholt wurde, begann eine neue fruchtbare Periode seines Schaffens, die in der Herausgabe der »Volkslieder« gipfelte, ein heute noch bedeutendes Buch, das Johannes von Müller später unter dem besseren Titel »Stimmen der Völker in Liedern« herausgab. 1785 begann Herder von hier aus mit der Herausgabe seines eigentlichen Hauptwerkes »Ideen zur Philosophie der Geschichte der Menschheit« in vier Teilen. Der fünfte und letzte geplante Teil blieb ungeschrieben, denn körperliche Leiden und mancherlei berufliche Verstimmungen hatten seine Lebenslust und seine Schaffenskraft gebrochen. Zwar entstanden noch manche wertvolle kleinere Arbeiten aus seiner Feder, wie die formvollendeten und stilvollen »Schulreden« und seine »Christlichen Schriften«, aber zur Fortsetzung der »Ideen zur Philosophie der Geschichte der Menscheit« konnte er sich nicht mehr aufraffen. Am 18. Dezember 1803 verschied er in Weimar.

Dieses unvollendete Werk hat wie kein anderes auf die Selbstfindung der Polen und anderer slawischer Völker eingewirkt. Er hebt darin die Einzigartigkeit der Völker und Kulturen hervor: »Kein Mensch, kein Land, kein



Johann Gottfried Herder (1744–1803) schuf mit seinen »Ideen zur Geschichte der Philosophie der Menschheit« eine Grundlage für das Erwachen der slawischen Völker.

Volk, keine Geschichte des Volks, kein Staat ist dem andern gleich, folglich auch das Wahre, Schöne und Gute in ihnen nicht gleich.« Die Selbstverwirklichung eines Volkes sieht er besonders in dessen Sprache, die alle Kultur prägt. Im Gegensatz zu vielen führenden Geistern seiner Zeit, die Französisch oder Latein redeten und schrieben, bekannte er sich zu den Volkssprachen und ihren schöpferischen Möglichkeiten. Das Slawenkapitel in diesem Werk hatte weitreichende Folgen. Mächtige Kräfte der Erneuerung in Polen, bei den Tschechen, Slowaken, Russen und den südslawischen Völkern wurden durch Herders Worte geweckt:

»Die slawischen Völker nehmen auf der Erde einen größeren Raum ein als in der Geschichte, unter andern Ursachen auch deswegen, weil sie entfernter von den Römern lebten. Wir kennen sie zuerst am Don, späterhin auch an der Donau, dort unter den Goten, hier unter den Hunnen und Bulgaren, mit denen sie oft das römische Reich sehr beunruhigten, meistens nur als mitgezogene, helfende oder dienende Völker. Trotz ihrer Taten hie und da waren sie nie ein unternehmendes Kriegs- und Abenteuervolk wie die Deutschen: vielmehr rückten sie diesen stille nach und besetzten ihre leergelassenen Plätze und Länder, bis sie endlich den ungeheuren Strich innehatten, der vom Don zur Elbe, von der Ostsee bis zum Adriatischen Meer reichte. Von Lüneburg an über Mecklenburg, Pommern, Brandenburg, Sachsen, die Lausitz, Böhmen, Mähren, Schlesien, Polen, Rußland erstreckten sich ihre Wohnungen diesseits der karpatischen Gebirge; und jenseits derselben, wo sie frühe schon in der Walachei und Moldau saßen, breiteten sie sich, durch mancherlei Zufälle unterstützt, im-

mer weiter und weiter aus, bis sie der Kaiser Heraklius auch in Dalmatien aufnahm, und nach und nach die Königreiche Slawonien, Bosnien, Servien, Dalmatien von ihnen begründet wurden.«
Und dann heißt es bei Herder schwärmerisch weiter: »Allenthalben ließen sie sich nieder, um das von andern Völkern verlassene Land zu besitzen, es als Kolonisten, als Hirten oder Ackerleute zu bauen und zu nutzen; mithin war nach allen vorhergegangenen Verheerungen, Durch- und Auszügen ihre geräuschlose, fleißige Gegenwart den Ländern ersprießlich. Sie liebten die Landwirtschaft, einen Vorrat von Herden und Getreide, auch mancherlei häusliche Künste, und eröffneten allenthalben mit den Erzeugnissen ihres Landes und Fleißes einen nützlichen Handel. Längs der Ostsee von Lübeck an hatten sie Seestädte erbauet, unter welchen Vineta auf der Insel Rügen das slawische Amsterdam war; so pflogen sie auch mit den Preußen, Kuren und Letten Gemeinschaft, wie die Sprache dieser Völker zeiget.«
Und Herder steigert sich noch: »Am Dnjepr hatten sie Kiew, am Wolchow Nowgorod gebauet, welche bald blühende Handelsstädte wurden, indem sie das Schwarze Meer mit der Ostsee vereinigten und die Produkte der Morgenwelt dem nörd- und westlichen Europa zuführten. In Deutschland trieben sie den Bergbau, verstanden das Schmelzen und Gießen der Metalle, bereiteten das Salz, verfertigten Leinwand, braueten Met, pflanzten Fruchtbäume und führten nach ihrer Art ein fröhliches musikalisches Leben. Sie waren mildtätig, bis zu Verschwendung gastfrei, Liebhaber der ländlichen Freiheit, aber unterwürfig und gehorsam, des Raubens und Plünderns Feinde. Alles das half ihnen nicht gegen die

Unterdrückung; ja es trug zu derselben bei. Denn da sie sich nie um die Oberherrschaft der Welt bewarben, keine kriegssüchtige erbliche Fürsten unter sich hatten, und lieber steuerpflichtig wurden, wenn sie ihr Land nur mit Ruhe bewohnen konnten, so haben sich mehrere Nationen, am meisten aber die vom deutschen Stamme, an ihnen versündigt.«

Unglücklich sei, so meint Herder weiter, das Volk dadurch geworden, »daß es bei seiner Liebe zur Ruhe und zu häuslichem Fleiß sich keine dauernde Kriegsverfassung geben konnte«. Und dann drückt er die Hoffnung aus, daß diese »tief versunkenen, einst fleißigen und glücklichen Völker« endlich von »langem trägen Schlaf ermuntert« werden und sich von ihren »Sklavenketten« befreien. Die slawischen Völker sollten ihre schönen Gegenden vom Adriatischen Meer bis zum Karpatischen Gebirge, vom Don bis zur Mulda als Eigentum nutzen«. Daß solche Worte nicht ungehört verhallen würden, war anzunehmen. Das wachsende Selbstbewußtsein der Polen, die Idee des Panslawismus und des Slawophilentums haben von Herder entscheidende Impulse empfangen. Die Erneuerer und Wiederentdecker der slawischen Sprachen bemühten sich an deutschen Universitäten, zum Beispiel in Jena, Wien und später auch in Berlin, die Wurzeln ihres eigenen Wesens wiederzufinden. Auch Hegel hat später die Polen und Russen mit seiner Philosophie entscheidend beeinflußt. In Auseinandersetzung mit ihm gewinnen ihre politischen Ideen Kontur und Realitätssinn.

Es ist schon mehr als tragisch, daß diese ungeheure geistige Beeinflussung der slawischen Völker durch Deutsche nicht zu freundschaftlichem Verhalten führte, son-

dern die neu geborenen völkischen Kräfte nicht nur in Polen, sondern auch in vielen anderen slawischen Völkern sich gegen die Geburtshelfer wandten. Wenn später zum Beispiel polnische Nationalisten auf ihren politischen Zielkarten Elbe und Mulde oder gar eine Linie zwischen Lübeck und Nürnberg eintrugen, um den »urslawischen Boden« zu kennzeichnen, den Polen gern »zurückgewinnen« möchte, dann konnten sie auf Herder und seine geschichtlich leider oft sehr ungenauen, manchmal falschen Urteile zurückgreifen.

Inwieweit der Begriff Slawen im übrigen auf die frühen Völker in diesem Raum angewandt werden kann, ist in der Geschichtsschreibung in wachsendem Maße umstritten. Als »sklavi« oder »sclavi« bezeichneten Theologen und Gelehrte des 11. Jahrhunderts noch alle heidnischen Völker, die nichtchristlichen Glaubenskulten anhingen. Auch unter einem ähnlichen Begriff, »sklabenoi«, wurden Völker mit Natur- und Götzenglauben im Oströmischen Reich zusammengefaßt. Ob die Völker, welche Polen, Tschechen und andere heute als slawische Nationen bezeichneten Lebensgemeinschaften als ihre frühen Vorfahren im Raum zwischen Ostsee und Schwarzem Meer sehen, wirklich deren Vorfahren waren, ist zumindest unklar.

Die zweite polnische Teilung

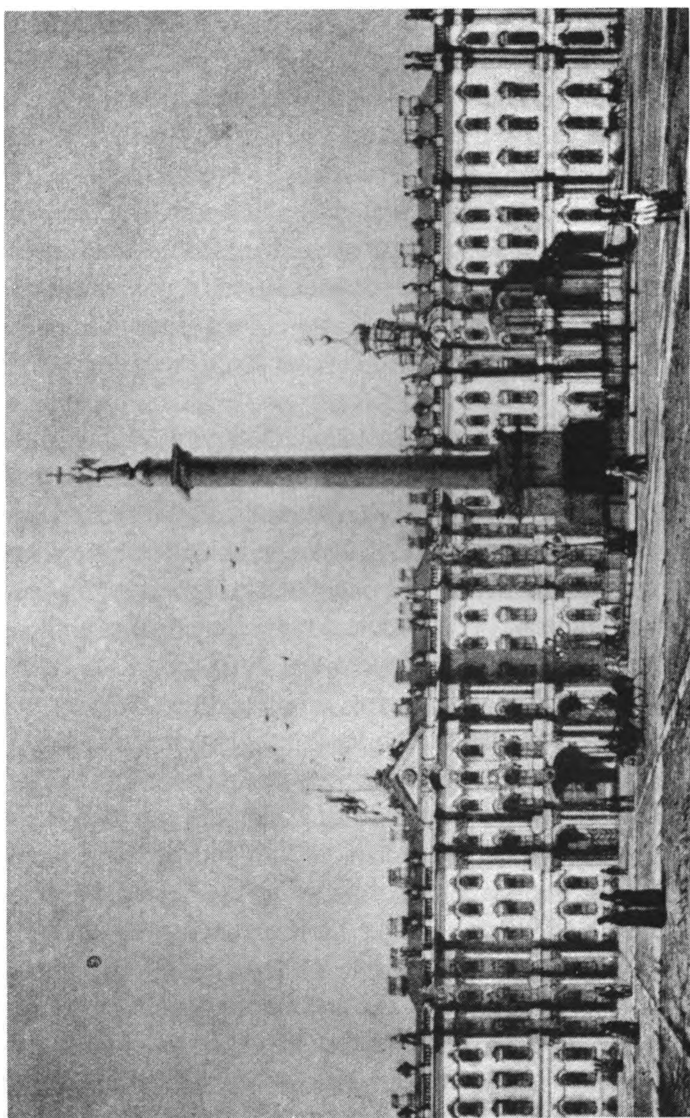
Wie weit sich Polen durch seine anarchischen Zustände schon selbst aus dem europäischen Staatensystem verabschiedet hatte, ist daran zu erkennen, daß in ganz Europa sich keine Hand für sein Schicksal rührte. Die für die Teilung verantwortlichen Staaten nahmen einfach Besitz von den für sich beanspruchten Ländereien. Der damalige Oberst und spätere Revolutionsgeneral Charles François Dumouriez schrieb in seinen Erinnerungen über das Polen vor der ersten Teilung: »Sie fochten für ihre Verfassung, für ihre Freiheit: Sie hätten damit anfangen sollen, sie zu zerstören. Die polnische Verfassung ist eine reine Aristokratie, in welcher die Adligen, aber kein Volk zu regieren haben; denn diesen Namen kann man sieben oder acht Millionen an dem Boden anklebenden Leibeigenen ... unmöglich beilegen. Der gesellschaftliche Körper der Polen ist eine Mißgeburt, die lauter Köpfe und Mägen, aber keine Arme und Beine hat.«

In London begründete auf einen polnischen Hilferuf hin der Earl of Rochford die Haltung seiner Regierung mit den Worten: »Was das außergewöhnliche und unerwartete Ereignis einer Teilung Polens durch drei Mächte betrifft, . . . so habe ich Ihnen mitzuteilen, daß weder seine Majestät noch die anderen Handel treibenden Mächte geglaubt haben, daß sie von solcher augenblicklichen Bedeutung sei, daß man sich ihr direkt widersetzen oder in Aktion treten müsse, um sie zu verhindern.«

Das preußische Patent vom 13. 9. 1772 und der Abtretungsvertrag zwischen Preußen und Polen vom 18. 9. 1773 sicherte den Schutz der römisch-katholischen Kir-

che in geistlicher und weltlicher Hinsicht. Die westpreußischen Protestanten erhielten die langersehnte Gleichberechtigung. Der Staat garantierte jedem vollkommene Gewissensfreiheit. Die bisherige polnische Gerichtsbarkeit, die, wie es selbst zeitgenössische polnische Schriftsteller beklagen, aller rechtschaffenen, unparteiischen Rechtspflege widersprach, wurde aufgelöst. Recht und Gerechtigkeit ohne Ansehen der Person und des religiösen Bekenntnisses – im damaligen Polen seit langem unbekannte Begriffe – schufen ein neues Gefühl der Rechtssicherheit. Da der preußische König auf seinen Ämtern die Leibeigenschaft aufgehoben hatte, sollten auch die Adeligen dazu gebracht werden, seinem Beispiel zu folgen. Die Wirtschaft wurde nach preußischen Vorstellungen erneuert und blühte wieder auf. Ein Wunsch nach Rückkehr zur alten Ordnung war in diesen Gebieten nirgends zu hören.
In der auswärtigen Politik folgten zwischen den Teilungsmächten jedoch neue Verwicklungen. Der russisch-türkische Krieg 1787 bis 1792 sah Österreich an der Seite Rußlands, Preußen an jener der Türkei, womit die polnische Politik mehr Bewegungsfreiheit zu erhalten schien. Die polnischen »Patrioten« hofften nun auf preußische Unterstützung. Es kam zum preußisch-polnischen Bündnis von Warschau am 29. 3. 1790, worin sich beide Staaten zu gegenseitiger Freundschaft, Garantie ihrer Besitzungen und zunächst zu friedlicher Vermittlung, dann zu bewaffneter Hilfe gegen jede fremde Macht verpflichteten. Die Frage der von Preußen begehrten deutschen Städte Thorn und Danzig wurde offengelassen. Doch gerade das Problem des Ostseezugangs mit seinen zollpolitischen Fragen führte zu

dauernden preußisch-polnischen Verstimmungen. Am 3. Mai 1791 beschloß Polen eine neue Verfassung auf konstitutioneller Basis, die auch das liberum veto und die Konföderation aufhob. Durch Reichstagsbeschluß legten die Polen die absolute Integrität ihres Staatsgebietes fest, womit Preußen alle Aussicht auf Thorn und Danzig versperrt wurde. Ihre Stimmung gegen Preußen war gereizt, da man den Verdacht neuer Teilungspläne hegte. Umgekehrt war Preußen von der Idee eines neuen polnischen Erbreiches – ganz gleich ob unter russischem Einfluß oder im Versuch der Unabhängigkeit – nicht begeistert. Kaiserin Katharina hingegen erkannte die neue polnische Verfassung nicht an. Und sie fand in Polen verräterische Magnaten, die unter ihrem Schutz am 14. Mai 1792 die Konföderation von Targowica gründeten, welche ein Manifest gegen die neue Verfassung erließ. Am 25. Mai ließ der preußische Gesandte die »Patrioten« wissen, daß mit preußischer Unterstützung ihrer Vorstellungen nicht zu rechnen sei. Jetzt saß Polen zwischen allen Stühlen! Der Reichstag ließ jetzt alle aufgeworfenen Fragen – von der Situation der Bauern bis zum neuen Strafgesetzbuch – liegen. Die Verwicklung Preußens in den bewaffneten Kampf gegen die französische Revolution ließ König Friedrich Wilhelm II. und seine Diplomaten erst einmal intensiv nach Westen blikken. Der jetzt ausbrechende Kampf, in dem auch Österreich gegen die Revolutionäre antrat, war ein Kampf der Prinzipien. Die Idee der Volkssouveränität, wie sie die französische Revolution gebar, stand gegen das göttlich begründete Recht der Könige. Das ungleiche Bündnis der beiden großen Rivalen in Deutschland, Preußen und Österreich, brachte jedoch keine kraftvolle Krieg-



Das Winterpalais in St. Petersburg, bis zum Ende des 19. Jahrhunderts der ständige Wohnsitz der Zarenfamilie. Hier fielen die Entscheidungen über Polens Schicksal.

führung hervor. Auf der anderen Seite argwöhnte Preußen, daß Rußland deshalb so intensiv die Regierung Friedrich Wilhelm II. drängte, in Frankreich einzugreifen, weil es das Land in einen möglichst fernen Krieg verstricken wollte, um ruhig und ungestört seine eigenen Pläne in Polen verwirklichen zu können.
Am 18. Mai 1792 fielen russische Truppen in dem bereits durch die erste Teilung verkleinerten Polen ein. Den 100000 Soldaten der Zarin hatte Polens »Republik«, die es trotz drohender Gefahren versäumt hatte, die notwendigen Rüstungsaufgaben zu erfüllen, lediglich 30000 Mann entgegenzustellen. Nur von Mai bis Juli dauerten die Kämpfe. Dann mußten die polnischen Truppen, die unter Jósef Poniatowski, einem Neffen des Königs, und Tadeusz Kościusko, einem Mitstreiter im amerikanischen Unabhängigkeitskrieg, tapfer gekämpft hatten, der Übermacht weichen. Um noch größeren Schaden abzuwenden, trat der König jetzt selbst der Konvention von Targowica bei.
Friedrich Wilhelm II. sah jetzt ganz Polen schon unter russischem Einfluß. Er trat deshalb mit der Forderung nach einem bedeutenden Teil Polens gegenüber Rußland auf. Unter General von Möllendorf ließ er ein Heer an der Grenze aufmarschieren. Zwischen dem Berliner und Petersburger Hof begannen Verhandlungen. Sie schleppten sich hin, ohne daß ein Ergebnis in greifbare Nähe rückte. Da erließ Preußens König eine »Deklaration an die polnische Nation«, in der es heißt: ». . . Was noch mehr die Aufmerksamkeit des Königs und aller benachbarten Mächte erheischt, ist die Ausbreitung des französischen Demokratismus und die Grundsätze jener abscheulichen Rotte, welche allent-

halben Proselyten zu machen sucht und in Polen bereits so vielen Eingang gefunden hat, daß man die Unternehmungen der französischen Emissäre daselbst nicht nur tatkräftig unterstützt, sondern sich sogar Revolutionsgesellschaften bilden, welche die Grundsätze derselben öffentlich bekennen. Die Verbindung derselben mit den französischen Klubs muß dem Könige wegen der Sicherheit seiner eigenen Staaten ein gerechtes Mißtrauen einflößen und setzt ihn in die Notwendigkeit, zweckmäßige Maßregeln dagegen zu ergreifen ... Se. Majestät hat daher beschlossen, ihnen (den polnischen Revolutionären) durch das Einrücken eines hinreichenden Truppenkorps in das Gebiet der Republik Polen zuvorzukommen. Diese Maßnahme hat den Zweck, die angrenzenden preußischen Länder zu decken, die übelgesinnten Aufrührer und Ruhestörer zu unterdrücken, die Ordnung und Ruhe wiederherzustellen und zu handhaben, endlich den wohlgesinnten Einwohnern nachdrücklichen Schutz zu verleihen.«

Wenige Tage später rückte das preußische Korps unter Möllendorf aus drei Richtungen – von Schlesien, der Neumark und Westpreußen her – in Polen ein. Und am 23. Januar 1793 schloß Preußen, ohne sich vorher mit Österreich verständigt zu haben, den zweiten Teilungsvertrag mit Rußland. Die Zarin sicherte sich den östlichen Teil Podoliens und Wolhyniens sowie große ukrainische und weißrussische Gebiete mit rund 250000 Quadratkilometern und zusammen etwa drei Millionen Einwohnern. An Preußen fielen die seit langem begehrten Städte Danzig und Thorn, weiterhin Kujavien, die »großpolnischen« Teile mit Posen, Gnesen, Kalisch und Petrikau sowie ein Teil Masowiens mit Plock, der »Süd-



Der zweite Teilungsvertrag wurde diesmal nur zwischen Preußen und Rußland abgeschlossen. Österreich behielt die Territorien aus der ersten Teilung. Der polnische Reichstag war von russischer und preußischer Seite bestochen worden, so daß der ungerechte Akt von polnischer Seite Bestätigung fand.

preußen« genannt wurde. Alle Gebiete zusammen umfaßten 58000 Quadratkilometer, in denen 1,1 Millionen Einwohner lebten.
Am 17. Juni 1793 trat der polnische Reichstag in der durch russische Truppen besetzten und streng bewachten Stadt Grodno zusammen. Die Abgeordneten waren zum Teil durch russische, zum Teil durch preußische Bestechungsgelder gewonnen, der aufrechte Rest durch Drohungen eingeschüchtert worden. Am 23. September wurde im Reichstag über die Einwilligung in die Abtretungen an Preußen entschieden. Ein bestochener Reichstagsbote erklärte auf dieser denkwürdigen Sitzung das Stillschweigen der Versammlung als Zustimmung.
Nicht zu Unrecht ist die preußische Haltung besonders im Zusammenhang mit der zweiten polnischen Teilung als ein Akt gegen die Gerechtigkeit empfunden worden. Aber hätte Preußen, das zu einer militärischen Auseinandersetzung mit Rußland zu schwach war, zusehen sollen, daß sich das Zarenreich nicht nur bis zur Weichsel, sondern bis zur Warthe ausdehnte?

Die dritte Teilung Polens von 1795

Was von Polen jetzt noch eigenständig geblieben war, konnte kaum noch Anspruch auf Eigenstaatlichkeit erheben. Zwar umfaßte das Land trotz der Abtrennungen noch 230000 Quadratkilometer mit rund 4,4 Millionen Einwohnern. Aber die rein polnischen Bevölkerungsteile lebten jetzt in erster Linie auf den Staatsgebieten Preußens und Österreichs. Restpolen war mehrheitlich von Litauern besiedelt.

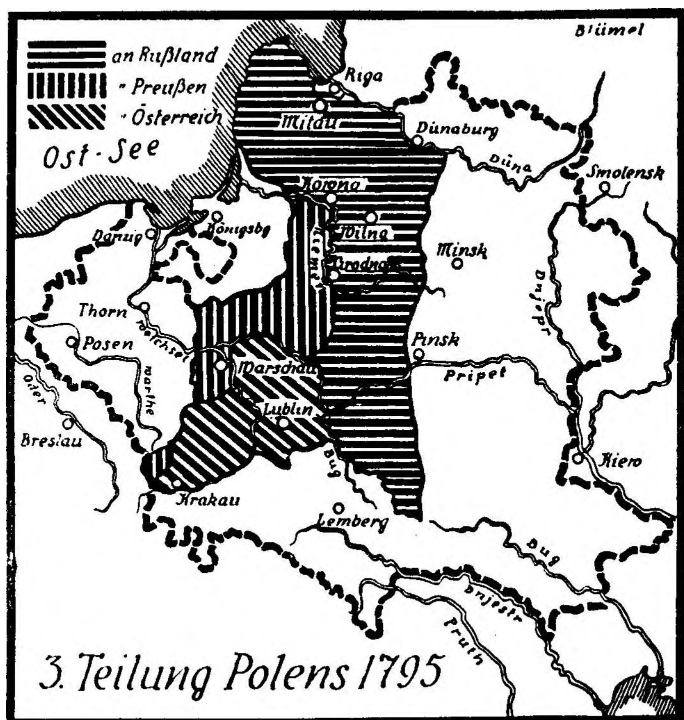
In den neu erworbenen Gebieten bemühte sich Preußen, so schnell wie möglich bessere Zustände als die vorgefundenen zu schaffen. Der polnische Adel hatte auch hier das Volk unterdrückt und ausgesaugt. Ein funktionstüchtiger Handwerkerstand war praktisch überhaupt nicht vorhanden. In Danzig lebten von einst gezählten 80000 nur noch 36000 Seelen. In Thorn standen eine große Zahl von Häusern leer. Die Einwohnerzahl lag nur noch bei 5500. Und wo noch Handel betrieben wurde, waren es nicht Polen, sondern zum großen Teile Juden, die ihn aufrechterhielten. Auch die dünne Handwerkerschicht – soweit überhaupt noch sichtbar – wurde in erster Linie von Juden gestellt. Die Landbevölkerung lebte in unbeschreiblicher Armut. Aus einer Region ist überliefert, daß Leibeigene noch wie Vieh verpfändet werden konnten und die Tötung eines Bauern ein Bußgeld von vier Talern kostete.

Schnell wurde Preußens erprobte Verwaltung in den neuen Gebieten eingeführt. Daß bei einer solch schwierigen Aufgabe auch schlimme Fehler gegenüber der polnischen Bevölkerung, die auf Unkenntnis und fehlendem Einfühlungsvermögen beruhten, zu verzeichnen

waren, versteht sich von selbst. Mangels eines stärker entwickelten Bürgerstandes versuchte sich die neue Verwaltung auf den Kleinadel zu stützen. Dieser aber – vorher selbst unbeschränkter Herr – wollte nicht zu den Untertanen gehören. Insbesondere, weil er jetzt mehr, die ausgepreßten Bauern aber weniger Steuern zu zahlen hatten! Die unzufriedene Stimmung im Adel war ein entscheidender Grund für mehrere Aufstände, die von dem polnischen Volkshelden Kościuszko geführt wurden. Innere Zwistigkeiten unter den Revolutionären begünstigten schließlich die Niederschlagung der Freiheitsbewegung. Nach langem Hin und Her und Wochen der Belagerung beschloß Preußen, doch nicht Warschau anzugreifen, wohin sich die Aufständischen zurückgezogen hatten.
Das taten um so gründlicher die Russen unter Suwarow. Seine Soldaten richteten ein Blutbad unter den Aufständischen an, das nur wenige überleben ließ. Der Rest kam in russische, einige auch in preußische Gefangenschaft. Polens Schicksal war besiegelt.
Die Teilung von Restpolen vollzog jedoch Katharina nicht zusammen mit Preußen, sondern verhandelte zuerst mit Österreich. Nachdem Preußen sein Heer aus Frankreich zurückgezogen hatte, war sein Verhältnis zu Rußland wieder auf einen neuen Tiefpunkt gesunken. Petersburg und Wien hingegen verständigten sich auf die dritte Teilung Polens. Mit dem Vertrag vom 3. Januar 1795 fielen an Rußland das kurländische Gebiet, ganz Litauen mit Wilna und Grodno, das Land um Brest-Litowsk, der Rest Wolhyniens bis an den Bug – zusammen 111 780 Quadratkilometer mit zusammen 1,1 Millionen Einwohnern. Österreich zugesprochen wurde das südli-

che Gebiet bis an Pilica und Bug, in dem auch die polnische Krönungsstadt Krakau lag. Mit diesem Gebiet kamen rund eine Million Einwohner zu Österreich! Dem Teilungsvertrag folgte am gleichen Tag eine geheime Deklaration, ein Schutz- und Trutzbündnis, das auf weitere gemeinsame Eroberungen auf Kosten der Türkei und der venezianischen Republik ausgerichtet war. Vermerkt war auch in diesem Papier, daß, falls Preußen sich dem Plan einer weiteren Teilung Polens widersetze, es mit Waffengewalt zur Zustimmung gezwungen werden sollte. Für den Fall eines solchen Krieges versprachen sich beide Seiten Unterstützung. Bei Zustimmung würde dem isolierten Preußen der verbliebene Rest Polens zugesprochen. Und Preußen – durch den Krieg mit Frankreich war sein Staatsschatz fast aufgebraucht –, müde von der Auseinandersetzung im Westen, die hauptsächlich Ärger und Niederlagen gebracht hatte, blieb keine andere Wahl als die der Zustimmung. So erhielt es die noch bei Polen verbliebenen Reste Masowiens, Teile Podlachiens mit Warschau, die Gebiete von Bialystok und Suwalki sowie im Süden das nun als »Neuschlesien« bezeichnete Territorium.

Preußen bemühte sich redlich, auch hier nach eigenen Vorstellungen Ordnung zu schaffen, aber seine Kraft war mit dieser Aufgabe überfordert. Immerhin wurde die Situation der Bauern erheblich verbessert, die härtesten Frondienste abgeschafft und die Gutsherren angewiesen, »ihre Untertanen gegen alle widerrechtlichen Bedrückungen künftig zu schützen und sie nicht ferner als bloße Sklaven einer eigensinnigen und tyrannischen Willkür ihrer Herrschaften und deren Stellvertreter zu exponieren«. In diesem Sinne gewann der einfache



Die dritte Teilung brachte das Ende für Polen. Erst mitten im Ersten Weltkrieg gewinnen die Polen ihren Nationalstaat wieder. Große Teile der polnischen Elite emigrierten – besonders nach Frankreich – und hofften, daß Streitigkeiten zwischen den Teilungsmächten ihrer Nation eine neue Chance zur Eigenstaatlichkeit eröffnen würden.

Mann in Polen etwas mehr Freiheit durch die preußische Annexion. Doch Preußen konnten die Erwerbungen der beiden letzten Teilungen, von den deutschsprachigen Gebieten abgesehen, nicht zum Wohle gereichen.

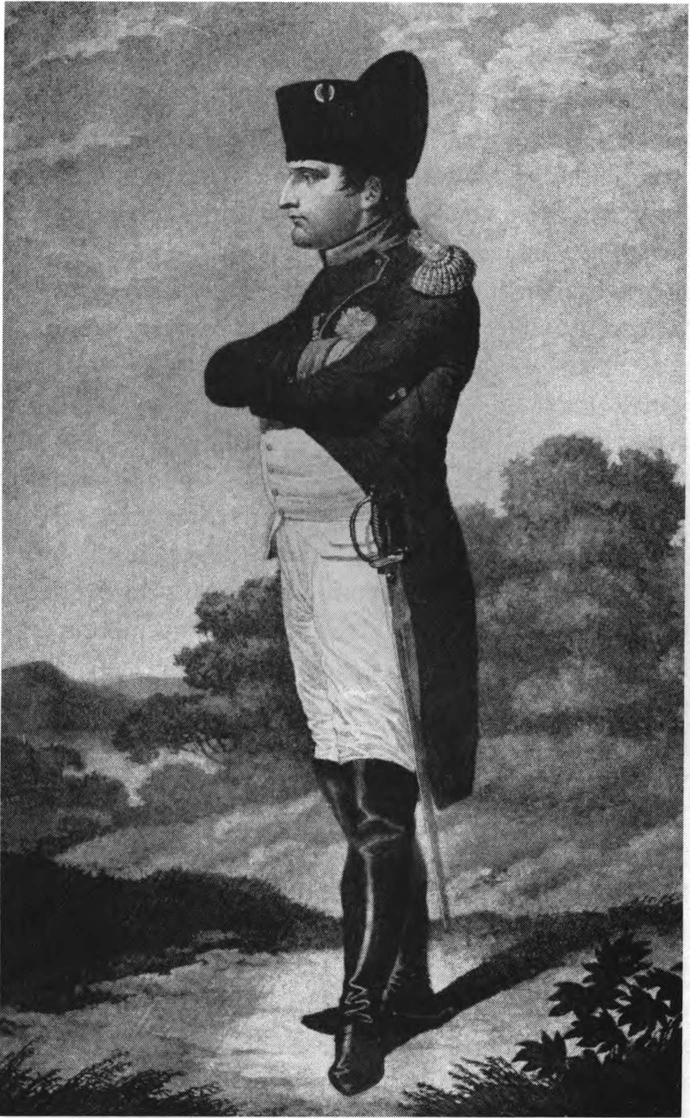
Im Gegenteil, sie waren eine Belastung, denn die Unterschiede in Sprache, Sitte und Brauchtum schufen ebenso ständig neue Gegensätze wie die Tatsache, daß die Menschen den Weg in den preußischen Staat unfreiwillig gegangen waren. Die polnischen Provinzen schwächten also die sittliche Kraft, die kulturelle Grundeinheitlichkeit, letztlich aber auch die Verteidigungsmöglichkeit des Landes, das mit seinen neuen Grenzen praktisch gar nicht mehr zu verteidigen war. Gerade Preußen lebte doch von der willigen Hingabe seiner Bürger an die Staatsidee. Und diese mitzutragen, konnte bei bestem Willen von den polnischen Staatsbürgern nicht erwartet werden. Und Preußen konnte froh sein, daß ihm in den Stürmen der napoleonischen Epoche die letzten Erwerbungen wieder aus den Händen genommen wurden. Die zunehmende Erstarrung und Unbeweglichkeit Preußens in der Zeit vor den Befreiungskriegen ist besonders auch auf den großen unverdaulichen polnischen Landbrocken zurückzuführen.

Was halfen da wirtschaftliche und Verwaltungserfolge, wenn auf der anderen Seite die polnischen Bevölkerungsteile sich nicht zu Preußen gehörig fühlten! Schon frühzeitig zeigte sich auch der Einfluß der römisch-katholischen Geistlichkeit als ein potentielles Gefahrenmoment, das sich später im Nationalitätenkampf in der Provinz Posen als das größte polnische Aktivum erwies.

Schicksal Preußens in dieser Epoche war es, daß das Land gezwungen war, sich dem Zerfall Polens und der russischen Expansionspolitik zu stellen. Andere Staaten haben in ähnlicher Situation in der Geschichte immer wieder ähnlich gehandelt. Polen ging jedoch in erster Linie nicht durch äußere Einwirkungen zugrunde. Es schuf selbst durch falsche Formen von freiheitlicher Verfassung jenen Zustand, der insbesondere seine östlichen Nachbarn immer begehrlicher machte. Seine zusammenhaltenden Kräfte waren schwächer als seine auflösenden, der Egoismus seiner Glieder größer als der Wille zur Erhaltung der staatlichen Gemeinschaft. In einem Brief des französischen Gesandten in Berlin, Caillard, befinden sich aufschlußreiche Urteile, wie in Preußen empfunden wurde. In dem Schreiben vom 9. Dezember 1796 ist zu lesen: »Es gibt in Berlin keinen vernünftigen Menschen, der nicht zugestände, daß die letzte Teilung Polens eine unheilvolle Operation gewesen ist, und man erinnert sich mit Bitterkeit der bekannten Maxime des großen Friedrich, daß die Existenz irgendeines Polen für Preußens Ruhe notwendig sei. Ich habe in den Augen des ehrwürdigen Moellendorff Tränen quellen sehen, sooft er mit mir über diesen Gegenstand gesprochen hat. Herr Bischoffswerder, Herr Haugwitz und ich glaube der König selbst gestehen ein, daß die Lage Preußens durch diese unglücklichen Erwerbungen sehr viel kritischer geworden ist. Prinz Heinrich, sein Bruder Prinz Ferdinand, alle jungen Prinzen verdammen offen diese Operation, und man kann sagen, daß die ganze Nation nur eine Meinung in dieser Beziehung hat.«

Die vierte und fünfte Teilung Polens

Warum hat das revolutionäre Frankreich Polen nicht unterstützt? Waren nicht Preußen und Österreich, die Mitwirkenden an den Teilungen Polens, seine Hauptgegner? Die französischen Revolutionäre beurteilten die französische Frage nicht in erster Linie aus machtpolitischer, sondern aus innenpolitischer Sicht, aus der Sicht ihrer Ideale. Und Polen schien ihnen die Verkörperung des Gestern! Für die Hilfe gegenüber einem Feudalstaat der Magnaten war unter den revolutionären Kräften Frankreichs kaum eine Stimme zu gewinnen.
Für Napoleon war Polen eine Karte seines europäischen Skats. In Polen, so dachten die Einheimischen, wird der Korse nicht erobern, sondern »befreien«. Eine Intrige trieb dem Cäsaren in Warschau eine zwanzigjährige Schönheit in die Arme: Marie Walewska, die jugendlich naive Frau eines alten reichen Mannes. Aus dieser Verbindung wurde dann in der Tat das Erwünschte wahr! Marie gebar im Schloß Walewice unter den durchaus wohlwollenden Augen ihres Grafen einen Kaisersohn. Das Opfer – Marie Walewska soll es ohne großes Widerstreben erbracht haben – war jedoch vergeblich. Napoleon suchte damals gerade nach einem Bündnis mit dem Zaren in Petersburg. Des Kaisers Sohn brachte es denn auch nur zum Außenminister von Hortenses Sohn – viel weniger, als sich die listigen Einfädler der Idee vorgestellt hatten.
Um Preußen von Rußland zu trennen, schuf Napoleon nach Preußens Niederlage im Frieden von Tilsit am 7. Juli 1807 aus den mittleren Provinzen Polens einen neuen Staat. Sein Buhlen um Rußland verhinderte je-



Für Napoleon – hier in der Uniform eines Obersten der Chasseurs de la Garde – waren die deutschen Länder genauso wie Polen nichts als Teile eines europäischen Skats.

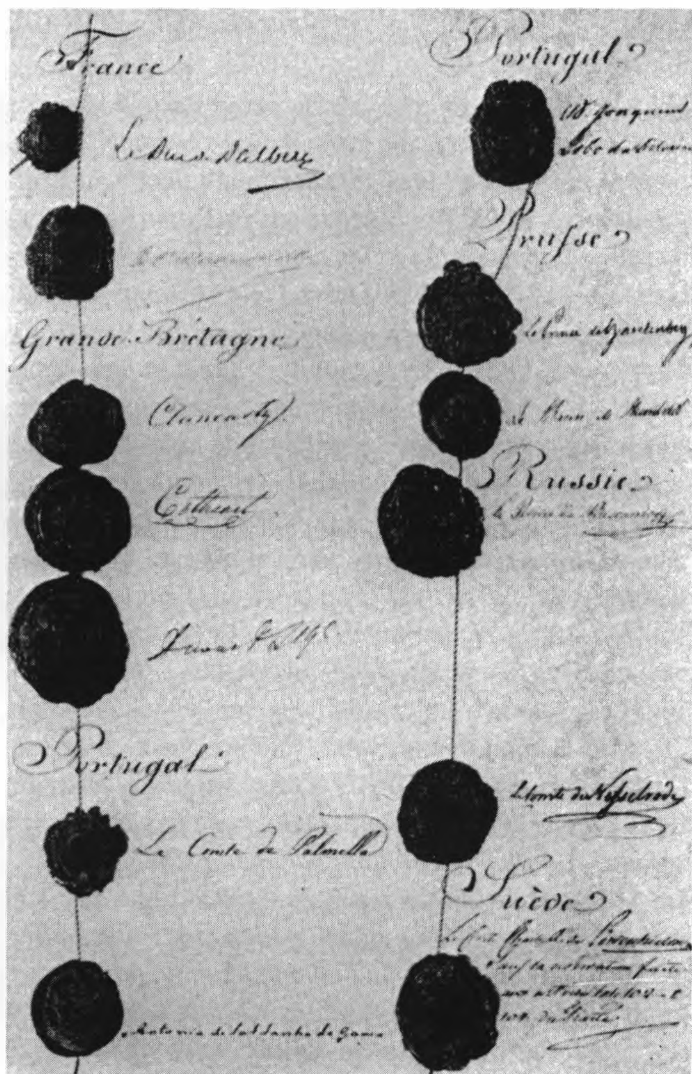
doch den Eroberer Europas daran, ein lebensfähiges Staatsgebilde zu schaffen. Selbst der Name »Polen« wurde vermieden. Das Herzogtum Warschau, wie das Gebilde benannt wurde, entstand aus den Gebieten, die Preußen in der zweiten und dritten Teilung erhalten hatte, und dem von Preußen in der ersten Teilung erworbenen Netzedistrikt.
Schon mit Beginn des Krieges gegen Preußen hatte Napoleon Revolutionäre wie Dabrowski und Wybicki – Kościusko verweigerte die Zusammenarbeit – zu sich geholt und ermuntert, einen Aufstand gegen die preußische Herrschaft zu beginnen. In der Tat zogen beide mit ihren Anhängern am 6. November 1806 in Posen ein. Ohne größeres Blutvergießen waren schon während des Krieges die südpreußischen Gebiete abgefallen.
Das Herzogtum Warschau umfaßte 104 000 Quadratkilometer und 2,6 Millionen Einwohner. Damit war ein großer Teil des polnischen Kernlandes wieder frei. Aber eben nur frei in den Möglichkeiten, welche die Gnade Napoleons für richtig erachtete. Regierender Herzog von Napoleons Gnaden wurde nicht, wie der russische Zar Alexander es gewünscht hatte, Napoleons Bruder Jérôme, sondern Friedrich August von Sachsen, den ja bereits die Maiverfassung zum König machen wollte. Friedrich August, inzwischen sächsischer König von Napoleons Gnaden geworden, war ein williges Werkzeug des Korsen. Trotzdem wurde ihm Marschall Davoût beiseitegestellt, der die Landesgeschäfte praktisch auch leitete. Für Napoleon war Polen eine Trumpfkarte seiner Politik. Eine innere Beziehung zu diesem Lande und seinen Menschen hat er nie besessen. Am 28. Januar 1813 formulierte er in einem Gespräch mit dem preußi-



Das Herzogtum Warschau, wie Napoleon es schuf, hatte keinen langen Bestand. Polen war in den Händen des Korsen nur eine politische Karte von vielen. Gegen Rußland benutzte er polnische Truppen, aber einen tieferen Bezug zu diesem Land – außer einer Liebschaft – hat er nie besessen.

schen Gesandten von Krusemarck: »Was das Herzogtum Warschau betrifft, so kann es mir gleich sein, ob es seine gegenwärtige Form bewahrt, ob es an Österreich oder an Preußen fällt; aber an Rußland niemals.«
Diese Äußerung fiel in einer Zeit, in der Napoleon sein Rußlandabenteuer bereits hinter sich gebracht hatte. 100000 Polen waren in seiner Großen Armee mit nach Osten marschiert. Die Niederlage gegen das Zarenreich ließ jedoch diese Truppen nicht abfallen, sondern ihre Reste kämpften noch in der Leipziger Schlacht vom 16. bis 18. Oktober 1813 an der Seite des Korsen. Jósef Poniatowski – auf dem Leipziger Schlachtfeld zum Marschall von Frankreich ernannt – fiel auf der Seite Napoleons mit einer größeren Zahl von Polen während dieser verbissenen Kämpfe. Verständlich diese polnische Treue gegenüber Napoleon! Denn als die zaristischen Heere die Truppen des Franzosen vor sich her nach Westen getrieben hatten, war das Herzogtum Warschau in russische Hände gefallen und wurde seitdem von den Russen beherrscht.
Zar Alexander wurde auch die entscheidende Persönlichkeit des Wiener Kongresses. Zu dieser Neuordnung Europas in Wien waren sämtliche europäische Staaten geladen. Polen wurde durch den Fürsten Adam Czartoryski vertreten. Und die polnische Frage entwickelte sich zum delikatesten Verhandlungsgegenstand dieser Friedenskonferenz. Am einflußreichsten war in dieser Frage jedoch das Zarenreich, das im Besitze des Herzogtums war. Mit Österreich und Preußen hatten zwei weitere Siegerstaaten erhebliches Mitspracherecht.
Da Österreich sich auf der Konferenz mit England und Frankreich besonders verbunden fühlte, blieb Preußen

nichts anderes übrig, als auch seinerseits eine Anlehnung zu suchen.
Für Preußen war die Verhandlungsgrundlage die Warthe-Linie, welche die meist deutsch besiedelten Gebiete einbezog. Der englische Verhandlungsträger Lord Castlereagh wollte Preußen jedoch am liebsten den ganzen alten Besitz wieder aufbürden. Gegen einen neuerlichen Erwerb polnischer Kerngebiete sträubte sich der preußische König jedoch – eingedenk der schlechten Erfahrungen, die sein Land damit gemacht hatte – vehement. Als Entschädigung verlangte er ganz Sachsen. Im Laufe der Verhandlungen kristallisierte sich heraus, daß der Zar am liebsten das ganze Herzogtum Warschau zu behalten wünschte. Warschau war ja inzwischen auch zum Hauptquartier der russischen Armee geworden. Castlereagh hoffte, mit Österreich und Preußen eine solche Lösung zu verhindern. Dies hing wiederum davon ab, ob Österreich der Einverleibung Sachsens in Preußen zustimmen würde, was schließlich geschah. Die von England angestrebte Dreierfront zerbrach jedoch daran, daß Preußens König Friedrich Wilhelm doch so mit dem alten Verbündeten nicht umspringen wollte.
Im Höhepunkt der Gegensätze – ein Krieg war nicht mehr auszuschließen – sprach Alexander I. die harten Worte: »Ich gebe Preußen das, was ich muß, aber Österreich werde ich kein Dorf geben . . . Ich habe das Herzogtum erobert und ich habe 480000 Soldaten, um es zu behaupten.« Die Briten waren es schließlich, die vermittelten. Ihre jahrhundertelang gewachsene Politik, keine zu starke Macht auf dem Kontinent wachsen zu lassen, die England die Weltherrschaft streitig machen könnte,



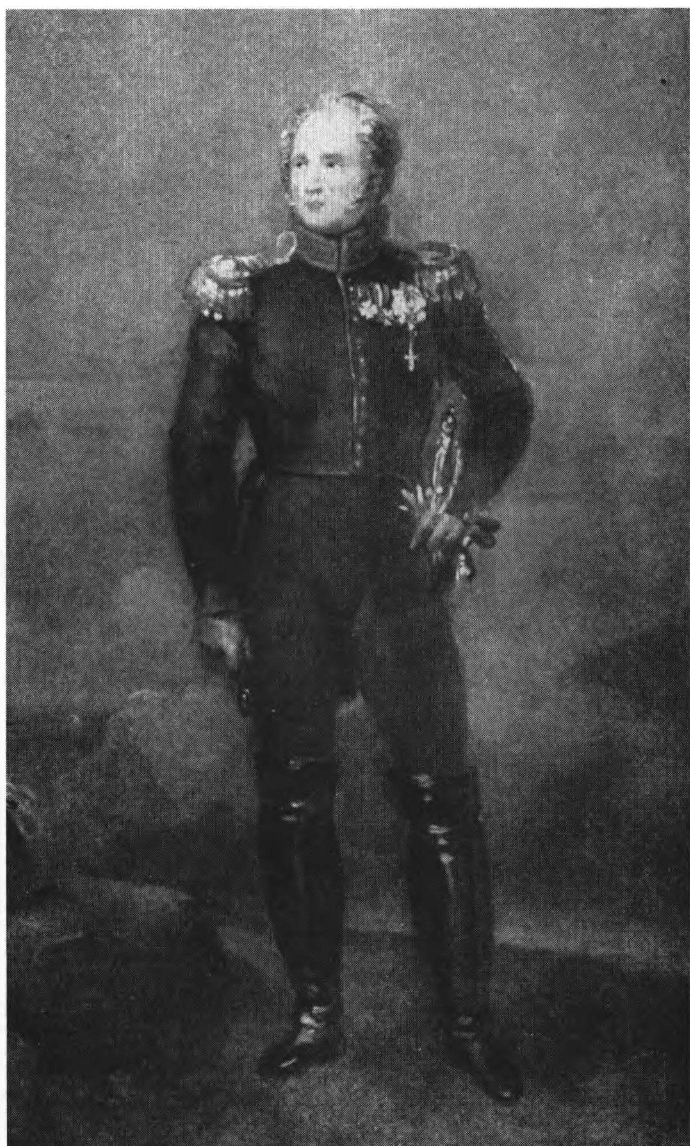
Die Friedensschlußakte von 1815 mit Unterschriften der Vertreter der teilnehmenden Staaten.

wollte allen ein Stück vom zu teilenden Kuchen zusprechen. So reifte der Kompromiß, sowohl Polen als auch Sachsen zu teilen. Am 11. Januar 1815 richtete Castlereagh einen Appell an die Monarchen Rußlands, Preußens und Österreichs, die »Polen als Polen« zu behandeln, wenn polnische Gebiete jetzt wieder unter ihre Herrschaft kämen. Für Preußen erwiderte Hardenberg in einer Note vom 30. Januar, daß sein Land bereit sei, in den Posener Gebieten eine den Gewohnheiten und dem Geiste der Einwohner entsprechende Verwaltung einzurichten und die nationale Eigenart der Einheimischen zu respektieren.

In der Wiener Schlußakte vom 9. Juni 1815 erhielt Preußen einen Teil des Erwerbs von 1793 bis an Posna und Drewitz – später Großherzogtum Posen benannt. Österreich konnte den Erwerb von 1772 mit einigen kleineren Veränderungen behaupten. Rußland fiel der größte Teil des Herzogtums Warschau und damit 82 Prozent der zu verteilenden Fläche zu. Es wurde in ein Königreich Polen umgewandelt, das auf ewige Zeiten mit dem Zarenreich verbunden sein sollte. Den begehrten Titel nahm der Zar selbst an und verkündete, »diesem Staat, der eine eigene Regierung haben wird, eine solche Ausdehnung zu geben, wie er es für angebracht halte«. Von Polen blieb eine »freie und unabhängige Republik Krakau« – 300000 Einwohner und 6000 Quadratkilometer umfassend. Sie stand von Anfang an unter österreichischem Einfluß und wurde nach einem Aufstand von Wien 1846 annektiert. Der polnische Historiker Dr. Stanislaw Arnold bilanziert richtig, wenn er schreibt: »Das kurze Dasein des Herzogtums hinterließ jedoch unverwischbare Spuren in der weiteren Geschichte Polens im



Das sogenannte Königreich Polen, wie der russische Zar Kongreßpolen nannte, war »auf ewig« mit Rußland verbunden worden. Der Zar selbst nahm zusätzlich den Titel eines polnischen Königs an. Die immer stärkere Russifizierung des Gebietes forderte den energischen Widerstand der Polen heraus.

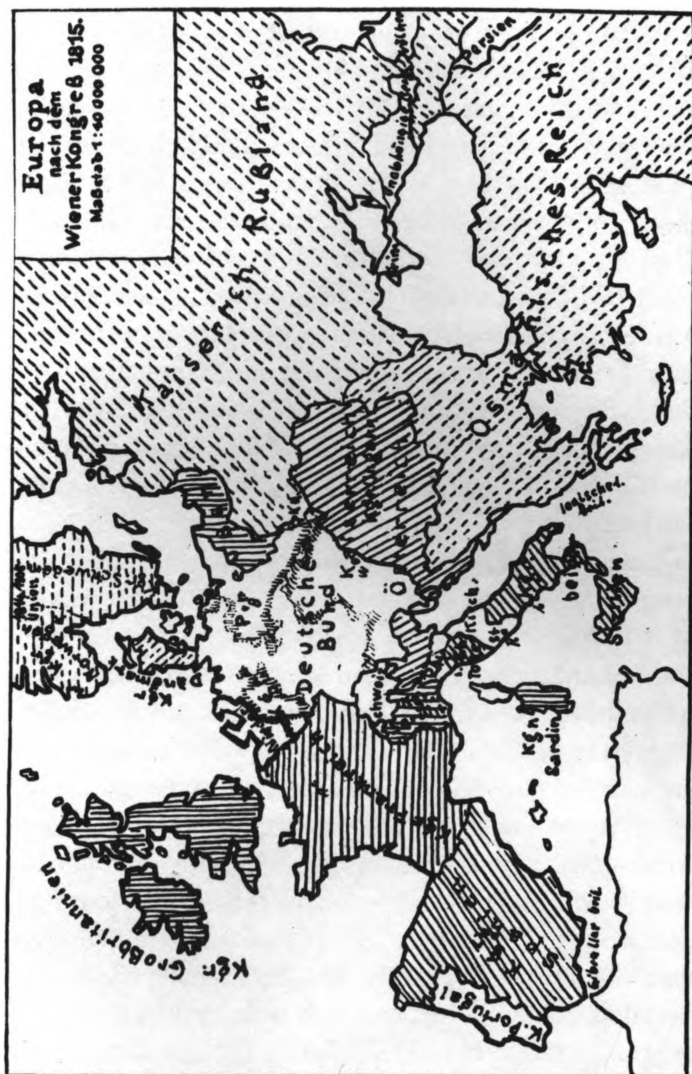


Zar Alexander I. von Rußland krönte sich selbst nach dem Wiener Kongreß zum polnischen König.

19. Jahrhundert. Vor allem schon in der napoleonischen Zeit, und mehr noch beim Wiener Kongreß zeigte es sich nachdrücklich, daß die polnische Sache weit über die Grenzen der ehemaligen Republik hinausging, daß sie eine internationale Frage war. Der Sturz Polens führte nämlich zu einer Verschiebung des politischen Gleichgewichts in Mitteleuropa und setzte ganz Europa dem Übergewicht des mächtigen russischen Reiches aus. Das polnische Problem beeinflußte die politischen Fragen ganz Westeuropas. So konnte die polnische Frage auf dem Wiener Kongreß nicht so gelöst werden, wie das die Teilungsmächte im 18. Jahrhundert gemacht hatten.«

Die nun folgende Epoche zwischen dem Wiener Kongreß und der Erneuerung des polnischen Staates 1916 bis 1918 wurde von polnischer Seite aus getragen von dem Wunsche nach Freiheit und Einheit. Zugleich verabschiedete sich die Schlachta schrittweise aus der Geschichte. Ziel der Führer der polnischen Aufstände und Freiheitskämpfe im 19. Jahrhundert war eine ständelose, republikanisch regierte nationale Gemeinschaft. Die Russen unterdrückten jedoch alle nationalen polnischen Regungen mit großer Konsequenz. Der ergebnislose Aufstand von 1830 brachte für die Polen lediglich eine weitere Beschneidung ihrer nationalen Möglichkeiten. Ein großer Teil der polnischen Freiheitskämpfer mußte ins Ausland fliehen und wurde in Frankreich, in Italien, aber auch in deutschen Ländern mit großer Begeisterung und Anteilnahme aufgenommen.

Als republikanisch gesinnte Süddeutsche am 27. Mai 1832 auf der Feste Hambach ihr Fest veranstalteten, wehte über dem Schloß neben der schwarz-rot-golde-



Europa nach dem Wiener Kongreß 1915. Auf dieser Karte ist Polen völlig verschwunden, denn es wurde von Rußland als Teil des eigenen Reiches behandelt und verwaltet.

nen Fahne der weiße Adler Polens. Flüchtlinge aus Polen schritten jubelumtost in den Uniformen im Festzug mit, in denen sie versucht hatten, das russische Joch abzuschütteln. Ein Fähnrich mit dem weißroten Banner Polens marschierte mitten unter den Frauen, die in großer Zahl an dieser Demonstration teilnahmen. Und Philipp Jacob Siebenpfeiffer schloß seine große Rede nicht nur mit der Hoffnung, daß der Tag kommen werde, »wo die Fürsten die bunten Hermeline feudalistischer Gottstadthalterschaft mit der männlichen Toga der deutschen Nationalwürde vertauschen« würden, sondern auch mit einem Hoch auf Deutschland, Polen und Frankreich, auf jedes Volk, »das seine Ketten bricht«.

Die polnische Emigration bemühte sich, die Idee der polnischen Freiheit auch aus der Fremde immer wieder in die Heimat zu tragen. Ein lange vorbereiteter Aufstand wurde jedoch 1846 im Blutbad von Galizien erstickt, bevor er sich entfalten konnte. Polnische Adelige wurden in großer Zahl von Bauern in Westgalizien umgebracht, wobei Wien seine Hand im Spiele hatte. Im Großherzogtum Posen scheiterte zwei Jahre später ein weiterer Aufstandsversuch. Ebenso erging es dem Aufstand von 1863, der nach zweijährigem erbittertem Ringen von den Truppen des Zaren niedergeschlagen wurde. Die spoleczenstwo, die Gesellschaft, wie die nationale Gesellschaft Polens sich stolz und was den Begriff angeht durchaus nicht wertneutral nannte, wuchs in diesen Jahrzehnten zu einer nationalistischen Gemeinschaft, welche im Gegensatz zum früheren Adel kaum noch eine tiefere Beziehung zu den Litauern, Weißruthenen und Ukrainern suchte.



Gefecht bei Wengrow im polnischen Aufstand von 1863.

Während die polnische Bevölkerung sich im von Österreich beherrschten Teil Polens einigermaßen volkstumsmäßig behaupten konnte, führte im russisch und preußisch regierten Teil die Bevölkerung harte Kämpfe gegen die Russifizierung und Germanisierung. Rußland behandelte vom Wiener Kongreß an das Königreich wie ein russisches Gebiet. Was Preußen angeht, so verhärtete sich das Verhältnis zum polnischen Bevölkerungsteil besonders seit der Reichsgründung von 1871.

Deutsche Leistungen in Kongreßpolen

1793 war es, als die südpreußische Verwaltung eine Volkszählung durchführte, die noch heute deutlich macht, wie es in den neu angegliederten Gebieten um Kalisch, Lodz und Leslau damals aussah. Lodz zum Beispiel, damals den kujawischen Bischöfen untertänig, zählte genau 190 Einwohner. Daneben wurden am Ort mit preußischer Gründlichkeit säuberlich registriert: 97 Ochsen, 58 Kühe, 18 Pferde und genau 63 Stück Kleinvieh. Zwei Wirtshäuser werden genannt und eine Kirche für das seelische Wohl der Bewohner.
1893, also ein Jahrhundert später, wohnten in Lodz 168000 (!) Einwohner. Bis zum Ersten Weltkrieg wuchs die Stadt gar in einem so unglaublichen Tempo, daß sie 1914 über eine halbe Million Menschen beherbergte. Sie war damit die größte Industriestadt Polens.
Dieser Aufstieg war in einem bedeutenden und in manchen Feldern ausschlaggebenden Teil auf deutsche Unternehmer und Handwerker zurückzuführen.
In der Folge der napoleonischen Kriege hatte Kongreßpolen einen großen Teil seiner Bevölkerung verloren. Allein zwischen 1810 und 1818 verlor das Land über 700000 Menschen. Teile der Bauernschaft – auch hier lebender deutscher Bauern – waren nach Bessarabien ausgewandert. Um die Notlage zu überwinden, setzten sich weitsichtige Polen für die Einwanderung ausländischer Kaufleute und Gewerbetreibender ein. Rembielinski war es insbesondere, der seinen Landsleuten klarzumachen versuchte, daß nicht nur in der Landwirtschaft die Zukunft Polens begründet läge. Er rief deutsche Tuchmacher ins Land, die in einzelnen Ortschaften

schwerpunktmäßig delegiert wurden, um eigene Gewerbe zum Blühen zu bringen. Eine engere Verbindung dieser deutschen Kaufleute und Handwerker mit den zahlreichen deutsch besiedelten Dörfern im Umfeld der Städte ist jedoch nicht festzustellen, auch keine Zusammenarbeit in der kirchlichen oder gar politischen Organisation. Neben Lodz waren es insbesondere die Städte Kalisch, Turek und Bialystok, in denen sich deutsches Textilgewerbe jetzt schnell entwickelte.
Peter Steinkeller, Sohn einer deutschen Familie aus Krakau, war es, der Entscheidendes für den Aufbau von Post- und Verkehrswesen in Kongreßpolen beitrug. Er gebar die Idee zum Bau der Bahnlinie Warschau – Wien, die 1848 vollendet wurde. Er rief die Schiffahrtslinien auf der Weichsel ins Leben. »Steinkellerki« wurden die Postkutschen genannt, die nach regelmäßigen Fahrplänen Menschen, Post und Kleingut zu transportieren begannen. Im Bezirk Dombrowa begründete er zudem Eisen- und Zinkhütten.
Viele andere deutsche Namen können aus dieser Zeit genannt werden, die großen Einfluß auf die wirtschaftliche Entwicklung in Kongreßpolen nahmen. Da ist der Elbinger Martin Peters, der in Colmar in Posen geborene Karl Gottlieb Sänger und der Chemnitzer Spinnereiunternehmer Christian Friedrich Wendisch, alles frühe Pioniere der polnischen Textilindustrie, die später immer mehr Polen Arbeit und Brot verschafften. Da ist Ludwig Geyer aus dem sächsischen Löbau, der die erste Spinnerei mit Dampfmaschinenbetrieb und Gasbeleuchtung aufbaute. Der Breslauer Anton Ptempa müßte genauso genannt werden wie Hunderte und Tausende Deutsche, die insbesondere aus Sachsen, Pom-

mern, Westpreußen, Schlesien, aber auch aus Hessen, Süddeutschland und aus benachbarten Kleinstädten und Dörfern Kongreßpolens in den neu entstehenden Textilzentren am Aufstieg der polnischen Industrie großen Anteil nahmen.
Dieser Aufstieg verbindet sich jedoch besonders mit dem Namen Karl Scheibler. Geboren wurde Scheibler als Sohn einer Pastorenfamilie in Monschau in der Eifel, einer Familie, die auch Anteil an der Entwicklung der Industrie im deutsch-belgischen Grenzraum nahm. Scheibler begann seine industriellen Aktivitäten in Ozorkow. Auf Initiative des deutschen Stadtpräsidenten von Lodz, Träger, siedelte er dorthin über. Bereits nach drei Jahren hatte er alle anderen Textilunternehmer in der Produktion überflügelt. 1861 kam es auch in Lodz, ähnlich wie in Schlesien, zu einem Aufstand der Weber, der zur Zerstörung aller mechanischen Webstühle führte. Scheibler gelang trotzdem der Neuanfang, weil seine Verbindungen zur russischen Heeresverwaltung einen neuen Großauftrag möglich machten. Großlieferungen von Uniformstoffen an die Armee, die bisher das Material in Westeuropa gekauft hatte, brachten einen neuen Aufschwung.
Schwere Rückschläge entstanden in der Zeit des polnischen Aufstandes von 1863. Die polnische Führungsschicht versuchte noch einmal, die zaristische Herrschaft abzuschütteln. Die Deutschen in Kongreßpolen nahmen dazu sehr unterschiedlich Stellung.
Die Fabrikanten wollten weiter auch in enger Verbindung zum großen Markt Rußland stehen und hielten sich zurück. Deutsche Kaufleute in einer Reihe von Städten, insbesondere in Warschau, mußten deshalb

Schmähungen und Plünderungen über sich ergehen lassen. In der deutschsprachigen Jugend in den Städten hingegen war auch Begeisterung für die Revolutionäre zu spüren. Schwärmerisch schlossen sich manche den Ideen von Liberalismus und Demokratie an, so wie im Reich zu Hause vor allem die süddeutschen Liberalen von einer Welle der Polenbegeisterung fortgetragen wurden.

Unglücklich für das Deutschtum war, daß eine große Zahl der von den Polen so gehaßten zaristischen Beamten deutscher Herkunft waren, in erster Linie Deutsch-Balten. So bildete sich der verhängnisvolle Gegensatz in den Köpfen: Polentum ist gleich Freiheit, Fortschritt und Demokratie, Deutschtum Unfreiheit, Reaktion und Diktatur.

Die deutschen Bauern wiederum waren Gegner des Aufstandes, da ihre friedliche Arbeit in Gefahr war. Diese Haltung teilten sie mit den weißrussischen, ukrainischen und litauischen, aber auch mit vielen polnischen Bauern. So mancher deutsche Bauer wurde damals geplündert oder gar umgebracht, weil eine polnische Zeitung verbreitet hatte, die deutschen Bauern hätten erklärt, daß sie »lieber unter russischer als unter polnischer Herrschaft arbeiten wollten, solange das Land nicht deutscher Herrschaft unterworfen sei«. Spätere Nachprüfungen haben keinen Anhalt dafür gegeben, daß es wirklich eine solche Gemeinschaftsäußerung gegeben hat. Aber die Bauern litten sehr unter den Folgen.

Eine Reihe junger deutscher Heißsporne aus Kongreßpolen bezahlte ihr Engagement für die Revolutionäre mit dem Leben. Der letzte Anführer des Aufstandes war

R. Traugutt, ein weiterer Anführer in den letzten Monaten der deutschsprachige General Hauke-Bosak.
Mit dem Ende des Aufstandes kam auch wieder Sicherheit für den wirtschaftlichen Fortschritt. Jetzt kam Scheiblers große Zeit. Mit 18000 Spindeln hatte er im ersten seiner Betriebe begonnen. Zehn Jahre später waren es bereits 50000 und vor dem Ersten Weltkrieg 223000 Spindeln im Gegenwert von 22 Millionen Rubeln. Mehr als 10000 Menschen fanden allein in seinem Hauptbetrieb Arbeit. Schon als Scheibler 1881 starb, wurde Lodz als das »Manchester Kongreßpolens« bezeichnet. Mit dem Ausbau des innerrussischen Verkehrsnetzes stieg die Exporttätigkeit in immer neue Regionen. Lodzer Tuche wurden im Kaukasus, selbst in China das Barchent verkauft.
Die Konkurrenz im Inneren Rußlands wurde wach. Sie warb mit nationalistischen Parolen gegen die Lodzer Tuche und behauptete, die »germanische Rasse« wolle das Zarenreich wirtschaftlich erobern. Diese Propaganda blieb nicht ohne Folgen. Hohe Zölle erschwerten jetzt die Tucheinfuhren ins Innere Rußlands, und 1887 wurde gar ein Fremdengesetz verabschiedet, das Ausländern den Kauf von Grundeigentum unmöglich machte. So ebbte der Strom deutscher Kaufleute, die soviele Arbeitsplätze geschaffen hatten, ab. Einige, die noch die deutsche Staatsangehörigkeit hatten, kamen in große Schwierigkeiten.
Jetzt blieb nichts anderes übrig, als den wachsenden Markt im polnischen Teil Rußlands voll auszuschöpfen sowie die Exporte nach China, Persien, in die Türkei und in die Balkanländer zu erweitern. Die starre Haltung in Moskau ließ nun auch die deutschen Industriel-

len sich stärker der polnischen Gesellschaft annähern. Ihre Bindungen zu Deutschland lockerten sich. Auch die Haltung der lutherischen Kirche trug dazu erheblich bei. Viele Pastoren waren der Überzeugung, der Protestantismus könne seine Missionsaufgabe in Polen nur erfolgreich erfüllen, wenn die Glieder dieser Kirche sich als Polen fühlten und die polnische Sprache und Kultur übernähmen. Wie haben die Protestanten damals ihre Möglichkeiten gegenüber den Katholiken doch falsch eingeschätzt! Der Weg ins Polentum wurde auf längere Zeit zumeist ein Weg zum Katholizismus.

Die deutschen Kaufleute und Handwerker, die Unternehmer und Facharbeiter in Lodz und anderen von deutschen Wirtschaftskräften geprägten Städten hatten sich landsmannschaftlich kaum betätigt und waren voll in ihrer ökonomischen Tätigkeit aufgegangen – bei etwas nostalgischer Pflege deutscher Kultur in Vereinen und Verbänden. Erst Anfang des letzten Jahrhunderts begann unter den Deutschen wieder verstärkt die Pflege der eigenen Kultur und Sprache. Büchereien wurden eingerichtet, Zeitschriften ins Leben gerufen, Kontakte zu Deutschen im Baltikum und in Rußland aufgenommen. Die Polonisierungspolitik der Kirchenführer geriet ins Kreuzfeuer der Politik. Doch dieser Streit war kein politischer, sondern in erster Linie ein kultureller. Und während eine größere Zahl von Industriellen und Fabrikherren in die polnische Führungsschicht hineingewachsen war, zeigte sich der Wille zur Erhaltung der deutschen Sprache und Kultur nun immer mehr bei den Handwerkern und Facharbeitern deutscher Herkunft.

Die polnische Industrie wäre nicht das geworden, was sie in Kongreßpolen darstellte, wenn nicht eine große Zahl deutscher Kaufleute, Unternehmer und Handwerker hier so erfolgreich tätig gewesen wäre. Das gilt am stärksten für den Raum Lodz. Aber auch die deutschen Bauern, die hier zumeist in eigenen Dörfern zerstreut lebten, waren ein Vorbild für ihre polnischen, ukrainischen und weißrussischen Berufsnachbarn.

Bismarck und Polen

Schon als junger Politiker hatte Bismarck die polnische Frage in erster Linie unter außenpolitischen Gesichtspunkten gesehen. Er hatte aufmerksam die revolutionären Ereignisse von 1848/49 verfolgt, in denen im republikanischen Überschwang die Idee eines gemeinsamen deutsch-polnischen Feldzuges gegen Rußland zur Befreiung der polnischen Nation diskutiert wurde. Er wußte von vielen propolnischen Äußerungen führender Achtundvierziger, wie z. B. des liberalen Historikers Georg Gottfried Gervinus, der damals geschrieben hatte: »Wir haben uns seit jeher berufen gefühlt, die Befreiung Polens zu vollbringen; nicht allein, weil wir mit den Polen ein Interesse haben, Rußlands ungeheure Macht und Ausdehnung zu brechen.«

Ganz anders schreibt Bismarck an die »Magdeburger Zeitung« am 20. April 1848: »Eine nationale Entwicklung des polnischen Elements in Posen kann kein andres vernünftiges Ziel haben, als das, einer Herstellung eines unabhängigen polnischen Reichs zur Vorbereitung zu dienen. Man kann Polen in seinen Grenzen von 1772 herstellen wollen (wie die Polen selbst es hoffen, wenn sie es auch noch verschweigen), ihm ganz Posen, Westpreußen und Ermeland wiedergeben; dann würden Preußens beste Sehnen durchschnitten und Millionen Deutscher polnischer Willkür überantwortet sein, um einen unsicheren Verbündeten zu gewinnen . . .«

Bismarck setzte frühzeitig auf die russische Karte. Schon nach dem polnischen Aufstand von 1863, gerade preußischer Ministerpräsident geworden, unterschrieb er mit der Alvenslebener Konvention ein Geheimab-

kommen mit dem Zarenreich, in dem sich beide Seiten Hilfe in der Bekämpfung polnischer Aufstände zusagten. U. a. wurde darin russischen Truppen erlaubt, bei der Verfolgung von Aufständischen preußisches Gebiet zu betreten. In einem aufsehenerregenden Prozeß wurden 1864 in Moabit 148 Polen angeklagt, mit Aufständischen jenseits der Grenze zusammengearbeitet zu haben. Unter ihnen befanden sich 80 Gutsbesitzer und zehn Priester. Man muß der preußischen Justiz dabei einräumen, daß sie keinerlei politischer Beeinflussung unterlag. Die meisten Angeklagten kamen frei, einige Dutzend mußten geringe Gefängnisstrafen absitzen.
Bismarck betonte in Reden auch immer wieder die große Kulturleistung in den polnischen Gebieten, vollbracht von einem Lande Preußen, das diese Gebiete nicht zur Ausbeutung nutzte! »Ich kann es mit Stolz sagen«, meinte er am 18. März 1867 im Reichstag des Norddeutschen Bundes, »daß derjenige Teil der ehemaligen Republik Polen, welcher unter preußischer Herrschaft steht, sich eines Grades von Wohlstand, von Rechtssicherheit, Anhänglichkeit der Einwohner an ihre Regierung erfreut, wie er in dem ganzen Umfange der Republik Polen, so lange es eine polnische Geschichte gibt, nicht vorhanden und nicht erhört gewesen ist.«
Nach der Reichsgründung steigerte sich die Konfrontation mit dem polnischen Bevölkerungsteil erheblich. Die von Bismarck durchgesetzte Trennung von Staat und Kirche stieß beim polnischen Katholizismus auf erbitterten Widerstand. Der sogenannte »Kanzelparagraph«, der es unter strafrechtliche Verfolgung stellte, wenn »Angelegenheiten des Staates in einer den öffent-

lichen Frieden gefährdenden Weise« in der Kirche behandelt wurden, fand konsequente Ablehnung. Mehr als hundert katholische polnische Priester zogen es vor, verhaftet zu werden, statt sich diesen Forderungen zu beugen, darunter auch der Erzbischof von Gnesen, Graf Ledóchowski. Wie unter den deutschen Katholiken führte auch unter den polnischen das neue Schulgesetz zu einem Sturm der Entrüstung. Katholische Schulen unter Staatsaufsicht – das bedeutete eine erhebliche Schwächung der Stellung der Kirche! Die Einführung der deutschen Schulsprache an Gymnasien auch in polnisch sprechenden Gebieten verstärkte die Konfrontation.

Aber Bismarck als Architekt des neuen Reiches sah trotz solcher Konflikte auch in der Folgezeit die polnische Frage in erster Linie aus der Sicht des Außenpolitikers. Er befürchtete deshalb immer wieder einen Krieg Österreichs mit Rußland, in dem das Deutsche Reich hätte Österreich unterstützen müssen. Ein solcher Krieg, so mißtraute er, könne, wenn er glücklich ausginge, zur Wiederherstellung Polens bis an Düna und Dnjepr führen. Wenn er unglücklich ausginge, zur Abgabe von preußischen Teilen an Rußland. In Rußland sah er gerade deshalb einen natürlichen Verbündeten, weil beide Staaten keine größeren politischen Gegensätze miteinander hatten.

Zeit seines Lebens beobachtete er Polen mit wacher Kritik. Er sah, daß der Wille, ihren Staat wiederzugewinnen, die Polen viele, auch unlautere, Wege gehen ließ: »Nach meiner langjährigen Beobachtung und Erfahrung sind den Polen das Konspirieren und die politische Intrige nicht nur Lebensbedürfnis, sondern sie be-

sitzen dafür auch eine ausnahmsweise hohe Begabung und Geschicklichkeit, die, in den Dienst der polnischen Nationalidee gestellt, sie niemals zur Ruhe kommen lassen und sie unablässig zu neuen Umtrieben stimulieren. Demgegenüber heißt es aufzupassen und jede polnische Machination rechtzeitig aufzudecken. Auf die polnische Frau, die zur höheren Gesellschaft gehört oder doch dort Zutritt hat, muß dabei ein besonderes Augenmerk gerichtet werden. Das ›cherchez les Polonaises‹ (die Sucht nach den Polinnen, d. Verf.) muß man bei jeder höfischen Konspiration befolgen, hübsche Racker, die Polinnen, aber doch mehr Racker als hübsch.« – Diese Worte, gerichtet an den Chefredakteur der »Hamburger Nachrichten«, Hermann Hoffmann, sind nur ein Beispiel von vielen.

Besonders mißfiel ihm die Tatsache, daß polnische Politiker, auch in der Emigration fleißig tätig, immer wieder versuchten, Deutschland und Rußland zu entzweien, weil sie sich bei einem deutsch-russischen Krieg einen deutschen Sieg und die Wiederbegründung Polens erhofften. In diesem Sinne stand er auch sehr kritisch zur Arbeit polnischer Journalisten in Rußland, wie eine Bemerkung aus dem Jahre 1892, zitiert nach der »Norddeutschen Allgemeinen Zeitung« vom 28. Juni beweist: »In Rußland sind es überhaupt die Polen, welche zum Kriege hetzen und Rußland gegen Deutschland aufbringen, in der Hoffnung, daß Rußland geschlagen würde. Darum ist der Pole – seinem Nationalcharakter: heute ›Jescze Polska‹, morgen ›Krapulinski und Waschlapski‹ entsprechend – für die Verhetzung Deutschlands gegen Rußland und vice verca tätig. Die deutschfeindlichen Artikel der russischen Blätter werden in Polen geschrie-



Bismarck ging es nach der Reichsgründung von 1871 in erster Linie darum, die Einkreisung Deutschlands zu verhindern. Das von ihm ins Leben gerufene Rußlandbündnis schien ihm deshalb wichtiger als die Erneuerung Polens.

ben. Der Russe kann überhaupt keine zielklaren politischen Leitartikel schreiben; er ist Romantiker, Märchen, Tausendundeine Nacht, Poesie, Dämmerungen, Sentimentalitäten – das ist seine schriftstellerische Stärke. Die politischen Zeitungen werden von den Polen gemacht, und ein Kenner der Verhältnisse liest aus den scheinbar nationalrussischen deutschfeindlichen Leitartikeln der russischen Blätter das ›Jescze Polska‹, die großpolnische Nationalhoffnung immer wieder heraus.«

Daß auch die polnische katholische Kirche in ihrem Verhältnis zum Papst immer wieder von Bismarck als Politikum betrachtet wurde, beweist die Wiedergabe eines Gedankens, den er ebenfalls gegenüber Hermann Hoffmann aussprach: »Überhaupt begünstigt die römische Kirche mit aller ihrer Macht die Bestrebungen des Polonismus, weil sie in dem Polentum eines ihrer wirksamsten Bollwerke gegen den Unglauben und eines der vorzüglichsten Instrumente zur Herstellung der Priesterherrschaft erblickt. Die römische Kirche hat das Gefühl, daß Leute, die nur polnisch sprechen, gefügiger und gläubiger sind als solche, deren Muttersprache eine Weltsprache wie Deutsch oder Französisch ist. Diese sind nach römischer Auffassung einer Gefahr, durch ihre Literatur der modernen Ungläubigkeit in die Arme geführt zu werden, weit mehr ausgesetzt als ein Volk, das nur polnisch spricht. Eine Weltsprache birgt nach den Begriffen Roms viel größere Gefahren als Idiome, die nur auf beschränktem Gebiete verstanden werden. Deshalb sind der römischen Kurie in den vormals polnischen Gebietsteilen polnisch sprechende Katholiken sehr viel lieber als solche von deutscher Zunge.«

In der wilhelminischen Ära entstand ein regelrechter Volkstumskampf zwischen Deutschen und Polen. Die Industrialisierung im Westen und der Mitte Deutschlands schritt immer weiter voran. Diese fieberhafte, vorwärtsdrängende Entwicklung ging am Osten Deutschlands vorbei. Zwar gab es Industrialisierungsversuche auch dort, aber sie waren von mäßigem Erfolg. So erbrachte der Osten in erster Linie landwirtschaftliche Güter für die deutsche Volkswirtschaft. Die zahlreichen Großgüter bedurften ständig größerer Zahlen von Landarbeitern. Die Industrie zog jedoch Hunderttausende deutscher Landarbeiter nach Westen. Und auf die leeren Plätze strömten Wanderarbeiter aus Polen, zum kleineren Teil auch aus Rußland. Die unteren Schichten der deutschen Bevölkerung wurden so schrittweise durch slawische ersetzt. Das Reich versuchte, diese Bewegung zu bremsen. Wilhelm II. ließ für rund 100 Millionen Goldmark Latifundien polnischer Adeliger kaufen. Bis zum Ersten Weltkrieg siedelten etwa 20000 Familien in den vorwiegend polnisch geprägten Gebieten Preußens an. Aber die Polen schufen schnell eine Gegenbewegung, indem sie adlige Latifundien für polnische Kleinbauern in Parzellen bereitstellten. Beide Siedlungsbewegungen waren ähnlich groß, so daß letztlich von einer Bevölkerungsverschiebung nicht die Rede sein konnte.

Im Deutschen Reichstag war seit 1871 regelmäßig eine polnische Fraktion vertreten, die anfangs in erster Linie aus Adel, Geistlichkeit und gebildetem Bürgertum, später im wachsenden Maße auch aus den mittleren und Kleinbürgertum rekrutierte. Besonders im Felde der Schulpolitik und der Verbesserung der Möglichkeiten

der Volkstumserhaltung hatte sie einige Erfolge zu verzeichnen. 1893 versuchte sie unter Josef Kościelski durch eine positive Haltung gegenüber der Militärvorlage weitere Entgegenkommen Berlins zu erreichen, aber unter den damaligen Bedingungen war eine intensivere Einigung und Entkrampfung zwischen Deutschen und Polen noch nicht möglich.
In der Zeit zwischen 1860 und der Jahrhundertwende blühte zugleich die polnische Nationalliteratur auf. Zahlreiche Dichter und Schriftsteller gaben ihren Landsleuten neue Hoffnung auf Wiedergewinnung der Selbständigkeit. Josef Ignacy Kraszewski, der in Dresden wohnte, schrieb Romane zur polnischen Geschichte, welche von den Anfängen bis zur Zeit des sächsischen Wahlkönigtums reichen, und erntete bei seinen Landsleuten begeisterte Zustimmung. Wer Gustav Freytags Hauptwerk »Die Ahnen« mit den Büchern Kraszewskis vergleicht, spürt deutlich, wie stark sich der Pole an den deutschen Erfolgsautor angelehnt hat. Henryk Sienkiewiczs Roman »Die Kreuzritter« erinnert seine Landsleute an den polnisch-litauischen Sieg über den Deutschen Orden. Sein »Quo vadis«, für das er den Nobelpreis erhielt, wollte am Beispiel des zuerst unterdrückten und endlich dennoch siegreichen Christentums den Polen Mut für den eigenen Freiheitskampf machen. Diese weitverbreiteten Bücher hatten einen größeren Einfluß auf die polnische Nation als manches marxistische, sozialdemokratische oder sozialkritische Werk aus wissenschaftlicher Feder, das in Stil und Form am Volk vorbeigeschrieben war.
In den russisch besetzten Gebieten entstanden bereits Ende der achtziger Jahre des letzten Jahrhunderts radi-

kale sozialistische Parteien in einer national und internationalistisch geprägten Linie. Josef Pilsudski, der spätere Staatschef Polens, gehörte frühzeitig zu den Führern der national orientierten Polnischen Sozialistischen Partei, welche die nationale Befreiung Polens als oberstes Ziel auf ihre Fahnen geschrieben hatte. Mit dem Regierungsantritt des Zaren Nikolaus II. kam die Hoffnung auf, der Russifizierungsdruck würde sich verringern, aber es blieb ein Irrglaube. 1900 wurde selbst Privatunterricht in polnischer Sprache unter Strafe gestellt. Durch die revolutionären Ereignisse von 1905, in denen die Positivisten unter Swietochowski und die Nationaldemokraten unter dem agilen Dmowski eine Verbesserung der polnischen Autonomie durchsetzten, lokkerten sich Zensur und der Druck auf die Schulvereine, so daß die polnischen Nationalisten wieder stärker an den Erfolg ihrer Sache glaubten.

1916 bis 1918 – Polen gewinnt wieder einen Staat

Als der Erste Weltkrieg ausbrach, waren sich alle Politiker Polens einig, daß er – wie auch immer – zur Wiedergewinnung der staatlichen Unabhängigkeit genutzt werden müsse. So setzten die Politiker der Polen auf alle Tricks und alle denkbaren Karten im Wechselspiel der Diplomatie. Einer der ersten Schritte war die Aufstellung militärischer Einheiten aus Emigranten in Frankreich. Am 9. März 1915 erhielten sie ihre erste Feuerprobe bei Arras. Obwohl der französische Präsident Raymond Poincaré 1917, als den Franzosen die militärische Niederlage drohte, die Bildung einer autonomen polnischen Armee in Frankreich zuließ, wurde diese jedoch – von einer Ausnahme abgesehen – nicht an der Front eingesetzt.

Andere polnische Kontingente kämpften von Anfang an auch an der Ostfront mit. Und zwar auf der deutsch-österreichischen Seite gegen Rußland! Der spätere Staatschef Polens, Josef Pilsudski, hatte sich schon Jahre vor Kriegsausbruch auf einen möglichen Konflikt zwischen Österreich und Rußland eingestellt. Nach seiner Flucht aus einem russischen Gefängnis im Jahre 1905 hatte er inbrünstig auf diesen Krieg gewartet und auch bereits Vorbereitungen für den Einsatz polnischer Jäger getroffen. Diese drangen schon am Tage des Kriegsausbruches im russischen Teil Polens ein und richteten während der Mobilmachung der zaristischen Armee bereits erheblichen Schaden an. Am 27. August 1914 ließ Erzherzog Friedrich als Oberkommandierender der Streitkräfte Österreich-Ungarns die Bildung

zweier polnischer Legionen zu, die wiederum zwei Generälen polnischer Abstammung unterstellt wurden. Auch die zu Kriegsbeginn vorhandenen polnischen Brigaden unter Pilsudski und Haller wurden später, wie eine dritte unter Puchalski, erfolgreich eingesetzt. Bei der Abwehr der Brussilow-Offensive zeichneten sich viele polnische Soldaten aus, so daß eine große Zahl von Eisernen Kreuzen auch die Uniformen polnischer Soldaten zierte. Kaiser Karl, der mitten im Kriege das Erbe seines legendären Vaters Franz-Joseph II. übernahm, nannte den Einsatz der polnischen Soldaten ein »Ruhmesblatt in der Geschichte der polnischen Nation«.
Als sich die Waage des Krieges im Osten zugunsten der Deutschen und Österreicher neigte, machten sich führende Politiker ganz unterschiedliche Gedanken, wie die polnische Frage gelöst werden könne. Die eine Richtung wurde verkörpert durch den deutschen Generalgouverneur in den besetzten östlichen Gebieten, General von Beseler. Er strebte eine Versöhnung mit Polen und ein selbständiges polnisches Staatsgebilde an. Andere, wie Friedrich Naumann, wollten Polen als halbselbständigen Pufferstaat! Auch gab es einen Kreis, der jede Form polnischer Selbständigkeit ablehnte. Fürst Ferdinand Radziwill, Mitglied des preußischen Herrenhauses und als Reichstagsabgeordneter auch Vorsitzender der polnischen Fraktion, vertrat fest die Überzeugung, daß aus Polen ein verläßlicher Verbündeter der Deutschen werden könne.
Diese Gegensätze liefen auf eine halbherzige Lösung hinaus. Am 15. November proklamierten der deutsche Gouverneur von Beseler in Warschau und sein öster-

reichischer Amtskollege in Lublin die Wiederherstellung des polnischen Staates. Zugelassen wurde ab Januar 1917 ein provisorischer Staatsrat, der jedoch über eine beratende Funktion hinaus keine Rechte hatte. Die Deutschen erhofften sich, daß jetzt ein polnisches Heer an die Seite der Mittelmächte treten würde, aber Pilsudski konnte sich einen solchen Kriegsbeitrag nur als völlig eigenständig vorstellen. Eben diese Eigenständigkeit wurde ihm jedoch nicht zugebilligt. Weil einige polnische Legionen jetzt den Eid verweigerten, kam ihr Wortführer Pilsudski in Haft und saß in Magdeburg ein. Die deutsch-polnischen Beziehungen drifteten einem Tiefpunkt zu.

Die hervorragende Studie von Georg Jaeckel »Die Entstehung des polnischen Staates 1916–18«, die diesem Kapitel zugrunde liegt, schildert eindrucksvoll, wie die polnische Diplomatie jetzt mit einer Doppelstrategie weitere Erfolge zu eigenen Gunsten vorbereitete: »Da aber bei den Zufällen des Krieges das Ende niemals vorauszusehen ist, verfiel die polnische Führerschaft auf eine geniale Lösung. Die militärischen Führer sollten ihre weitere Zusammenarbeit mit den Mittelmächten ablehnen, während die Politiker sich bemühen sollten, Konzessionen und Garantien für Polen zu erlangen. Nun begannen die polnischen Politiker, eine ungewöhnlich diplomatische Aktivität unter den Zentralmächten zu entfalten. Da den Polen klar war, daß die Änderung ihrer Haltung die Mittelmächte befremden mußte, war es ihnen darum zu tun, deren Mißtrauen einzuschläfern und Zugeständnisse zu erhalten. Daher beschlossen die polnischen Katholiken über die deutsche Zentrumspartei durch ihren Vermittler Graf Ronikier, einen Vertrau-

ensmann des Warschauer Erzbischofs Kakowski, mit der deutschen Regierung Verbindungen anzuknüpfen, was diesem sehr bald gelang. Er wurde von dem außenpolitisch sehr aktiven Reichstagsabgeordneten Mathias Erzberger und von den Reichskanzlern Bethmann-Hollweg und Graf Hertling empfangen, und seine Bemühungen schienen der deutsch-polnischen Annäherung nützlich gewesen zu sein. Seine Vorschläge, die geeignet waren, die polnische öffentliche Meinung für die Mittelmächte einzunehmen, lauteten:

1. Polen erhält eine richtige Regierung unter Graf Adam Tarnowski.
2. Die – sehr heikle – weißrussische Frage ist in günstiger Weise zu lösen.
3. Die Tätigkeit der Besatzungsmächte ist zu kontrollieren.
4. und 5. Abschaffung der inneren Besatzungsgrenzen und der Requisitionen.
6. Übertragung des Schutzes der polnischen Arbeiter in Deutschland auf die polnische Regierung.
7. Gewährung von 500000 Mark Wirtschaftshilfe.

Die deutschen parlamentarischen Regierungsstellen ließen sich von den polnischen Überlegungen überzeugen. Während Vertreter der Zentralmächte unter dem österreichisch-ungarischen Kommissar Baron Konopka mit den Mitgliedern des ehemaligen polnischen Staatsrates, der wieder halboffiziell in Erscheinung trat, den Text des Manifestes erörtern, das die beiden Kaiser an Polen richten sollten, kehrte der mit zahlreichen Vollmachten versehene Ronikier aus Polen zurück. Am 13. September 1917 wurde die Proklamation der beiden Kaiser veröffentlicht. Sie schuf einen Regentschaftsrat, dem ver-

schiedene gesetzgebende und exekutive Organe zur Seite standen. Als seine Mitglieder waren in den vorgegangenen Verhandlungen Fürst Lubomirski, Erzbischof Kakowski und Graf Josef Ostrowski bestimmt worden. Polen wurde eine konstitutionelle Monarchie mit einem demokratischen Parlament.«

Freilich, mitten im Krieg, konnte über eine Königswahl ebensowenig entschieden werden wie über die Zusammensetzung eines neuen Parlaments, so daß der Regentschaftsrat sich vorerst mit einem selbstzusammengestellten Staatsrat begnügen mußte. Jetzt schien alles auf einen wirklich deutsch-polnischen Ausgleich hinzustreben. Schon wurde ernsthaft erörtert, den deutsch-ungarischen Streitkräften eine polnische Armee zur Seite zu stellen.

Am 27. Oktober 1917 trat in einer feierlichen Zeremonie im Königsschloß zu Warschau der Regentschaftsrat zum ersten Male zusammen. General von Beseler, so berichten Augenzeugen, rief ein dreifaches Hoch auf das Königreich Polen aus, und Graf Ostrowski dankte bewegt den Kaisern Deutschlands und Österreich-Ungarns für ihre Hilfe. Zum Premierminister ernannte der Regentschaftsrat Jan Kucharzewski, nachdem der erste Vorschlag – Graf Adam Tarnowski – wegen dessen Nähe zur vatikanischen Politik in Berlin keine Billigung gefunden hatte. Daß die verhandelnden Polen jetzt wirklich an einem Ausgleich mit Deutschland ehrlich interessiert waren, wird aus dem Faktum deutlich, daß das Präsidium des Nationalkomitees jetzt offiziell auf die polnischen Gebiete verzichtete, die dem preußischen Staat angehörten.

Es gab aber auch noch eine andere Gruppe von Politikern, die in den Kriegsjahren großen Einfluß auf die

polnischen Bestrebungen nahmen: Roman Dmowski und seine Panslawisten. Sie stellten sich die polnische Erneuerung durch die Vernichtung der Macht Deutschlands vor. In den Verhandlungen, die Dmowski mit dem russischen Außenminister Sergej Dmitrijewitsch Sasonow begann, forderte der polnische Nationalist West- und Ostpreußen, große Teile Oberschlesiens, die Kreise Groß-Wartenberg und Namslau, Lauenburg und Bütow sowie die gesamte Provinz Posen. Heute wissen wir, daß diesen Verhandlungen eine Vereinbarung zwischen Rußland und seinen westlichen Verbündeten zugrunde lag. Rußland hatte Frankreich und England völlig freie Hand gegeben, die deutsche Westgrenze nach eigenem Gutdünken am Ende des gewonnenen Krieges festzulegen, während die beiden Westmächte den Russen das Gleiche für die deutsche Ostgrenze zugesagt hatten. Die Westmächte haben nach der Februar-Revolution 1917 der bürgerlichen Kerenski-Regierung dieses Versprechen erneut bestätigt. Die russische Regierung dieser Zwischenzeit vor der Leninschen Oktoberrevolution machte Dmowski die Zusage für ein unabhängiges Polen, das lediglich durch ein Militärbündnis mit seinem östlichen Nachbarn verbunden werden sollte.
Nicht nur in Rußland warb Roman Dmowski für seine Ziele. Reisen führten ihn auch nach Paris und London, wo er offene Ohren für die Idee der Verkleinerung des deutschen Staatswesens fand. Just mitten im Kriege kam ein neuer polnischer Atlas heraus, der neben Ost- und Westpreußen sowie Posen auch Oberschlesien als polnische Anspruchsgebiete auswies. Die sich schrittweise abzeichnende militärische Niederlage Rußlands mußte Dmowski mit seinen Ideen in arge Schwierigkei-

ten bringen, aber dieser Mann, der sich in den zwanziger Jahren in Polen zu einem führenden Kämpfer für völkische und faschistische Ideen entwickelte, war überaus beweglich. Kurzerhand erklärte er den Panslawismus für gescheitert und richtete eine Denkschrift an die Westmächte, die bereits davon ausging, daß Rußland bei der Erneuerung Polens keine Rolle mehr spielen könne. Um so intensiver warnt er vor einer deutschen Vorherrschaft im Osten, bezeichnet die zahlreichen Gebiete unter deutscher Herrschaft, die angeblich bei einer Abstimmung für Polen optieren würden, und ermuntert Frankreich und England, »an der Ostgrenze Deutschlands einen mächtigen Staat zu schaffen, der ohne Zweifel in ein Bündnis mit Westeuropa als Gegengewicht gegen die deutsche Politik eintreten würde, ... einen Staat, der eine Zwischenwand zwischen Deutschland und Rußland bilden würde«. Ja er wirft sogar den Gedanken einer neuen polnischen Großmacht in die Diskussion, die Deutschlands Gegner sein soll. Wenn seine Vorstellungen nicht Gehör fänden, so beschwört er die Westmächte, könne Deutschland die »Politik der Eroberung durch eine stufenweise Vernichtung Polens fortsetzen, Mittel- und Osteuropa versklaven, was früher oder später eine deutsche Lösung der Frage des Nahen Ostens nach sich ziehen müßte«. Ja, dieser Dmowski weiß auf allen Tasten der Angst hervorragend zu spielen. Er kennt die Vorurteile gegen Deutschland und weiß sie bei seinen Gegnern zu nutzen.

Mit den USA trat am 5. April 1917 nicht nur die kriegsentscheidende Macht in den Ersten Weltkrieg, sondern auch ein weiterer Staat, in dem die polnische Politik für die eigenen Nationalinteressen zu werben begann. Die

Zusammenarbeit mit den Westmächten von seiten polnischer Gruppen verstärkte sich! Am 4. Juni 1917 wurde eine französisch-polnische Militärmission ins Leben gerufen. Das polnische Nationalkomitee überreichte den Westmächten eine Denkschrift über die europäische Notwendigkeit eines starken Polens. Gefordert wird jetzt bereits die Grenze von 1772, einschließlich des gesamten schlesischen Gebiets und die Ostseeterritorien von der Weichsel bis zur Memel.
Die deutsch-polnischen Beziehungen hatten sich durch die Wiedererweckung Polens schrittweise entkrampft. Auf der anderen Seite jede, auch die kleinste Tür des Ausgleichs mit Rußland vorerst zugeschlagen. Die russische Regierung erkannte den deutschen Schritt nicht an, stellte ihn als einen Bruch des Völkerrechts dar und versprach ihrerseits den Polen einen autonomen Status. Die enge Verbindung zwischen dem russischen Staat und seinen französischen und englischen Verbündeten schuf die paradoxe Lage, daß die französische und englische Diplomatie zwar das unabhängige Polen wollte, aber eben nicht jenes, das Deutschland jetzt im Begriff war, gemeinsam mit polnischen Politikern in den Sattel zu setzen. So stellt der bereits zitierte Georg Jaeckel mit Recht fest: »Polen wurde für die Mittelmächte nicht zu einem Entlastungsfaktor, sondern zu einem ständigen Unruheherd, der mit der Erhebung Russisch-Polens zum Nationalstaat nicht zufrieden war, dessen Ziele vielmehr der Lostrennung der deutschen Ostgebiete und der Auflösung der Donaumonarchie galten, und es ist verständlich, wenn man in Berlin das Scheitern der auf Polen gesetzten Hoffnungen und die darauf begründete Politik einen ›Haufen von Scherben‹ nannte.«

Nach dem Zusammenbruch Rußlands versuchten polnische Politiker mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Möglichkeiten durchzusetzen, an den Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk teilzunehmen. Doch die deutsche Diplomatie lehnte ab, weil sie eine zusätzliche Komplizierung der Gespräche befürchtete. Der Frieden mit der Ukraine vom 9. Februar 1918 brachte neue Zerwürfnisse, weil das von den Polen beanspruchte Gebiet um Chelm der Ukraine zugeschlagen wurde. Mit der Besetzung Westrußlands kamen die russischen Soldaten polnischer Nationalität ins deutsche Einflußgebiet. Ein Teil unterstellte sich dem Regentschaftsrat. Über den anderen weiß Gotthold Rhode in seiner »Geschichte Polens« zu berichten: »Dagegen wurde die zu den Bolschewisten übergetretene Zweite Brigade, die sich mit einigen in Podolien aufgestellten Verbänden vereinigt hatte, nach einem Marsch an den Dnjepr bei Kanev regelrecht eingeschlossen und nach kurzem Kampf am 11. Mai zur Kapitulation gezwungen. Die sehr lockere deutsche Beaufsichtigung ermöglichte aber zahlreichen Offizieren – darunter Rydz-Smigly und Beck – ein leichtes Entkommen, den Aufbau neuer geheimer polnischer Verbände in der Ukraine und Verhandlungen mit der bolschewistischen Regierung in Moskau, auf Grund deren kleine Gruppen polnischer Soldaten mit General Haller an der Spitze über Murmansk nach Frankreich transportiert wurden, wo sie in die neu aufgestellte polnische Armee eingereiht werden konnten.«
Je länger sich der Krieg noch hinzog, um so mehr verlor die deutsche Diplomatie ihren Einfluß auf die polnische Politik und nahm jener der Ententemächte zu. In den USA stand die öffentliche Meinung inzwischen schon

voll hinter den polnischen Forderungen, obwohl Präsident Woodrow Wilson offiziell das Selbstbestimmungsrecht der Völker ständig im Munde trug. Polnische Amerikaner vermochten in der Presse ihre Annexionswünsche gegenüber Deutschland zu begründen. Und als polnische Politiker lauthals gegen den Frieden von Brest-Litowsk mit Rußland protestierten, weil wiederum das Land von Chelm ihrem Interessengebiet entzogen wurde, hatten die westlichen Mächte ein offenes Ohr für die polnischen Forderungen. In diesem Punkte waren die polnischen Wünsche im übrigen berechtigt, denn das Land hatte zweifelsohne eine mehrheitlich polnische Besiedlung. Die Linksparteien sprachen offen ihre Hoffnung aus, daß der Friede von der Entente nicht anerkannt werde. Und auch die nationalen Gruppen zeigten sich enttäuscht, weil sie gehofft hatten, der Verzicht auf die preußischen Gebiete werde mit möglichst viel russischen Ländereien ausgeglichen. Zwar versprach Kaiser Karl polnischen Politikern die Grenzfrage mit der Ukraine zur richtigen Zeit wieder aufzuwerfen, aber die polnischen Hoffnungen verlagerten sich immer mehr auf die Ententemächte, trotz Verhandlungen, die mit den Deutschen geführt wurden.
Bis zur deutschen Kapitulation blieb die polnische Regierung in Amt und Würden. Auf der anderen Seite stand Dmowski mit seinen weitreichenden nationalistischen Forderungen. Und ab Anfang 1918 arbeitete das polnische Nationalkomitee in Paris mit dem Anspruch, die einzig legitime Vertretung aller Polen darzustellen. Als Dmowski im August 1918 in den Vereinigten Staaten weilte, mußte er feststellen, daß Wilson noch immer streng vom Selbstbestimmungsrecht der Völker und Na-

tionalitäten sprach. Auch die britische Regierung äußerte sich reserviert gegenüber polnischen Maximalforderungen. Als Wilson verdeutlichte, daß Polens Interesse an einem »freien Zugang zum Meer« berechtigt sei, blieb der Regentschaftsrat trotzdem bei der Meinung, daß die polnischen Interessen »in Zusammenarbeit mit den Mittelmächten, ihren Nachbarn« am besten zu lösen seien. Trotzdem arbeitete der Regentschaftsrat heimlich mit dem Nationalkomitee in Paris zusammen. Immerhin war ein Sieg der Ententemächte im Bereich des Möglichen! Der Regentschaftsrat, Dmowskis Maximalisten und das Nationalkomitee arbeiteten alle auf ihre Weise nach allen Richtungen hin mit dem einen Ziel: Wiedererrichtung eines möglichst umfangreichen polnischen Nationalstaates. Als nun Ende 1918 die amerikanische Armee das Kriegsgeschehen immer weiter zu Ungunsten der Mittelmächte verändern konnte, forderten die polnischen Abgeordneten im Reichstag das Selbstbestimmungsrecht auch für die preußischen Ostprovinzen und beriefen sich dabei auf Wilson. Das preußische Innenministerium sah darin mit Recht Hochverrat und forderte die Abgeordneten polnischer Nationalität auf, sich von solchen Vorstellungen zu distanzieren. Während Reichskanzler Prinz Max von Baden schnell noch einige polenfreundliche Gesetze auf den Weg bringen wollte, um den Versöhnungsprozeß nicht zu gefährden, wandte sich das preußische Innenministerium gegen solche Vorstellungen, weil sie von den Polen »lediglich als Schwäche verstanden und als Anlaß zur Steigerung ihrer Forderungen bis zu einem unmöglichen Grade benutzt« würden. Das Chaos war perfekt, aber die militärische Niederlage verdammte Deutschland

jetzt ohnehin zur Ohnmacht, so daß solche Irritationen durch die großen weltpolitischen Veränderungen, die am Ende des Krieges standen, verdeckt wurden.
In Polen glitt schon Ende Oktober dem Regentschaftsrat die Macht schrittweise aus den Händen. Der Abzug der deutschen Truppen erhöhte das Chaos. In Lublin bildete sich eine »Provisorische Volksregierung der polnischen Republik«. Schon drohte ein Bürgerkrieg, da beendete die Rückkehr Josef Pilsudskis die Wirren. Dieser inzwischen überall in Polen überaus populäre Volksführer nahm sofort alle Fäden in die Hand. Die provisorische Regierung in Lublin schloß sich ihm ohne Murren an. Der Regentschaftsrat löste sich am 14. November 1918 freiwillig auf.
Es ist hier nicht die Aufgabe, all die Wirren aufzuzeigen, die sich mit den Anfängen der Selbständigkeit verbanden. Erwähnt sei nur, daß schon am 5. Januar ein Militärputsch von rechts scheiterte. Das dominierende Thema des ersten Parlaments war die zukünftige Verfassung. Die größten Gegensätze kamen in der Frage auf, inwieweit im neuen Polen die nichtpolnischen Nationalitäten ihr Eigenleben entfalten durften. Dabei wurde deutlich, daß ein radikaler Kurs gegenüber den Minderheiten drohte.

Polen und die Bestimmungen des Friedensdiktates von Versailles

Zu den Pariser Friedensverhandlungen nach dem Ersten Weltkrieg wurde auch Polen eingeladen. Als am 15. Januar 1919 die Verhandlungen begannen, saß mit Dmowski ein Mann an der Spitze der polnischen Delegation in der französischen Hauptstadt, der durch deutschfeindliche und unversöhnliche Haltung seit langem aufgefallen war. Einer »Kommission für polnische Angelegenheiten« in der Vorbereitung der Friedenskonferenz hatte Dmowski vorher bereits seine Maximalforderungen präsentiert. Gestützt auf eine Vielzahl von historischen, wirtschaftlichen und das Volkstum betreffenden Argumenten hatte seine Denkschrift fast ganz Oberschlesien, große Teile Mittelschlesiens, die Provinzen Posen und Westpreußen – abgesehen von einigen schmalen, rein deutsch besiedelten Grenzstreifen –, die östlichsten Teile Pommerns, Danzig und Masuren gefordert. Insgesamt sollten nach diesem polnischen Vorschlag 84198 Quadratkilometer vom Reich abgetrennt werden. Für Ostpreußen, soweit es nicht an Polen fallen sollte, empfahl das Machwerk eine völkerrechtliche Trennung vom Reich, um keine Korridorbildung notwendig zu machen.

Die Kommission für polnische Angelegenheiten stand unter dem Vorsitz des französischen Diplomaten Jules Cambon. Da gerade in Frankreich von allen Siegerstaaten des Krieges der Wille zur Abschneidung möglichst großer deutscher Territorien am stärksten war, nimmt es nicht wunder, daß sie den polnischen Wünschen fast bis ins Detail folgen wollte. Es war ein Einspruch von

Lloyd Georges, der schließlich doch noch einige Änderungen ermöglichte. Insbesondere, daß Danzig zu einem Freistaat gemacht werden sollte, wie es die Stadt schon einmal in ihrer Geschichte gewesen war. In Ost- und Westpreußen wurde eine Volksabstimmung vorgesehen.

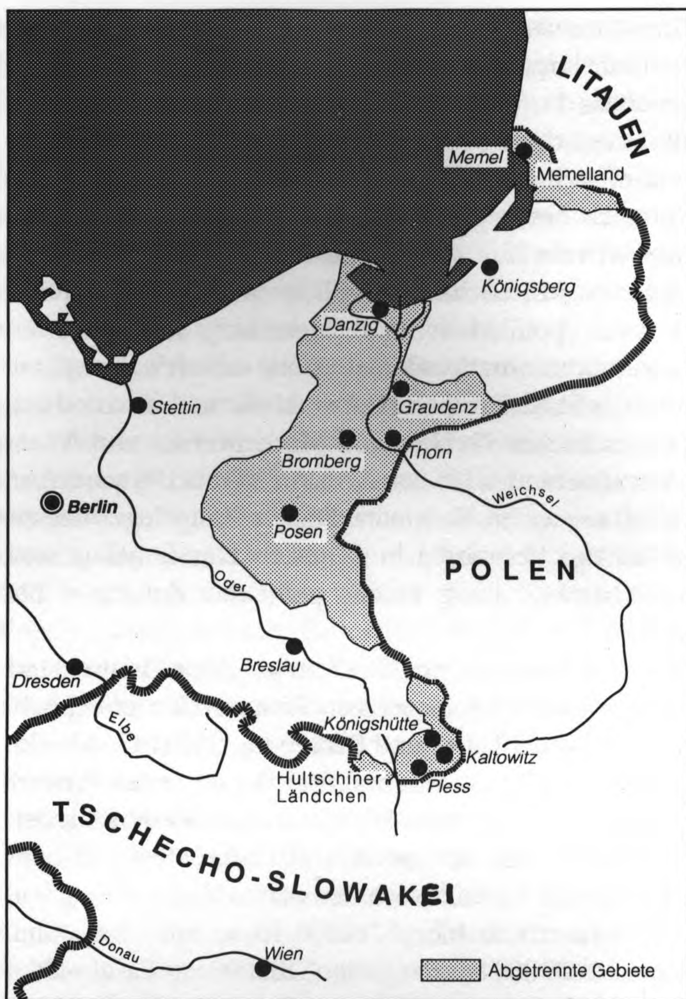
Als nach langem Harren und Bangen eine deutsche Delegation nach Versailles berufen wurde, geschah dies nicht, um mit ihr über den Frieden zu verhandeln, sondern ihr den Vorschlag – praktisch ein Diktat – zu überreichen. Woodrow Wilson, Lloyd George, Georges Clemenceau und Vittorio Emanuele Orlando hatten es mit einem großen Stab und in ständigem Streit untereinander aus der Taufe gehoben. Wie Internierte wurde die deutsche Delegation in einem Hotel untergebracht, das sie nicht verlassen durfte. Als sie schließlich die Texte in Empfang nehmen durfte, begann Clemenceau seine Einleitungsrede: »Die Stunde der Regelung ist gekommen, der Regelung einer Abrechnung nämlich, die ein uns grausam aufgezwungener Krieg notwendig gemacht hat . . . Sie verlangen den Frieden, wir sind bereit, ihn zu gewähren. Das Buch, das Ihnen überreicht wird, enthält seine Bedingungen. Wir werden Ihnen die nötige Zeit lassen, die die internationale Höflichkeit gebietet, um sie zu prüfen . . .« Für 440 Artikel und Zusätze auf rund 300 Seiten war die Frist der »Prüfung« übrigens auf 14 Tage (!) festgelegt.

Das Diktat enthielt u. a. die Festlegung der Alleinkriegsschuld Deutschlands am Ersten Weltkrieg, sofortige Ablieferung von riesigen Mengen von Milchkühen, Pferden, Schafen, Mutterschweinen sowie Lokomotiven, Waggons, Schiffen usw.; die Internationalisierung der

Ströme Elbe, Rhein und Oder; Verfall allen deutschen Eigentums im Ausland; Abtretung der Kolonien mit der Begründung, daß Deutschland zu ihrer Führung unfähig sei; Besetzung des linken Rheinufers für 15 Jahre; Umwandlung der deutschen Armee in ein Berufsheer von 100000 Mann; das Verbot zur Unterhaltung von Unterseebooten, größeren Kriegsschiffen, Luftfahrzeugen für Kriegszwecke sowie einer Reihe modernster Waffen; Auslieferung der sogenannten »Kriegsverbrecher«, das war der deutsche Kaiser, Hindenburg, Ludendorff und 895 namentlich bezeichnete Offiziere und Soldaten; etwa 60 Milliarden Goldmark Reparationen und nicht zuletzt, aber ein Höhepunkt: die Abtretung des Gebietes von Eupen-Malmedy an Belgien, von Elsaß-Lothringen an Frankreich, Teile von Schleswig an Dänemark, von Oberschlesien, Westpreußen und Posen an Polen. Für den südlichen Teil Ostpreußens war eine Abstimmung vorgesehen.
Das Gesicht des deutschen Delegationsleiters Graf Brockdorff-Rantzau blieb unbewegt, als er sich im kurzen Überfliegen dieser »Friedensbedingungen« ein Bild vom Grade des feindlichen Hasses und der gegnerischen Rachsucht machen konnte. Und dann erhob er sich zu einem leidenschaftlichen Appell: »Meine Herren! Wir sind tief durchdrungen von der erhabenen Aufgabe, die uns mit Ihnen zusammengeführt hat: der Welt rasch einen dauerhaften Frieden zu geben. Wir täuschen uns nicht über den Umfang unserer Niederlage, den Grad unserer Ohnmacht. Wir wissen, daß die Gewalt der deutschen Waffen gebrochen ist, und wir kennen die Wucht des Hasses, der uns hier entgegentritt. Wir haben die leidenschaftliche Forderung gehört, daß die Sieger

uns zugleich als Überwundene zahlen lassen und als Schuldige bestrafen wollen . . . Das deutsche Volk ist innerlich bereit, sich mit dem schweren Los abzufinden . . . Ein Friede, der nicht im Namen des Rechts vor der Welt verteidigt werden kann, würde immer neue Widerstände gegen sich wachrufen. Niemand wäre imstande, ihn guten Gewissens zu unterzeichnen, denn er wäre unerfüllbar. Niemand kann für seine Ausführung die Gewähr, die in der Unterschrift liegt, übernehmen . . .«
Mit diesem Frieden wollten die Staatsmänner der Siegermächte Deutschland zu einem politisch und wirtschaftlich ohnmächtigen Staatsgebilde machen und sich an dem ausgezehrten Körper noch mästen. Das Ganze war in Worte widerlicher Heuchelei verpackt, wie sie in diesem Ausmaß selbst in einem Jahrhundert des Zerfalls der diplomatischen Sitten Seltenheit hatten. Friede, Menschlichkeit, Gerechtigkeit hieß es! Und die harten und demütigenden Bedingungen seien nicht aus Rach- oder Gewinnsucht geboren, sondern um der durch Deutschland schmählich verletzten Gerechtigkeit Genüge zu tun.
Was nun die deutschen Ostgebiete anging, so lehnte eine Mantelnote vom 29. Mai die Versailler Vorschläge als unvereinbar »mit den ethnographischen Prinzipien« ab. Sie bot lediglich die Abtretung Posens an und zeigte sich bereit, Polen einen Zugang zum Meer durch – wie es ursprünglich in der Absicht Wilsons geheißen hatte – »Freihäfen in Danzig, Königsberg und Memel, durch eine Weichselschiffahrtsakte und durch besondere Eisenbahnverträge« zu gewährleisten. Lloyd George war es, der endlich einen Kompromißvorschlag vorlegte, der in der Frage der Ostgrenze noch einige bescheidene

Korrekturen enthielt: auch in Oberschlesien sollte eine Volksabstimmung stattfinden; geringfügige Teile Westpreußens durften bei Deutschland bleiben.
Im endgültigen Vertrag, wie ihn die deutsche Delegation hinnehmen und der Reichstag mit 237 gegen 138 Stimmen bestätigen sollte, wurde am 28. Juni 1919 in den Artikeln 87ff. die gesamte Provinz Posen, Grenzgebiete von Mittelschlesien und der größte Teil Westpreußens zum polnischen Staate zugeschlagen. Abstimmungen unter internationaler Kontrolle sollten wenig später über die Staatszugehörigkeit von Oberschlesien und der ostpreußischen Gebiete von Marienwerder und Allenstein entscheiden. In den Artikeln 100 bis 108 wurde die Schaffung eines Freistaats Danzig festgelegt, dessen auswärtige Vertretung in polnische Hände gelegt und seine Einbeziehung in das polnische Zollgebiet bestimmt.
Mit dem Inkrafttreten des Vertrags verlor Deutschland 15864 Quadratkilometer von Westpreußen einschließlich der Städte Thorn und Bromberg, 26041 Quadratkilometer von Posen, was praktisch der gesamten Provinz entsprach, 511 Quadratkilometer von Niederschlesien und 501 Quadratkilometer von Ostpreußen mit dem Mittelpunkt Soldau. Nach der letzten Volkszählung von 1910 hatten sich hier 1714000 Einwohner zur polnischen, 1080000 zur deutschen, 105000 zur kasubischen und 9000 zur masurischen Muttersprache bekannt. Auch rein deutsche Gebiete kamen im Rahmen dieser Abtrennungen zu Polen. Die Urheber des Versailler Vertrages begründeten dies mit den verkehrspolitischen Notwendigkeiten des polnischen Zugangs zum Meer.

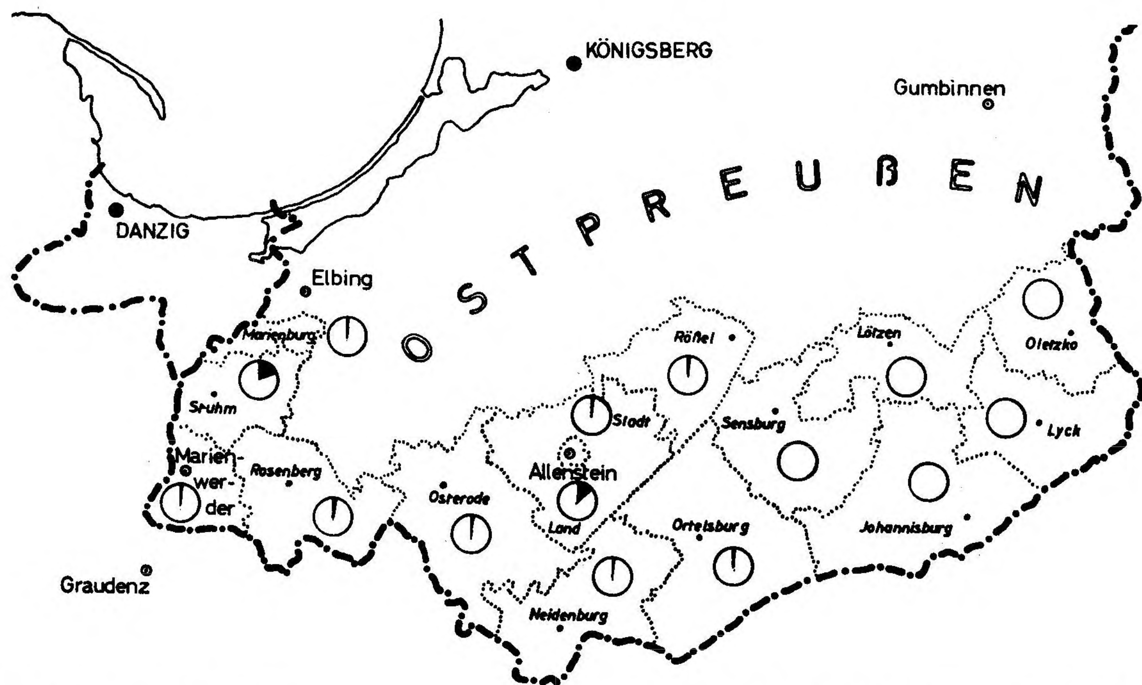


Vom deutschen Osten nach dem Ersten Weltkrieg abgetrennte Gebiete. Insbesondere die Siegermacht Frankreich war an einer territorialen Schwächung Deutschlands interessiert. Das Selbstbestimmungsrecht wurde dabei vielfältig mit Füßen getreten.

In den Ostgebieten, wo man bis zuletzt gehofft hatte, daß die Regierung das Friedensdiktat nicht unterschreiben werde, kam tiefe Enttäuschung auf. Viele Menschen – und nicht nur im Osten – fühlten sich betrogen, denn sie hatten, wie lange Zeit auch die Reichsregierung, Wilsons 14 Punkte und seine Vorstellungen vom Selbstbestimmungsrecht ernst genommen. Daß später die Demokratie in Weimar sich nur schwer entwickeln konnte, hing auch mit der Erfahrung zusammen,. die Deutschland im Versailler Diktat mit den demokratischen Staaten gemacht hatte. Demokratie, das schien gleichbedeutend mit der Rede über Grundsätze und Menschenrechte, die einzuhalten keiner der führenden Männer der Siegerstaaten für nötig hielt. Und was ist schlimmer für eine neu wachsende Staatsform, wenn gleich am Anfang ihre Glaubwürdigkeit belastet ist?

Die Abstimmung in Ost- und Westpreußen

Schon wenige Wochen nach Inkrafttreten des Versailler Vertrages – Mitte Februar 1920 – hatten die beiden interalliierten Kommissionen, zusammengesetzt aus britischen, französischen, italienischen, japanischen Offizieren und Beamten, in Marienwerder und Allenstein die Verwaltung des Abstimmungsgebiets übernommen. In Marienburg war italienisches, in Allenstein britisches Militär eingerückt. Das deutsche Militär – oder besser, was davon an Resten übriggeblieben war – hatte die Bezirke verlassen müssen. Die Grenze zu Polen blieb geöffnet, die Grenze in Richtung Reichsgebiet gesperrt. Auch hier war die Ursache durchsichtig! Die Siegermächte hatten alle in den Abstimmungsgebieten Geborenen zum Gang an die Urne zugelassen. Solche Maßnahmen sollten außerhalb des Gebietes Wohnende abschrecken, an dem Plebiszit teilzunehmen. Das sprach sich jedoch in ganz Deutschland schnell herum, so daß über 50 Prozent der zur Abstimmung hinreisenden rund 157 000 Ostpreußen, um sicherzugehen, den längeren und beschwerlicheren Seeweg über Pillau wählten.
Ostpreußen ging nicht unvorbereitet in diese Abstimmung! Der Johannesburger Superintendent Paul Hensel hatte schon am 22. März 1919 zur Bildung eines Masurenbundes aufgerufen, wenig später wurde ein »Arbeitsausschuß Allenstein gegen die Polengefahr« gegründet. Aus beiden Gruppen ging bald der »Masuren- und Ermländerbund« hervor. Fast gleichzeitig hatte sich der Ostdeutsche Heimatdienst mit vier Geschäftsstellen in Königsberg, Tilsit, Allenstein und Marienwerder ge-



Die Abstimmungsgebiete in Ost- und Westpreußen. Die schwarzen Kreissektoren verdeutlichen den Anteil der polnischen Stimmen.

bildet. Fast in jedem Ort wurden Heimatvereine gegründet. Im September 1919 waren es bereits 1046 mit 206313 Mitgliedern. Dagegen stand die mit reichlich finanziellen Mitteln ausgestattete polnische Propaganda.

Dem Leiter des »Masuren- und Ermländerbundes« Max Worgitzki, war es zu verdanken, daß keine polnischen Truppen im Abstimmungsgebiet stehen durften. In mühseligen Verhandlungen setzte er seine Vorstellungen bei Engländern, Franzosen und Italienern durch. Die große Gefahr, daß Polen mit Waffengewalt einfach vollendete Tatsachen schaffen könnte, war damit gebannt. Agnes Miegel, die Dichterin Ostpreußens, schrieb ihr aufrüttelndes Gedicht:

»Über der Weichsel drüben, Vaterland höre uns,
Wir sinken, wie Pferd und Wagen versinken im Dünensand,
Recke aus deine Hand,
daß sie uns erhält, die allein uns halten kann,
Deutschland, Vaterland!«

Bis zum 1. Juni waren die Listen für die Abstimmung fertiggestellt. Es gab derer drei, für im Abstimmungsgebiet Geborene und Ansässige, dort Geborene, aber außerhalb Wohnende und nicht im Gebiet Geborene, aber dort seit dem 1. Januar 1905 Ansässige. Die Arbeit der Kommissionen wurde deutscherseits unterstützt durch einen deutschen Staatskommissar. Mit dem Freiherrn von Gayl, dem Leiter der ostpreußischen Landgesellschaft, hatten die Deutschen eine glückliche Wahl für dieses schwierige Amt getroffen. Mit Takt und Feingefühl verhandelte er nach allen Seiten und vermittelte der Bevölkerung das Gefühl, daß hier ein Mann mit Ver-

stand und klarer Linie die Interessen der deutschen Bevölkerung der Abstimmungsgebiete vertrat.
Die polnischen Politiker hingegen richteten jedoch immer maßlosere Forderungen an die Kommissionen. Im Gebiet des Korridors, das sie bereits beherrschten, stellten sie eine Insurgententruppe, die sogenannte »Bojuwka« auf, welche die Bevölkerung in den Abstimmungsgebieten terrorisieren sollte. Historker sind sich heute gewiß, daß es Pilsudski selbst war, der einen totalen Einsatz dieser Truppe verhinderte, weil er der Überzeugung war, daß Ostpreußens Bevölkerung nie geneigt sein werde, für Polen zu optieren.
Das englische Kommissionsmitglied Beaumont schrieb am 10. März 1920 in einem Bericht an das Foreign Office in London: »Unser Aufenthalt in diesem Bezirk war schon ausreichend lang, um alle Mitglieder dieser Kommission zu überzeugen, daß das Ergebnis der Abstimmung eine von vornherein feststehende Entscheidung ist und daß die überwältigende Mehrheit der Einwohner für Deutschland stimmen wird. Abgesehen von Stammesempfindungen, haben die Provokationen, die Unterdrückungen und die Intoleranz der polnischen Behörden in dem kürzlich von ihnen besetzten Gebiet einen kläglichen Eindruck auf die Meinung nicht nur der Deutschen, sondern aller unparteiischer Beobachter hervorgerufen.«
Und am 29. April 1920 verdeutlicht er in einem Schreiben an Sir E. Crowe: ». . . Meine Meinung ist nur, daß der Wunsch Frankreichs, einen starken Staat an Deutschlands Ostflanke zu schaffen, wahrscheinlich zu Schwierigkeiten führen soll . . . Wir kamen alle als Sympathisanten Polens her, aber seitdem wir die Dinge aus

unmittelbarer Nähe gesehen haben, haben wir alle – einschließlich der Franzosen – unsere Ansichten geändert. Sogar der preußische Militarismus war glimpflich, verglichen mit dem, was überall an unseren Grenzen vor sich geht. Unser Eindruck ist der, daß eine Aggression von seiten Polens wahrscheinlicher als von seiten Deutschlands ist.«

Die ost- und westpreußische Bevölkerung in den Abstimmungsgebieten war am Tage der Abstimmung nicht voller Bangen, ob alles zu deutschen Gunsten gelingen werde, sondern es wurden überall die Marktplätze mit Blumengirlanden und Ehrenpforten geschmückt. Die Fahnen Deutschlands und Preußens wehten im Sommerwind. In einigen Städten fanden gar historische Umzüge statt, Blaskapellen spielten, Bauern hatten ihre Pferde und Wagen mit bunten Blumen herausgeputzt, viele Frauen ihre Festtagstrachten angelegt. Mit besonderer Freude wurden die Wähler aus dem Auslande – zahlreiche Ostpreußen hatten selbst den langen Seeweg von den USA nach Ostpreußen nicht gescheut – empfangen. In Allenstein zum Beispiel betreuten die älteren Schüler an den Meldestellen jene Landsleute, die aus dem Reichsgebiet oder aus fremden Ländern gekommen waren, vermittelten die Quartiernachweise, gaben Verpflegungsgutscheine aus, und wer eine kostenlose Theaterkarte haben wollte, konnte hier ebenfalls fündig werden. Geöffnet war die Meldestelle Tag und Nacht! Andere Schüler trugen die Koffer der Ankommenden und geleiteten sie zu den Quartieren. In Allenstein wie in allen anderen Orten des Abstimmungsbereichs zeigten die Einwohner, daß ihr Wille, deutsch zu bleiben, aus machtvollen Quellen des Gemüts und der Solidarität gespeist wurde.

Die Abstimmungsberechtigten aus dem Reiche kommen!

Deutsche in den Abstimmungsgebieten:

Die Abstimmungsberechtigten kommen nun aus allen Teilen Deutschlands zu Euch,

um Euch im Kampfe für das Deutschtum beizustehen.

Sie folgten, Männer, Frauen und Kinder, als ein freiwilliges, friedliches Heer dem Ruf ihrer westpreußischen Heimat.

**Sie kommen zu Euch wie deutsche Wallfahrer.
Sie sind Eure Brüder und Schwestern.**

Beschwerlich ist der Weg, den sie gemacht haben. Die polnische Korridorwirtschaft zwang sie über See zu fahren. Viele Tage und Nächte sind sie unterwegs, um Euch zur Seite sein zu können.

Nun, Deutsche in den Abstimmungsgebieten, ist es an Euch, diesen Frauen und Männern Eure Dankbarkeit zu beweisen.

Nehmt sie wie Freunde und Helfer in der Not mit offenen Armen auf. Erweist ihnen Gutes, wie sie Euch Gutes erweisen. Gewährt ihnen nach Möglichkeit eine bequeme Unterkunft. Helft ihnen mit Rat und Tat, laßt Euch keine Mühe verdrießen.

Sie sollen nicht sagen: Wir kamen wie Freunde und gingen wie Fremde. Sie sollen sich froh und glücklich in ihrer alten Heimat fühlen. Sie sollen von Euren guten Worten und Werken im großen Vaterlande berichten. Sie sollen von

den siegreichen Tagen der deutschen Abstimmung

noch später ihren Enkeln mit Wohlgefallen erzählen.

Lasset Eure Freude über diese Heimwanderer auch äußerlich sehen:

**Schmückt Eure Häuser mit Guirlanden und Fahnen.
Errichtet ihnen Ehrenpforten.**

Ueberall prange ihnen Euer Gruß entgegen:

Herzlich willkommen in der deutschen Heimat!

Deutscher Ausschuß für Westpreußen.
Hauptgeschäftsstelle Marienwerder.

Westpreußische Hofbuchdruckerei Fritz Kanter, Marienwerder.

Plakat, das in den Wochen vor der Abstimmung in Marienwerder an Litfaßsäulen, Zäunen und Mauern in großer Zahl geklebt war und das die Ostpreußen, die fern von der Heimat lebten, willkommen hieß.

Dabei machte sich ein Fehler der chauvinistischen Delegationsmitglieder Polens in Versailles während der Abstimmungsvorbereitung positiv bemerkbar. Die polnischen Einwanderungen vor der Jahrhundertwende in die Industriegebiete an Rhein und Ruhr hatten sie dort als deutsche Deportationen dargestellt. Männer und Frauen seien in großer Zahl gezwungen worden, ihre Sachen zu packen und im Westen Deutschlands Frondienst zu leisten. Wenn das so sei, so entschieden die Siegermächte vermeintlich zu Ungunsten Deutschlands, müßten all diese »Ruhrpolen« zur Abstimmung zugelassen werden, da der polnischen Seite auf diesem Wege erhebliche Stimmzahlen zugeführt werden könnten. Und so geschah es, daß die Siegermächte zuließen, daß auch außerhalb des Abstimmungsgebietes lebende Ostpreußen an die Wahlurne gehen durften. Vergeblich versuchten die polnischen Führungskräfte in Warschau durch Behinderungen bei der Fahrt durch den Korridor die Zahl der aus dem Reichsgebiet anreisenden Ostpreußen zu beschränken. Da wurden angeblich fehlende Stempel beanstandet, die Sonderzüge durch den Korridor beschränkt. Es half nichts, die Welle von Wählern aus dem Westen rollte! Wie der Tag der Abstimmung erlebt wurde, das kann nicht besser dargestellt werden, als es die »Lycker Zeitung – Allgemeiner Anzeiger für Masuren« vom 13. Juli 1920 formulierte:
»Helleuchtender Sonnenschein begrüßte, wie an all diesen Tagen, auch den großen Tag der Abrechnung. Recht früh schon war Lyck erwacht; überall sah man Morgenspaziergänger, die ungestört eine Wanderung durch die Stadt machten, da die Sonne ihre Strahlen noch nicht so sengend herniedersandte. Die ›Concordia‹, die rührige

Stimmungssängerin, weckte an verschiedenen Plätzen der Stadt die ›Langschläfer‹ mit herrlichem Liedergesang, und inzwischen rückten auch schon die Hilfstruppen des Heimatdienstes heran, um die Posten vor den Lokalen der einzelnen Stimmbezirke einzunehmen. Genau war alles geregelt, jeder Dienst besetzt, jede Stunde fand ihren Mann zur Stelle. Der Dienst klappte vorzüglich, als pünktlich um acht Uhr die Abstimmung in allen Bezirken begann. Während in den Bezirken der Einheimischen sich die Abstimmungsberechtigten erst nach und nach einfanden, setzte die Abstimmung im Rathaus, wo die Stimmberechtigten aus dem Reich ihrer Abstimmungspflicht zu genügen hatten, gleich recht flott ein; ein jeder hatte den Wunsch, dieser Pflicht, die ihn hierher gerufen hatte, möglichst schnell zu genügen. Die Abstimmung wickelte sich in allen Bezirken ununterbrochen glatt ab. Die Zettelverteiler waren auf dem Posten, Verteiler mit polnischen Abstimmungszetteln sah man vor keinem Wahllokal, auch nicht auf der Straße. Dafür waren die Hausbriefkästen heimlich abends vorher mit dem polnischen Wisch gespickt worden. Nirgends kam es zu Zusammenstößen oder Zwischenfällen. Auf den Straßen war der Verkehr ein ganz gewaltiger, er erreichte in den Mittagsstunden seinen Höhepunkt. Junge Mädchen, die schwarz-weiße Fähnchen und Flugblätter verteilten, eilten geschäftig hin und her und ermunterten die Straßengänger, ihre Abstimmung möglichst bald vorzunehmen.
Bereits gegen fünf Uhr hatten in den meisten Wahllokalen 80 bis 90 Prozent ihre Stimmzettel abgegeben. Dann wurden Kranke, Gebrechliche, alte Mütterchen und Greise auf Wagen und Autos herangeführt und in die-

Lokale geleitet. Hier konnte man manche schöne Szene beobachten. Ein altes Mütterchen von 80 Jahren kam ganz allein an ihrem Stocke herangehumpelt, ihren Ausweis ängstlich unter der Schürze versteckt. Als sich ihrer hilfsbereite junge Mädchen annahmen und ihr einen Stimmzettel ›Ostpreußen‹ in die Hand drückten, betrachtete sie diesen Zettel erst lange mit kritischen Blikken, um sich dann ängstlich umzusehen. Als ihr Auge auf einen Herrn mit dem Ordenskreuz fiel, fragte sie erst noch einmal ängstlich: ›Ist dies auch wirklich der richtige deutsche Zettel?‹ und fügte, als dies bejaht wurde, hinzu: ›Na ja, man muß sich in acht nehmen, die drehen mir alten Frau noch womöglich einen pollackschen Zettel an.‹ Mit stolzem und zufriedenem Lächeln, das ich nie vergessen werde, trat diese einfache Frau an den Tisch heran und gab ihren Zettel im Umschlag ab, um sich dann wieder an ihrem Stock auf den Heimweg zu machen. Im Bezirk 10 ließ sich sogar eine 107 Jahre alte Frau, Minna Milewski, Morgenstraße 32, von der Krankenschwester zum Stimmlokal fahren, wie überhaupt mehrere über 90 Jahre alte Personen ihr Stimmrecht ausübten.
Wie anders dieses Bild der Abstimmung eines ganzen Volkes von Brüdern im Gegensatz zu dem Bild einer Parteiwahl. Kein Geschrei, kein Bestürmen der Wahlberechtigten durch die Zettelverteiler, eine wohltuende Ruhe, die auch nicht gestört worden wäre, wenn das Schnapsverbot der Hohen Kommission nicht ergangen wäre. Alles war sich bewußt, daß die Weihe dieses Tages nicht gestört werden durfte, einer war dem anderen behilflich, keiner machte einen Unterschied.
Am Nachmittag spielte die Musik zwanglos in den verschiedenen Straßen patriotische Lieder, um die noch

Fehlenden herbeizurufen. Von den Polen, die angeblich 90 Prozent der masurischen Bevölkerung ausmachen sollten, sah man nichts. Die ›Warschauer‹ hatten schon vorher die Flucht ergriffen, die Parole ›Die Warschauer raus‹ war ihnen in die Knochen gefahren, und der deutsche Tag und das Heimatfest hatten ihnen zur Genüge gezeigt, daß sie hier nichts mehr zu suchen hatten; und die, die hier als Polen gelten wollten, hatten es meistens vorgezogen, der Stadt den Rücken zu kehren und ihn extra muros des Abstimmungsgebietes zu verleben. Ihre Ohren konnten die deutsche Sprache der Masuren nicht mehr vertragen.
Mit Spannung wurde das Ergebnis der Abstimmung in der Stadt erwartet. Gleich nach Schluß der Abstimmung, pünktlich um acht Uhr, begann in den einzelnen Bezirken die Auszählung, und 9.45 Uhr lag das Gesamtergebnis der Stadt Lyck vor. Es waren abgegeben:

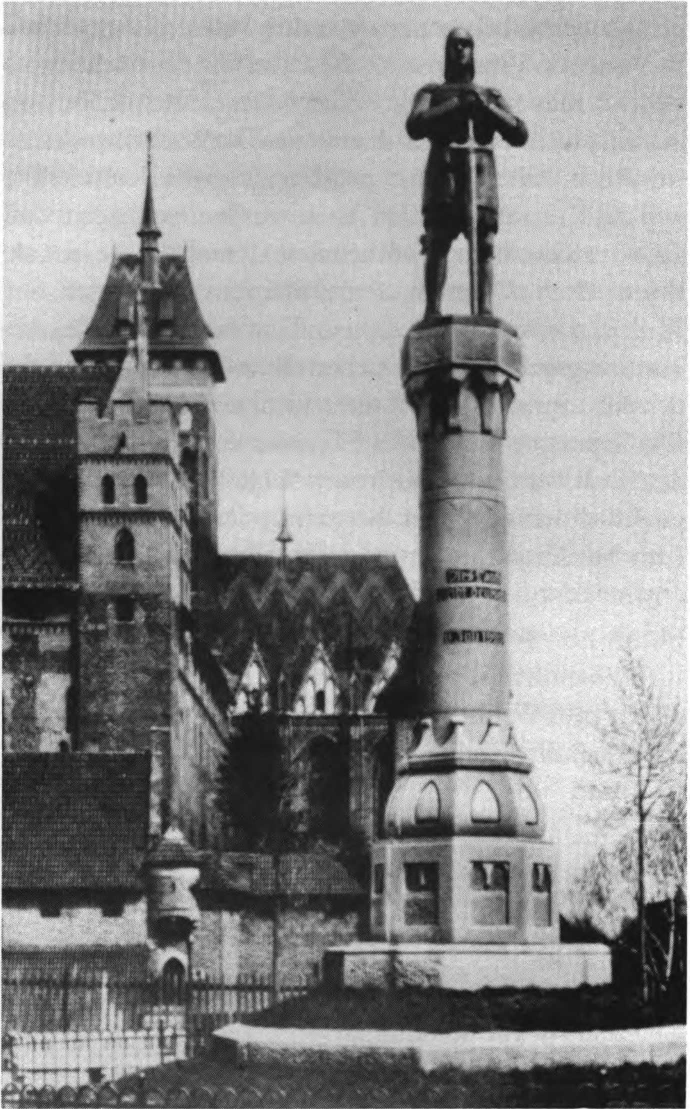
Bezirk 1 bis 9:
Im Abstimmungsgebiet Geborene
und in Lyck Wohnende
5627 deutsche 5 polnische

Bezirk 10:
Seit 1. Januar 1905 im
Abstimmungsgebiet ansässig
678 deutsche 2 polnische

Bezirk 11 bis 15:
In Lyck geborene, aber
außerhalb des Abstimmungs-
gebiets Wohnende
2034 deutsche 0 polnische

zusammen: 8339 deutsche 7 polnische.

Ungültig waren 17 Stimmen.



In vielen Ortschaften wurden nach der Abstimmung Erinnerungsmäler errichtet. Hier das Marienburger Abstimmungsdenkmal, das von den Polen nach 1945 zerstört wurde.

Während von den in der Stadt wohnenden Abstimmungsberechtigten sich sieben für Polen entschieden haben, ist von unseren auswärtigen Gästen auch nicht eine polnische Stimme abgegeben worden. Bravo!
Damit hat Masurens Hauptstadt Lyck den Beweis erbracht, daß sie kerndeutsch ist, woran eben nur gewisse Leute zweifelten, deren sieben Namen wir mit Leichtigkeit aufzählen könnten. Das Ergebnis, das sofort durch Anschlag, Lichtapparat und Extrablätter der ›Lycker Zeitung‹ bekanntgemacht wurde, rief ungeheuren Jubel hervor. Auf der Straße, in den Lokalen stauten sich die Menschen, die Extrablätter wurden den Verteilern förmlich aus den Händen gerissen; überall ertönten Hochrufe und der Gesang ›Deutschland, Deutschland über alles‹ oder ›Ich bin ein Preuße‹. Und vor der Lichtbildleinwand in der Hindenburgstraße stauten sich weiter die Straßengänger, um die fortlaufend angezeigten Zahlen des Abstimmungsergebnisses aus dem Kreise Lyck mit Jubel zu begrüßen . . .
Während in den Lokalen der Sieg gefeiert wurde, bewegte sich eine große Menschenmenge mit Musik durch die Straßen der Stadt . . . , machte der Zug vor dem Pfarrhause in der Steinstraße, der Wohnung des Herrn Pfarrers Rathke, halt und brachte ihm als Anerkennung für seine rastlose und von so herrlichem Erfolg begleitete Tätigkeit im Masurenbund ein donnerndes Hoch aus, für das Herr Pfarrer Rathke mit herzlichen und kernigen Worten dankte. Spontan wurde darauf aus der Menge der Choral ›Nun danket alle Gott‹ gesungen . . .«
Und der Bericht schließt: »Und wir Masuren geloben, daß wir das Band, das sich in diesen Tagen zwischen uns

Die Einzelergebnisse der Volksabstimmung am 11.7.1920

Kreis	Einwohner-zahl am 8.10.1919	Stimm-berechtigte am 11.7.1920	Abgegebene Stimmen für Ostpreußen	Abgegebene Stimmen für Polen
Ostpreußen				
Oletzko	40259	32010	28625	2
Allenstein Stadt	34731	20160	16742	342
Allenstein Land	57518	41586	31707	4871
Johannisburg	52403	38964	33817	14
Lötzen	45681	33339	29349	10
Lyck	57414	40440	36529	44
Neidenburg (Teil)	38571	26449	22235	330
Ortelsburg	73719	56389	48207	497
Osterode	76258	54256	46368	1031
Rößel	49658	39738	35248	758
Sensburg	50789	38736	34332	25
Zusammen	577001	422067	363159	7924
Westpreußen				
Marienburg (Teil)	27858	20342	17805	191
Marienwerder (Teil)	40730	31913	25608	1779
Rosenberg	56057	39630	33498	1073
Stuhm	39538	29291	19984	4904
Zusammen	164183	121176	96895	7947
Ost- und Westpreußen				
zusammen	741184	543242	460054	15871
In Prozent				
Ostpreußen			97,86	2,14
Westpreußen			92,42	7,58
Ost- und Westpreußen zusammen			96,66	3,34

Quelle: „Die von Preußen abgetrennten Gebiete", bearbeitet vom Preußischen Statistischen Landesamt, Berlin 1922.

und unseren Heimatgenossen draußen geknüpft hat, niemals wieder lockern wollen. Treue um Treue! Das soll ein Wort sein. Wenn sie nunmehr wieder ihre Schritte heimwärts lenken, so wissen wir, daß auch ihre Herzen höher schlugen, als sie hier in der alten Heimat die alte Liebe und Treue wiederfanden, und daß gar viele von ihnen mit Tränen in den Augen von uns wieder, vielleicht für immer, scheiden. Das stolze Bewußtsein, mitgeholfen zu haben, daß es von nun an heißen wird: Masuren und Ermland auf ewig deutsch! wird ihnen die Erschwernisse der Heimreise erleichtern helfen. Und wenn sie dann heimgekehrt sind, ›ein jeglicher in seine Stadt‹, dann mögen sie denen, die uns Ostpreußen bisher nur über die Schulter angesehen haben, erzählen von dem schönen Ostpreußen, von dem kerndeutschen Masuren- und Ermland, dann mögen sie das Gefühl der Zusammengehörigkeit im Leben und Sterben, des Zusammenhaltens auf Gedeih und Verderb hinaustragen in alle deutschen Lande.«
Und so wie in Lyck wurde überall abgestimmt. In Ost- und Westpreußen zusammen stimmten 96,66 Prozent aller Berechtigten für Deutschland und nur 3,34 Prozent für Polen. Trotz intensivster Beeinflussung und militärischem Druck kam dieses überragende Ergebnis zustande. Am 16. August 1920 wurde die deutsche Flagge wieder auf den Regierungsgebäuden im Abstimmungsgebiet gehißt. Aber eine Korrektur nahmen die Siegermächte ohne Berücksichtigung der Abstimmungsergebnisse noch vor: fünf Ortschaften im Nordwestzipfel des Kreises Marienwerder, den Hafen von Kurzebrak, einen Brückenkopf an der bald von den Polen abgerissenen Brücke nach Münsterwalde und den Bahnhof

Garnsee sprachen sie Polen zu. Damit verlor Ostpreußen den Weichselzugang. In Polen war die Enttäuschung tief. »Wahlmanipulation« schrien einige Propagandisten auf. Doch davon konnte keine Rede sein! Bei den Reichstags- und Gemeindewahlen von 1924 lagen die polnischen Stimmen wieder bei nur 2,5 Prozent.

Abstimmung und Kämpfe in Oberschlesien

Oberschlesien war eines der bedeutendsten Industriezentren Deutschlands. Hier gab es nicht nur eine große Zahl von Steinkohlebergwerken, sondern auch bedeutende Zink- und Bleigruben. Daß in einer solchen Region die Bevölkerungsdichte zu den stärksten Europas zählte, muß nicht betont werden. Polen war deshalb überaus interessiert, sich diese Wirtschaftsgebiete einzuverleiben, weil es der gesamtpolnischen Wirtschaft erhebliche Schubkraft verleihen konnte. Auf der anderen Seite war es Frankreich, das mit allen Mitteln die Abtrennung Oberschlesiens betrieb, weil es in jeder Schwächung der deutschen Wirtschaftskraft eigene Vorteile sah.

Polen und Frankreich hatten sich bereits auf eine Abtrennung von Deutschland ohne Volksabstimmung geeinigt, aber Großbritannien und die USA legten ein Veto ein. Deshalb wurde vereinbart, das Abstimmungsgebiet demjenigen Staate einzuverleiben, dessen Bevölkerungsanteil die einfache Mehrheit erhalten würde. Auch hier zog eine interalliierte Abstimmungskommission ein, die deutschen Truppen mußten zugunsten englischer, französischer und italienischer Überwachungstruppen das Gebiet räumen. Während Briten und Italiener sich alles in allem loyal und unparteiisch verhielten, versuchten die Franzosen mit allen denkbaren Mitteln, die polnische Seite zu stützen.

Nur wenige Beobachter und Kommentatoren in Deutschlands Mitte konnten sich eine Abtrennung Oberschlesiens überhaupt vorstellen, denn das Land

war seit 1335, also knapp 600 Jahre, nicht bei Polen gewesen. Die Polen hingegen pochten darauf, daß etwa zwei Drittel der Bevölkerung Oberschlesiens polnischer Nationalität sei. Und sie argumentierten in der Propaganda, diese Polen schmachteten seit Jahrhunderten in der denkbar grausamsten Fremdherrschaft, der jetzt nach so langem Unrecht ein Ende gesetzt werden müsse. Manche schrieben auch offen, die im Lande vorhandenen Rohstoffe könne Polen sehr viel besser gebrauchen als die Deutschen, die ja noch große Industriegebiete und Rohstoffvorkommen im Westen hätten. Die Führung in Warschau war sich nicht sicher, ob die Polen hier wirklich für eine Abtrennung stimmen würden, deshalb wurde die Abstimmung systematisch hinausgezögert. Eine Propagandaorgie setzte ein, wie sie das Gebiet noch nie erlebt hatte, dazu kamen Drohungen und Terror! Eigene Armeeeinheiten zur Unterstützung konnte Warschau anfänglich nicht einsetzen, weil die Truppen im Kampf mit den Bolschewisten im Osten vollauf zu tun hatten. Das änderte sich nach der Schlacht vor Warschau, in der die Polen den russischen Druck brachen.

Jetzt, im August des Jahres 1920, glaubte die polnische Regierung stark genug zu sein, einen Aufstand zu entfesseln, der von Wojcieck Korfanty angeführt wurde und Terror und Schrecken in solchem Ausmaße entfaltete, daß zahlreiche Oberschlesier in andere schlesische Gebiete, die nicht zur Abstimmung standen, fliehen mußten. Die Gepeinigten demolierten schließlich die Konsulate der Franzosen und Polen in Breslau, nachdem die Alliierten Gewehr bei Fuß dem Chaos und der Verfolgung der Deutschen ihren Lauf ließen. Polnisches

Militär, noch vielmehr jedoch bewaffnete Banden, verunsicherten die deutsche Bevölkerung. Raub und Mord waren keine Seltenheit! Vom 1. September 1920 bis zum 15. Januar 1921 wurden allein 45 Morde registriert, zumeist an Persönlichkeiten, die sich für die deutsche Seite engagiert hatten. Güter, ja selbst ganze deutsch besiedelte Dörfer wurden überfallen. Um den Druck zu vergrößern, zog die polnische Regierung außerdem zehn Divisionen Militär unmittelbar an die Grenze. »Dokumente« wurden der Weltöffentlichkeit vorgestellt, in denen die Deutschen angeblich eine Zerstörung des Industriegebietes ins Auge gefaßt hatten, wenn es bei der Abstimmung in polnische Hände falle.
Endlich wurde der Abstimmungstermin auf den 20. März festgesetzt. Jetzt nahmen die Deutschen in der Mitte und im Westen langsam Kenntnis von der Gefahr, die Oberschlesien drohte. Die Abstimmungsberechtigten, die außerhalb ihres Landes wohnten, wurden überall aufgefordert, den Termin nicht zu versäumen.
Als sich auf dem Görlitzer Bahnhof einige tausend Schlesier am 10. März zur Weiterreise ins Abstimmungsgebiet versammelt hatten, ließ es sich der sozialdemokratische Reichspräsident Friedrich Ebert nicht nehmen, eine ermunternde Rede zu halten, in der es hieß: »Sie reisen in Ihre Heimat, um freudigen Herzens einer vaterländischen Pflicht zu genügen. Sie wollen durch die Abgabe ihres Stimmzettels bekunden, daß Oberschlesien deutsch und mit dem größeren Vaterlande, dem es seine Kultur und seine blühende Entwicklung verdankt, auf immer verbunden sein soll. Sie legen darüber hinaus auch Zeugnis ab dafür, daß wir Deutschen zusammengehören, nicht allein in guten Tagen, sondern

auch in Zeiten schwerer Not. Nichts soll uns in den großen Fragen des Vaterlandes voneinander trennen. Einig und gemeinsam müssen wir sein, um uns aus den Nöten der Zeit herauszuarbeiten und eine bessere Zukunft zu erkämpfen. Und diese Zuversicht bitte ich Sie, auch denen zu bringen, die in Oberschlesien auf diesen Tag der Entscheidung gewartet haben. Setzen Sie auch dort Ihr Bestes ein. Es geht um die Heimat, es geht um Deutschland! So danke ich Ihnen allen, daß Sie den Anstrengungen dieser Fahrt sich unterzogen haben für dieses Bekenntnis, das gerade in diesen schicksalsschweren Tagen uns besonders erhebt. Von Herzen wünsche ich Ihnen gute Reise und einen schönen Abstimmungssieg!«
Einen Tag vor der Abstimmung ermunterte die Reichsregierung noch einmal die Oberschlesier in einem Appell: ». . . Oberschlesier: Voll Stolz und voller Zuversicht blickt das ganze deutsche Volk an Eurem Schicksalstage auf Euch. Aus allen Teilen des Reichs, aus dem Auslande sind Eure Brüder und Schwestern zu Euch gekommen, um aller Welt die Einmütigkeit aller Deutschen und die Zusammengehörigkeit Oberschlesiens mit dem Deutschen Reiche zu beweisen. Weder Drohungen noch Lockungen, weder Mühen noch Entbehrungen haben vermocht, sie von der Erfüllung ihrer vaterländischen Pflicht abzuhalten. Wir vertrauen darauf, daß die Abstimmung in Ruhe und Ordnung vor sich gehen wird. Der Reichsregierung ist es ein Bedürfnis, in dieser feierlichen Stunde erneut zu erklären, daß sie das oberschlesische Volk in der Neugestaltung seiner Zukunft nach Kräften unterstützen wird . . .
Oberschlesier! Die Stunde der Entscheidung ist da! Das deutsche Volk und die deutsche Regierung hoffen und

vertrauen auf Euch! Denkt an Eure Zukunft, denkt an Euch und Eure Kinder und stimmt für ein deutsches Oberschlesien! Gez. Fehrenbach, Reichskanzler.«

Allem Terror, allen Schikanen und allen Beeinflussungen zum Trotz: Die Abstimmung ging zugunsten der Deutschen aus! 709348 Stimmen optierten für Deutschland und nur 479474 für Polen!

Von den 17 Kreisen konnten in 13 die Deutschen Mehrheiten erringen:

	deutsch	polnisch
Beuthen	74565	73122
Kosel	36274	12218
Gleiwitz	52353	36196
Hindenburg	45192	43216
Kattowitz	75666	70019
Königshütte	31864	10764
Kreuzburg	43484	1783
Leobschütz	65176	257
Lublinitz	15473	13679
Ober-Glogau	33030	4423
Oppeln	76986	25833
Ratibor	49343	20755
Rosenberg	23857	11150

Die polnischen Mehrheiten:

Groß-Strehlitz	22415	23036
Pleß	18675	53371
Rybnik	27919	52376
Tarnowitz	17076	27513

Überall in Deutschland brach nach dem Ergebnis großer Jubel aus! Und wenn ein Fünkchen Völkerrecht ge-

golten hätte, dann wären die Siegermächte nun gezwungen gewesen, Oberschlesien bei Deutschland zu belassen. Schon stellte die Reichsregierung den Antrag, nun »das gesamte Abstimmungsgebiet ungeteilt dem deutschen Reiche zuzusprechen«.
Doch weit gefehlt! In Frankreich erhoben sich sofort Stimmen, die Abstimmung sei »erkauft« worden. Und da die französische Presse fast einhellig den Terror gegen die Deutschen in Oberschlesien verschwiegen hatte, war es jetzt für die Politiker eine leichte Übung, eine Teilung Oberschlesiens zu fordern. Polen brauche die Gruben- und Industriebezirke dringend, so hieß es. In Polen schlug die Enttäuschung über das Abstimmungsergebnis schnell in Verbitterung und Aggression um! Schon zwei Tage nach der Abstimmung überschritten bewaffnete polnische Einheiten die Grenze östlich von Kattowitz, und einheimische Polen holten ihre Waffen hervor. Korfanty erließ einen Aufruf, sich bis zum »letzten Blutstropfen« für ein polnisches Oberschlesien einzusetzen. Jetzt begann eine Orgie von Gewalttaten gegen Deutsche, wie sie kaum schlimmer vorstellbar war! Und die Truppen der Siegermächte, insbesondere die französischen, machten beide Augen zu! Die von Korfanty ausgestreute Falschmeldung, die Deutschen wollten die Gruben sprengen, führte zu großen Streiks polnischer Arbeiter. Polnische Soldaten, bewaffnete Zivilisten und Franzosen besetzten Beuthen. In Kattowitz brach ein regelrechter Bürgerkrieg aus. In mehreren Kreisen kam es zur Sprengung von Eisenbahnbrücken. In Rybnik versuchten die Italiener vergeblich, die polnischen Truppen wieder aus der Stadt zu drängen. Schließlich rief sich Korfanty zum Zivil- und Militärgouverneur

von Oberschlesien aus. Er setzte Standgerichte ein, verjagte die Italiener aus dem südlichen Teil, in dem sie hatten für Ordnung sorgen sollen.
Deutschland rief um Hilfe! Doch der französische Ministerpräsident Aristide Briand erklärte kurzerhand, die Deutschen selbst seien schuld an diesem Aufstand. Die französischen Soldaten verschafften den Polen, wo immer möglich, Vorteile in dieser Auseinandersetzung. Selbst die schlimmsten Untaten der polnischen Banden waren ihnen gleichgültig. Am 14. Mai 1921 z.B. überfielen bewaffnete polnische Zivilisten einen Zug bei Rybnik, in dem sich Hunderte von deutschen Bürgerkriegsflüchtlingen befanden, verschleppten alle Männer und erschossen vier von ihnen in einem Waldstück nahe Tarnowitz, darunter einen vierzehnjährigen Gymnasiasten. In der Zugbegleitung hatten sich drei alliierte Offiziere und 50 französische Soldaten befunden (!).
Während die Regierung in Berlin ohnmächtig immer neu die Welt anrief und Gerechtigkeit forderte, formierten sich deutsche Freikorps. Überall sprossen Selbstschutzorganisationen aus dem Boden. General Hoefer übernahm mit englischer Einwilligung die Führung.
Am 21. Mai stürmten die erbitterten deutschen Selbstschutztruppen nahe Großstrehlitz den Annaberg, die weithin beherrschende Höhe, welche die Polen besetzt hatten. Victor Scheffel, Hauptmann und Kompanieführer der I./III. Sturmfahne Freikorps Oberland, berichtete später in dem von Ernst von Salomon herausgegebenen Gedenkband »Das Buch vom deutschen Freikorpskämpfer«: ». . . Das Bataillon Bergerhoff hatte die hart umkämpfte Wygoda-Höhe und sein rechter Nachbar das Dorf Oberwitz genommen. Durch den Fall

dieser beiden Bastionen war nunmehr auch hier auf dem rechten Angriffsflügel die polnische Front erschüttert und wankte in allen Fugen.
Die Angriffskolonne Chappuis stieß hinter dem weichenden Gegner bis Krempaer Wald. Hier an der Bahnlinie gab ein moderner polnischer Panzerzug, zu dessen wirksamer Bekämpfung den Deutschen die nötigen schweren Waffen fehlten, dem Bataillon Bergerhoff eine schwere Nuß zu knacken und fügte besonders der einen Kompanie dieses Bataillons bei seinem ersten überraschenden Erscheinen schmerzliche Verluste zu.
Die II. Sturmfahne Oberland (Finsterlin) hatte Jeschona genommen und war im Angriff gegen das vom Polen verbissen verteidigte Oleschka.
Die I. Sturmfahne, die hinter Sakrau die ersten Geschütze (auch deutsche Feldgeschütze) erbeutet hatte, und Kompanie Eicken waren inzwischen in den Westrand des großen Wyssokaer Waldes eingedrungen . . .
Im flotten Vorgehen erreichte die I. Kompanie, dank des vorzüglich liegenden Feuers ihres schweren Maschinengewehrs, das schmale Gehölz hart ostwärts von Höhe 330 und eröffnete von hier aus gleichfalls das Feuer auf den Polen, dessen Widerstand sich versteifte . . . Mit Hurra wurden die ersten Widerstandsnester überrannt, und mit fliehenden Polen zugleich drang die Kompanie in Dorf und Dominium Wyssoka ein . . . Hier wurden die Reste der polnischen Verteidigung fast völlig aufgerieben . . . Ich raffte alle mir im Augenblick erreichbaren Leute – es mögen 50 bis 60 Mann gewesen sein – zusammen und stieß unverzüglich am Ostrand von Wyssoka entlang gegen Annaberg vor. Mit lautem Jubel hatten wir gerade die ersten Häuser von Anna-

berg erreicht, als eine polnische Abteilung, wahrscheinlich vorgeholte Verstärkung, von Poremba aus den Berghang heraufgestiegen kam. Unser Schnellfeuer aus Gärten und Hecken faßte sie überraschend und ließ sie in wilder Flucht wieder den Berg hinunterstieben . . . Ohne jede Schwierigkeit konnte Unteroffizier Rieschnik seinen Auftrag ausführen, und brausende Heilrufe der Kompanie und der herbeigeströmten Bevölkerung begrüßten die schwarz-weiß-rote Fahne, die fast mit dem Glockenschlag zwölf Uhr hoch vom Turm des berühmten Klosters weit ins Oberschlesierland hinein den deutschen Sieg am Annaberg kündete. Und nie hörte ich in meinem Leben das Deutschlandlied mit größerer Inbrunst singen als an jenem 21. Mai 1921 auf dem Marktplatz von Annaberg.«
Die polnische Frontlinie war jetzt in einer Länge von etwa 25 Kilometern und einer Tiefe von 15 Kilometern zerschlagen. Sechs Geschütze und zahlreiche Maschinengewehre wurden erbeutet.
Am 23. 5. fanden bei Rosenberg schwere Gefechte mit den Korfanty-Banden statt, die immer noch fast unbehelligt brandschatzend durch das geplagte Land zogen. Die deutschen Selbstschutzkämpfer hatten dabei einen schweren Stand, denn die Polen setzten auch schwere Artillerie ein, während die Deutschen nur leichtere Waffen besaßen.
Schon drängten die Freikorps die Polen überall zurück, da schränkten die Siegermächte die Vollmachten für General Hoefer wieder so ein, daß der Kampf nicht fortsetzbar war. Endlose Auseinandersetzungen zwischen den Alliierten und der Reichsregierung, der Interalliierten Kommission und General Hoefer folgten. Die Fran-



Als die Polen entgegen dem Abstimmungsergebnis eine Teilung Oberschlesiens durchsetzen wollten, befreiten Freiwilligenverbände einen Teil Oberschlesiens und erstürmten den Annaberg bei Loschwitz. Die Gedenkstätte an den deutschen Sieg wurde nach 1945 von Polen abgebrochen.

zosen begannen im Einsatz der Freikorps einen Bruch des Friedensvertrages von Versailles zu sehen! Am 27. Juni nahmen die Truppen der Alliierten die Sache selbst in die Hand und räumten die polnischen deutschen Stellungen. Bis zum 5. Juli, so ordneten sie an, hätten sich der deutsche Selbstschutz sowie die polnischen Insurgenten aufzulösen. Als französische Truppen in Beuthen einzogen und Grausamkeiten gegen die Zivilbevölkerung begingen, wurden diese durch englische Truppen sogar beschützt.
Die Kämpfe flammten trotz der alliierten Bemühungen immer wieder auf. Am 22. Juli überfielen erneut polnische bewaffnete Zivilisten Dörfer und Gutshöfe nahe Kattowitz. Schon am 19. Juli hatte die Interalliierte Kommission in einem Bericht an ihre Regierungen Verstärkungen der alliierten Truppen gefordert, worin es hieß: »Die der Kommission zur Verfügung stehenden Streitkräfte sind ungenügend nicht nur zur Verhinderung eines weiteren Aufstandes, sondern auch selbst für eine wirksame Aufrechterhaltung der Ordnung im ganzen Gebiet. Truppenverstärkungen aber sind um so notwendiger und dringender, je länger die Entscheidung hinausgeschoben wird.«
Indes stritten sich die Siegermächte monatelang um die Zukunft Oberschlesiens. Die Franzosen erinnerten sich plötzlich an einen Passus in Artikel 88 des Versailler Vertrages, der lautete: »Deutschland verzichtet bereits jetzt zu Gunsten Polens auf alle Rechte und Ansprüche auf den Teil Oberschlesiens, der jenseits der auf Grund der Volksabstimmung von den alliierten und assoziierten Hauptmächten festgesetzten Grenzlinie gelegen ist.« Sie deuteten das so: Praktisch war von vornherein vor-

gesehen, einen Teil Oberschlesiens abzutrennen, unabhängig vom Abstimmungsergebnis. Insbesondere die Engländer meinten aber, den Polen dürfte jetzt nicht gegen die Interalliierte Kommission die Möglichkeit gegeben werden, über Bandenkämpfe die Siegermächte vor vollendete Tatsachen zu stellen. Die Polen hätten ihre Freiheit, so sagten sie, nicht aus eigener Kraft erreicht, sondern durch die Ententemächte. Und obwohl die Regierung in Warschau sich von den Bandenkämpfen Korfantys inzwischen distanziert hatte, so wußten doch alle, daß sie mit Geld und Hilfen jeder Art dahinterstand. Und Lloyd George, der englische Staatschef, betonte, daß in Oberschlesien nicht Korfanty, sondern die Siegermächte zu entscheiden hätten. Im Hintergrund mancher Köpfe der Ententemächte, die sich jetzt für eine den Deutschen günstige Lösung in Oberschlesien einsetzten, schwang auch der Gedanke, Deutschland könne den ihm auferlegten Wiedergutmachungsverpflichtungen besser nachkommen, wenn das Industriegebiet beim Besiegten bleibe.
Versuche, die Entscheidung auf die USA abzuwälzen, schlugen fehl, denn dort hatten die führenden Politiker es inzwischen satt, sich in die europäischen Querelen hineinziehen zu lassen. Die Pariser Konferenz vom 18. und 19. Juni brachte ebenfalls keine Lösung zustande. Da italienische Soldaten während der Kämpfe in Oberschlesien in größerer Zahl gefallen waren, zeigten sich jetzt auch die Italiener nicht mehr sehr gut auf die Polen zu sprechen.
In Warschau wiederum wurde beinahe ultimativ eine Verstärkung der alliierten Truppen in Oberschlesien gefordert. Wenn die polnischen Interessen weiterhin von

den Siegermächten nicht ausreichend vertreten würden, so formulierte der polnische Ministerpräsident Wincenty Witos im Sejm, dann behalte sich Polen »freie Hand« vor. Das hieß nichts anderes, als daß polnische Truppen dann das Problem gewaltsam lösen würden.
In Paris reifte ab 8. August auf einer interalliierten Konferenz die Entscheidung heran. Die Franzosen wollten das gesamte Industriegebiet, wie sie sagten, »aus Gründen der Sicherheit Frankreichs« an Polen geben. Die Engländer wollten den größten Teil bei Deutschland belassen. Am 9. August fochten Lloyd George und Briand in dieser Frage ein hartes Rededuell. Schon schien ein Bruch zwischen beiden Ländern möglich, weil sowohl England als auch Frankreich auf ihren Positionen beharrten, da kam der salomonische Kompromiß zustande: Überweisung der strittigen Frage an den Völkerbund!
In Genf mußten sich die Politiker in der Frage erst kundig machen, und das dauerte einschließlich der notwendigen Diskussionen acht Wochen. Und während in Deutschland für die leidende Bevölkerung Oberschlesiens gesammelt wurde – allein die Hamburger Bürgerschaft bewilligte eine halbe Million Mark –, reifte in der Schweiz hinter verschlossenen Türen die Entscheidung. Am 10. Oktober gab die Völkerbundskommission ihren Ratschlag an die Siegermächte weiter: Teilung mitten durch das Industrierevier, ein Vorschlag, den auch die Italiener schon gemacht hatten. Trotzig und entrüstet äußerten sich die führenden deutschen Politiker. Man habe den Engländern in ihrem versprochenen »fair play« vertraut. Der Volkswille werde mit Füßen getreten. Der preußische Landtag beschloß – bei Gegenstim-



Gleiwitz – dies Bild vermittelt einen Eindruck vom oberschlesischen Industriegebiet und seiner Bedeutung für ganz Deutschland.

men der Kommunisten und USPD –, das Land solle »nicht nur deutsch, sondern ungeteilt« bleiben.
Die polnische Reaktion artete jetzt zu einer Groteske aus! Das mißliche Ergebnis wurde den Insurgenten zugeschrieben, denen Nahrungszufuhr und Löhnung gesperrt wurden. Im Gegenzug behaupteten die oberschlesischen Freischärler, die Polen in Warschau und Galizien würden sie verraten. In einer Zeitungsanzeige schrieben sie u. a.: ». . . Wir mußten zu der niederschlagenden Überzeugung kommen: eine Vereinigung unseres oberschlesischen Landes mit Warschau bedeutet den Ruin unserer geliebten Heimat.«
Schon drohte ein neuer Bürgerkrieg. Da kam die Entscheidung des Obersten Rates, die mit dem Völkerbundsvorschlag identisch war! Die Stadtkreise Kattowitz und Königshütte sowie der Landkreis Kattowitz und der Kreis Pleß, weiter wesentliche Teile der Kreise Gleiwitz, Hindenburg, Rybnik und Ratibor wurden Polen zugesprochen. Damit war dieses wichtige, zusammenhängende Industriegebiet in seinem Kern zerschnitten. Frankreich hatte ein bedeutendes Ziel erreicht: der weitaus größte Teil der Bodenschätze kam in polnische Hände. So mußten z. B. von 61 Kohlengruben 49 abgetreten werden. Das Eisenerz kam zu 97 Prozent zu Polen, alle Zink- und Bleihütten ebenfalls.
Diese Entscheidung empfand die Reichsregierung Wirth als katastrophale Niederlage. Sie trat am 22. Oktober zurück. Viele Landtage protestierten, ebenso wie die publizistische Öffentlichkeit, aber was waren in dieser Zeit schon Proteste gegen Siegerwillkür?

Die polnischen Gebietserweiterungen im Osten

Nicht nur den Zusammenbruch der beiden Kaiserreiche Deutschland und Österreich-Ungarn nutzte Polen jedoch zur Erweiterung des eigenen Staatsgebietes. Genauso nutzte es auch den Untergang des Zarenreiches. Mit allen Mitteln versuchte Josef Pilsudski eine Armee aus dem Boden zu stampfen, mit der Polen die einmalig günstige Lage für sich ausnutzen wollte. Im Februar 1919 hatte er 8800 Offiziere und 147000 Mann zusammen. Wenig später waren es bereits 600000 Mann.

Die Bolschewisten um Lenin hatten in dieser Zeit nichts zu lachen. Die weißgardistischen Truppen um die Generäle Denikin und Judenitsch sowie um Admiral Koltschak hatten an Boden gewonnen – aus dem Ausland zum Teil mit Waffen und Beratern unterstützt. Schon im Januar 1920 war von den roten Führern im Kreml deshalb Polen ein Freundschaftsvertrag angeboten worden, weil sie nicht in Gefahr geraten wollten, nach innen und außen kämpfen zu müssen. Sie schlugen vor:

1. Rußland erkennt die Unabhängigkeit Polens ohne Einschränkung an.
2. Rußland hat keine Ansprüche an Polen und beabsichtigt keine Angriffe.
3. Die Sowjetregierung wird weder mit Deutschland noch mit einem anderen Staat ein Abkommen treffen, das sich direkt oder indirekt gegen Polen wendet.
4. Rußland bestätigt, daß es keine territoriale oder wirtschaftliche Frage zwischen beiden Ländern gibt, die nicht friedlich zu lösen ist.

5. Der Rat der Volkskommissare ist bereit, dem Zentralvollzugsausschuß, der im Februar zusammentreten soll, die feierliche Bestätigung dieser Erklärung zu wiederholen.

Pilsudskis Vorstellungen sind jedoch entgegengesetzt. Mit dem ukrainischen Hetmann Symeon Petljura hat er sich bereits geeinigt, die Bolschewisten aus der Ukraine zu vertreiben. Und im Norden hat er die Idee der Gründung eines weißrussischen Staates unter polnischer Vorherrschaft. So ist die Antwort auf die russischen Verständigungsbemühungen mehr als kalt: Pilsudski stellt die Forderung nach Wiedergutmachung des historischen Unrechts und fordert Volksabstimmungen in den östlichen Gebieten, die bis 1772 zu Polen gehörten. Nach dieser Antwort wissen auch die Bolschewisten, was die Stunde geschlagen hat, und bereiten sich auf einen Waffengang vor. Der begann am 25. April 1920 mit dem Einmarsch einer polnischen Armee in die Ukraine. Der sowjetische Widerstand war nur gering – die Truppen sind im Bürgerkrieg verzettelt –, und der Vormarsch der Polen ging schnell voran. Sie drangen bis nach Kiew vor. Doch Pilsudski spürte bald, daß er diesen Riesenraum nicht kontrollieren konnte, und daß der Vorstoß unüberlegt war. So nahm er die Truppen schrittweise wieder zurück, die jetzt von der Reiterarmee des Generals Budjonny bedrängt wurden. Die Nachrichtengebung funktionierte schlecht für die zurückflutenden Polen unter ihrem General Rydz-Smigly. Auch die Ukrainer begannen sich gegen die Polen zu wenden und bekämpften deren Nachhuten. Eine Katastrophe bahnte sich an, als die russische Kavallerie Rowno besetzte und damit die polnische Nord- und Südarmee trennte.

Trotz aller Bemühungen Pilsudskis, die Front an der Narew-Bug-Linie zu stabilisieren, fluteten die polnischen Truppen weiter unkontrolliert zurück. Schon standen die Sowjets vor Lemberg. Noch einmal wurden in der Heimat 100000 Mann aus dem Boden gestampft und schlecht ausgebildet in den Kampf geworfen, doch der russische Vormarsch auf Warschau war nicht aufzuhalten. Schon glaubten die sowjetischen Truppen unter Tuchatschewski leichtes Spiel zu haben und begannen den Angriff auf die polnische Hauptstadt mit nicht mehr als 30000 Soldaten.
Da traf am 25. Juli der frühere französische Generalstabschef Maxime Weygand mit zahlreichen anderen Generalstabsoffizieren in Warschau ein. Die Offiziere verteilte er sofort auf die polnischen Truppen, damit er sich ein Lagebild verschaffen konnte. Doch noch während der erfahrene französische Weltkriegsgeneral die polnische Front neu organisierte, brachen die Russen bereits in Nordpolen ein. Tuchatschewski wollte Warschau, so lautete sein Ziel, spätestens am 15. August erobert haben.
Den sicheren Sieg vor Augen, machte Tuchatschewski jedoch mehrere katastrophale strategische Fehler bei dem Versuch der Einnahme Warschaus. Und so kommen die von Weygand zusammen mit Pilsudski erarbeiteten Verteidigungspläne voll zum Zug. Zwei durch Gewaltmärsche total geschwächte Gegner kämpften schließlich gegeneinander, und die Polen gingen als Sieger vom Schlachtfeld. Bis zum 25. August weitete sich ihr Sieg zu einem »Wunder an der Weichsel« aus. 65000 Gefangene, 1023 Maschinengewehre und 231 Geschütze gerieten in die Hände der Sieger. Im September

trafen die beiden Gegner bei Lida im Norden noch einmal aufeinander. Wieder war der Erfolg bei den Polen, die 50000 Russen gefangennehmen konnten und rund 160 Geschütze erbeuteten.
Die jetzt beginnenden Friedensverhandlungen, welche die Sowjets in denkbar schlechter Position sahen, wurden von Polen mit großer Überheblichkeit und den Forderungen nach Maximalzielen geführt. Im Hintergrund dieser Haltung war die französische Hilfe zu sehen, die jetzt in Form von bis an die Halskrause beladenen Schiffen in Danzig auch materiell den Polen Rückenstärkung gab. Als der Präliminarfrieden zu Riga am 12. Oktober geschlossen wird, erhalten die Polen fast alle Gebiete zugesprochen, die sie vor dem Krieg in Besitz nehmen wollten. Aber dieser Frieden hat viel Ähnlichkeit mit Versailles: er ist ein Diktatfrieden!
Um das Gebiet um Wilna stritten sich Polen und Litauer nach dem Ersten Weltkrieg. Immerhin war Wilna die Hauptstadt des alten litauischen Staates gewesen. Es kam zu blutigen Kämpfen mit litauischen Einheiten. Litauen wandte sich an den Völkerbund. Unter Obhut einer Völkerbundskommission verhandelten beide Länder miteinander. Die ausgehandelte Grenzlinie verlief schließlich südlich Wilna und ließ den Litauern ihre Symbolstadt. Doch schon einen Tag später brach Polen den Vertrag, und seine Truppen zogen in Wilna ein.
Die Forderung des Völkerbundes, Polen möge die Truppen aus Wilna zurücknehmen, wurde nicht erfüllt. Eine Volksabstimmung sollte entscheiden, doch diese wurde zu einer Komödie, denn die Polen zogen ihre Truppen nicht zurück. Mit französischer Unterstützung weigerte sich Polen, Völkerbundssoldaten die Abstimmung über-

wachen zu lassen. Das polnische Militär arbeitete so eindeutig zugunsten der eigenen Sache, daß die meisten Juden, Weißrussen und Litauer der Abstimmung fernblieben. Im neuen Wilnaer »Landtag« saßen deshalb bis auf vier Mitglieder, die sich der Stimme enthielten, nur Leute, die am 20. Februar 1922 für die Zugehörigkeit des Gebietes von Wilna zu Polen plädierten. Als sich am 24. März der Staatsakt zur Einverleibung Wilnas in Polen vollzog, waren auch die vier Enthalter weichgeknetet und stimmten zu. Der Warschauer Sejm nahm diesen ›freien Entschluß‹ der Wilnaer natürlich mit großer Freude zur Kenntnis. Der Völkerbundsrat erkannte die neue Grenze am 14. März 1923 sogar an.
Lange Zeit war hier eine tote Grenze. Zwischen Polen und Litauern gab es weder eine Post- noch eine Eisenbahnverbindung. Der sogenannte »Frieden« von 1927 änderte daran nichts. Die litauische Verfassung vom folgenden Jahr bezeichnete Wilna als Hauptstadt. Litauen war damit das einzige Land der Welt, dessen Hauptstadt nicht im eigenen Lande lag.
So hat Polen im Osten seine Gebiete weit in litauisches, weißrussisches und ukrainisches Land hinein ausgedehnt. Nur eine Hoffnung der Polen erfüllte sich nicht! Alle Versuche, das zur »Freien Stadt« erklärte Danzig auch noch in die eigenen Hände zu bekommen, scheiterten. So baute es Gdingen an der Danziger Bucht zu einem großen Hafen aus. Nicht nur zu einem Handelshafen, sondern auch zu einem Stützpunkt der eigenen Kriegsmarine! Viel Ärger erzeugte es bei den Bewohnern Danzigs, daß die Polen trotzdem ihre Munitions- und Sprengstofftransporte weiter über Danzig laufen ließen, wie es der Versailler Vertrag gestattete.

Daß Polen seine imperialistischen Wünsche trotz der großen Erfolge noch nicht befriedet hatte, geht daraus hervor, daß in Polen auch in den folgenden Jahren intensiv über die Erweiterung des eigenen Staates diskutiert wurde.



Die bei den alliierten Bombenangriffen 1944 völlig zerstörte Jakobikirche Stettins wurde wieder aufgebaut und ist jetzt Kathedralkirche. Die Diözese Stettin hat mehr als eine Million Katholiken.



Die frühere Provinzhauptstadt Oppeln ist auch heute wieder Sitz einer Provinzialverwaltung – der polnischen Wojewodschaft Opole. Die Häuser am fast quadratisch angelegten Ring wurden schon Anfang der fünfziger Jahre restauriert bzw. wieder aufgebaut.



Oppeln. – In der Landeshauptstadt der gleichnamigen Wojewodschaft leben 125000 Menschen, von denen noch etwa zehn Prozent deutschstämmige Oberschlesier sind. Vorn die Brücke über die Oder.



In den Dörfern um das ehemalige Oppeln (heute Opole) überwiegt noch heute die alteingesessene Bevölkerung. In der Nähe der früheren Grenze liegen diese gepflegten Bauernhäuser in der Ortschaft Ligota Turawska (früher Ellguth Turawa).



In den Dörfern sind die Familiengräber und Friedhöfe (Dobrodzien, das ehemalige Guttentag) gehegt und gepflegt. Es gibt nicht wie sonst in den Oder-Neiße-Gebieten den traurigen Anblick verlassener unkrautüberwucherter Gräberfelder.



Das wiederaufgebaute Schloß der Herzöge von Pommern in Stettin – heute Museum – Ort verschiedener Veranstaltungen und Rektorat der neuen Universität.



Gepflegt zeigt sich die Fachwerkkirche am Eingang des verwilderten Schloßgartens von Schwirsen bei Cammin (Swiezno).



Der Annaberg mit seinem Kloster ist der Ort Oberschlesiens, an dem polnische und deutsche Emotionen aufeinanderprallten. Die Franziskaner predigen vor vollen Kirchenbänken die Versöhnung.



Die frühere Provinzhauptstadt Oppeln hat heute als Sitz der polnischen Wojewodschaft Opole rund 120000 Einwohner. Das dem Palazzio Vecchio in Florenz nachempfundene Rathaus ist weiter Sitz der Stadtverwaltung.



„Wasserwerfer" in Aktion: Zur Erinnerung an die Zeit der Verfolgung ihrer Kirche feiern die evangelischen Christen im heutigen Polen noch ihren Ostergottesdienst an einer Quelle im Bergwald der Beskiden. Nach dem Gottesdienst gibt es eine Wasserschlacht: Osterwasser bringt Glück.



Teilansicht von Gdingen (1939–45 Gotenhafen), im Hintergrund der stark frequentierte Hafen.



Das Renaissance-Rathaus aus dem 16. Jahrhundert am Altmarkt von Posen.



Barock war in Ostpreußen kaum bekannt. Kostbare Ausnahme: Die Wallfahrtskirche von Heiligelinde, heute Swieta Lipka.



Ein Stadtteil von Rastenburg in Ostpreußen, der historisch getreu wieder aufgebaut wurde. Rastenburg hat heute 16000 Einwohner.



Rothwaltersdorf, heute Czerwienczyce, im Glatzer Bergland. Auch die Schönheit der Landschaft läßt ahnen, warum die Schlesier ihre Heimat nicht vergessen können.



Szene aus Posen, heute Poznań. Posen, im 10. Jahrhundert Bischofssitz, wurde 1253 Hansestadt.



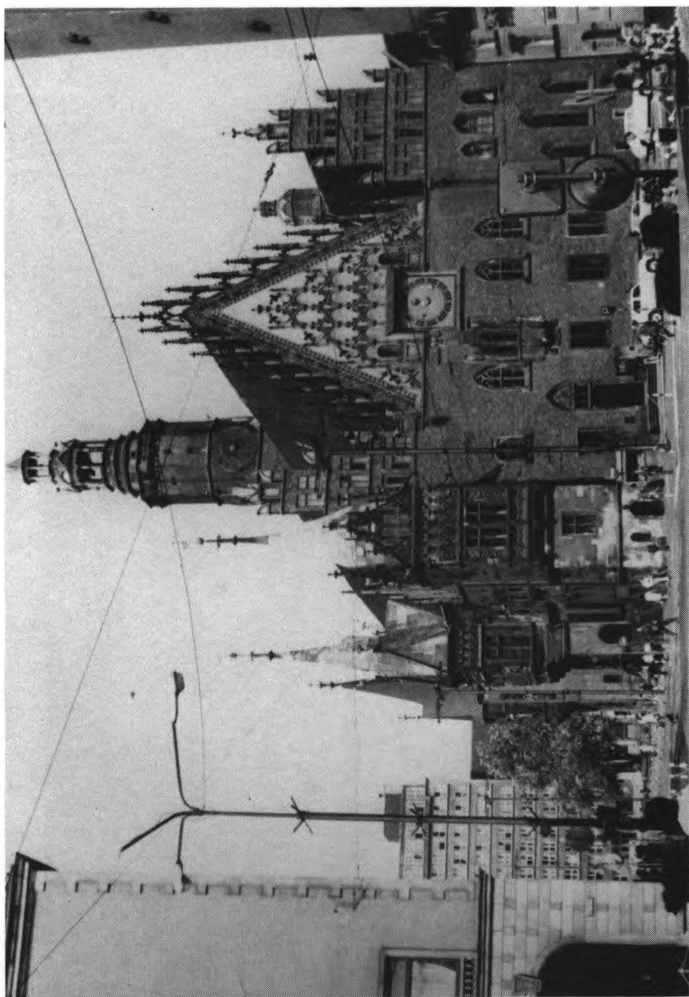
Das Rathaus von Stolp, der Hauptstadt Hinterpommerns, die heute Slupsk heißt.



Ausgrabungsstätten in der Altstadt von Elbing, im Hintergrund die Pfarrkirche St. Nikolai.



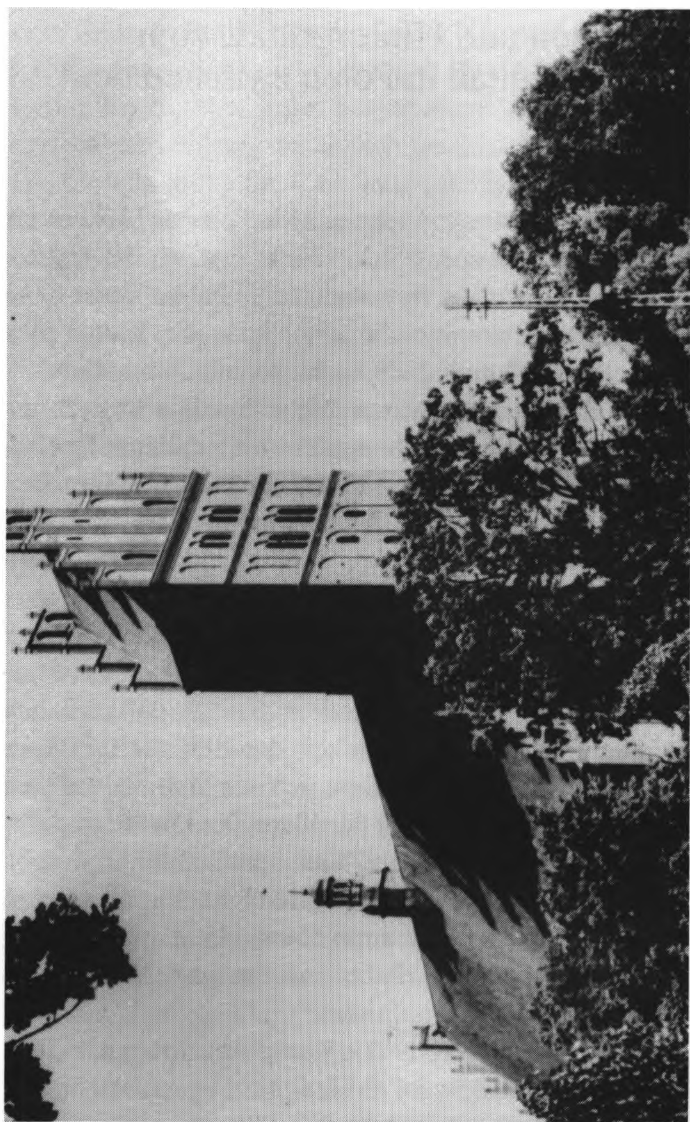
Diese Giebelhäuser am Ring in Breslau waren nach dem Festungskampf von 1945 ausgebrannt.



Breslau – das mittelalterliche Rathaus am Ring. Da in der Mitte des Marktplatzes in Schlesien immer das Rathaus steht, legt sich der Marktplatz wie ein Ring um das Rathaus.



Die Marienburg an der Nogat (Westpreußen), das bedeutendste Bauwerk des Deutschritterordens und zugleich dessen Residenz.



Ein typisch ostpreußischer Dom in einer Kleinstadt, Backsteingotik zwischen Brandenburg und Königsberg. Gutstadt heißt heute wörtlich übersetzt auf polnisch Dobre Miastr.

Ursachen und Hintergründe zum Deutschenhaß in Polen zwischen den Kriegen

Nationale Gegensätze gibt es zwischen den Völkern im Grenzbereich immer wieder. Nicht erst seit der Entstehung der modernen Nationalstaaten haben sie zu Konflikten geführt, wenn die eine Seite die Kultur, das Brauchtum oder gar die Sprache der anderen unterdrükken wollte. Zu lösen waren solche Probleme immer nur durch einen Minderheitenstatus, der auf klaren Rechtsgrundlagen beruhte, manchmal auch durch Grenzkorrekturen, wenn die Minderheit in einem geschlossenen Siedlungsgebiet lebte, dessen Anschluß an das Kernvolk möglich war.
Zwischen Polen und Deutschland sind die Konflikte vor und während des Zweiten Weltkrieges besonders ausgeartet. Die Geschichte hat jedoch gezeigt, daß eigenlich Rußland der Hauptgegner seit der Zeit der Teilungen war. Und doch konzentrierte sich der Haß vieler Polen auf Deutschland und auf Preußen. Die Ursachen dafür sind vielschichtig. Andrzej Szczypiorski, der große polnische Erzähler dieses Jahrhunderts, ist jüngst in seinem Essay-Band »Notizen zum Stand der Dinge« dieser Frage nachgegangen, und er hat eine sehr plausible, differenzierte Antwort gefunden:
»Die Deutschen, die 1915 in Warschau einzogen, benahmen sich gemäßigt und ab Herbst 1916 geradezu liberal. Immerhin regierten in Warschau Polen, zum ersten Mal seit über hundert Jahren arbeiteten nicht nur polnische Ämter, sondern auch eine polnische Staatsmacht mit

dem Regentschaftsrat an der Spitze. General von Beseler, der deutsche Gouverneur, galt als ein Mann mit altertümlichen, aber sehr humanitären Anschauungen und war den Polen ganz einfach freundlich gesonnen.
Die Gesellschaft jener Zeit hatte sehr erleichtert aufgeatmet. Die deutschen Besatzungsorgane ermöglichten, entsprechend ihren aus dem Reich mitgebrachten Erfahrungen, die Organisation von politischen Parteien und Gewerkschaften, ja sogar einer polnischen Armee, die jedoch der deutschen militärischen Führung unterstellt war. Es bestand kein Zweifel daran, daß die polnischen Lande des ehemaligen russischen Teilgebiets im Jahr 1915, zum Zeitpunkt des Einmarschs der Deutschen in Warschau, nach Europa zurückkehrten.
Dennoch mochten die Polen die Deutschen nicht und hatten kein Vertrauen zu ihnen. Mehr noch, sie erinnerten sich mit einem gewissen Sentiment an ihre russischen Beherrscher. In meiner frühen Jugend konnte ich das nicht begreifen. Erst nach Jahren erkannte ich, daß es völlig natürlich war.
Die Polen empfanden gegenüber den Deutschen ihre zivilisatorische Unterlegenheit, ihre historische Rückständigkeit. Das Verhältnis der Deutschen, sogar der freundlichsten, zu ihnen wirkte ein wenig geringschätzig und paternalistisch. Das traf natürlich nicht auf die privilegierten Schichten zu, die ohne Rücksicht auf ihre nationale Zugehörigkeit eine kosmopolitische Bindung spürten. Die polnische Aristokratie konnte vielfach mit einem so alten genealogischen Stammbaum aufwarten, daß die Genealogie der glanzvollsten preußischen Junkerfamilien sich dagegen wie ein Zwergstrauch ausnahm. Die gebildeten polnischen Schichten hatten ein

sehr hohes Niveau, sie waren zum erheblichen Teil Absolventen der deutschen Universitäten, Leute aus Heidelberg, Marburg, Berlin, Königsberg . . . Es gab nicht den geringsten Grund dafür, daß die Deutschen Überlegenheit kundtaten. Anders jedoch gestalteten sich die Beziehungen unter den breiten Volksschichten. Die deutschen Bauern und Arbeiter repräsentierten ein höheres Bildungs- und Qualifikationsniveau, aufgeklärtere Sitten, eine reichere und vielseitigere zivilisatorische Tradition sowohl im materiellen als auch im geistigen Sinne. Das empfanden die Polen schmerzhaft. Rußland gegenüber hatten sie derartige Komplexe nicht. Hier war die Lage genau umgekehrt. Im Vergleich mit den polnischen Gebieten war das eigentliche Rußland äußerst rückständig, unaufgeklärt, wild, voller Aberglauben, ohne alle Bindungen zu Europa. Die Polen schätzten den russischen Adel gering, für sie bedeutete Warschau das Paris des russischen Zarenreiches, eine strahlende Stadt. Und so war es wirklich.«
Hinzu kam ein Punkt, den Szczypiorski nicht erwähnt, der doch auch nicht verschwiegen werden darf, wenn in das Verhältnis beider Völker Licht und Verständnis gebracht werden soll. Das polnische Volk hat hohe musische, hohe volkskünstlerische Begabungen, aber wenig Begabung zur Organisation. Deshalb hatten ja gerade deutsche Kaufleute und deutsche Militärs – nicht nur in Polen, sondern auch in Rußland – einen so guten Ruf, wurden immer wieder ins Land in führende Stellungen geholt und kamen in höchste Stellen. Wieviele ost- und südosteuropäische Völker haben immer wieder nach Kriegen, Pestepidemien oder anderen Katastrophen deutsche Bauern ins Land geholt, damit öde Landstri-

che wieder zu schnellem Leben erweckt wurden? Der sprichwörtliche Fleiß der Deutschen war auf der einen Seite in solchen Situationen willkommen. Auf der anderen Seite erschreckte er, weil er nicht der eigenen Mentalität entsprach. Und diese Unterschiede waren nicht nur spürbar, sie waren sichtbar. In seiner Rede über »Die Volksabstimmung in Ost- und Westpreußen 1920«, gehalten in Hamburg 1980, hat Professor Walther Hubatsch, einer der renommiertesten Historiker der Bundesrepublik Deutschland in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, diesem Unterschied plastische Ausdruckskraft verliehen:
»Wer mit dem Auto z. B. die Straße von Warschau nach Allenstein befährt, kann heute an einem hellen Sommernachmittag eine sehr plötzliche Veränderung in Siedlung und Landschaft wahrnehmen: Plötzlich beginnen aus wogenden Kornfeldern ziegelrote Dächer der Dörfer um spitze Kirchtürme aufzuragen, die schmalen ungepflasterten Fahrwege gehen in lange baumbestandene Chausseen über; Sandflächen, lockeres Buschwerk, Krüppelkiefern, graue Holzhäuser in verstreuten Siedlungen hören auf, nachdem sie eintönig stundenlang auf beiden Seiten die Straße begleitet hatten. Hier steht kein Grenzpfahl, und doch ist die Grenze sichtbar, scharf gezogen durch einen neugebildeten Staat, heute noch.«
Diese Zustände ließen auf der einen Seite bei vielen Polen ein Gefühl der Unterlegenheit und des Neides aufkommen, das schnell in Aggressivität umschlagen konnte. Auf der anderen Seite entstand bei vielen Deutschen ein Gefühl der Überlegenheit und damit auch der Geringschätzung des polnischen Nachbarn. Es gibt in

Polen Sprichwörter über preußischen Hochmut, sowie es Sprichwörter über russische Bildungslosigkeit gibt. Der deutsche Sprichwortschatz drückt seinerseits die Haltung gegenüber und die Erfahrung mit Polen aus. »In Polen ist nichts zu holen als dürre Backen und zerrissene Jacken« heißt ein altes Sprichwort, das im östlichen Deutschland über Jahrhunderte gebräuchlich war. »Der Pole an einem Tag mehr vertrinkt, als ein Deutscher im Leben erringt«, lautet ein ostpreußisches Sprichwort. Es bezog sich weniger auf die polnischen Bauern als die Maßlosigkeit und Schwelgerei beim polnischen Adel. Das Sprichwort von der »polnischen Wirtschaft« bezog sich über Jahrhunderte auf die Unorganisiertheit und den geringen Ertrag mangels moderner Ackergeräte und – wie ostdeutsche Bauern, die Nachbarn polnischer Bauern waren, fest behaupten – auch bei manchen mangels Fleißes. Andere Sprichwörter verdeutlichen, daß die Ausbeutung der polnischen Bauern wohl oft auch die Motivation zur Arbeit zerstörte: »Polen ist der Bauern Hölle, der Juden Paradies, der Bürger Fegefeuer, der Edelleute Himmel und der Fremden Geldgrube«. Wieviel schlechte Erfahrung mußte gesammelt werden, damit solch ein resignierendes geflügeltes Wort in der polnischen Sprache entstehen konnte?
»Polska nierzadem stoi« heißt ein anderes polnisches Sprichwort, »Polen steht, wenn's auch drunter und drüber geht«, wurde es ins Deutsche übersetzt. Die Wirren und das Unglück des Wahlkönigtums drückt sich in Sprichwörtern immer wieder neu aus: »Polen hat drei Statthalter: einen auf Reisen, einen in Warschau und noch einen auf Reisen« oder »Polen wird durch Verwirrung regiert«. »Polen hat ein Ministerium mit vier

Ohne: einen Aufklärungsminister ohne Schulen, einen Kultusminister ohne Kirchen, einen Justizminister ohne Rechtspflege und einen Schatzmeister ohne Finanzen«, so charakterisierte der polnische Volkswitz 1861 sein Ministerium, zu einer Zeit, als den Generälen in der Zitadelle die Rechtspflege übertragen war, die Volksschulen fehlten, die Kirchen infolge von Militärgewalt geschlossen waren.
Dieses Gefühl der Unterlegenheit hat die polnische Politik ebenso wie viele Polen zu Gegnern Deutschlands gemacht. Und deutsche Überheblichkeit hat den Gegensatz gesteigert und gefördert. Rußland war Polen nur in bezug auf die slawische Herkunft nahe, alles andere dort im Osten erschien den meisten Polen fremd, manchmal dunkel geheimnisvoll. Deutschland war der zivilisierte, der kultivierte Gegner. Das Vorhandensein von Deutschen z.B. im zentralen Polen zeigte den Einheimischen ständig, wo ihre Schwächen und Fehler lagen.
Daß es sich hier wirklich damals bereits um einen kulturbedingten Minderwertigkeitskomplex handelte, der heute noch lebendig ist, kann am besten im Bestreben Polens nach dem Zweiten Weltkrieg verdeutlicht werden, die hohe Kultur der Vertreibungsgebiete als die eigene auszugeben. Wie mußten polnische Historiker die Geschichte verbiegen und verdrehen, um etwa die großartigen Bauten der alten Hansestadt Danzig, welche von Polen schrittweise restauriert wurden, als urpolnische Kulturleistungen auszugeben! Kein Beispiel zeigt besser, wie groß der Haß auf die Deutschen noch heute ist, daß in einer Danziger Kirche, die mühsam restauriert wurde, in einer Skulptur die Mörder Jesu als Deut-

sche mit Stahlhelmen dargestellt werden. Die Polen selbst sind es also, die im Rahmen des zusammenwachsenden Europa wieder die Geschichte so sehen müssen wie sie war, und nicht wie sie aus polnischer Sicht sein sollte. Die historische Wahrheit läßt sich immer nur eine Zeitlang unterdrücken. Und je weiter Polen sich von der kommunistischen Herrschaft entfernt, um so eher wird es auch von den gefälschten Teilen seiner Geschichtsschreibung abrücken müssen.

Das deutsch-polnische Verhältnis zwischen den Kriegen

Durch die Grenzziehung von Versailles waren die Beziehungen zwischen Deutschland und Polen vom ersten Tage nach Friedensschluß an äußerst gespannt. Dazu trug nicht nur bei, daß die Polen in den gewonnenen Gebieten den dort ansässigen Deutschen den Minderheitenschutz verweigerten. Die in vielen Bereichen ohne Volksabstimmung durchgeführten Abtrennungen selbst waren es, welche die Beziehungen zwischen den Ländern verpesteten. Mit dem Vertrag von Rapallo erreicht 1922 das beiderseitige Verhältnis einen absoluten Tiefpunkt. Die wirtschaftliche, politische und militärische Zusammenarbeit, die danach mit Sowjetrußland begann, wurde in Polen als Bedrohung empfunden. Bei Außenminister Walther Rathenau hat jedoch zweifelsohne im Rahmen dieses Vertragsabschlusses mit Rußland die polnische Frage überhaupt keine Rolle gespielt. Es ging einfach darum, die von den Versailler Siegermächten festgelegte außenpolitische Isolation der Deutschen zu durchbrechen.

Polen hatte sich unter Marschall Josef Pilsudski eine demokratische Regierung nach dem Muster der französischen Verfassung gegeben. Das parlamentarische Gefüge kam jedoch bald in die Krise und wurde fünf Jahre später, im Mai 1926, durch einen Militärputsch Pilsudskis in der Praxis außer Kraft gesetzt. Eine autoritäre Verfassung wurde jedoch erst 1935, drei Wochen vor Pilsudskis Tod, eingeführt.

In Pilsudskis Denken war Sowjetrußland der Staatsfeind Nummer Eins. Das hatte unter anderem den

Grund, daß seit den Sowjets eine neue Grenze aufgezwungen war, dort ein Kleinkrieg tobte, für dessen Eindämmung ein eigenes Grenzschutz-Korps aufgestellt werden mußte. Die Weißrussen und Ukrainer genossen im neuen polnischen Osten noch weniger Minderheitsrechte als die Deutschen. Sie wurden durch eine überaus rigorose Boden- und Schulpolitik buchstäblich kolonisiert. Eine »Ukrainische Militärorganisation« (UVO) versuchte mit terroristischen Mitteln die polnischen Anmaßungen zu bekämpfen.
Außenpolitisch blieben Pilsudski kaum Möglichkeiten eines größeren Spielraumes! 1921 schloß er die Bündnisse mit Frankreich (19. Februar) und Rumänien (3. März); ein Jahr später folgten die Freundschaftsabkommen mit Lettland und Estland. Um nicht in die Isolation zu geraten, mußte Polen jedoch auch mit Sowjetrußland und Deutschland verhandeln. 1932 erreichte es einen polnisch-sowjetischen Nichtangriffspakt. Am 26. Januar 1934 kam das polnisch-deutsche Nichtangriffs- und Verständigungsabkommen zur Unterschrift. Darin versicherten sich die Vertragspartner gegenseitig:
». . . Beide Regierungen erklären ihre Absicht, sich in den ihre gegenseitigen Beziehungen betreffenden Fragen, welcher Art sie auch sein mögen, unmittelbar zu verständigen. Sollten etwa Streitfragen zwischen ihnen entstehen, und sollte sich deren Bereinigung durch unmittelbare Verhandlungen nicht erreichen lassen, so werden sie in jedem besonderen Fall aufgrund gegenseitigen Einvernehmens eine Lösung durch andere friedliche Mittel suchen . . . Unter keinen Umständen werden sie jedoch zum Zweck der Austragung solcher Streitfragen zur Anwendung von Gewalt schreiten.«

Dieser Vorsatz hielt keine sieben Jahre!
Besonders in den in Versailles gewonnenen Gebieten Westpreußens und Posens betrieb Polen ab 1919 eine systematische Entdeutschungspolitik. Daß etwa 130000 Deutsche abwanderten, die beamtet waren oder deutschen Staatsorganen dienten, ist verständlich. Mehr als 800000 Deutsche haben aber insgesamt das Land verlassen! Die polnische Regierung und Zeitungen höhnten damals, daß die Deutschen wohl von den hohen Entschädigungszahlungen durch das Deutsche Reich angezogen worden wären. Doch die Ansprüche darauf waren in Wirklichkeit sehr begrenzt und gerade in der Inflationszeit mit hohen Verfallrisiken versehen. Hauptursache für die Abwanderung war, daß die deutschen Betriebe im deutschen Wirtschaftssystem verankert waren, und es ihnen oft unmöglich war, sich auf den schnellen Kontakt mit dem polnischen Wirtschaftsraum umzustellen. Die polnische Banken-, Kredit- und Devisenpolitik gab den deutschen Unternehmen kaum Entfaltungsmöglichkeiten und mit den Betrieben wanderten die Mitarbeiter in Masse aus. Auch das Abwandern deutscher Bauern beruhte nicht in erster Linie auf Angstverkäufen, sondern das sich ständig verschlechternde Verhältnis mit der neuen polnischen Beamtenschaft, die alles tat, um ihrer Fortentwicklung zu schaden, führte bei vielen zur Resignation. Die Infragestellung deutscher Eigentumsverhältnisse, die Behinderung der Pflege von Kultur und Brauchtum, immer neue Verunsicherungen auch auf dem Gebiet des Staatsbürgerrechts und des allgemeinen Rechts, die Behinderung religiöser Betätigung der Protestanten, Boykottmaßnahmen verschiedenster Art – das waren nur einige der Bedrängnisse,



Die unnachgiebige Nationalitätenpolitik von Polens Staatschef Pilsudski, die den auf polnischem Staatsgebiet lebenden Deutschen keine ausreichenden Minderheitenrechte garantierte, trug besonders dazu bei, daß zwischen den Kriegen beide Länder nie in „normale“ Nachbarschaft eintraten.

welche die Deutschen in so großer Zahl ihre Heimat verlassen ließen. All diese Maßnahmen gingen nicht von den polnischen Bevölkerungsteilen aus, die seit Generationen mit den Deutschen oft in gutem Einvernehmen lebten, sondern von der Warschauer Regierung, den Regionalbehörden, der katholischen Geistlichkeit und den verschiedenen chauvinistischen Vereinen.

Als ein ständiger Zankapfel erwies sich die Einrichtung der Freien Stadt Danzig. Dieser nach allen Seiten unzulängliche Kompromiß beschäftigte nicht nur immer wieder den Internationalen Gerichtshof, er war in sich selbst ein ständiger Widerspruch. Die Konstruktion war eine Mischung von politischer Unabhängigkeit und wirtschaftlicher Verknüpfung mit Polen. Beides paßte nirgends zusammen. Die Polen versuchten hier Munitionslager zu unterhalten, ja Streitkräfte zu etablieren. Der Hohe Kommissar beim Völkerbund konnte keinen Morgen aufwachen, ohne aus Danzig eine neue Krisenmeldung zu hören. Nach einem Danziger Hafenarbeiterstreik, 1920 schon, verstärkte Polen den Ausbau Gdingens als Alternativhafen. Fast 100 Millionen Goldsloty wurden hineingesteckt, und bald machte Gdingen den Danzigern Konkurrenz! Der mit dem Niedergang des Danziger Hafens verbundenen andauernden Wirtschaftskrise ist es zu verdanken gewesen, daß in der Freien Stadt die NSDAP besonders schnelle Erfolge erzielen konnte. Trotz des territorialen Abstandes nahmen die Wahlergebnisse am Anfang der dreißiger Jahre in Danzig eine ähnliche Entwicklung wie im Reich.

Wahr ist, daß zwischen beiden Weltkriegen deutlich wurde, daß bedeutende Teile der polnischen Führung und Öffentlichkeit sich nicht mit den erreichten Gren-

zen zufrieden geben wollten. Zeugnisse dieser Art sind Legion! Stanislaw Grabski 1923 in seinen »Bemerkungen über den gegenwärtigen geschichtlichen Zeitpunkt der Entwicklung Polens«: »Vor allem besteht für die Macht Polens noch immer dasselbe grundlegende Dilemma, das auf unserer ganzen bisherigen Geschichte lastete, nämlich die Frage: Welche Richtung soll die Expansion des polnischen Volkes einschlagen? Die nördliche nach der Ostsee oder die südöstliche nach der Ukraine und dem Schwarzen Meere? . . . Die Entscheidung der ostpreußischen Frage, die der Versailler Vertrag getroffen hat, ist zu sehr gekünstelt, als daß sie sich auf die Dauer aufrecht erhalten ließe . . . Und darum – eins von beiden: Entweder wir lenken die polnische Machtausdehnung ostwärts gegen Rußland, indem wir uns die Perioden seiner Ohnmacht zunutze machen, die ihm das nächste halbe Jahrhundert bringen wird, und legen damit zugleich die Entscheidung der nur provisorisch geregelten ostpreußischen Frage in die Hand Deutschlands, oder aber – wir setzen unsere ganze Kraft dafür ein, daß die ostpreußische Frage durch Polen im Sinne Polens entschieden werde. Steht es aber so, so ist jegliches Schwanken von Übel . . . Nun wäre es natürlich lächerlich und doktrinär, wenn wir, um etwa eine desto größere Energie in der Richtung auf Ostpreußen und das Baltische Meer zu entwickeln, alle übrigen außerhalb der Grenzen Polens gelegenen polnischen Siedlungszentren vernachlässigen wollten. Reicht doch in Oberschlesien die polnische Mehrheit bis an die Oder . . .« Der dies niederschrieb, war nicht irgendein unbedeutender Mann, sondern gehörte bis 1926 zwei polnischen Regierungen als Kultusminister an und hatte vor

seinem Abgang auch die Stelle des stellvertretenden Ministerpräsidenten inne.
In der zwischen den Kriegen an polnischen Schulen verwendeten Fibel, erschienen im Buszynski-Verlag in Thorn, hieß es zum Beispiel:
»Die Polen wohnen seit undenkbaren Zeiten zwischen dem Schwarzen Meere und der Ostsee, an den Flüssen Weichsel, Warthe, Oder, Njemen, Dnjepr und Dnjestr. Die wichtigsten Städte in den polnischen Landen sind: Danzig, Konitz, Thorn, Allenstein, Lyck, Bromberg, Gnesen, Posen, Breslau, Oppeln, Beuthen, Krakau, Lemberg, Wilna . . . In manchen Städten haben sich schon viele Deutsche niedergelassen, aber Krakau, Lemberg und Warschau sind rein polnisch . . .«
Das ganze war verpackt in eine historische Erzählung über »Mieczyslaw I.« und »Boleslaw Chobry«.
Der polnische Staatspräsident Wojciechoski in einer programmatischen Rede im Posener Rathaus am 29. April 1924:
»Die notwendige Bedingung unserer Existenz als Staat ist die Vereinigung aller polnischen Länder; denn Polen kann nur als Großmacht existieren . . . Dank dem allgemeinen Kriege, den Anstrengungen unserer Väter und unseren eigenen Anstrengungen, die sich auch im Posener Aufstand gezeigt haben, haben wir viel erreicht von dem, was uns zustand. Aber man muß sagen, daß wir noch nicht alles erreicht haben, daß noch nicht alle polnischen Länder, nicht alle für die Vollkommenheit unseres Lebens unerläßlichen Zentren mit der Mutter vereinigt sind . . .«
Im Jahrbuch des polnischen »Westmarkenvereins« von 1926, in dem führende polnische Professoren und politi-

sche Publizisten schrieben, entwarf St. Srokowski unter dem Titel »Die wichtigsten Probleme der polnischen Außenpolitik im Zusammenhange mit der Stellung Polens gegenüber Deutschland« Vorstellungen zur polnischen Außenpolitik: »Sowohl von der einen wie von der anderen Seite hängen wir gewissermaßen in der Luft. Im Westen sind wir jedoch eher in der Lage, wenn auch teilweise, das zu erreichen, was man natürliche Westgrenze nennt. Im Osten würde eine solche erst durch die Dnjepr-Linie und die Anlehnung an das Schwarze Meer erreicht werden. Aber auch von Änderungen im Westen kann im allgemeinen solange nicht die Rede sein, als auf unserem Nacken, 100 Kilometer von Warschau entfernt, die schnelle deutsche Faust lastet, der Ostpreußen genannte Streifen des Landes. Ostpreußen ist der Schlußstein in dem Gewölbe unseres Gefängnisses, aus dem der Weltkrieg Polen befreit hat, er ist der Damm für unsere natürliche Entwicklung, er ist der Zentralpunkt . . .«
Neben dem »Westmarkenverein« gab es noch zahlreiche andere Organisationen, die sich mit möglicher Gebietserweiterung Polens im Westen ständig befaßten: der »Verband der polnischen Reserveoffiziere«, der »Verband der Oberschlesischen Aufständischen«, die »Föderation der polnischen Bünde zur Verteidigung des Vaterlandes«, die »See- und Fluß-Liga«, der »Verband der Haller-Soldaten« und zahlreiche studentische Verbände. Hinzu kam das »Baltische Institut« in Thorn, das Posener »Westslawische Institut« und eine Reihe von Initiativen, wie die zur Gründung eines »Meeres-Museums« in Gdingen. In einer Beratung über den möglichen Ausbau der polnischen Küste aus dem Jahre 1928

ist zu lesen, daß ein solches Museum die Aufgabe hätte, »für die Macht des polnischen Staates, für das Wohl seiner Bevölkerung und für das Wohl der Menschheit das uns gegenwärtig zugängliche und in der Zukunft in beträchtlich weiteren Grenzen zustehende polnische Meer auszunutzen . . .« Ein ganzes Buch solcher Zeugnisse wurde 1930 unter dem Titel »Der neue Polenspiegel« veröffentlicht und klärte die politisch interessierte deutsche Bevölkerung in Deutschland über das polnische Meinungsfeld in der Grenzfrage auf.
Da keine Weimarer Regierung die neue Ostgrenze von Versailles je anerkannte – im Gegensatz zu der Grenzziehung im Westen – hatten sich auch in Deutschland Vereine wie der »Deutsche Ostmarkenverein« und andere Grenzmarkenverbände begründet. Aber sie widmeten sich in erster Linie der Abwehr weiterer polnischer Expansionsbestrebungen. Erst nach 1933 formierte sich der Revisionismus in der NSDAP aggressiver und meldete sich häufiger zu Wort.
Zwischen 1933 und 1939 blieb das Verhältnis zwischen beiden Staaten trotzdem ohne größere Belastungen. Die Hitler-Regierung hatte sich mit der Lösung der Rheinland- und Saarfragen auch zuerst mit Frankreich auseinanderzusetzen. Nach den dortigen Erfolgen konzentrierte sie sich auf den Anschluß Österreichs und die Frage des Sudetenlandes. Lediglich über einen Straßenbau nach Ostpreußen wurde 1935 mit Polen verhandelt, nachdem das zitierte Nichtangriffs- und Verständigungsabkommen im Vorjahr unterzeichnet worden war. Als die Sudetenkrise gelöst war, begann Berlin Gespräche über eine »Generalbereinigung aller bestehenden Reibungsmöglichkeiten zwischen Deutschland und Polen«.

Im Mittelpunkt des maßvollen deutschen Verhandlungsangebots stand die Wiedereingliederung Danzigs in das Deutsche Reich, bei Anerkennung der polnischen Hafenrechte in der alten Hansestadt. Zweite Forderung waren exterritoriale Verkehrswege nach Ostpreußen. Helmut Diwald in seiner Geschichte der Deutschen:
»Als Gegenleistung erklärte sich Berlin bereit, alle wirtschaftlichen Rechte Polens in Danzig anzuerkennen, in der Stadt einen Freihafen beliebiger Größe sicherzustellen und den absolut freien Zugang dorthin zu garantieren, die übrigen deutsch-polnischen Grenzen als endgültig anzuerkennen, einen Nichtangriffspakt für die Dauer von fünfundzwanzig Jahren abzuschließen und zusammen mit Polen und Ungarn für die Unabhängigkeit der Slowakei einzutreten. Durch die Garantie einer unabhängigen Slowakei sollte unterstrichen werden, daß Deutschland an keiner Vormachtstellung in diesem Raum interessiert sei . . .«
Mehrere Versuche, das Gespräch mit Warschau auf dieser Basis in Gang zu setzen, wurden jedoch dort abgelehnt. Insbesondere London war es, das die polnische Regierung dabei stützte und stärkte. Der deutsche Einmarsch in die Tschechoslowakei war das Fanal gewesen, das die Unnachgiebigkeit der polnischen Politik mit neuen Korsettstangen versehen hatte. Als London am 31. März 1939 Polen eine weitgehende Garantie gab, die Hitler nicht verborgen blieb, setzte er erfolgreich dagegen die russische Karte ein!
In Polen hatte er seine Glaubwürdigkeit verloren. Wie hatte er doch in einer großen Rede im Berliner Sportpalast am 26. November 1938, unmittelbar vor der Münchener Konferenz, gesagt:

»Und nun steht vor uns das letzte Problem (gemeint war die Rückkehr des Sudetenlandes, d. Verf.), das gelöst werden muß und gelöst werden wird. Es ist die letzte territoriale Forderung, die ich in Europa zu stellen habe, aber es ist die Forderung, von der ich nicht abgehe, und die ich, so Gott will, erfüllen werde.« Diese Rede war in Polen mit Erleichterung aufgenommen worden, bei manchen aber auch auf Unglauben gestoßen. Hatte nicht Hitler in seinem Buch »Mein Kampf« Lebensraum im Osten gefordert? Die Schaffung eines Protektorats Böhmen und Mähren erschien ihnen bereits als Teil der geplanten deutschen Ostexpansion. Auf der anderen Seite träumten sie, Deutschland in einem möglichen Kriege mit englisch-französischer Hilfe besiegen zu können und ihrerseits den Deutschen weitere Ostgebiete wegzureißen. Bei der Zerschlagung der Tschechoslowakei sicherte sich Polen mit dem Teschener Schlesien und einigen Grenzstrichen in den Karpaten ein Stück Beute! Beispiel für polnischen Imperialismus in dieser Epoche, von der so viele Historiker heute noch meinen, daß es allein einen deutschen Imperialismus gegeben habe.
Das Klima in Polen veränderte sich in diesen Monaten noch stärker als früher gegen Deutschland, und auch im Deutschen Reich wuchs die antipolnische Stimmung.
Die letzten Monate und Tage vor dem Krieg brachten einen kaum zu überbietenden Terror gegen die Volksdeutschen in Polen hervor. Mit Ausbruch des Krieges steigerte sich dieser Terror bis zum Exzeß. Aufgehetzte polnische Chauvinisten verübten schlimmste Greueltaten. Am ersten Kriegs-Sonntag wurden in Bromberg Hunderte von deutschen Zivilisten ermordet und verstüm-



Opfer des Bromberger Blutsonntags.



Ermordung von ca. 1000 Volksdeutschen in Bromberg am 3. 9. 1939 (sog. Bromberger Blutsonntag) – ausländischen Journalisten werden die Leichen gezeigt.

melt. In vielen anderen Städten, wo Volksdeutsche wohnten, geschah ebenso Schreckliches. Die Gesamtzahl dieser deutschen Opfer lag bei weit über 12000. Das sind mehr als deutsche Soldaten während des gesamten Polenfeldzuges gefallen sind!

Polen zwischen Hitler und Stalin – Ein Geheimvertrag, dessen Existenz lange geleugnet wurde

»Jetzt habe ich sie in der Tasche«, soll Adolf Hitler gesagt haben, als ihm der Nichtangriffspakt mit der Sowjetunion gemeldet wurde. Die Diplomaten Stalins hatten vorher lange gepokert. Ihre Verhandlungen waren zweigleisig gelaufen. Lange Zeit hatte es so ausgesehen, als käme eine Allianz mit England und Frankreich zustande. Der Sowjetunion ging es jedoch besonders darum, freie Hand im Baltikum zu bekommen. Hitler war zu den größeren Zugeständnissen bereit, und so erhielt er den Zuschlag.
In der zweiten Augusthälfte nahmen die deutsch-sowjetischen Gespräche an Dichte zu. Über die Hauptmerkmale der Aufteilung der osteuropäischen Interessenfelder war bereits Einvernehmen erzielt. Am 19. August unterzeichneten beide Staaten ein Wirtschaftsabkommen, das den Sowjets 180 Millionen Reichsmark zum Ankauf deutscher Waren zur Verfügung stellte. Das marode Wirtschaftssystem Sowjetrußlands konnte die Finanzspritze dringend gebrauchen. Und jetzt drängte Hitler auch zum Abschluß des politischen Abkommens. Die deutsch-polnischen Beziehungen waren an einem Tiefpunkt angelangt. Als am 23. August 1939 Ribbentrop in Moskau eintraf, kam man sofort zur Sache! Die Verhandlungen, an denen Stalin größtenteils selbst teilnahm, erbrachten als das Hauptergebnis einen Nichtangriffspakt für zehn Jahre, der bereits am Tag der Unterzeichnung in Kraft trat. Dazu formulierten die

Vertreter das für solche Verträge Übliche: ständige Konsultation in beide Seiten betreffenden Fragen und im Falle des Konflikts mit einer anderen Macht; im Kriegsfalle mit einer dritten Macht Neutralität des jeweils anderen Vertragspartners.
Nichts erfuhr die Welt damals von dem geheimen Zusatzprotokoll, das die vertragschließenden Parteien unterschrieben. Hauptinhalt war die Aufteilung Polens auf einer Linie längs der Flüsse Narew, Weichsel und San. Außerdem wurden die Interessensphären gegenüber den baltischen Staaten abgegrenzt.
Bei den Verhandlungen hatte Reichsaußenminister Ribbentrop zuerst die Dünalinie gefordert, wonach auch der südliche Teil Lettlands, also die Provinz Kurland, zum deutschen Einflußgebiet gehört hätte. Stalin mochte aber auf die Ostseehäfen Windau und Libau nicht verzichten, und die deutsche Delegation gab nach Rücksprache mit Hitler nach. So wurden im Endergebnis Estland und Lettland zum sowjetrussischen, Litauen zum deutschen Einflußgebiet erklärt. Auch in bezug auf Bessarabien, das die Sowjets sich als Einflußgebiet sichern wollten, hatten die Deutschen keine Einwände.
Das Zusatzprotokoll wurde am 25. August 1939 unterschrieben. Sein nur selten abgedruckter vollständiger Wortlaut zeigt, daß die Sowjets dabei nicht schlecht abschnitten:

Geheimes Zusatzprotokoll

»Aus Anlaß der Unterzeichnung des Nichtangriffsvertrages zwischen dem Deutschen Reich und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken haben die unterzeichnenden Bevollmächtigten der beiden Teile in

streng vertraulicher Aussprache die Frage der Abgrenzung der beiderseitigen Interessensphären in Osteuropa erörtert. Diese Aussprache hat zu folgenden Ergebnissen geführt:

1. Für den Fall einer territorial-politischen Umgestaltung in den zu den baltischen Staaten (Finnland, Estland, Lettland, Litauen) gehörenden Gebieten bildet die nördliche Grenze Litauens zugleich die Grenze der Interessensphären Deutschlands und der UdSSR. Hierbei wird das Interesse Litauens am Wilnaer Gebiet beiderseits anerkannt.

2. Für den Fall einer territorialen Umgestaltung der zum polnischen Staat gehörenden Gebiete werden die Interessensphären Deutschlands und der UdSSR ungefähr durch die Linie der Flüsse Narew, Weichsel und San abgegrenzt.

Die Frage, ob die beiderseitigen Interessen die Erhaltung eines unabhängigen polnischen Staates erwünscht erscheinen lassen und wie dieser Staat abzugrenzen wäre, kann endgültig erst im Laufe der weiteren politischen Entwicklung geklärt werden.

In jedem Falle werden die beiden Regierungen diese Frage im Weg einer freundschaftlichen Verständigung lösen.

3. Hinsichtlich des Südostens Europas wird von sowjetischer Seite das Interesse an Bessarabien betont. Von deutscher Seite wird das völlige politische Desinteresse an diesen Gebieten erklärt.

4. Dieses Protokoll wird von beiden Seiten streng geheim behandelt werden.«

Daß nach dem Polenfeldzug sehr schnell eine Einigung darüber erzielt war, daß die Interessensphären in Polen

langfristig festgelegt sein sollten, wird aus weiteren Zusatzprotokollen vom 28. September 1939 deutlich:
»Die Regierung der UdSSR wird den in ihren Interessengebieten ansässigen Reichsangehörigen und anderen Persönlichkeiten deutscher Abstammung, sofern sie den Wunsch haben, nach Deutschland oder in die deutschen Interessengebiete überzusiedeln, hierbei keine Schwierigkeiten in den Weg legen. Sie ist damit einverstanden, daß diese Übersiedlung von Beauftragten der Reichsregierung im Einvernehmen mit den zuständigen örtlichen Behörden durchgeführt wird und daß dabei die Vermögensrechte der Auswanderer gewahrt bleiben. Eine entsprechende Verpflichtung übernimmt die Deutsche Reichsregierung hinsichtlich der in ihren Interessengebieten ansässigen Personen ukrainischer oder weißrussischer Abstammung.«
In einem weiteren Zusatzprotokoll, das vom gleichen Tag datiert, wird besonders deutlich, daß jetzt an eine Neuerweckung eines polnischen Rechtsstaates nicht mehr gedacht wurde:
»Die unterzeichnenden Bevollmächtigten haben bei Abschluß des deutsch-sowjetischen Grenz- und Freundschaftsvertrages ihr Einverständnis über folgendes festgestellt:
Beide Teile werden auf ihren Gebieten keine polnische Agitation dulden, die auf die Gebiete des anderen Teils hinüberwirkt. Sie werden alle Ansätze zu einer solchen Agitation auf ihren Gebieten unterbinden und sich gegenseitig über die hierfür zweckmäßigen Maßnahmen unterrichten.«
In einem weiteren geheimen Zusatzprotokoll wird das Abkommen vom August noch in einem sehr bedeuten-

den Punkte korrigiert, der später der UdSSR die Annexion aller drei baltischen Staaten auf dem Festland möglich machte:

»Die unterzeichnenden Bevollmächtigten stellen das Einverständnis der deutschen Reichsregierung und der Regierung der UdSSR über folgendes fest:

Das am 23. August 1939 unterzeichnete geheime Zusatzprotokoll wird in seiner Ziffer eins dahin abgeändert, daß das Gebiet des litauischen Staates in die Interessensphäre der UdSSR fällt, weil andererseits die Woywodschaft Lublin und Teile der Woywodschaft Warschau in die Interessensphäre Deutschlands fallen (vergleiche die Karte zu dem heute unterzeichneten Grenz- und Freundschaftsvertrage). Sobald die Regierung der UdSSR auf litauischem Gebiet zur Wahrnehmung ihrer Interessen besondere Maßnahmen trifft, wird zum Zweck einer natürlichen und einfachen Grenzziehung die gegenwärtige deutsch-litauische Grenze dahin rektifiziert, daß das litauische Gebiet, das südwestlich der in der anliegenden Karte eingezeichneten Linie liegt, an Deutschland fällt . . .«

Als die Meldung vom vollzogenen Hitler-Stalin-Pakt durch den Äther drang, stand bei vielen westlichen Diplomaten der Atem still! Und für die Außenwelt war es noch erstaunlicher, wie innerhalb kürzester Zeit die gegeneinandergerichtete Propaganda und Agitation, die über Jahre das publizistische Klima in beiden Ländern geprägt hatte, verschwand und gegenseitigen Freundschaftsbezeugungen Platz machte. Ein eindringliches Beispiel für eine schnelle publizistische Kehrtwendung, wie sie nur in Diktaturen mit Presseanweisungen »von oben« vollzogen werden können.

Offen ist die Frage, ob Hitler Polen auch ohne diese Kehrtwendung seiner Politik gegenüber Sowjetrußland angegriffen hätte. Möglicherweise hätte er seine Pläne zumindest verschieben müssen, denn für einen großen Krieg, einen Mehrfrontenkrieg, war Deutschland damals noch völlig ungerüstet. Vielleicht hätte er dann die »Salami«-Taktik angewandt und wäre nur erst einmal den bedrohten Deutschen zum Beispiel in Bromberg zu Hilfe gekommen. Es ist vielleicht zu hart formuliert, wenn gesagt wird, in den Händen Stalins lag damals die Alternative Krieg oder Frieden. Aber die deutsch-sowjetischen Verträge besiegelten das Schicksal Polens.
England weitete sein Garantieversprechen an Polen am 25. August zu einem Beistandspakt aus. Ein letzter Vermittlungsversuch Mussolinis blieb ohne Erfolg. Am 1. September 1939 drückten deutsche Soldaten die Schlagbäume weg, und der Polenfeldzug begann.
Nach amtlicher Darstellung der sowjetischen Geschichtsschreibung wäre ein Krieg zwischen Sowjetrußland und Deutschland innerhalb kürzester Frist unumgänglich gewesen, wenn Stalin die Verträge mit Hitler nicht unterzeichnet hätte. Die Sowjetunion, so heißt es, sei damals durch die militärischen Verwicklungen mit Japan im Fernen Osten in der Klemme gewesen und habe sich so durch den Vertrag mit Hitler Luft verschafft.
Die geheimen Zusatzprotokolle entlarven jedoch Stalin als Imperialisten wie Hitler. Die erhebliche Gebietserweiterung war es, die den sowjetischen Diktator mit zu den Verträgen mit dem Deutschen Reich trieb. Wenn Stalin in seiner Rede am 3. Juli 1943 im Kreml formulierte: »Man wird mich fragen, wie es möglich sein konnte, daß die Sowjetregierung einen Nichtangriffs-

pakt mit einem so hinterhältigen Volke, mit solchen Verbrechern wie Hitler und Ribbentrop schließen konnte? Wir sicherten unserem Lande für eineinhalb Jahre den Frieden und erhielten auf diese Weise die Möglichkeit, uns militärisch vorzubereiten.« – dann ist das eben nur die halbe Wahrheit! Um die eigentlichen Hintergründe der deutsch-russischen Verträge zu verschleiern, hat die sowjetische Geschichtsschreibung die Existenz der Zusatzprotokolle bis Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg geleugnet und sie als plumpe Fälschungen bezeichnet. Erst in der Zeit von Perestroika und Glasnost fanden die sowjetischen Geschichtsschreiber den Mut, der ganzen Wahrheit ins Auge zu schauen. Die Geschichtsschreibung im kommunistischen Polen hat sich jahrzehntelang an jene in Sowjetrußland so fest anpassen müssen, daß sich nur exilpolnische Geschichtsschreiber – zum Beispiel in England – mit den wirklichen Gegebenheiten auseinandersetzten.

Der deutsche Polenfeldzug 1939

Deutschlands Wiederbewaffnung und die eigenmächtige Revision der von den Siegermächten in Versailles festgelegten Bestimmungen ließen das Mißtrauen gegenüber der Politik Adolf Hitlers ständig steigen, zumal manche auch »Mein Kampf« und des deutschen Diktators Vorstellungen von der Gewinnung neuen »Lebensraumes im Osten« gelesen hatten. Frühzeitig hatte deshalb Frankreich Beistandspakte mit Jugoslawien, Rumänien und der Tschechoslowakei geschlossen. Nach dem Einmarsch in der tschechischen Hauptstadt Prag 1939 unterschrieb Großbritannien Beistandserklärungen für Polen, Rumänien, Griechenland und die Türkei, während Ungarn sich enger an Deutschland anlehnte.
Hitlers Vorschläge an Polen Ende 1938 und im Frühjahr 1939, im Rahmen der »letzten Revision« von Versailles Danzig wieder zu Deutschland zurückkehren zu lassen und eine freie Straße und Eisenbahn durch den polnischen Korridor zu ermöglichen – Polen sollte dafür in Danzig einen Freihafen und einen 25jährigen Nichtangriffspakt erhalten –, werden von Polen nicht angenommen. Fest ist das Vertrauen zum englischen Bündnispartner, aber auch stark das Mißtrauen gegenüber Deutschland, insbesondere seit der Besetzung der Rest-Tschechoslowakei durch deutsche Truppen.
Als England am 28. August 1939 seine Beistandsgarantie noch einmal verstärkt, glaubt Polen, daß bei einer militärischen Auseinandersetzung der Sieg nur auf seiner Seite liegen könne und lehnt Verhandlungen mit Deutschland ab. Polen vertraut der Stärke seiner Schutzmächte. Mehrere Vermittlungsversuche schei-

tern. Die Lage spitzt sich zu. Polen beginnt die Generalmobilmachung, aber die deutschen Truppen marschieren schon am Morgen des 1. September 1939 in Polen ein. Noch hofft Hitler auf einen isolierten Konflikt, da hält er zwei Tage später die englische und französische Kriegserklärung in den Händen. Der Zweite Weltkrieg begann. Da England und Frankreich aber nicht sofort in die Kämpfe eingriffen und den polnischen Bündnispartner, nachdem man ihn zu einer festen Haltung gegenüber Deutschland zusätzlich angestachelt hatte, buchstäblich im Regen stehen ließen, vollzog sich das polnische Schicksal innerhalb drei Wochen.
Die deutschen Angriffsarmeen, bestehend aus zwei Heeresgruppen und 62 Divisionen stark, stießen über Weichsel, Narew und Bug schnell nach Osten. Die südliche unter Rundstedt, die nördliche unter von Bock. 40 Divisionen hatte Polen dem entgegenzusetzen. Aber sie waren, was Panzer anging, unzureichend ausgerüstet und falsch gestaffelt. Die militärische Führung der Polen hatte sich in völliger Verkennung der realen Lage auf eine Offensive in Richtung der Reichshauptstadt Berlin vorbereitet. Die polnische Luftwaffe wurde bereits am Boden zerschlagen. Am 27. September bereits nahm Hitler die Kapitulation von Warschau entgegen.
Am 17. September waren die Sowjets in das ihnen nach dem Geheimvertrag zugesprochene Gebiet eingerückt, nur vereinzelt kam es dabei noch zu Kämpfen zwischen Resten der polnischen Streitkräfte und der Sowjetarmee. Nach Ende des Krieges wurde Litauen der UdSSR einverleibt, Kernpolen Deutschland unterstellt. Die Westteile der zerschlagenen polnischen Republik wurden als Reichsgaue Westpreußen und Wartheland dem

Deutschen Reich angegliedert. Ebenso die schlesischen Regierungsbezirke Zichenau und Kattowitz! Während die Regionen ostwärts Bug und San den Sowjets überlassen wurden, errichteten die Sieger aus den Wojewodschaften Krakau, Lublin, Kielce, Warschau und Teilen der Wojewodschaft Lodz ein sogenanntes Generalgouvernement. Es erhielt am 22. Juli 1941 durch die Angliederung von Galizien noch einen erheblichen Gebietszuwachs.

Das Generalgouvernement war in einer Zwitterstellung. Es war auf der einen Seite nicht einfach »besetztes Gebiet«, auf der anderen Seite hatte es aber auch keine eigene Staatsgewalt. In der Zeitschrift »Europäische Revue« erläuterte Albert Weh im Mai 1942 in einem Aufsatz über »Die rechtlichen Grundlagen des Generalgouvernements« die deutsche Vorstellung so:

»Das Generalgouvernement verfügt über keine eigene Staatsgewalt. Jede Hoheitsgewalt, die in ihm ausgeübt wird, leitet sich vom Deutschen Reich her. Dabei ist das Generalgouvernement weder in das Deutsche Reich eingegliedert noch, wie § 1 Satz 2 der Verordnung über das Eigentum an dem Vermögen des ehemaligen polnischen Staates vom 24. September 1940 . . . ausdrücklich betont, Rechtsnachfolger des ehemaligen polnischen Staates. Diese staats- und völkerrechtliche Stellung des Generalgouverneurs ist von besonderer Eigenart. Die überkommenen Begriffsbildungen reichen nicht aus, sie eindeutig zu charakterisieren. Aber wir dürfen nicht annehmen, daß die künftige Neuordnung Europas und der Welt ausschließlich auf die hergebrachten Formen angewiesen sei. Die nunmehr angebrochene neue Zeit und der sie kennzeichnende neue Ordnungswille werden auch neue Ordnungsformen hervorbringen.«

Langfristig war wohl an eine Art Vasallenstaat gegenüber Deutschland gedacht. Doch je weiter sich der Krieg fortsetzte, insbesondere seit dem Beginn des Feldzuges gegen die Sowjetunion, hatten das Land und seine Menschen »nur die eine Aufgabe«, was in ihren »Kräften steht, zu dem Endsieg beizutragen«. Hans Roos betont in seinem Aufsatz »Polen in der Besatzungszeit« im »Osteuropa-Handbuch Polen«, daß das Polentum anfänglich im Generalgouvernement »erträglichere Lebensbedingungen« vorfand »als in den ›Eingegliederten Ostgebieten‹ oder unter der Sowjetherrschaft, so daß im Winter 1939/40 Hunderttausende von Polen aus Ostpolen ins Generalgouvernement flohen«.
Das änderte sich dann mit der Besatzungspolitik erheblich. Die Requirierung von Zwangsarbeitern für die deutsche Rüstungsindustrie verschärfte die antideutsche Stimmung ebenso wie die Unterdrückung der polnischen Kultur in den »Eingegliederten Ostgebieten«. Das Land wurde als Nachschubgebiet für die Ostfront genutzt. Bis Juli 1944 wurden 1214000 Polen im Generalgouvernement ausgehoben und zur Rüstungsarbeit ins Reich verbracht. Rohstoffe und Nahrungsmittel wurden in großem Maßstabe für die Kriegführung requiriert. Das galt auch für Nahrungsmittel, so daß die Stadtbewohner im wachsenden Maße Not litten. Die Ansiedlung deutscher Siedler, vor allem aus Bessarabien, brachte schließlich auch die Bauern gegen die Deutschen vermehrt auf. Der sich immer verhängnisvoller auswirkende Antisemitismus, die Einrichtung von Konzentrationslagern und die fast kolonialen Methoden der Himmlerschen Dienststellen taten das ihre, um den Ingrimm der Polen gegen alles Deutsche zu steigern.

Von den Exilpolitikern im Ausland gestützt, entstand eine polnische Untergrundarmee im Generalgouvernement, die nach den ersten größeren Niederlagen der deutschen Wehrmacht in der Sowjetunion verstärkt Zulauf hatte. Sabotage, Diversion, Spionage und Propagandatätigkeit gegen Deutschland setzten ein. Gegenmaßnahmen der deutschen Seite verschlechterten das Klima zwischen Deutschen und Polen weiter. Wie in Litauen, Weißruthenien und der Ukraine scheiterten auch im Generalgouvernement alle Versuche, die einheimische Bevölkerung auf die Dauer zu gewinnen. Bis Ende 1943 hatte die »Armia Krajowa«, die »Armee im Lande«, schon 300000 Mitglieder. Im Winter 1943/44 entstand ein regelrechter Guerilla-Krieg zwischen dieser Untergrundarmee und den deutschen Besatzungs- und Polizeitruppen. Sie verhängte Todesurteile über deutsche Beamte und Offiziere. 5000 gelungenen Attentaten standen im Winter 1943/44 15000 exekutierte Guerillas gegenüber. Eine Erhöhung der Ernährungssätze und eine Lockerung des Besatzungsdruckes hatten keine Wirkung mehr.
Nach dem katastrophalen Zusammenbruch der Heeresgruppe Mitte im Sommer 1944 und dem mißlungenen Attentat auf Hitler am 20. Juli brach am 25. Juli in Warschau unter General Bór-Komorowski ein polnischer Aufstand los, der am 2. Oktober mit der Kapitulation der letzten 9000 polnischen Kämpfer nach blutigen Gefechten endete. Eine Hoffnung der Aufständischen, die sowjetischen Truppen unter General Rokossowskij, die an der Stadtgrenze standen, würden zugunsten der Polen eingreifen, erfüllte sich nicht. Die Passivität Rokossowskijs wird von zahlreichen Historikern so gedeutet,

daß die Sowjets bewußt das Scheitern des Aufstandes wollten, weil an ihm die nationale Elite Polens beteiligt war – eine Elite, die einem kommunistischen Polen im Wege stand. Die Gefangenen der »Armia Krajowa« wurden von den Deutschen als militärische Gefangene behandelt.
Mit der sowjetischen Winteroffensive 1944/45 verloren die Reste der Untergrundarmee ihre Bedeutung. Die sogenannten »Nationalen Streitkräfte«, die sich neben der AK gebildet hatten und in der Sowjetunion den Hauptfeind sahen – im Winter 1943/44 bestanden sie aus 30000 Mann –, führten jetzt einen Untergrundkampf aus den Beskiden gegen die Sowjetarmee und wurden von den Sowjets unbarmherzig bekämpft. Auch der Generalstabschef der AK, die sich am 8. Dezember 1944 auflöste, wurde von den Sowjets verhaftet. Der alten Unfreiheit folgte für Polen auf dem Fuße die neue.

Stalins bedeutendster Sieg – die Grenzfestlegungen für Polen in den Siegerkonferenzen von Teheran, Jalta und Potsdam

Sofort nach der Besetzung Deutschlands durch polnische und russische Truppen bemühte sich der Premierminister der polnischen Exilregierung in London, Sikorski, den Regierungen Großbritanniens und Frankreichs nahezubringen, daß das zukünftige Polen größer sein müsse.

Nach einem Gespräch mit Vertretern beider Länder schrieb er in einem Bericht am 19. November 1939: »Großbritannien und Frankreich stimmen zu, daß es für Polen wesentlich sei, ein mächtiger Staat im Gebiet der Ostsee zu sein, um in Zukunft das Gleichgewicht zwischen Rußland und Deutschland aufrechtzuerhalten. Polen benötige in erster Linie eine längere Meeresküste« als im Versailler Vertrag zugestanden.

Von Anfang an versuchte die polnische Exilregierung also einen erhofften Sieg der Alliierten für Polen auf Kosten deutscher Territorien zu nutzen. Einen Monat später forderte sie in der sogenannten Pariser Erklärung: ». . . Polen – außer einem unmittelbaren und breiten Zugang zur See – solche Grenzen zu schaffen, daß seine Sicherheit gewährleistet wird.«

Wie sich die Exil-Polen ihre »sicheren Grenzen« vorstellten, geht aus einem Artikel der damals in Paris herausgegebenen polnischen Exil-Zeitung »Narodowiec« vom 22. Dezember 1939 mehr als eindeutig hervor: ». . . Polen muß nach dem gegenwärtigen Kriege mit

Deutschland u.a. Ostpreußen erhalten, um die Rolle des Friedenshortes zwischen der Ostsee und dem Schwarzen Meer spielen zu können. Ferner muß der Zugang Polens zum Meere nach Westen in Richtung des bisherigen preußischen Pommern erweitert werden. Und auch das Oppelner Schlesien . . . muß Polen zufallen.« In anderen Artikeln wurde unverblümt auch weißrussisches, litauisches und ukrainisches Gebiet gefordert. Von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer – die Exilpolen träumten von dem, was ihr Staat vor Jahrhunderten einmal gewesen: eine Großmacht, stärker als Rußland!
In einer anderen polnischen Exilzeitung, der in Lille damals erscheinenden »Polska Walczona« (walczyć = kämpfen), ist in der Ausgabe vom 12. Mai 1940 nachzulesen: ». . . Die Grenzen des polnischen Lebensraumes sind: im Norden die Ostsee, im Westen der Oderstrom, im Südwesten die Sudeten, im Süden die Mährische Pforte und die Karpaten, im Südosten der Dnjestr und das Schwarze Meer, im Osten der Dnjepr, und endlich im Nordosten die Düna. Auch bei den Exil-Polen in den USA erwachten solche Träume zu prallem Leben! Die in Chikago herausgegebene Zeitung »Dziennik Zwiazkowy« (Gewerkschaftliches Tageblatt) forderte: »Die Westgrenze Polens muß eine Linie bilden, die zumindest etliche zehn Kilometer westlich der unteren Oder und dann zum Erzgebirge hin verläuft.« Am 6. März 1940 ist zum erstenmal eine Äußerung verbürgt, die das Verjagen deutscher Bevölkerungsteile im Auge hat. In der Zeitschrift »Wiarus Polski« (Der Glaube Polens) ist der Satz zu lesen: ». . . Wir werden einen Austausch der deutschen und polnischen Bevölkerung vornehmen.«

Die polnische Exilregierung streckte auch die Fühler nach Sowjetrußland aus. Am 30. Juli 1941 beschlossen beide Regierungen die Aufnahme diplomatischer Beziehungen und versprachen sich militärischen Beistand. Die Sowjetunion erklärte in diesem Zusammenhang auch den Hitler-Stalin-Vertrag als ungültig. Über diese Verhandlungen berichtete der polnische Exilpolitiker Mikolajczyk als Teilnehmer, daß mit dem sowjetischen Botschafter in London, Majskij, allerdings über Grenzlinien nicht zu reden war: »Die nackte Wahrheit ist jedoch, daß wir vollständig außerstande waren, Majskij auf die östlichen Vorkriegsgrenzen festzulegen. Wir hatten um die russische Anerkennung der genau bezeichneten Grenzen von 1921 gebeten, und nicht nur um eine Beseitigung der Ribbentrop-Molotow-Linie.«
Es war im Jahre 1942, als die Sowjetunion begann, gegenüber den Polen die eigenen Grenzvorstellungen zu präzisieren. Wir sind über diese ersten Vorschläge informiert durch den polnischen Beamten im Auswärtigen Dienst W. W. Kulski, der in einem Aufsatz in »Foreign Affairs«, Jahrgang 1946/47, schrieb: »Andererseits machte die Sowjetregierung die Erörterung der territorialen Frage für die Polen dadurch leichter, daß sie einen neuen Gedanken aufwarf: Entschädigung Polens im Westen auf Kosten Deutschlands . . . Schon im Dezember 1941 hatte Stalin Anthony Eden (damals britischer Kriegsminister, d. Verf.) gesagt, die deutsche militärische und wirtschaftliche Macht müsse zerschmettert werden, und in diesem Zusammenhange angeregt, Deutschland territorial, zum Beispiel durch die Angliederung von Ostpreußen an Polen, zu schwächen. Im Jahre 1942 sprachen die Sowjetvertreter oft den Polen

gegenüber von der Möglichkeit eines Einvernehmens durch Festlegung einer neuen Grenzlinie, die zwischen der Riga-Linie und den Grenzen von 1939 liegen sollte, mit einer Entschädigung Polens auf Kosten Deutschlands. Gewöhnlich fügten sie hinzu, daß sie jedes Ausmaß der Entschädigung unterstützen würden. Zu jener Zeit waren sie von dem Wunsch beseelt, die Polen über ihre Verluste im Osten zu beschwichtigen und gleichzeitig die Macht Nachkriegsdeutschlands zu vermindern.« Das Exilparlament in London, auch genannt Polnischer Nationalrat, konnte sich jedoch mit diesen Ideen vorerst nicht anfreunden. Es hielt an dem Ziel des Erhalts der Grenzen von Riga fest, wollte aber im Westen »zur Sicherheit seiner Grenzen« erhebliche deutsche Territorien hinzugewinnen.

Am 25. 4. 1943 brach die Sowjetunion die diplomatischen Beziehungen zur polnischen Exilregierung abrupt ab. Offizieller Grund war die Haltung Sikorskis in der Frage der ermordeten polnischen Offiziere von Katyn. Er forderte von den Sowjets Rechenschaft, denn er war von der Richtigkeit der Ergebnisse der internationalen Untersuchungskommissionen überzeugt. Sie hatte eindeutig die Sowjets als Täter entlarvt. Schon im Mai riefen die Sowjets einen »Bund polnischer Patrioten« in der Sowjetunion ins Leben. Er war aus Stalin ergebenen, zumeist der polnischen KP angehörigen Mitgliedern zusammengesetzt und wurde ab jetzt von den Sowjets als »wahrer Vertreter des polnischen Volkes« betrachtet. Nach Überschreiten der Curzon-Linie entwikkelte Stalin aus dieser Gruppe ein »Polnisches Nationales Befreiungskomitee«, das nach seinem späteren Tagungsort auch »Lubliner Komitee« genannt wurde. Mit

dieser völlig sowjethörigen Organisation schloß Stalin am 27. Juli 1944, wie es in der Präambel heißt, »im Geist der Freundschaft« einen Vertrag, dessen Hauptpassagen verdeutlichten, daß die Sowjets die Exilregierung in London in der Tat völlig abgeschrieben hatte:

»Auf dem vom Feind befreiten polnischen Gebiet soll das Polnische Komitee für die Nationale Befreiung

a) im Einklang mit den Gesetzen der Republik Polen seine Verwaltungsbehörden bilden und einsetzen und ihnen Anweisungen geben.

b) Anordnungen in bezug auf die weitere Organisation, Formierung und Rekrutierung der polnischen Armee durchführen . . .«

Stalin ging es augenscheinlich auch darum, daß möglichst noch viele polnische Soldaten in der Schlußphase des Krieges gegen Deutschland mitwirken sollten. Sowohl die polnische Exilregierung in London wie auch das Lubliner Komitee sind letztlich in der Grenzfrage gar nicht konsultiert worden. Die Sowjets setzten schrittweise ihre Konzeption durch. Stimmte sie mit den polnischen Gruppierungen jeweils überein, so war das in Ordnung, war keine Übereinstimmung zu erzielen, so war es ihnen gleichgültig.

Churchill hat sich zwar bemüht, die Londoner Exilregierung immer wieder ins Gespräch zu bringen und sich auch für sie eingesetzt, aber seine Bemühungen wurden von Stalin rigoros abgeblockt. In den Konferenzen der Siegermächte spielten die polnischen Wünsche nur eine Nebenrolle. Stalin war es, der diesen Verhandlungen seinen Stempel aufdrückte. Den westlichen Wünschen nach freien Wahlen in Polen nach Kriegsende widersetzte er sich ebenso wie anderen demokratischen Anliegen.

Auf drei Konferenzen in Teheran, Jalta und Potsdam wurde über den geplanten Umfang des polnischen Staates verhandelt. Dabei waren die Westmächte von dem Willen beseelt, das Bündnis mit der Sowjetunion nicht zu belasten. Außerdem ging es besonders Frankreich und England um eine territoriale Schwächung Deutschlands. Stalin forderte von Anfang an die Grenzen vom 22. Juni 1941, wobei er sich sinnigerweise auf die Atlantik-Charta berief, in der vom Selbstbestimmungsrecht der Völker die Rede ist. Manches deutet bei den Anfängen der Verhandlungen darauf hin, daß in Sowjetrußland schon vor Beginn des Krieges über eine Abtrennung Ostpreußens von Deutschland intensiv nachgedacht worden ist. Um Polen zu entschädigen, verhandelten jetzt auch die »Großen Drei« über die Abtrennung deutscher Gebiete. Die polnische Exilregierung in London war davon nicht begeistert. Deshalb spielte Stalin sie auch im Laufe der Verhandlungen immer wieder gegen das »Lubliner Komitee« aus, das – von Kommunisten geprägt – auf Gedeih und Verderb in seiner Hand lag. So wurde in Teheran auf Verlangen der Sowjets über die Curzon-Linie als zukünftige Ostgrenze Polens geredet. Einen Ausgleich für die verlorengehenden Gebiete sollte ihnen im Westen in ausreichendem Maße geboten werden.
Der amerikanische Präsident Franklin Daniel Roosevelt nahm in diesem Zusammenhang das unglaubwürdige Wort von einem Bevölkerungsaustausch auf freiwilliger Ebene in den Mund. Stalin fand das in Ordnung. Churchill hob hervor, daß die Grenzziehung eingehende Informationen erfordere und möglicherweise einige Zwangsumsiedlungen nicht vermieden werden könnten.

Nach Beendigung der Teheraner Konferenz legte Churchill dem Vorsitzenden der polnischen Exilregierung Mikolajczyk ein Fünf-Punkte-Programm vor, in dem er hinsichtlich des vorgesehenen Bevölkerungsaustausches über die dort besprochenen Vorstellungen hinausging. Es hieß darin u. a.:
». . . 3. Die polnischen Staatsbürger östlich der Curzon-Linie haben ein Optionsrecht; 4. Die gesamte deutsche Bevölkerung innerhalb der neuen Grenzen Polens muß aus Polen abwandern . . .«
Auf zusätzliche Fragen über notwendige Garantien der Großmächte für die Territorial- und Bevölkerungsfragen erhielt Mikolajczyk sowohl von Anthony Eden als von Roosevelt unzureichende Antworten. Offensichtlich hat Churchill, als er den Teheraner Vorschlag veränderte, im Auge gehabt, die polnische Exilregierung in London zur Annahme der Curzon-Linie zu bewegen und sie vor den Sowjets damit als verhandlungswürdigen Partner dastehen zu lassen.
Wenig später verhandelte Mikolajczyk in den USA mit dem amerikanischen Präsidenten über Grenzfragen. Der damalige polnische Botschafter in den USA, Jan Ciechanowski, berichtet in seinem Buch »Vergeblicher Sieg« über diese Unterredung: ». . . Mikolajczyk antwortete, im allgemeinen wäre er, was Schlesien und die westlichen Gebiete betraf, der Ansicht, daß solche deutschen Gebiete, in denen noch ein hoher Prozentsatz polnischer Bevölkerung lebte, wieder Polen einverleibt werden sollten. Dies träfe bestimmt auch für Schlesien zu. Doch es gäbe noch einen weiteren wichtigen Grund, weshalb Schlesien an Polen fallen müßte, nämlich: um die Deutschen an der Vorbereitung neuer Kriege zu hin-

dern, was in der Vergangenheit durch die hochentwikkelte Industrie Schlesiens sehr erleichtert worden wäre. Andererseits aber, fügte Mikolajczyk hinzu, wäre er ganz entschieden gegen eine übertriebene Ausdehnung Polens nach Westen hin, da dies Polen nur mit einer starken deutschen Minderheit belasten würde. Zudem hätte die Erfahrung die Polen gelehrt, daß das englische und amerikanische Volk rasch wieder vergäße, was eigentlich durch Deutschland verkörpert wird, und daß sie nach der Niederlage der deutschen nur allzu schnell zum Mitleid mit ihnen bereit sein würden. Der Präsident war mit Mikolajczyk einverstanden . . .«

Während sich die Verhandlungen dahinzogen, ohne daß ein Ergebnis näher kam, hatte die Sowjetarmee Ende Juli 1944 bereits die russisch-polnische Vorkriegsgrenze überschritten. Von dieser staatsrechtlich immerhin sehr bedeutenden Tatsache nahm während des Krieges kaum jemand Notiz. Um dem Lubliner Komitee, das gleichzeitig die Curzon-Linie als neue Ostgrenze gegenüber den Sowjets bestätigt hatte, einen Riegel vorzuschieben, reiste Mikolajczyk kurz hintereinander zweimal nach Moskau. Anläßlich seiner zweiten Reise besprach er mit der Diplomatie Stalins auch die nach seiner Meinung notwendige Ausweisung der Deutschen aus den vorgesehenen neuen polnischen Westgebieten. Zu einer Bestätigung der Curzon-Linie war er jedoch nicht bereit.

Aus Churchills großer Unterhausrede vom 15. Dezember 1944 geht hervor, daß damals die Verhandlungen schon etwas weiter gediehen waren, denn er sprach bereits von einem fest geplanten russisch-polnischen Bevölkerungsaustausch. Über die ebenfalls nach seiner

Meinung notwendig werdende Austreibung der Deutschen aus ihren Ostgebieten formulierte der englische Premier: »Denn die Vertreibung ist, soweit wir in der Lage sind, es zu übersehen, das befriedigendste und dauerhafteste Mittel. Es wird keine Mischung der Bevölkerung geben, wodurch endlose Unannehmlichkeiten entstehen, wie zum Beispiel im Fall Elsaß-Lothringen. Mich beunruhigt die Aussicht des Bevölkerungsaustauschs ebensowenig wie die großen Umsiedlungen, die unter den modernen Bedingungen viel leichter möglich sind als je zuvor.« Als Beispiel führte Churchill dann den seiner Meinung nach geglückten Bevölkerungsaustausch zwischen Griechenland und derTürkei an, um erneut auf die Frage der Austreibung der Deutschen aus ihren Ostgebieten einzugehen: »Ich sehe nicht ein, warum in Deutschland kein Platz für die Bevölkerung Ostpreußens und der anderen von mir erwähnten Gebiete sein sollte. Schließlich wurden bereits sechs bis sieben Millionen Deutsche in diesem schrecklichen Krieg getötet, in dem sie zum zweiten Mal in einer Generation Europa ohne Zaudern gestürzt haben. Gegenwärtig, heißt es, würden zehn bis zwölf Millionen Gefangene in Deutschland als Sklaven gehalten ... Überdies ist zu erwarten, daß noch mehr Deutsche in den Kämpfen des kommenden Frühjahrs und Sommers getötet werden.« Wo die Grenze genau verlaufen sollte, darüber gab aber auch Churchill keine Auskunft. Diskutiert wurde sie jedoch bereits lange vorher. Überliefert ist u.a. eine Äußerung von Edward Boleslaw Osobka-Morawski, dem Vorsitzenden des »Polnischen Komitees für nationale Befreiung«, der am 28. August 1944 laut »Manchester Guardian« vom 30. August diese Meinung äußerte:

»Wir wollen keine deutsche Minderheit haben. Wenn wir Ostpreußen übernehmen, wird die Rote Armee hoffentlich alle erwachsenen Deutschen zu Wiederaufbauarbeiten ins Innere Rußlands geschickt haben, so daß wir niemand mehr vorfinden. Den deutschen Frauen und Kindern werden wir nicht antun, was die Deutschen mit unseren Frauen und Kindern getan haben, aber wir werden ihnen nicht erlauben, zu bleiben.« Die künftige Westgrenze Polens werde der Neiße in Deutsch-Schlesien (damit konnte nur die Glatzer Neiße gemeint sein, d. Verf.) bis zur Oder folgen und dann westlich bis Stettin gehen. »Dies«, so folgerte der Redner, »wird eine gute strategische Grenze sein und uns mit der Tschechoslowakei in Berührung bringen.«
Churchills zitierte Rede wurde im Unterhaus nicht nur mit Begeisterung aufgenommen. Der Abgeordnete Raikes warnte: ». . . Aber ist sich das Haus ganz im klaren darüber, was es bedeutet, vier Millionen Polen östlich der Curzon-Linie aus ihren Häusern geschleppt, in denen sie seit Generationen gelebt haben, vier Millionen Ukrainer genötigt, russische Bürger zu werden, ob sie es wollen oder nicht, und fünf Millionen Deutsche wiederum gezwungen, ihre Heimat zu verlassen und nach Westdeutschland zu gehen? . . .«
Und Unterhaus-Mitglied Pethick Lawrence hielt dem Parlament vor Augen: »Ich glaube nicht, daß wir mit Gebieten und Menschenmassen von solchen Ausmaßen herumspielen können, ohne sehr große Gefahren einzugehen. Ob wir nun ein großes Stück deutschen Gebietes mit der deutschen Bevölkerung Polen einverleiben oder ob wir ihm das Gebiet übertragen und die Deutschen daraus entfernen – wir schaffen für die Zukunft eine Si-

tuation, die weder für Polen noch für die Welt zum Frieden führen wird. Ich behaupte nicht, daß es für uns keine Möglichkeiten gibt, mit der Schwierigkeit des Danziger Korridors fertigzuwerden. Vielleicht müssen wir von Deutschland den Teil wegnehmen, der den Korridor erforderlich machte, aber ich glaube nicht, daß wir die Polen ermutigen, und noch weniger, daß wir sie zwingen sollten, deutsches Gebiet zu nehmen, das für die Zwecke, an die wir denken, nicht absolut notwendig ist. Wenn wir die Polen zu einer weiten Ausdehnung nach Westen auf Kosten Deutschlands ermutigen, säen wir die Saat schwerer Gewalt für die Zukunft der Welt.«
Als die drei Staatschefs der Sowjetunion, der USA und Großbritanniens am 2. Februar 1945 in Jalta zu ihrer nächsten großen Konferenz zusammenkamen, hatten die Sowjets – bis auf einige Brückenköpfe – schon ganz Ostpreußen besetzt. Die Soldaten Stalins standen an der Weichselmündung, und große Teile Schlesiens und fast ganz Ostbrandenburg waren bereits von ihnen besetzt. Stalin war auf der Höhe seiner Macht und kurz vor dem großen Triumph! Sein Außenminister Molotow legte den sowjetischen Standpunkt in Form einer Beschlußvorlage wie folgt vor:

1. Es wurde vereinbart, daß die Curzon-Linie mit einer Abweichung von fünf bis acht Kilometern an einigen Stellen zugunsten Polens die polnische Ostgrenze sein soll.
2. Es wurde entschieden, daß die westliche Grenze Polens von Stettin (polnisch) nach Süden entlang der Oder und weiter entlang der (westlichen) Neiße verlaufen soll.
3. Es würde als wünschenswert betrachtet, zu der provisorischen polnischen Regierung einige demokratische Führer aus polnischen Emigrantenkreisen hinzuzufü-



Februar 1945: Die »Großen Drei« – Churchill, Roosevelt und Stalin – in Jalta. Im Protokoll wurde festgelegt, Polen für seine Gebietsverluste im Osten im Westen zu entschädigen.

gen. Churchill antwortete, daß er grundsätzlich mit dieser Linie übereinstimme, allerdings »solle man die polnische Gans nicht mehr füttern, als sie verdauen könne«. Zwar sei ein beträchtlicher Teil der britischen Öffentlichkeit über die geplanten Umsiedlungen schokkiert, aber sechs Millionen Deutsche könnten schon bewältigt werden. Käme aber das gesamte Gebiet bis zur westlichen Neiße an Polen, so könnten seiner Meinung nach erhebliche Probleme entstehen.
Laut »Foreign Relations of the United States. Diplomatic Papers. The Conferences of Malta and Yalta 1945. Department of State Publications 6199 (Washington 1955)« beruhigte Stalin Churchill mit den Worten, daß der größte Teil der Deutschen bereits vor der Roten Armee geflohen sei.
Die Verhandlungen wogten hin und her. Die USA brachten einen Gegenvorschlag ein, der die sowjetischen Forderungen grundsätzlich ablehnte. Ein britischer Kompromiß wollte den sogenannten »Oppelner Bezirk«, womit an das Abstimmungsgebiet nach dem Ersten Weltkrieg gedacht war, den Polen zuschanzen. Schon war Roosevelt bereit, Stalin nachzugeben, aber Vertraute wiesen ihn auf jene Grenzen hin, welche die Verfassung auch den Befugnissen eines amerikanischen Präsidenten setzt. Churchill wiederum deutete auch ein Nachgeben an, wenn Stalin ein freies und unabhängiges Polen garantiere. Stalin warf in diesem Zusammenhang in die Debatte, Mikolajczyk habe anläßlich seiner Anwesenheit im Oktober in Moskau mit Genugtuung seinen Grenzvorstellungen zugestimmt. Das war jedoch eine glatte Lüge!
Schließlich einigten sich die Konferenzteilnehmer auf Formulierungen, welche das Problem vertagten: »Die

drei Regierungen sind der Ansicht, daß die östliche Grenze Polens der Curzon-Linie folgen sollte, mit Abweichungen von fünf bis acht Kilometern in gewissen Gebieten zugunsten Polens. Sie anerkennen, daß Polen beträchtlichen Gebietszuwachs im Norden und Westen erhalten muß. Sie sind der Meinung, daß die Ansicht der neuen Polnischen Provisorischen Regierung der Nationalen Einheit über den Umfang dieses Zuwachses zu gegebener Zeit einzuholen ist und daß die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens danach bis zur Friedenskonferenz zurückzustellen ist.«
Am 21. April 1944 schloß Stalin mit Osobka-Morawski und seiner »Regierung« einen »Vertrag über Freundschaft, gegenseitigen Beistand und Zusammenarbeit nach dem Kriege«, und in einer nachfolgenden Rede vor dem Nationalrat betonte dieser Mann, der sich als Anhängsel Stalins bewegte: ». . . Die wiedergewonnenen alten polnischen Westgebiete sollten der polnischen Kultur zurückgegeben werden, und die Spuren ihrer jahrhundertelangen Germanisierung sollten verschwinden.«
Schon während der Konferenz von Jalta genehmigte Stalin den Aufbau polnischer Verwaltungsstellen in den eroberten deutschen Gebieten. Die Polen dehnten ganz schnell ihre Herrschaft in den deutschen Ostgebieten aus. Eine sogenannte Studiengruppe der Lubliner »Kommission für die Westgebiete« forderte jetzt bereits die Errichtung polnischer Behörden bis zu 50 Kilometer westlich (!) der Oder in Brandenburg und Vorpommern, wahrscheinlich um durch solche Maximalforderungen das eigentliche Ziel, die Oder-Neiße-Grenze, durchzusetzen. Noch hatte die Rote Armee nicht das

ganze Gebiet völlig unter Kontrolle, da verfügte die polnische Regierung, der jedwede Legitimation fehlte, bereits die Bildung der vier neuen Wojewodschaften Masuren, Niederschlesien, Oberschlesien und Pommern. Wenige Tage später, nach der Einnahme Danzigs durch die Rote Armee, wurde eine fünfte Wojewodschaft Gdańsk ins Leben gerufen. Am 24. Mai richteten die Polen folgerichtig ein »Ministerium für die wiedergewonnenen Gebiete« ein.

Westlichen Vorhaltungen und zaghaften Einwänden gegen die sowjetische Politik begegnete Stalin mit der Lüge, daß kein einziger Deutscher mehr in dem Gebiet sei, das Polen erhalten solle. Da weder deutsche Bevölkerung noch Arbeitskraft hier vorhanden seien, müsse der Aufbau polnischer Verwaltungen als notwendige Konsequenz angesehen werden. Tatsache war, daß viele Deutsche vom schnellen Vormarsch der Roten Armee so überrascht wurden, daß ihnen die Flucht nicht mehr möglich war; daß die Menschen in den Trecks, die von der Sowjetarmee eingeholt oder gar überrollt wurden, soweit sie die Zusammenstöße überlebten, zumeist in die Heimat zurückstrebten. Tatsache war auch, daß unmittelbar nach Kriegsende weit über eine Million Menschen in ihre ostdeutsche Heimat zurückgingen, obwohl sie wußten, daß sie dort nur Elend, Verzweiflung und Verfolgung erwarteten. Die polnische Verwaltung versuchte deshalb zum Beispiel in Schlesien, durch Abriegelung der Neiße-Brücken den Rückstrom von Deutschen zu bremsen, aber trotzdem kehrten über eine Million Deutsche in diesen Wochen in ihre schlesische Heimat zurück. Als die Potsdamer Konferenz begann, lebten, wie der amerikanische Historiker Zoltan M. Szaz in

seinem Buch »Germany's Eastern Frontiers« 1958 feststellte, noch rund 5650000 Deutsche in den Ostgebieten. Stalin und Osóbka-Morawski haben dagegen mit weit niedrigeren Zahlen die Westmächte von der Richtigkeit und Notwendigkeit der sowjetischen und polnischen Eingriffe zu überzeugen versucht.

Als am 17. Juli 1945 die »Großen Drei« in Potsdam wieder zusammensaßen, war Roosevelt verstorben, und Churchill wurde mitten in den Verhandlungen am 27. Juli durch seinen Nachfolger Clemens Attlee ersetzt. Schon am Anfang der Konferenz gab es erhebliche Probleme zwischen den Westmächten und Stalin um die Frage, was denn eigentlich Deutschland sei, bis man sich schließlich auf einen Deutschland-Begriff in den Grenzen von 1937 einigte. Stalin höchstpersönlich erläuterte danach seinen Verhandlungspartnern, daß er die Gebiete östlich von Oder und Neiße bereits an die Polen übergeben habe, um, wie er sich ausdrückte, »die notwendigen Regierungsaufgaben zu übernehmen«. Diese Regelung sei auch nicht rückgängig zu machen, denn alle Deutschen seien geflohen. Wörtlich heißt es in den Protokollen: ». . . in dem Raum . . . befinde sich kein einziger Deutscher mehr«. Als die Westmächte auf die Vereinbarungen von Teheran und Jalta hinwiesen, hörte Stalin zwar gut zu, war aber zu keiner Änderung zu bewegen. Churchill und sein Nachfolger Attlee waren erschrocken über diese kalte und unnachgiebige Haltung Stalins. Sie argumentierten kräftig gegen das weitere Vorrücken Polens in Richtung Westen, ohne aber Gehör zu finden. Der neue amerikanische Präsident Harry S. Truman hingegen arbeitete sich damals gerade in die Zusammenhänge der amerikanischen Au-

ßenpolitik ein. Zwar zeigte er sich nicht als ausdrücklicher Befürworter der prosowjetischen Politik seines Vorgängers, aber mitten im noch anhaltenden Rausch des Sieges war er fern von jedem Willen, ausgerechnet jetzt die Kriegskoalition platzen zu lassen. Unbeachtet gelassen hatte Truman auch einen Brief des – leider sehr verspäteten – »Propheten« Churchill vom 4. Juni, in dem es hieß:

»Ich betrachte den Rückzug der amerikanischen Armee auf unsere Besatzungslinie im Mittelabschnitt mit tiefer Besorgnis, weil damit die Sowjetmacht in das Herz Westeuropas eingelassen und das Niedergehen eines Eisernen Vorhangs zwischen uns und allem, was östlich liegt, ermöglicht wird. Ich hatte gehofft, daß dieser Rückzug, wenn er erfolgen muß, von einer Regelung vieler großer Angelegenheiten begleitet sein würde und damit ein echtes Fundament des Weltfriedens werden könnte.«

Truman aber befürchtete, wenn er Bedingungen für den Rückzug seiner Truppen in die vereinbarten Räume setzen würde, daß die Beziehungen mit Sowjetrußland belastet werden könnten, und so gab er den Befehl zum amerikanischen Rückzug aus den Gebieten Mecklenburgs, Thüringens und Sachsens schon für den 21. Juni 1945. Im Potsdamer Abkommen finden die drei Mächte schließlich in bezug auf die deutschen Ostgebiete in den Abschnitten VI, IX und XIII folgende Formulierungen:

»VI. Die Konferenz prüfte den Vorschlag der Sowjetregierung, daß vorbehaltlich der endgültigen Bestimmungen der territorialen Fragen bei der Friedensregelung derjenige Abschnitt der Westgrenze der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, der an die Ostsee grenzt, von einem Punkt an der östlichen Küste der

Danziger Bucht in östlicher Richtung nördlich von Braunsberg – Goldap und von da zu dem Schnittpunkt der Grenzen Litauens, der Polnischen Republik und Ostpreußens verlaufen soll. Die Konferenz hat grundsätzlich dem Vorschlag der Sowjetregierung hinsichtlich der endgültigen Übergabe der Stadt Königsberg und des anliegenden Gebietes an die Sowjetunion gemäß der obigen Beschreibung zugestimmt, wobei der genaue Grenzverlauf einer sachverständigen Prüfung vorbehalten bleibt. Der Präsident der USA und der britische Premierminister haben erklärt, daß sie den Vorschlag der Konferenz bei der bevorstehenden Friedensregelung unterstützen werden.«
Da diese Friedenskonferenz nie zustande kam, konnten die Sowjets also mit der Billigung der USA und Englands das nördliche Ostpreußen okkupieren. Daß eine sachverständige Prüfung des Verlaufs nicht stattfand, kann jeder Reisende an der Grenze zwischen Polen und Rußland eindrucksvoll verfolgen. Hier wurde nach reinster Willkür gehandelt!
In bezug auf die anderen deutschen Gebiete heißt es: »IX. . . . Die Häupter der drei Regierungen bekräftigen ihre Auffassung, daß die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens bis zu der Friedenskonferenz zurückgestellt werden soll. Die Häupter der drei Regierungen stimmen überein, daß bis zur endgültigen Festlegung der Westgrenze Polens die früher deutschen Gebiete östlich der Linie, die von der Ostsee unmittelbar westlich Swinemünde und von dort die Oder entlang bis zur Einmündung der westlichen Neiße und die westliche Neiße entlang bis zur tschechoslowakischen Grenze verläuft, einschließlich des Teiles Ostpreußens, der nicht unter

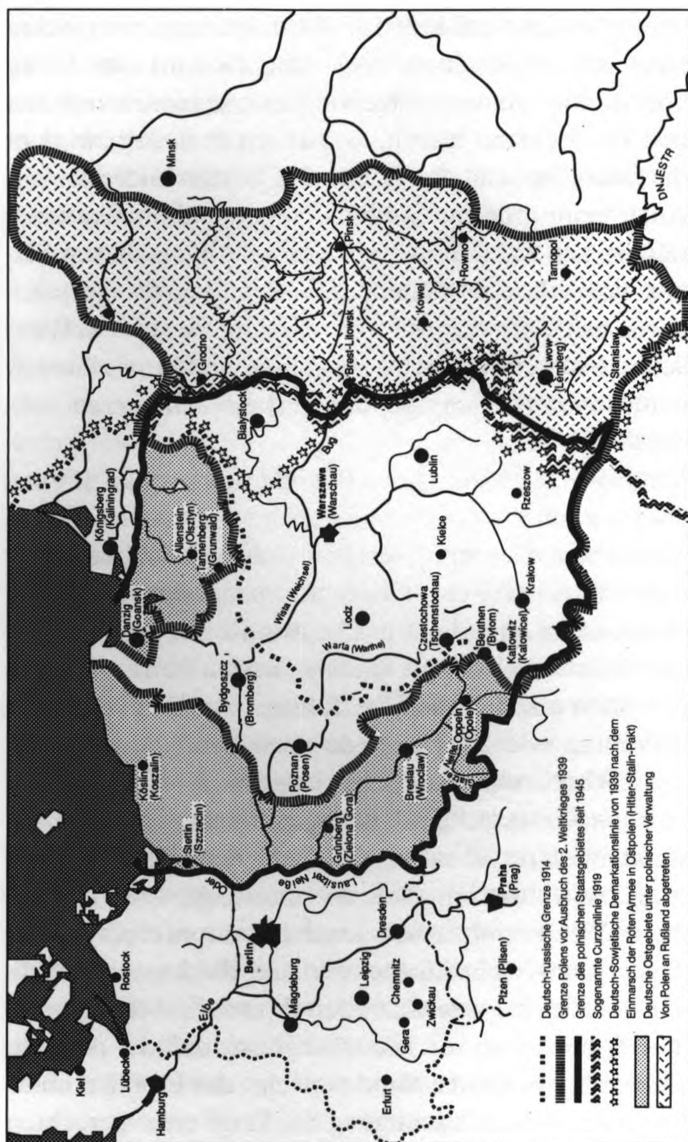
die Verwaltung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken ... gestellt wird, und einschließlich des Gebietes der früheren Freien Stadt Danzig unter die Verwaltung des polnischen Staates kommen und in dieser Hinsicht nicht als Teil der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland betrachtet werden sollen.«
Die von der UdSSR und Polen nach dem Zweiten Weltkrieg ständig betonte Endgültigkeit der Grenzfestlegungen von Potsdam läßt sich aus den Protokollen dieser Konferenz also beim besten Willen nicht herauslesen. Auf der anderen Seite hatte Stalin Fakten geschaffen, denen sich die beiden Westalliierten, offensichtlich nur, um ihr Gesicht zu wahren, entgegenstellten. Es gibt nirgends Äußerungen oder Dokumente, welche darauf hinweisen, daß die USA oder Großbritannien ernsthaft versuchten, die von den Sowjets geschaffenen Tatsachen mehr als nur rhetorisch in Frage zu stellen.
Im Gegenteil, Harry S. Truman formulierte in einer großen Rundfunkrede vom 9. August 1945 vor aller Welt: »Ein Abkommen über eine gewisse Linie – wenn auch nur provisorisch – war notwendig, um das neue Polen in die Lage zu versetzen, sich selbst zu organisieren, und um die raschere Zurücknahme der Streitkräfte zu gestatten, die es von Deutschen befreit hatten. Im Gebiet östlich der Curzon-Linie gibt es mehr als drei Millionen Polen, die nach Polen zurückgeschickt werden sollen. Sie brauchen Raum zur Niederlassung. Das neue Gebiet im Westen war früher von Deutschen bevölkert. Aber die meisten von ihnen sind bereits angesichts der vordringenden Sowjetarmeen fortgegangen. Es wurde uns mitgeteilt, daß dort nur ungefähr anderthalb Millionen zurückgeblieben seien. Das von Polen zu verwal-

tende Gebiet wird Polen in die Lage versetzen, seine Bevölkerung besser zu versorgen. Es wird eine kurze und leichter zu verteidigende Grenze zwischen Polen und Deutschland bieten. Von Polen besiedelt, wird es die Grundlage für eine homogene Nation bilden.«

Auch beim größten Wohlwollen gegenüber dem amerikanischen Präsidenten wird niemand aus diesen Sätzen herauslesen können, daß der Begriff »provisorisch« ernst gemeint war. Er war eine Floskel. In Wirklichkeit hatten die USA die stalinschen Vorstellungen bereits – wenn auch mit einigen Bauchschmerzen – akzeptiert.

Über die Austreibung der Bevölkerung wurde in Potsdam vereinbart:

»XIII. Die Konferenz erzielte folgendes Abkommen über die Ausweisung Deutscher aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn. Die drei Regierungen haben die Frage unter allen Gesichtspunkten betrachtet und erkennen an, daß die Überführung der deutschen Bevölkerung oder Bestandteile derselben, die in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn zurückgeblieben sind, nach Deutschland durchgeführt werden muß. Sie stimmen darin überein, daß jede derartige Überführung, die stattfinden wird, in ordnungsgemäßer und humaner Weise erfolgen soll. Da der Zustrom einer großen Zahl Deutscher nach Deutschland die Lasten vergrößern würde, die bereits auf den Besatzungsbehörden ruhen, halten sie es für wünschenswert, daß der Alliierte Kontrollrat in Deutschland zunächst das Problem unter besonderer Berücksichtigung der Frage einer gerechten Verteilung dieser Deutschen auf die einzelnen Besatzungszonen prüfen soll.«



Die »Westverschiebung« Polens wird aus dieser Karte besonders gut sichtbar (Zeichnung Daniel Dienst).

Dieser »humane« Weg der »Überführung« von Deutschen kostete mehr als zwei Millionen Menschen das Leben. Churchill war wohl etwas erschreckt über das Ergebnis, das auch auf seine eigenen Leistungen zurückzuführen war, als er am 16. August im britischen Unterhaus einräumte: »Ich muß meine Meinung zu Protokoll bringen, daß die provisorische Westgrenze, die Polen zugebilligt worden ist, und die ein Viertel des pflügbaren Landes von Deutschland in sich schließt, keine gute Vorbedeutung für die Zukunft Europas hat. ... Hier ist, glaube ich, ein Fehler gemacht worden, wobei die provisorische polnische Regierung ein hitziger Verhandlungspartner gewesen ist, indem sie weit über das hinausging, was Notwendigkeit und Gleichwertigkeit erfordern. Es gibt wenige Tugenden, die die Polen nicht besitzen, aber auch wenige Fehler, die die Polen nicht gemacht haben.« Und daß Churchill und die Siegermächte des Westens damals auch schon eindeutige Kunde von den Tragödien hatten, die sich unter der deutschen Bevölkerung im Osten abspielten, zeigen folgende Worte des Ex-Premiers aus der gleichen Rede: »Es ist nicht unmöglich, daß sich hinter dem Eisernen Vorhang, der gegenwärtig Europa in zwei Hälften teilt, eine Tragödie unvorstellbaren Ausmaßes abspielt.«
Nicht nur die Sowjetunion und Polen betrachteten das Potsdamer Abkommen als endgültig. Es hat auch von westlicher Seite nicht den Versuch eines Anstoßes gegeben, das Thema noch einmal ernsthaft aufzuwerfen.
Sowjets und Polen einigten sich am 16. 8. 1945 auch in bezug auf die polnische Ostgrenze. Einen Tag später wurde in Moskau ein Abkommen unterzeichnet, das die neue sowjetisch-polnische Grenze im Zuge der Curzon-

Linie festschrieb, mit kleinen, territorial unbedeutenden Korrekturen zugunsten Polens. Damit mußte Polen die nach dem Ersten Weltkrieg mit Waffengewalt eroberten Gebiete, die ihm im Vertrag von Riga völkerrechtlich übereignet worden waren, wieder abgeben. Sie waren in erster Linie litauisch, weißruthenisch und ukrainisch besiedelt gewesen. Ihre Koffer packen mußten jetzt zahllose polnische Familien, die entweder vor dem Ersten Weltkrieg hier schon gelebt hatten oder nach der Eroberung hier gesiedelt hatten.
Stalin hatte im Zweiten Weltkrieg etliche große militärische Siege gegen Deutschland verbuchen können, aber dieser diplomatische Triumph war sein größter!
Mit Billigung der Westmächte – zumindest aber ihrer Duldung – hatte er das eigene Staatsterritorium erheblich vergrößern und mit Königsberg einen bedeutenden, im Winter zumeist eisfreien Ostseehafen und die angrenzenden Gebiete gewinnen können. Er hatte die Verluste des Ersten Weltkrieges wettgemacht, Polen zu einem Anhängsel seiner Politik degradiert und es durch die »Entschädigung« mit deutschen Ostgebieten auf Gedeih und Verderb mit der Sowjetunion verbunden. Er hatte mit Mitteldeutschland bedeutendste Zentren der deutschen Volkswirtschaft in seiner Besatzungszone übernommen und für sich arbeiten lassen können. Aus der SBZ schuf er schließlich 1949 ebenfalls einen Satellitenstaat, so daß die Sowjetunion ihre Einflüsse bis nach Westeuropa ausdehnen konnte. Wenn außerdem bedacht wird, daß auch Rumänien, Bulgarien, Ungarn, die Tschechoslowakei und Jugoslawien sich dem Sowjetkommunismus beugen mußten, daß die Japaner Südsachalin und die Kurilen an Stalins Sowjetrepublik auslie-



Josef Wissarionowitsch Dschugaschwili, genannt Stalin (1879–1953) – der sowjetische Diktator überspielte in den Konferenzen von Teheran, Jalta und Potsdam seine Verbündeten und setzte die »Westverschiebung« Polens durch.

fern mußten, den Chinesen das Gebiet um Tannu-Tuwa abgenommen wurde und auch die Annexionen von Estland, Lettland und Litauen erfolgreich beendet werden konnten, schließlich auch noch Finnland von 41000 Quadratkilometern »befreit« wurde, dann kann mit Fug und Recht gesagt werden, Stalin war nicht nur der größte Imperialist nach dem Ersten Weltkrieg in diesem Jahrhundert, sondern auch der eigentliche Sieger des Zweiten Weltkrieges.

Wenn wir heute auf diese Zeit zurückschauen, sind wir erstaunt, daß bei der Frage der Ausweisung der Bevölkerung ganzer Landstriche völkerrechtliche Fragen kaum eine Rolle spielten. Auch für Churchill waren nicht etwa völkerrechtliche Fragen entscheidend in bezug auf die Vertreibung, sondern er hatte eher Bedenken, daß die Besatzungsbehörden den Problemen nicht gewachsen sein könnten. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker blieb in den Händen der Siegermächte, obwohl sie sich von Fall zu Fall darauf beriefen, ein Instrument des Eigennutzes. Wie hatte es doch in der Atlantik-Charta, die am 24. September 1941 auch von Sowjetrußland und der polnischen Exilregierung unterzeichnet worden war, geheißen? »Ihre Länder suchen keine territorialen oder sonstigen Vergrößerungen, sie wünschen nicht, daß territoriale Veränderungen zustandekommen, die nicht mit den frei geäußerten Wünschen der betroffenen Völker übereinstimmen.«

Stalin hatte in dem ihm eigenen Selbstbewußtsein schon vor der Unterschrift unter die Atlantik-Charta verdeutlicht, daß er nur unter dem Vorbehalt unterschreiben wolle, daß für Sowjetrußland die Grenzen vom 21. Juni 1941 gültig seien. Niemand hatte in den USA oder

Großbritannien dagegen einen Einwand! Im Vordergrund stand das gemeinsame Ziel der Niederringung der Achsenmächte, dem sich alle anderen Faktoren – auch das Völkerrecht – unterzuordnen hatten.

Die Katastrophe der Vertreibung

Als sich zu Ende des Zweiten Weltkrieges die Heere Sowjetrußlands in den deutschen Osten ergossen, folgte eine Orgie von Mord, Vergewaltigung und Raub, wie sie die Weltgeschichte bis dahin noch nie verzeichnet hat. Die Mordaufrufe eines Ilja Ehrenburg hatten viele sowjetische Einheiten so aufgeputscht, daß sie buchstäblich außer Kontrolle gerieten und sich ganze Einheiten plündernd und vergewaltigend für Wochen beinahe aus dem Kriege verabschiedeten und auch von den Offizieren nicht mehr in den Griff zu bekommen waren. Selbst deutsche Kommunisten, die den Sowjets, rote Fahnen schwenkend, als Befreier entgegenliefen, wurden oft sofort niedergestreckt.

Mit den Sowjets oder wenige Tage später hinter ihren Trossen kamen bereits Polen, um von den Ländern Besitz zu ergreifen. Und so sehr Sowjetrussen und Polen einander haßten – wenn es darum ging, die Deutschen zu schädigen, fanden sie sich zusammen. Während der Gegensatz zu den Russen sich nach der Eroberung langsam abbaute, steigerte er sich gegenüber den Polen, die jetzt unter dem Schutz der Sowjetarmee schrittweise die Austreibung vorbereiteten und vollzogen.

Glück hatten Menschen wie E. B. aus dem Kreise Preußisch Holland, dem es wie folgt erging:

»Der Sommer kam, nichts änderte sich. Es hieß, sofern die Ernte eingebracht ist, werdet ihr abtransportiert. Welche Ernte? Die Felder lagen brach, nur um die Häuser herum wurden etwas Kartoffeln und Getreide angebaut für den eigenen Bedarf. Das UNRRA-Getreide, das zur Saat geliefert wurde, wurde von den polnischen

Bauern zum größten Teil zu Schnaps gebrannt oder verbacken. Nur längs der Straßen wurde geackert, sinnlos, in zu später Jahreszeit; eventuell kontrollierende Kommissionen sollten den Eindruck haben, alles wäre unter Kultur, überall würde gearbeitet, wie man mir sagte.
Die Polen überboten sich beinahe an Gehässigkeit uns gegenüber, vornehmlich die Frauen, jeden Tag Verleumdungen, Beschimpfungen, Schikanen. In dieser Zeit wurde ich auch wegen Spionage verhaftet, ebenso meine älteste Tochter, neun Jahre. Es war uns strengstens verboten, irgendwelche Bücher oder sonst etwas Schriftliches zu besitzen; man entdeckte bei mir alte Kochbücher und einige Seiten aus einem Volksschulatlas, was die Kinder gefunden hatten. Die Verhöre waren furchtbar, schlimmer noch die Angst um die Kinder. Da ich Arbeit hatte, kam ich nicht ins Lager, sondern wurde bald freigelassen.
Plötzlich wurden alle Deutschen aus polnischen Diensten entlassen, wir standen wieder vor einem Winter. Ohne Arbeit, ohne Brot, ohne Brand, ohne warme Kleidung. Da gab uns der polnische Bürgermeister frei, auf eigene Gefahr hin zu versuchen, das Sammellager Stettin zu erreichen. Vielen glückte es, auch mir, vielen mißlang der Versuch, sie kamen zurück ins Arbeitslager.«
Grundsätzlich verband sich mit der Vertreibung nicht nur die Gefahr an Leib und Leben, sondern auch der Verlust aller Habe. Der Kaufmann Paul Rehaag aus dem ostpreußischen Sensburg erinnert sich:
»Am 15. September 1945 mußten alle Straßen westlich der Königsberger/Warschauer Straße plötzlich geräumt werden. Polnische Miliz gab eine Stunde Frist, nur

Handgepäck durfte mitgenommen werden, und in einem langen Elendstreck ging es in Begleitung polnischer Miliz nach Seehesten. Ich durfte mit meiner Familie auf Grund meines Ausweises zurückbleiben. Alle Stadteingänge wurden bewacht, und es konnte niemand in die Stadt hinein noch heraus. Gleich nach dem Abzug des Trecks wurden große polnische Kommandos zusammengestellt, und alles, was in den so freigemachten Wohnungen vorgefunden wurde, wurde in die Sammelmagazine zusammengefahren. Nach etwa sechs Tagen war dieses beendet, und dann kamen die Sensburger allmählich zurück, um vor ganz leeren Räumen zu stehen.
Die polnische Verwaltung und Miliz hat so die meisten um ihre letzte Habe gebracht. Es setzte nun die große Auswanderung ein, nachdem Ende September Herr Superintendent Matern, Kaplan Woelke und Prediger Pelzer ausgewiesen wurden.«
Anfangs wurde unsystematisch geplündert, wobei bei den Polen manche Enttäuschung aufkam, weil die Russen schon vor ihnen zumeist alles Wertvolle weggeschleppt hatten. Später versuchte die polnische Regierung von sowjetischen Gnaden, Linie in die Plünderungen zu bekommen. Der Staat wurde sozusagen zum Oberplünderer ernannt, wobei der Regierung vorschwebte, insbesondere den aus dem Osten »Zuwandernden«, sprich den aus den von den Russen übernommenen Gebieten ausgetriebenen Polen, sofort eine neue materielle Existenz auf Kosten der Deutschen zu verschaffen:
»Runderlaß Nr. 5 des Ministeriums für die Wiedergewonnenen Gebiete

Liquidations-Departement, L. Nr. 2489/425/IV/46 vom 14. Februar 1946
betreffend die Sicherstellung des ehemals deutschen Vermögens
Dz. U. M. Z. O. Nr. 1, Pos. 10.
An alle Bezirks-Bevollmächtigten
der Regierung (Wojewoden) in den Wiedergewonnenen Gebieten.

Das Ministerium für die Wiedergewonnenen Gebiete hat begonnen, die Beschlüsse des Alliierten Kontrollrates in Berlin betr. die Ermöglichung der Rückkehr der deutschen Bevölkerung ins Reich zu verwirklichen. Da es oftmals unmöglich sein wird, die von den Deutschen geräumten Höfe und Wohnungen sofort mit polnischen Ansiedlern zu besetzen, ist die entsprechende Sicherstellung des zurückgelassenen beweglichen wie auch unbeweglichen ehemals deutschen Vermögens von erstrangiger Bedeutung.

Zu diesem Zweck ordnet das Ministerium für die Wiedergewonnenen Gebiete folgendes an:

1. Das zurückgelassene, ehemals deutsche bewegliche und unbewegliche Vermögen muß unverzüglich nach der Entfernung der Deutschen derart sichergestellt werden, daß eine auch noch so geringe Minderung durch Diebstahl oder Zerstörung unmöglich ist.
2. Um Wohnungseinrichtungen weitestgehend zu sichern, sind die in den Wohnungen befindlichen beweglichen Sachen in die Magazine der Vorläufigen Staatlichen Verwaltung abzutransportieren; falls dies nicht möglich ist, sind diese Gegenstände mit Hilfe der Deutschen möglichst in ein von den Deutschen geräumtes Gebäude zusammenzutragen, das versiegelt und von ei-



Glücklich konnte sich schätzen, wer die Vertreibung mit mehr als Handgepäck überlebte, wie diese schlesischen Vertriebenen.

nem ständigen Posten der Bürgermiliz bis zur Verteilung an Repatrianten oder bis zum Abtransport in die Magazine der Vorläufigen Staatlichen Verwaltung bewacht werden soll.

3. Das zurückgelassene lebende Inventar ist in der Weise zu sichern, daß es der ansässigen polnischen Bevölkerung zur Beaufsichtigung und Benutzung übergeben oder planmäßig an die bereits angesiedelten Repatrianten und Umsiedler, welche solches Inventar nicht besitzen, verteilt wird.

4. Über das ganze zurückgelassene ehemals deutsche bewegliche wie unbewegliche Vermögen hat eine genaue Bestandsaufnahme zu erfolgen.

5. Die Kreisbevollmächtigten benutzen den gesamten und verfügbaren Angestellten- und Beamtenapparat zur Bestandsaufnahme und Sicherstellung des von den ausgesiedelten Deutschen zurückgelassenen beweglichen und unbeweglichen Vermögens; sie beauftragen damit die Angestellten und Beamten ihrer und anderer Behörden bzw. befreien diese notwendigenfalls für die Zeit dieser Arbeiten von den normalen Dienstpflichten.

6. Die von den Deutschen geräumten Wohnungen dürfen auf keinen Fall ohne Einverständnis der lokalen Ansiedlungsausschüsse bzw. Ansiedlungsreferate vermietet werden; diese setzen fest, welche Wohnungen in der betreffenden Ortschaft mit Rücksicht auf den Ansiedlungsplan frei bleiben müssen.

7. Um diese Aktion zur Sicherstellung des ehemals deutschen Vermögens erfolgreich durchzuführen, setzen sich die Kreisbevollmächtigten unverzüglich mit den Organen der Bürgermiliz und der Öffentlichen Sicherheit in Verbindung.

8. Die Bezirksbevollmächtigten (Wojewoden) haben unverzüglich den Inhalt dieses Runderlasses den Kreisbevollmächtigten bekanntzugeben.
9. Die Bestimmungen dieses Runderlasses sind in Übereinstimmung mit den Bestimmungen der Instruktion für die Verwaltungsbehörden betr. die Repatriierung der deutschen Bevölkerung aus dem polnischen Staatsgebiet anzuwenden (unsere L. Nr. 2/II/TJ/46).
i. V. des Ministers:
Dr. Jan Wasilewski
Unterstaatssekretär«.
Millionen verloren indes nicht nur ihre Habe. Es ist nur zu erahnen, wieviel Schmerz, Ohnmacht und Verzweiflung hinter diesen wenigen Sätzen der Bauersfrau M. A. aus Naseband, Kreis Neustettin in Pommern, steht: ». . . Am 30. November 1945 kamen nachts polnische Soldaten, und wir mußten in zehn Minuten ohne Verpflegung, nur mit dem nackten Leben, Haus und Hof verlassen . . . Als wir ausgewiesen wurden, gab es noch eine körperliche Durchsuchung; nach sechstägiger Bahnfahrt kamen wir nach Neustrelitz/Mecklenburg ins Lager. Hier habe ich das Schwerste in meinem Leben durchgemacht. Meine beiden jüngsten Kinder, Manfred im Alter von sechs Monaten und Herbert im Alter von sechs Jahren, erlagen beide dem Hungertod. Als Mutter mußte ich zusehen und konnte nicht helfen.«
Viele Hunderttausende Deutsche wurden von der polnischen Sicherheitspolizei mißhandelt und in Internierungslagern oft schlimmer als Tiere gehalten. Frau J. F. aus Pless in Oberschlesien berichtet über die Zustände in einem der vielen hundert Internierungslager, Zgoda bei Schwientochlowitz:

». . . Ich versuchte wiederum, über das Schicksal meines Mannes zu erfahren. Es wurde gesagt, daß in der Mühlenstraße im Keller einige Männer zurückgeblieben wären, die durch die Mißhandlung nicht mehr transportfähig waren. Ich habe erst, als ich nach Monaten aus dem Lager entlassen wurde, von Augenzeugen erfahren, daß mein Mann so grausam mißhandelt worden war, daß er am dritten Tag verstorben ist.
Dieser Augenzeuge war ein entlassener Soldat, der wie viele andere durch die ›Bespieka‹ (GPU.) geschleust wurde und der entlassen wurde, als sich herausstellte, daß er Volksliste 3 hatte. Er hatte alles mit angesehen, wie satanisch man über die Opfer hergefallen ist. Meinem Mann hatte man sämtliche Zähne herausgeschlagen, und er ist gewürgt worden. Diesem Augenzeugen war es selbst nach Monaten unmöglich, über die Mißhandlungen zu sprechen, da es ihm selbst als Mann zu grauenvoll war.
Ich wurde nun nochmals verhört und nach zehn Tagen in das Lager Zgoda bei Schwientochlowitz mit ungefähr 15 Frauen und 30 Männern transportiert. Um vier Uhr morgens stellten wir uns an und warteten, bis die Männer da waren, die mit einem gewaltigen Stoß aus der Haustür geschleudert wurden und in den tiefen Schmutz fielen. Wir wurden mit der Eisenbahn nach Kattowitz und mit der Straßenbahn nach Zgoda gebracht. Im Lager Zgoda angekommen, standen wir stundenlang auf dem Hof, bis wir aufgenommen wurden. In einem großen Raum befanden sich dreistöckige Holzgestelle, und man konnte sich auf den Brettern wenigstens ausstrecken, nachdem wir in Bielitz nur auf dem Zementfußboden gekauert hatten. An Verpflegung

gab es nur einmal täglich eine dünne Suppe und ein kleines Stück Brot, das bis zum nächsten Morgen reichen mußte. Uns Frauen wurden auf Befehl des Kommandanten die Haare völlig abgeschnitten, die jungen Mädchen und einige darunter befindliche Künstlerinnen weigerten sich und wurden mit vorgehaltenem Revolver zu dieser Prozedur herangeholt. Ich erkrankte sehr bald und konnte nicht mehr zur Arbeit gehen. Die anderen Frauen gingen täglich zur Eintrachtshütte, um Eisen zu verladen.

Das Lager hatte sieben Baracken, in einer davon waren nur Mitglieder der NSDAP untergebracht. Diese Baracke war so überfüllt, daß einer neben dem andern kauern mußte, und keiner konnte sich weder hinlegen noch ausstrecken. Der Anblick dieser zum Skelett abgemagerten Männer war entsetzlich. Es waren Bergwerksdirektoren, Gutsbesitzer und alle Volksschichten darunter. Tagtäglich wurden aus diesem Lager, das ungefähr 500 Menschen faßte, zwölf bis fünfzehn Menschen tot auf einem Arbeitswagen herausgefahren und in einem Massengrab begraben. Als im Juni die Typhusepidemie ausbrach, starben täglich 60 bis 80 Menschen. Drei- bis viermal täglich fuhr der Arbeitswagen, von Gefangenen gezogen, auf den Friedhof.

Täglich wurden neue Gefangene eingeliefert, die man zumeist in Gleiwitz/OS., wo man alle Reisenden kontrollierte, festgenommen hatte und nach einem Verhör in unser Lager brachte. Es kamen trotz der vollkommenen Überfüllung der Baracken täglich Transporte von Männern; die ließ man Tag und Nacht auf dem Hof stehen, verhörte und mißhandelte sie und transportierte sie zu den Gruben zur Arbeit. Von da kam keiner mehr

wieder. Darunter waren auch Bürger unserer Stadt, die ich noch gesprochen habe und von denen ich bis heute nichts wieder gehört habe.
Ich selbst bin dann auch an Typhus erkrankt. Wir lagen in den Baracken, ohne jegliche Betreuung und ärztliche Hilfe. Viele Frauen bekamen Geschwüre, die infolge des vorhandenen Ungeziefers und der furchtbaren Zustände voller Würmer waren. Ich lag mehrere Tage besinnungslos auf meinem Lager, und als ich wieder aufwachte, waren im Saal nur noch ein Zehntel der Frauen, die mit mir erkrankt waren. Die Sachen, die ich nicht am Leibe trug, waren sämtlich gestohlen. Als ich so weit hergestellt war, daß ich mich allein auf den Füßen halten konnte, kam ich in die Baracke für Genesende. Dort war die Verpflegung besser. Es gab Kartoffel- und Maissuppe.
Im November 1945 wurde das Lager Zgoda aufgelöst, und wir sind nach dem KZ-Lager Jaworzno bei Myslowitz transportiert worden. Dort waren Tausende von Gefangenen, die täglich zur Arbeit mußten. In einer der Baracken befanden sich Frauen mit Kindern, die man auf ihrer Rückreise von Österreich über Galizien nach Berlin in Neu Sandetz festgenommen hatte und die im Lager festgehalten wurden. Eines Tages hat man ihnen die Kinder weggenommen; es war ein erschütterndes Erlebnis, als die Mütter nach den Kindern und die Kinder nach den Müttern schrien.
Ich wurde, da ich völlig arbeitsunfähig geworden war, in ein anderes Lager, und zwar nach Liliacz bei Chrzanow in Galizien gebracht. Von dort aus bin ich am 9. Januar 1946 entlassen worden, weil meine Schwester sich unermüdlich für meine Entlassung eingesetzt hatte.«

Millionen von Menschen mußten bis zur Vertreibung schlimmste Demütigungen und Drangsale hinnehmen! Pfarrer Fritz Schmidt aus Marschwitz, Kreis Ohlau in Niederschlesien, schrieb in seinem Erlebnisbericht:
»Der polnische Bürgermeister und seine Kumpane hatten mich bei der Behörde denunziert. Darauf erschien am Sonnabend mittags die polnische Miliz und trieb mich, mit Frau und Kindern, aus der Wohnung und stellte einen polnischen Zivilisten mit geladenem Revolver vor mich – Frau und Kinder standen etwas abseits –, während der Milizmann meine Wohnung durchplünderte, was etwa eine Stunde anhielt (das Mittagessen verbrannte inzwischen auf dem Ofen), dann bestieg ich einen Panjewagen, und auf einer Schütte Stroh sitzend brachte man mich in die Kreisstadt.
Mit einem Fußtritt empfangen, stieß man mich in einen Keller. Da die vorhandenen Holzpritschen belegt waren, lag ich des Nachts ohne Decke auf dem Steinboden, dabei war meine Bekleidung eine alte Russenhose und ein grünes Militärleinenhemd (meine Alltagskleidung seit Monaten bis Anfang Oktober).
Am dritten Tag kam ich zum Verhör. Völlig aus der Luft gegriffene Dinge wurden mir zur Last gelegt. Ich wies die Beschuldigungen ruhig und bestimmt zurück, worauf der Kommandant unsicher und verlegen wurde und mir riet, mir etwas in meiner Zelle auszudenken, damit er es zu Protokoll nehmen könne. Lächelnd wies ich ihn auf meine gemachte Aussage hin, worauf er mich in den Keller wieder entließ.
Nach einer Stunde wurde ich in ein anderes Gefängnis übergeführt. Es war ein tiefer Bierkeller einer früheren Brauerei mit großen finsteren Gewölben. Ich fand etwa

30 Mann in diesem Keller vor. Neue Ankömmlinge wurden, wenn sie nach dem Öffnen der Kellertür nicht schnell genug hinabstiegen, mit einem Fußtritt die finstere Treppe hinabbefördert, wo sie sich erst allmählich in der Finsternis zurechtfinden konnten. Nach kurzer Zeit kam die polnische Miliz, die gewöhnlich aus Burschen von 16 bis 20 Jahren bestand, um den Ankömmling näher ins Auge zu fassen. Mit höhnisch stieren Blikken, aus denen Sadismus sprach, versuchte man, Worte oder Gebärden aus mir herauszulocken, die ihnen Anlaß gaben, mich zu drangsalieren, wie sie es mit allen anderen taten.
Berichte meiner Mitgefangenen offenbarten mir bestialische Scheußlichkeiten, die an ihnen verübt wurden. Die schon seit Monaten im finsteren Keller Gefangenen, meistens unschuldige Menschen (Landwirte, Lehrer, biedere Handwerksmeister), wurden vor den Mahlzeiten und um Mitternacht regelmäßig mit Knüppeln durchgeprügelt. Zum Gaudium der jungen polnischen Milizburschen mußten sie sich gegenseitig ins Gesicht schlagen, einander die Bartstoppeln ausreißen, mit den Köpfen zusammenschlagen oder auch ihre Köpfe an harten Steinen und Kanten aufschlagen lassen. Zur Zeit lag in meiner Zelle ein Mann auf der Pritsche, dem man mit benagelten Schuhen auf seinem entblößten Oberkörper herumgetreten war, so daß er starke Verletzungen seiner inneren Organe hatte.«
Eines der fürchterlichsten Konzentrationslager, das die polnische Miliz eingerichtet hatte, war das KZ Lamsdorf. J.Th. aus Grüben, Kreis Falkenberg, schildert seine Erlebnisse in diesem schlesischen Lager des Grauens:

»Am 25. August 1945 wurde ich von polnischer Miliz in meinem Heimatdorfe, wo ich mich mit meinen Eltern befand, verhaftet, zugleich mit Josef D., Josef M., Franz Sch. Mit einem Wagen wurden wir nach Falkenberg zur Kreismiliz transportiert. Wir wurden in das oberste Stockwerk geführt. Ich mußte als erster in ein Zimmer zur Aufnahme. Es lag nach der Hofseite. Die Fenster wurden dicht gemacht. Man fragte mich nach meinen Personalien. Vor meiner Soldatenzeit war ich in der HJ. Dies war Grund genug, in das Lager zu kommen. Anders war es bei meinen Kameraden. Sie gehörten keiner nationalsozialistischen Organisation an. Bei ihnen mußte erst ein Grund gefunden werden. Dies geschah unter Prügeln. M. wurde bis zur Bewußtlosigkeit geschlagen.
Nach der Aufnahme der Personalien mußten wir nebeneinander antreten. Mit Gewehrkolben und Gummiknüppeln bekamen wir Schläge. Ein Posten stellte sich hinter uns, zwei vor uns. Einer brüllte öfter: ›Achtung!‹ Während wir Haltung annahmen, wurden wir von hinten mit Kolben geschlagen und von vorne mit Stiefeln getreten, fast nur in den Unterleib. Wir wurden dann unter Fußtritten und Kolbenschlägen in den Keller gebracht. Dort kamen wir in einen Raum, in dem bereits 18 Leidensgenossen waren. Vom Stubenältesten bekamen wir für je zwei Mann ein Metallbett für die Nacht zugewiesen. Matratzen oder Decken waren nicht darauf.
Nicht lange, da kamen die Arbeitskommandos von der Arbeit zurück. Die polnischen Begleitposten mußten die Männer in den Keller zurückbringen. Diese Posten hatten längst erfahren, daß Neue eingetroffen waren

und in welchem Raum sie sich befanden. Bei jedem mußten wir Neulinge antreten. Von jedem wurden wir getreten und geschlagen. Dies dauerte bis tief in die Nacht hinein. Wir lagen schon auf dem Bett, da kam immer noch Miliz hinein. Sie schlugen wie wild auf alle mit Gewehren, Gummiknüppeln, Eisenstäben ein. Dies wiederholte sich täglich . . .
Mir wurden anschließend sechs Mann zugeteilt, mit diesen mußte ich die Toten begraben. Nach dem Erschlagen waren sie von Männern hinter die Frauenbaracke geschleift worden und lagen nun im Grase, wo ich sie zuerst gar nicht finden konnte. Ich erkundigte mich bei den Frauen. Diese wollten mir zuerst keine Auskunft geben; denn sie waren eingeschüchtert, weil sie in ähnlichen Fällen schon sehr trübe Erfahrungen gemacht hatten. Schließlich zeigten sie mir die Stelle.
Dem ersten Toten hatten die Posten den Schädel eingeschlagen, so daß nur noch der Unterkiefer vom Kopf übrig blieb. Das Gehirn und die Knochen lagen herum. Den zweiten hatten sie zertreten und die Kleider angezündet, so daß nur wenige Überreste davon zu sehen waren. Der Körper selbst war stark angekohlt. Den dritten hatten sie auch zertreten.
Während des Grabmachens kamen mehrere Posten zu uns heran. Bei dem ersten mußte sich G. aus Hilgendorf auf den Bauch legen. Er bekam 25 Schläge mit dem Gewehrkolben. Nach einer Weile drei andere. Jetzt mußten sich alle sechs nacheinander hinlegen und bekamen auch Schläge mit dem Gewehrkolben.
Willy B. aus Niederschlesien trug eine außergewöhnlich starke Brille. Als Brillenträger mußte er sich anschließend auf den Rücken legen und die Hände auseinander-

machen. Ein Milizmann sprang auf seinen Brustkorb und trampelte darauf herum. Ab und zu, wenn er wieder einen Schmerzensschrei ausstieß, trat er ihm auf den Kehlkopf. Ein anderer Posten stieß ihm anschließend das Seitengewehr zwischen die Rippen. B. bat darauf die Posten, ihn zu erschießen. Es wurde ihm hohnlachend geantwortet, er müsse langsam verrecken. B. wagte nicht, sich krankzumelden. Er suchte in der Nacht den freiwilligen Tod durch Erhängen mit den Hosenträgern.

Außer diesem Kommando war ein weiteres zusammengestellt worden, welches 16 Mann stark war. Dabei war mein Vater. Dieses mußte nach Annahof einen Wagen ziehen, um von dort Eisenteile abzuholen. Mit dem leeren Wagen ging es im Laufschritt. Der Posten stand auf dem Wagen mit einem armdicken Knüppel in der Hand und schlug mit diesem einem nach dem andern auf den Schädel. Wenn er beim letzten war, fing er beim ersten wieder an. Ohne Ruhepause mußte nach Ankunft gleich mit dem Aufladen des schweren Eisens begonnen werden. Die erschöpften Männer wurden durch Stockhiebe angetrieben . . .

Auf jedem Internierten hat neben der täglichen Todesbedrohung das Bewußtsein schwer gelastet, verhungern zu müssen. Ohne Hilfe von außen wäre das in fünf Wochen geschehen. Verwandte und Bekannte, ja sehr viele Bewohner der umliegenden Ortschaften haben täglich Essen weit hergebracht. Meine Mutter und Schwester brachten meinem Vater und mir fast täglich solches vom neun Kilometer entfernten Grüben. Manche kamen 20 Kilometer weit. Leider hatten viele keine Bekannten in der Nähe.

Die Leute mußten das Essen bei der Wache abgeben. Hier wurde es von den Posten durchsucht. Wenn ihnen etwas gefiel, nahmen sie es an sich, z.B. Kuchen oder Eier. Der Tabak wurde größtenteils immer weggenommen, wenn er auf ehrlichem Wege abgegeben wurde. Das Essen wurde von den Knaben des Lagers beim Posten abgeholt und zu den Leuten getragen.
Kinder sind oft vor Körperschwäche hingefallen. Waisenkinder sahen am schlechtesten aus. Viele Kinder sind in kurzer Zeit gestorben. Bis 700 Kinder können insgesamt im Lager gewesen sein, vom 25. Juli 1945 bis Juni 1946. Höchstens 300 sind lebend herausgekommen. Im März 1946 waren 84 Waisenkinder im Lager. Ihre Angehörigen waren im Lager umgekommen. Diese 84 kamen im Mai 1946 unheimlich verwahrlost heraus. – Wenn von Kindern die Rede ist, handelt es sich immer um Kinder unter zehn Jahren. Ältere mußten wie die Großen arbeiten . . .
Ab 20. September 1945 bis Mitte November 1945 habe ich die Toten beerdigen müssen. Es waren täglich fünf bis neun Tote.
Bis zu meiner Zeit wurden die Toten in Splittergräben verscharrt. Da kamen drei bis fünf Tote übereinander. Der Graben wurde der Erde gleichgemacht. Dieser senkte sich aber mit der Zeit, da wurde immer wieder Boden draufgegeben. Hügel oder Blumen durften nicht draufgegeben werden. – Als Frau D. aus Bielitz die Stelle ihres beim Appell erschlagenen Mannes, Albert D., mit einer Blume gezeichnet hatte, wurde sie ungeheuer geschlagen. Bei dem oben genannten Appell sind zu gleicher Zeit D. und Josef D. aus Bielitz von einem Posten erschlagen worden. Alle drei waren alt

und konnten die Bewegung nicht mehr exakt mitmachen.
Als ich das Totengraben bekam, waren die Splittergräben innerhalb des Lagers zu Ende. Es wurde ein neuer Friedhof angelegt. In Reihengräbern kamen die Toten nebeneinander. In der Reihe waren 170 Tote. Ein Hügel wurde im ganzen gemacht. Ein Verzeichnis, wie die Toten zu liegen kamen, durfte nicht angefertigt werden. Auf diesem Friedhof wurde bis Ende 1945 beerdigt. Dann wurde außerhalb ein neuer Friedhof angelegt. Dort wurde es auch so gemacht. Der bis März 1946 benutzte Friedhof ist eingeebnet, mit Kompost befahren und mit Gras besät. Von Eröffnung des Lagers am 25. Juli 1945 bis 6. Oktober 1945 – Absetzung des berühmten Kommandanten Gimborski – sind 90 Prozent aller Toten erschlagen, selten erschossen worden.«
Die polnische Miliz ging mit einer Grausamkeit gegen die Deutschen vor, die kaum zu beschreiben ist! Landwirt A. F. aus dem Niederschlesischen Michelsdorf:
»Im Januar 1946 wurden wir das zweite Mal abgeholt. Gegen Mitternacht donnerten Milizer an Haustür und Fenster und holten uns, nachdem die Tür von einem Polen geöffnet worden war, aus den Betten. Grund der Verhaftung war, daß wir noch ein Motorrad, Radio und Wertsachen versteckt haben sollten. Nur notdürftig bekleidet wurden wir bei Schnee und Frost nach dem zirka zwei Kilometer entfernten Milizhaus getrieben. Unterwegs gab es des öfteren Fußtritte und Kolbenstöße; auch wurde ein mitgeführter Schäferhund auf uns gehetzt.
Am Ziel angekommen, wurden wir über die Kellertreppe runtergestoßen und eingesperrt und noch wäh-

rend der Nacht abwechselnd zweimal mit Gummiknüppeln, fast bis zur Bewußtlosigkeit, auf Gesäß, Oberschenkel und die nackten Fußsohlen geschlagen. Wir sollten unser Versteck und solche von anderen Dorfbewohnern verraten, was wir aber nicht machten, und so wurden wir immer wieder verprügelt, bis sie einsahen, daß damit nichts zu erreichen war. Motorrad und Radio hatten die Russen schon mitgehen lassen. Der Keller war in unbeschreiblicher Verfassung. In einer Ecke lagen stinkige, verfaulte Kartoffeln und Rüben, und ihre Notdurft mußten die Eingesperrten auch im Keller verrichten.
Es waren kleine Zellen aus Latten eingerichtet, die mit ein bis zwei Personen belegt waren. Der Keller war dauernd voll besetzt. Wenn welche entlassen wurden, hatte man wieder andere. Am anderen Tage gegen Abend wurden wir wieder entlassen. Ich war derart zugerichtet, daß ich unterwegs abbaute und von meiner Frau und Tochter mit dem Sportschlitten abgeholt werden mußte. Zwei Wochen habe ich an den Folgen dieser Tortur zu Bett liegen müssen.
Viel schlimmer als die an mir und meinem Schwager verübten Mißhandlungen waren die an zahlreichen Männern und Frauen verübten Scheußlichkeiten sadistischer Art. Wie ich von glaubwürdiger Seite erfahren habe, sind mindestens 24 Menschen im Milizhause zu Tode geprügelt und gequält worden. Die Opfer waren aus Michelsdorf und den benachbarten Gemeinden, z. T. auch zurückkehrende Landser.«
Frau E. S. aus Zoppot bei Danzig erinnert sich:
»Von der Rohheit dieser Henkersknechte macht sich die zivilisierte Welt keinen Begriff! Abends waren sie stets

bis zu einem Grade betrunken, daß sie zu allem fähig waren . . . Sie quälten uns die ganze Nacht . . . Die Männer hatten Köpfe wie Kürbisse und Beine wie Elefanten. Gehen konnten sie kaum noch.«

Fränze Sprint aus Danzig-Langfuhr berichtet:

». . . Gegen 18 Uhr mußten wir uns auf der Straße sammeln. Es befanden sich dort schon etwa 500 Deutsche, junge Mädchen, junge Frauen mit Kindern und alte Frauen und Männer. Wir mußten uns anschließen, und fort ging es in Richtung Praust.

Als wir Danzig zurückgelassen hatten, mußten wir streckenweise laufen, weil die Miliz uns auf Rädern begleitete, und es ihr Spaß machte, uns zu jagen. In Ohra erkannten Kinder aus einem Fenster ihre Mutter in dem Zug. Sie schrien herzzerreißend nach ihrer Mutter, die vor Verzweiflung zusammenbrach. Die Miliz schoß nach den Kindern, die Mutter wurde hochgezerrt, und weiter ging es. Eine alte Frau, die umfiel und ohnmächtig war, wurde in einen Graben geworfen . . .«

Wer nicht vor den Sowjets geflohen, in russische Arbeitslager verschleppt oder im Rahmen der »Befreiung« zu Tode gekommen war, kam bei den Polen vom Regen in die Traufe. Und wer die polnischen Mißhandlungen überlebte, dem ging es dann durchschnittlich so wie Pfarrer A. W. aus Elbing:

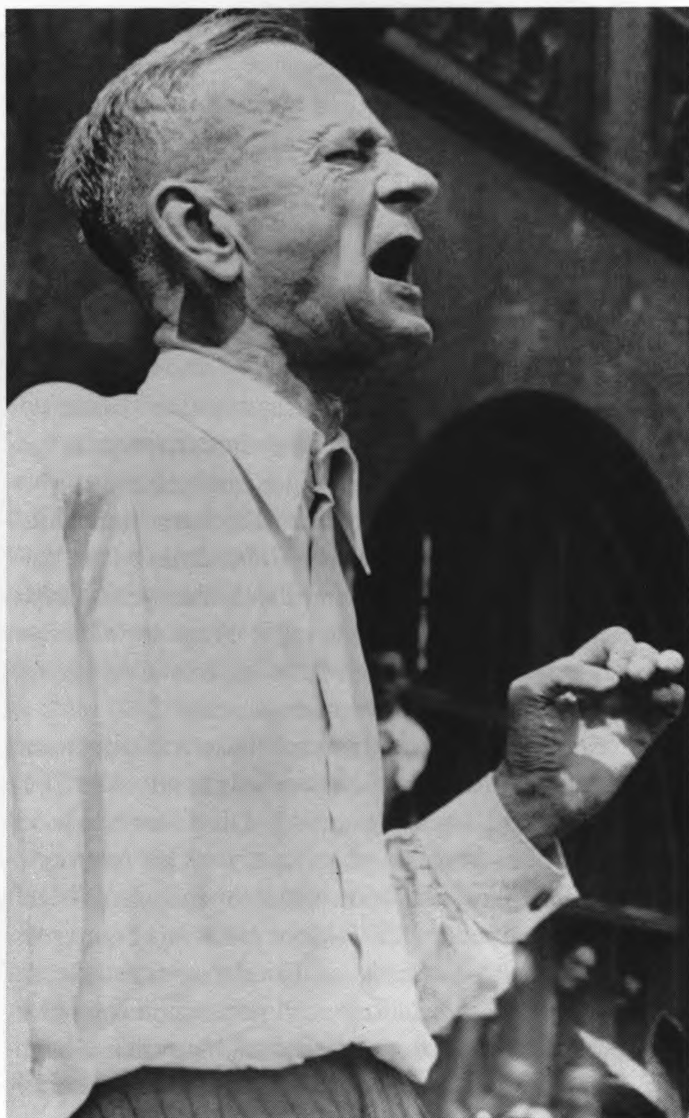
»Am 14. Juli 1946 erging der Befehl des Abtransports auch an mich. Zu 2500 wurden wir in zwei große Kähne gepfercht und durch den Kraffohlkanal nach Danzig-Neufahrwasser befördert. Hier verlud man uns in verschlossene Güterwagen ohne jegliche Sitz- oder Liegegelegenheit . . .«

Hunderttausende sind so in Deutschland angekommen. Das war die »humane Überführung« der deutschen Bevölkerung.
Die wenigen hier gebrachten Einzelschicksale wurden der von der Bundesregierung in Auftrag gegebenen »Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost- und Mitteleuropa« entnommen. Nach dieser wissenschaftlich einwandfrei entwickelten Dokumentation sind allein während des Prozesses der Vertreibung rund 1,6 Millionen Deutsche ums Leben gekommen. Darin sind nicht enthalten Bombenopfer während des Krieges und gefallene Soldaten aus den ostdeutschen Ländern. Allein von den 404000 Danzigern sind rund 100000 während der Vertreibung elendiglich umgekommen. Hinzu kommen die Verluste der Deutschen, die bis 1945 auf polnischem Staatsgebiet lebten. Von diesen alteingesessenen Volksdeutschen, 1939 958000 Menschen, mußten 217000 ihr Leben lassen. Bis zum heutigen Tage nicht zu ermitteln waren die Verluste jener Deutschen, die während des Krieges auf polnischem Gebiet angesiedelt worden waren. Von diesen etwa 800000 Deutschen sind mindestens ebensohohe Prozentzahlen von Verlusten anzunehmen.

Die Bundesrepublik Deutschland und die Oder-Neiße-Linie in der Nachkriegszeit

Als 1949 im September die drei westlichen Besatzungszonen wieder eine eigene Regierung bekamen, und die Bundesrepublik Deutschland politisch zu wirken begann, galt es in den ersten Bundestagen – ausgenommen die Kommunisten – als selbstverständlich, daß alle Versuche der Polen, die Oder-Neiße-Linie als endgültige Grenze hinzustellen, eindeutig zurückgewiesen wurden.
Die deutschen Politiker um Konrad Adenauer beriefen sich dabei ausdrücklich auf Erklärungen der Siegermächte, auf die Berliner Erklärungen vom 5. Juni 1945, auf das Potsdamer Abkommen und auf die »Charta der Vereinten Nationen«. In den Berliner Erklärungen vom 5. Juni 1945 war von den vier Siegerstaaten festgestellt worden: »1. Deutschland wird innerhalb seiner Grenzen, wie sie am 31. Dezember 1937 bestanden, für Besatzungszwecke in vier Zonen aufgeteilt, von denen je eine jeder der vier Mächte wie folgt zugeteilt wird: eine östliche der Sowjetunion, eine nordwestliche dem Vereinigten Königreich, eine südwestliche den Vereinigten Staaten von Amerika, eine westliche Zone Frankreich.«
Im Potsdamer Abkommen hatten die drei Hauptsiegermächte die Vorläufigkeit der Grenzziehung betont, und in der Charta der Vereinten Nationen war im Artikel 55 das »Prinzip der Gleichberechtigung und der Selbstbestimmung der Völker« festgelegt worden. Und zwar, wie

es wörtlich hieß: »ohne Unterschied von Volkstum, Geschlecht, Sprache oder Religion«.
Auch in den Gesprächen der Nachkriegskonferenzen fanden die deutschen Politiker so manchen Satz, der ihre Position stärkte. Zwar gingen auch die Westmächte, selbst die USA, davon aus, daß die Deutschen nicht alle Gebiete würden zurückerhalten. Aber es wurde zweifelsohne an einen Kompromiß gedacht, der zumindest Teile Pommerns und Niederschlesiens bei Deutschland belassen hätte.
Stalin wollte in der Sache der Grenze jedoch Nägel mit Köpfen machen. Deshalb hatte er in der sowjetischen Besatzungszone schon frühzeitig Regungen rigoros bekämpft, welche von einer Anerkennung der Oder-Neiße-Linie nichts wissen wollten. Noch im März 1947 hatte sich zum Beispiel Wilhelm Pieck, der spätere erste und einzige Staatspräsident der DDR, gegen Gebietsabtrennungen gewehrt. Schrittweise erst konnten die Sowjets die stalinsche Position durchsetzen.
Hatte Otto Grotewohl, erster Ministerpräsident der DDR ab 1949, noch drei Jahre vorher gesagt: »Die SED bedauert jede Grenzveränderung. Die Oder-Neiße-Linie wird von ihr genauso abgelehnt wie Grenzveränderungen im Westen«, so formulierte er in seiner Regierungserklärung vom 12. Oktober 1949: »Die Oder-Neiße-Grenze ist für uns eine Friedensgrenze, die ein freundschaftliches Verhältnis zum polnischen Nachbarn ermöglicht. Es ist verbrecherisch, auch nur den Gedanken zu erwägen, das ausgeblutete deutsche Volk noch einmal in Krieg und Katastrophe zu stürzen . . . Wer übrigens dem Besatzungsstatut zugestimmt hat und damit seine Bereitschaft bewiesen hat, Deutschland als Kolo-



Kurt Schumacher, erster Vorsitzender der deutschen Sozialdemokratie nach dem Zweiten Weltkrieg, war ein strikter Gegner der Anerkennung der Oder-Neiße-Linie.

nie an die imperialistischen Mächte auszuliefern, hat jedes Recht verloren, über Grenzfragen im Osten zu zetern.« – Der Sozialdemokrat Otto Grotewohl war in wenigen Jahren ein Büttel Stalins geworden.
Am 6. Juli 1950 schlossen Polen und die DDR auf Geheiß Stalins das Görlitzer Abkommen ab, in dem die »hohen vertragschließenden Parteien« feststellen, »daß die festgelegte und bestehende Grenze, die von der Ostsee entlang der Linie westlich von der Ortschaft Swinoujscie (Swinemünde) und von dort entlang dem Fluß Oder bis zur Einmündung der Lausitzer Neiße und die Lausitzer Neiße entlang bis zur tschechoslowakischen Grenze verläuft, die Staatsgrenze zwischen Deutschland und Polen bildet . . .« Der Generalsekretär des Zentralkomitees der SED Walter Ulbricht bezeichnete zur gleichen Zeit in einer Verlautbarung die Oder-Neiße-Grenze als »Friedensgrenze« und fügte hinzu: »Über diese Grenze reichen wir dem polnischen Volk die Hände zu ewiger Freundschaft . . .«
Das Görlitzer Abkommen zwischen den beiden unmündigen Staaten Polen und DDR wurde in der Bundesrepublik Deutschland nicht anerkannt! In seiner 68. Sitzung vom 13. Juni, der Vertrag war noch nicht unterzeichnet, erklärte der Deutsche Bundestag durch seinen damaligen Alterspräsidenten Paul Löbe (SPD): »Im Namen aller Fraktionen und Gruppen des Bundestages, mit Ausnahme der kommunistischen Fraktion, zugleich mit der Zustimmung der Bundesregierung und des Bundesrates, gebe ich folgende Erklärung ab: . . . Gemäß dem Potsdamer Abkommen ist das deutsche Gebiet östlich von Oder und Neiße als Teil der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands der Republik Polen nur zur

einstweiligen Verwaltung übergeben worden. Das Gebiet bleibt ein Teil Deutschlands . . . Niemand hat das Recht, aus eigener Machtvollkommenheit Land und Leute preiszugeben oder eine Politik des Verzichts zu treiben . . . Die Mitwirkung an der Markierung der Oder-Neiße-Linie als angeblich ›unantastbarer‹ Ostgrenze Deutschlands, zu der sich die sogenannte provisorische Regierung der Deutschen Demokratischen Republik bereitgefunden hat, ist ein Beweis für die beschämende Hörigkeit dieser Stelle gegenüber einer fremden Macht!«
Wichtig war, daß bei allen großen Unterschieden, welche Regierung und Opposition in dieser Zeit zum Beispiel in der Frage nach der Wirtschaftsordnung der Zukunft hatten, in der Grenzfrage absolute Einmütigkeit bestand. Wie hatte doch Oppositionsführer Kurt Schumacher schon in Berlin 1951 formuliert: »Keine deutsche Regierung und keine deutsche Partei können bestehen, die die Oder-Neiße-Grenze anerkennen. Wir lehnen Nationalverrat ab!« Diese Haltung hat der Deutsche Bundestag als Vertretung des ganzen deutschen Volkes lange durchgehalten. Am 5. Dezember 1952 heißt es in einer Entschließung:
»Die dem Friedensvertrag vorgreifenden Veränderungen des deutschen Staatsgebietes werden nicht anerkannt, sie haben keine Rechtsgültigkeit. Die Wiedervereinigung Deutschlands darf sich nicht auf die Wiedervereinigung der deutschen Gebiete diesseits der Oder-Neiße-Linie mit der Bundesrepublik Deutschland beschränken. In einem frei zu vereinbarenden Friedensvertrag sind die deutschen Grenzen so festzulegen, daß sie die Grundlage für einen dauerhaften Frieden bilden.«

Demgegenüber stand die polnische Propaganda, deren Mittelpunkt seit 1946 das sogenannte Posener »West-Institut« darstellt. Die Hauptargumente der polnischen Propagandisten lauteten:
1. Schon das Potsdamer Abkommen habe die polnische Westgrenze endgültig festgelegt. Das ginge am klarsten aus den Aussiedlungsbeschlüssen der Siegermächte hervor.
2. Die neue Westgrenze sei für Polen militärisch-strategisch viel leichter zu verteidigen als die alte Grenze. Die deutschen »Ostprovinzen« seien ohnehin nur ein Relikt des preußisch-deutschen Militarismus und ein »Ausfalltor« gegen die Slawen gewesen.
3. Die Gebiete jenseits von Oder und Neiße seien uralter polnischer Boden. Bereits in der Piasten-Zeit hätten die Ländereien zu Polen gehört und seien dann von den Deutschen erobert worden. Es handle sich also nicht um deutsche Ost-, sondern um polnische Westgebiete. Dazu führten die »Wissenschaftler« des Instituts die obskursten Argumente und historischen Verdrehungen an. Die stalinsche Kompensationstheorie – für die im Osten an Sowjetrußland abgetretenen Gebiete sei Polen im Westen entschädigt worden – hat Polen sehr schnell aus seiner Propaganda entfernt, nachdem der sowjetische Außenminister Molotow sie nach Stalins Tod verworfen hatte.
4. Ohne die Oder-Neiße-Gebiete sei Polen wirtschaftlich nicht lebensfähig. Ohne die hinzugewonnenen Industriegebiete würde Polen zu einem Elendsgebiet herabsinken, während Deutschland – statistisch versuchte das West-Institut dies nachzuweisen – auch ohne die Ostgebiete auskommen könne.

5. Die Oder-Neiße-Gebiete seien im Zweiten Weltkrieg weitgehend verwüstet worden, und Polen habe sie wiederaufgebaut. Es habe sogar die Produktion dort »ausgeweitet«. Mit dem Wiederaufbau käme man nur deshalb nicht schnell genug in allen Regionen voran, weil Deutschland nach wie vor Ansprüche erhebe, was Siedler abschrecke. Strengstens ausgelassen wurden bei dieser Argumentation die Plünderungen, Brandschatzungen und Demontagen der Sowjetarmee.
6. Deutschland müsse Polen mit den Ostgebieten Wiedergutmachung für seine hohen Menschenverluste im Kriege leisten. Polen habe im Kriege 6,028 Millionen Menschen verloren und schwerste Schäden hinnehmen müssen. Die Übereignung der Ostgebiete an Polen hätte Deutschland deshalb als Strafe, Reparation und Wiedergutmachung zu sehen.
Freilich wollte sich die Bundesregierung in Bonn solcher Argumentation nicht anschließen. Die historischen Argumente gar wurden als Geschichtsfälschung zurückgewiesen. Wenn eine solche Argumentation sich durchsetzte, so meinte 1954 der FDP-Bundestagsabgeordnete Hermann Schwann, dann müßten die Bürger der USA ihr Land räumen und den Indianern zurückgeben. Die Walliser wiederum könnten getrost sämtliche Briten auf den Kontinent nach Nordwestdeutschland zurücksenden.
Am 28. Juni 1956 verlas Außenminister Heinrich von Brentano eine Regierungserklärung im Deutschen Bundestag, die den Standpunkt erneut erhärtete:
»Die Bundesregierung hält ihre klare Einstellung zu der Frage der Grenzziehung im Osten unverändert aufrecht . . . Das Recht auf die Heimat und das Selbstbestim-

mungsrecht sind unabdingbare Voraussetzungen für die Lösung des Schicksals der in der Vertreibung oder in der Unfreiheit lebenden Menschen und Völker. Darum hat die Bundesregierung auch immer wieder feierlich erklärt, daß die Lösung des Problems der deutschen Ostgrenzen einem Friedensvertrag vorbehalten bleiben muß, zu dessen Abschluß nur eine vom ganzen deutschen Volk demokratisch legitimierte gesamtdeutsche Regierung berechtigt sein kann . . .«

Am 31. Januar 1957 bekräftigte der Außenminister erneut diesen Standpunkt: ». . . Die Bundesregierung hält daran fest, daß die Verhandlungen hierüber keinen Zweifel daran lassen dürfen, daß für den völkerrechtlichen Gebietsstand Deutschlands die Grenzen des Deutschen Reiches vom 31. Dezember 1937 maßgebend sind und daß das deutsche Volk die Oder-Neiße-Linie nicht als gegenwärtige oder zukünftige Grenze Deutschlands akzeptieren kann.«

Im Jahre 1960 war es am 11. Oktober der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Dr. Karl Carstens, der laut »Bulletin« der Bundesregierung die Situation wie folgt kennzeichnete: »Die deutschen Ostgebiete innerhalb der Reichsgrenzen von 1937 wurden von den polnischen Teilungen um die Wende des 18. Jahrhunderts nicht berührt. Ihre östlichen Grenzen gehören zu den ältesten und stabilsten der Weltgeschichte. Die deutsch-polnische Grenze in Schlesien blieb seit dem Vertrag von Trentschien 1335, die deutsch-polnisch-litauische Grenze in Ostpreußen seit dem Frieden von Melnosee 1422 im wesentlichen unverändert – also 157 bzw. 70 Jahre bevor Columbus Amerika entdeckte. Auf einer Fläche von 114291 Quadratkilometern lebten übrigens nach der letzten

Volkszählung vor Kriegsausbruch nicht mehr als 3,5 Prozent Nichtdeutsche.«
Diese unmißverständliche Haltung wurde nach dem Abgang Konrad Adenauers als Kanzler auch von seinem Nachfolger Ludwig Erhard und seiner Bundesregierung vertreten. »Wir wünschen nicht weniger Entspannung, sondern mehr Entspannung!«, hieß es in seiner Regierungserklärung vom 10. November 1965: »Dieser Weg mag weit sein. Er wird von uns auch Entbehrungen und Opfer fordern. Wir werden ihn dennoch gehen. An seinem Ende wird ein Friedensvertrag stehen, verhandelt und geschlossen von einer frei gewählten gesamtdeutschen Regierung. Nur mit und in diesem Vertrag können und müssen die endgültigen Grenzen Deutschlands festgelegt werden, das nach gültiger Rechtsauffassung in seinen Grenzen von 1937 fortbesteht . . .«
Damit war die Bundesregierung noch immer in Einklang mit der Opposition, die auf ihrem Bundesparteitag vom 23. bis 27. November 1964 bekräftigt hatte, daß es »keinen Anlaß« gebe, »einseitig Teile einer Friedensregelung vorwegzunehmen, die erst im Zusammenhang mit der Wiederherstellung der deutschen Einheit verbindlich verhandelt werden können«.
Als Erhard als Kanzler abgelöst und Kurt Georg Kiesinger als Nachfolger die Richtlinien der Politik, jetzt im Rahmen einer Großen Koalition zwischen CDU/CSU und SPD, bestimmte, änderte sich ebenfalls nichts an den Aussagen der Bundesregierung. In einer Regierungserklärung vom 13. Dezember 1966 erklärte der neue Kanzler: ». . . Aber die Grenzen eines wiedervereinigten Deutschlands können nur in einer frei vereinbarten Regelung mit einer gesamtdeutschen Regierung

festgelegt werden, einer Regelung, die die Voraussetzungen für ein von beiden Völkern gebilligtes, dauerhaftes und friedliches Verhältnis guter Nachbarschaft schaffen soll.«

Indes setzte in der Öffentlichkeit in dieser Frage in den sechziger Jahren langsam ein Wandel des Meinungsbildes ein. Schon 1962 hatten Persönlichkeiten der evangelischen Kirche im »Tübinger Memorandum« darüber nachgedacht, wie dem deutschen Volk der Verzicht auf die Oder-Neiße-Gebiete erleichtert werden könne, ein Verzicht, den sie auf Grund der Annäherung zwischen Ost und West und der zunehmenden »Entspannung« für unverzichtbar hielten.

Aus diesem Memorandum entstand eine Denkschrift, die im Amtsblatt der Evangelischen Kirche in Deutschland 1965 mit einem Vorwort von Präses D. Kurt Scharf unter dem Titel »Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn« veröffentlicht wurde. In bezug auf die Ostgebiete warf die Denkschrift der Bundesregierung vor, »eine mehr abwartende Haltung gezeigt und immer wieder den eigenen Rechtsstandpunkt vertreten« zu haben. Jetzt aber müsse das deutsche Volk »auf die notwendigen Schritte vorbereitet werden, damit eine Regierung sich ermächtigt fühlen kann zu handeln . . .« Zwar vermied die Denkschrift das Wort »Verzicht«, aber genau dies war gemeint, die Deutschen sollten alle Ansprüche auf die Ostgebiete als erledigt betrachten. Die Autoren der Denkschrift sahen dies als »einen Beitrag zur Entspannung« an.

Selten ist in der Bundesrepublik Deutschland eine Frage so leidenschaftlich diskutiert worden wie dieje-

nige nach einer Anerkennung der Oder-Neiße-Linie. Zwar hatten die Vertriebenen schon im Jahre 1950 in ihrer Charta vom 5. August auf »Rache und Vergeltung« verzichtet, aber der Präsident des Bundes der Vertriebenen Wenzel Jaksch vertrat gegenüber den Schreibern der Denkschrift doch klar und eindeutig den deutschen Rechtsstandpunkt.
In seiner Antwort verteidigte Professor Raiser, einer der führenden Mitarbeiter an der Denkschrift, den Standpunkt, das Papier predige »Vernunft und Einsicht«. »Sie (die Denkschrift, d. Verf.) achtet die Bindung des Menschen an seine Heimat und den Schmerz der Vertriebenen um den Verlust ihres Wurzelbodens wahrhaftig nicht gering, aber sie warnt vor einer theologischen Verabsolutierung des Werts dieser Güter und stellt ihnen das höhere, freilich auch schwerer zu erringende Gut der Versöhnungsbereitschaft und des Friedens entgegen.« In den großen meinungsprägenden Medien – von »Stern« und »Spiegel« bis hin zu der Mehrheit der Fernseh- und Rundfunkanstalten – wurde die Meinung der Denkschrift geteilt.
Auf Bundeskanzler Kiesinger machte das einen so großen Eindruck, daß er am 1. Dezember 1966 in seiner Regierungserklärung ausführte: »In weiten Schichten des deutschen Volkes besteht der lebhafte Wunsch nach einer Aussöhnung mit Polen, dessen leidvolle Geschichte wir nicht vergessen haben und dessen Verlangen, endlich in einem Staatsgebiet mit gesicherten Grenzen zu leben, wir im Blick auf das gegenwärtige Schicksal unseres eigenen geteilten Volkes besser als in früheren Zeiten begreifen. Aber die Grenzen eines wiedervereinigten Deutschlands können nur in einer frei

vereinbarten Regelung mit einer gesamtdeutschen Regierung festgelegt werden, einer Regelung, die die Voraussetzungen für ein von beiden Völkern gebilligtes, dauerhaftes und friedliches Verhältnis guter Nachbarschaft schaffen soll.«

Gut zwei Jahre nach der evangelischen Kirche traten auch die Katholiken mit einem Memorandum auf, das der »Bensberger Kreis« erarbeitet hatte. Es betonte, das »Heimatrecht der in den strittigen Gebieten wohnenden Polen« und hob hervor, daß »von einer Erblichkeit des Heimatrechts . . . sinnvoll überhaupt nicht gesprochen werden« könne, wolle man »nicht unzählige Revisionsansprüche aus der Geschichte ableiten«.

Als die sozialliberale Koalition im Herbst 1972 an das Regierungsruder trat, kehrte sie vom ersten Tag an ihr außenpolitisches Hauptziel, die »Aussöhnung mit allen osteuropäischen Staaten«, hervor. Die unionsgeführten Regierungen hatten damit bereits begonnen – etwa in einem Vertrag mit Rumänien –, aber bei strikter Wahrung des deutschen Rechtsstandpunktes. Jetzt jedoch wurden deutsche Positionen gegenüber Sowjetrußland und Polen ohne Gegenleistung preisgegeben. Architekten dieser »neuen Ostpolitik« waren Willy Brandt, Egon Bahr und Walter Scheel, letzterer mit Unterstützung von Hans-Dietrich Genscher.

Bei den Gesprächen, die mit Polen geführt wurden, bot der deutsche Delegationsleiter Duckwitz im April 1970 folgende Formulierung an: »Die Bundesregierung und die Regierung der Volksrepublik Polen stellen fest, daß die Oder-Neiße-Linie die Westgrenze Polens ist. Die Bundesrepublik Deutschland wird die Integrität des



Egon Bahr – Mitarchitekt der neuen Ostpolitik Willy Brandts.

polnischen Territoriums auch künftig achten. Bestehende Verträge werden hiervon nicht berührt.«
Der Vorsitzende des Bundes der Vertriebenen Dr. Herbert Czaja hielt dagegen, daß über »Gruppen- und Menschenrechte Mehrheiten überhaupt nicht entscheiden« könnten und folgerte: »Auch die Bundesrepublik hat sich mit ihrem Beitritt zur Europäischen Menschenrechtskonvention und in Kernschriften des Grundgesetzes verpflichtet, diese Normen . . . nicht zu mindern und nicht einzuschränken. Unabhängig von den territorialen Fragen ist die Vertreibung ein schwerer Verstoß gegen die Menschenrechte, niemand hat das Recht, sie zu legalisieren.«
Am 20. November 1970 schloß die Bundesregierung – unbeeindruckt von allen Gegenstimmen – den deutsch-polnischen Vertrag ab, der am 7. Dezember von Bundeskanzler Brandt und Staatspräsident Cyrankiewicz unterschrieben wurde.
In Artikel 1 bestätigt die Bundesregierung, daß die »bestehende Grenzlinie« die westliche Grenzlinie der Volksrepublik Polen bildet«. In Artikel IV wird die Formulierung wieder in Frage gestellt: »Dieser Vertrag berührt nicht die von den Parteien früher geschlossenen oder sie betreffenden zweiseitigen oder mehrseitigen internationalen Vereinbarungen.« In einer solchen Vereinbarung, nämlich dem Potsdamer Abkommen, hatten die Siegermächte jedoch die Grenze als Provisorium dargestellt.
Größere Entgegenkommen der anderen Seite enthielt der Vertrag nicht, wenn von vagen Versprechungen, im Personenreiseverkehr jene Grundsätze anzuwenden, »die gegenüber anderen Staaten Westeuropas üblich sind«, abgesehen wird. Auch nicht die geringste Bemer-



Hans-Dietrich Genscher (FDP) setzte auch in einer CDU-Regierung als Außenminister den SPD-Kurs fort.

kung über die Menschenrechte der Deutschen, die in den Ostgebieten noch leben, finden sich in dem Papier. Zwar enthielten sich eine Reihe von Christdemokraten der Stimme oder votierten dagegen, aber eine klare Gegenposition brachten die Unionsparteien nicht zustande. Auch Hans-Dietrich Genscher als Außenminister der neuen christlich-demokratisch-liberalen Regierung ab 1982 blieb eisern bei diesem Kurs. Die Verteidiger der Rechte der Heimatvertriebenen wurden weniger.

Zwar hat das Bundesverfassungsgericht mit seinem Urteil vom 31. Juli 1973, das auf Antrag der Bayerischen Staatsregierung zustande kam – vielleicht die größte historische Tat von Franz-Josef Strauß –, den Regierungen in der Preisgabe deutscher Positionen Grenzen gesetzt, aber diese haben sich nicht immer daran gehalten. Der Kernsatz in dem Urteil lautete, daß »sich die Bundesrepublik Deutschland als gebietlich unvollständig versteht, daß sie, sobald es möglich ist und die Bereitschaft anderer Teile Deutschlands zum Beitritt vorliegt, von sich aus kraft dieser Verfassungsabstimmung das Nötige zu tun verpflichtet ist, und daß sie erst vollständig das ist, was sie sein will, wenn die (gemeint sind also alle Teile, d. Verf.) anderen Teile Deutschlands ihr angehören«.

Besonders die Mehrheit der Sozialdemokraten sah in diesem Urteil einen unzulässigen Eingriff des Bundesverfassungsgerichts in die praktische Außenpolitik und in den Richtern Persönlichkeiten, die die »normative Kraft des Faktischen« nicht begriffen hätten. Lebendige Rechtsnorm für die in der Politik Handelnden ist das Urteil nie geworden.

Willy Brandt und die Vertreibung

Seit vielen Jahren kursieren Gerüchte, Willy Brandt habe bereits 1944 vorgeschlagen, den größten Teil Ostpreußens mit seiner Hauptstadt Königsberg an Polen abzutreten. Wenn ein Mann, der von 1969 bis 1974 Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland und lange Zeit Vorsitzender der mitgliederstärksten Partei dieses Landes war, noch vor Kriegsende diesen Vorschlag gemacht hätte, wäre dies eine Ungeheuerlichkeit, die beispiellos in der Geschichte dasteht.

Ausgelöst wurde die Affäre durch einen Leserbrief des ehemaligen Vorsitzenden der Freien Demokratischen Partei, Erich Mende, in der »Welt am Sonntag« vom 9. Oktober 1979, der folgenden Wortlaut hatte: »Zu (dem Beitrag) ›In Brandt eine Hausse entbrannt‹ in der ›Welt am Sonntag‹ vom 2. September. Thema war das gestiegene Interesse an früheren Schriften Willy Brandts – nach SPD-Angaben ausgelöst durch CSU-Politiker auf der Suche nach Wahlkampfmunition.

Das erinnert mich an die Brandtschen Memoranden an den damaligen Gesandten der USA in Stockholm ein Jahr vor Ende des Zweiten Weltkrieges, die vom amerikanischen Außenminister im Dezember 1974 der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurden. Es hieß in einem solchen Memorandum (Nr. 3399 vom 22. Mai 1944): ›Es muß mit dem preußischen Militarismus abgerechnet werden. Beamte, Richter und Polizeibeamte müssen in großer Zahl gefeuert, interniert und in Gefängnisse gesteckt werden. Solche Maßnahmen liegen nicht zuletzt im Rahmen einer kraftvollen demokrati-

schen Revolution, wie sie unglücklicherweise in den Jahren 1918/19 nicht vollendet wurde.‹

In einem Dokument Nr. 4027 vom 2. 9. 1944 machte Brandt Vorschläge zur Abtretung der deutschen Ostgebiete: Er habe keinerlei nationale Gefühle oder irgendwelche Bindungen an Grenzen. Daher schlage er vor, die Ostgebiete aus dem Reich auszugliedern und den Polen zu geben. In diesem Falle sollte die gesamte deutsche Bevölkerung aus den abgetretenen Gebieten ausgesiedelt werden.

Der US-Gesandte Johnson fügte seinem Bericht nach Washington folgenden Satz an: ›Dies scheint der Gesandtschaft ein vernünftiger Vorschlag, insbesondere, da er von einem Deutschen kommt.‹

Als wenige Wochen später deutsche Korrespondenten Einsicht in die Memoranden im amerikanischen Außenministerium nehmen wollten, waren diese – üblicherweise nach 30 Jahren freigegebenen Dokumente – nicht mehr zugänglich. Sollte damals die CSU ihre Hand im Spiel gehabt haben – oder sind es die gleichen Stellen gewesen, die vermutlich heute Brandts Bücher aufkaufen, damit sie den Deutschen nicht unter die Augen kommen?«

Dr. jur. Erich Mende, MdB
5300 Bonn 1

Eine Veröffentlichung mit einer so schwerwiegenden Behauptung erforderte Klarstellung, und so lag es nahe, daß der damalige Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Landesgerichtspräsident a. D. Hans-Georg Bock, in einem Schreiben den früheren Bundeskanzler um dessen Stellungnahme bat, da der Leserbrief »bei unseren Landsleuten größte Empörung und bittere Enttäuschung ausgelöst« habe.

Statt der gewünschten Klarstellung durch Brandt erhielt die Landsmannschaft am 30. Oktober 1979 einen Brief seines »Persönlichen Büros«, aus dem hervorgeht, daß in der Tat Berichte von amerikanischen Auslandsbeobachtern in den USA existierten, die sich auf die politische Aktivität Brandts in jener Zeit beziehen. Diese Tatsache sei »vor allem aus der rechtsextremistischen und neonazistischen Ecke« wiederholt genutzt worden, um Brandt zu diffamieren.

Dieser völlig unzureichende Bescheid führte zu einer Rückfrage, die – man kann es kaum glauben – mit einem abgezogenen Brief beantwortet wurde. Hans-Georg Bock faßte am 13. November 1979 erneut nach und betonte die dringende Notwendigkeit einer »ganz klaren Antwort«.

Danach fand ein Wechsel im Amt des Sprechers der Landsmannschaft statt, und der neue Sprecher, der Bundestagsabgeordnete Ottfried Hennig, schrieb nunmehr, da immer noch keine klare Entgegnung vorlag, wiederum an Willy Brandt und bat dringend um »eine persönliche Antwort mit einem unmißverständlichen Dementi«.

Am 14. Dezember entgegnete das »Persönliche Büro« des Exkanzlers – unterzeichnet von einem Herrn Rosen –, es sei zwar richtig, daß Herr Brandt in seiner Exilzeit Gespräche mit Amerikanern geführt, dagegen sei es unrichtig, daß er der Abtretung von Teilen des Reiches das Wort geredet habe. Als Dr. Hennig in der Neujahrsausgabe des »Ostpreußenblattes« das Verhalten Brandts ansprach, forderte das »Persönliche Büro« sogar ein Dementi.

Was blieb dem Sprecher der Landsmannschaft übrig, als noch einmal Brandt persönlich anzuschreiben, um die

Vorgänge zu klären. Das war am 10. Januar 1980. Am 17. Januar äußerte sich dann Willy Brandt unmittelbar zu den Vorwürfen. Er berief sich jedoch nicht auf die von Erich Mende genannten Dokumente, sondern übersandte einen Auszug seines Buches »Nach dem Sieg«, das im Jahre 1944 in norwegischer Sprache erschienen ist.

Obwohl nicht Gegenstand der schriftlichen Anfrage, sind einige Passagen daraus bezeichnend für Brandts Einstellung:

»Auf englischer Seite zog man es lange vor, bei der Formel eines ›großen und selbständigen Polens‹ zu bleiben. Im Februar gab jedoch Churchill zu erkennen, daß er sich mit Stalin im Namen Englands über eine polnisch-russische Grenze auf der Grundlage der Curzon-Linie geeinigt hätte. Man habe erkannt, daß Polen auf Kosten Deutschlands im Norden und Westen einen Ausgleich benötige. In der russischen Note vom Januar 1944, in der die Curzon-Linie als Verhandlungsgrundlage vorgeschlagen wurde, heißt es jedoch auch, daß Polens Grenzen westwärts verlegt werden könnten, so daß Polen den ›uralten polnischen Boden, der früher von Deutschland eingenommen worden sei‹, zurückerhalte. Polen würde dadurch auch den notwendigen Weg zur Ostsee bekommen. Diese russische Erklärung wurde als eine Zusage über Ostpreußen aufgefaßt. Aber darüber enthielt die Note nichts. Das ›historische Recht‹ auf dieses Gebiet ist umstritten; die Bevölkerung ist weit über 90 Prozent deutsch. Eine Verbindung zur Ostsee hatte Polen bereits früher durch den Korridor erhalten, auch wenn dies keine voll zufriedenstellende Lösung war – weder aus polnischer noch aus deutscher Sicht. Diese

Fragen wurden in der russischen Note nicht beantwortet. Es war offenkundig, daß die Sowjetunion nicht beabsichtige, sich in einem zu frühen Zeitpunkt in Einzelfragen zu binden. Im Februar 1944 wurde angedeutet, daß die Sowjetunion selbst an einem Teil Ostpreußens interessiert sei, während Polen Danzig und die großen ostpreußischen Agrarwirtschaftsgebiete erhalten sollte.«
Allein die Formulierung Brandts, das Recht auf Ostgebiete sei »umstritten«, ist eine verräterische Formulierung in bezug auf die Haltung Brandts in dieser Frage. Wenn 800 Jahre deutsche Besiedlung keine unumstrittene Rechtslage herleiten, würde sich alles Völkerrecht ad absurdum führen.
Die Landsmannschaft Ostpreußen hat nach dieser wiederum am Thema vorbeigehenden Antwort einen gerichtlich vereidigten Dolmetscher in Anspruch genommen, der die Dokumente, um die es eigentlich ging, aus der englischen in die deutsche Sprache übersetzte. Das vertrauliche Dokument 4027, abgesandt von der amerikanischen Botschaft in Stockholm am 2. September 1944 an den Auswärtigen Dienst der USA, betreffend die »Ansichten des deutschen Sozialdemokraten Willy Brandt«, hat folgenden Wortlaut:
»Ich beehre mich mitzuteilen, daß sich ein Mitglied des Gesandtschaftsstabes mit Willy Brandt unterhalten hat; Brandt ist exilierter deutscher Sozialdemokrat, der bereits in verschiedenen vorangegangenen Nachrichten erwähnt worden ist, so zum Beispiel in Nummer 3142 vom 11. April 1944 und in Nummer 3399 vom 27. Mai 1944, wobei beide Übersetzungen von Memoranden aus der Feder von Willy Brandt zu deutschen Fragen übermittelten . . .

Brandt wurde gefragt, wie sein Lösungsvorschlag für die Probleme der Ostgrenze aussehe. Er antwortete zögernd und mit dem ausdrücklichen Hinweis, daß dies seine persönliche und unbedeutende Meinung darstelle, zunächst müsse es vor allem eine ungebrochene (geschlossene) Grenze geben, d. h., es dürfe keinen Korridor geben. Er, Brandt, würde den Korridor an Deutschland zurückgeben, und dies ungeachtet der Nationalität der örtlichen Bevölkerung; ferner seien auch Danzig und ein kleiner Teil des westlichen Ostpreußens an Deutschland zu geben. Der Rest Ostpreußens, miteingeschlossen Königsberg, würde an Polen gehen. Danzig würde auch den Polen als Hafen zur Verfügung stehen. Brandt fügte hinzu, in einem solchen Falle sollte ein vollständiger Austausch der Bevölkerung in den betreffenden Gebieten stattfinden. Dies ist nach Auffassung der Gesandtschaft ein nicht unvernünftiger Vorschlag, der von einem Deutschen kommt.
Brandt bemerkte, für den Fall, daß ganz Ostpreußen, Danzig und der Korridor an Polen gegeben würden, gebe es Deutsche, die dies persönlich als eine drastische, aber endgültige Lösung eines beinahe unlösbaren Problems annehmen, jedoch nicht wagen würden, ihre Ansichten offen zuzugeben. Brandt selbst versicherte, Ostpreußen sei für Deutschland wirtschaftlich nicht notwendig, da sein Wert als Kornkammer vollständig von den hohen deutschen Schutzzöllen für Getreide vor dem Krieg abhängig gewesen sei. Das ostpreußische Getreide könne für den Fall der Beseitigung der Schutzzölle niemals mit kanadischem oder amerikanischem Getreide in Wettbewerb treten.
Hochachtungsvoll (gezeichnet) Hershel v. Johnson«



Willy Brandt, vierter Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, hat bereits vor Ende des Krieges die Siegermächte zur Abtrennung deutscher Gebiete ermuntert.

Zitiert werden muß an dieser Stelle auch noch ein Auszug aus dem Geheimdokument Nr. 4221, das vom gleichen Absender stammt und am 6. Oktober 1944 an den Außenminister der USA geleitet wurde. Darin heißt es: »Hinsichtlich der deutschen Ostgrenze haben die Autoren mit Ängstlichkeit die extremen Forderungen zur Kenntnis genommen, die von vielen Bereichen für die Abtrennung Ostpreußens an Polen und für die Abtrennung weiter Teile von Schlesien und Pommern von Deutschland erhoben worden sind. Sie glauben, die vernünftigste im Osten zu findende Lösung sei die Errichtung einer ununterbrochenen deutschen Ostgrenze (ohne einen Korridor) und die Ermöglichung eines angemessenen Zugangs für Polen an die Ostsee. (Dies bedeutet zweifelsohne die Abtrennung eines beträchtlichen Teils von Ostpreußen an Polen, jedoch die Rückgabe des Korridors an Deutschland. Dazu sind die Ansichten zu vergleichen, die Willy Brandt in der Unterhaltung mit einem Beamten der Gesandtschaft geäußert hat, so wie es in der oben benannten Nachricht Nummer 4027 der Gesandtschaft berichtet wird.) Die Zukunft Polens wird nicht von militärischen oder strategischen Grenzüberlegungen, sondern vielmehr von einer engen Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und mit einem demokratischen Deutschland abhängen.«
Die hier wiedergegebenen Zitate und der Unwille Willy Brandts, zu den offenen Fragen Stellung zu nehmen, zeigen überdeutlich, daß der erste sozialdemokratische Kanzler die Siegermächte zumindest ermuntert hat, deutsche Gebiete abzutrennen und Vertreibungen vorzunehmen, auch wenn er sie mit dem harmlosen Wort vom »vollständigen Austausch der Bevölkerung« umschreibt.

Die Zukunft des deutschen Ostens

Der 3. Oktober 1990, der Tag der Wiedervereinigung mit Mitteldeutschland, war ein langersehnter Tag – für die Menschen zwischen Mecklenburg und Thüringen, für viele Flüchtlinge, für alle, die den Glauben an die Zukunft Deutschlands nicht aufgegeben hatten. Aber er war für viele nicht nur ein Tag der Freude, sondern auch der Trauer, denn die Einheit mit Mecklenburg, Vorpommern, Brandenburg, Ost-Berlin, Sachsen-Anhalt, Sachsen mit einem Stück Niederschlesiens und Thüringen verband sich mit zwei bedeutenden Initiativen:

- aus der Parlamentsresolution vom 21. Juni zur völkerrechtlichen Anerkennung der Oder-Neiße-Linie soll 1991 ein völkerrechtlich verbindlicher Vertrag vom neuen gemeinsamen Bundestag formuliert und verabschiedet werden;
- der Artikel 23 des Grundgesetzes, der »anderen Teilen Deutschlands« den Beitritt zu dessen Geltungsbereich öffnet, soll ersatzlos gestrichen werden.

Sind also die Vertriebenen aus Ostpommern, Westpreußen, Danzig, Ostpreußen, Ostbrandenburg, Ober- und Niederschlesien die eigentlichen Verlierer des Zweiten Weltkrieges? Soll jetzt festgeschrieben werden, was die drei Hauptsiegermächte selbst in der Stunde ihres größten Triumphes in Potsdam nicht endgültig festzulegen wagten? Ist die Hinnahme des Verlusts von rund einem Viertel des Reichsgebiets durch die Deutschen Stalins letzter Sieg?

Die Mühlen der Geschichte mahlen sehr viel langsamer, als manche Politiker und Kommentatoren es sich vorstellen können! Der berühmte Satz Abraham Lincolns

»Nichts ist geregelt, was nicht gerecht geregelt ist« hat auch für die deutschen Ostgebiete seine Gültigkeit. Vertriebene wie gesamtdeutsch Denkende haben keinen Grund zur Resignation oder dafür, sich in den Winkel der Enttäuschung zurückzuziehen! Wer hätte im Jahre 1850 gedacht – die bürgerliche Revolution zur Durchsetzung eines freien und einigen Vaterlandes war soeben gescheitert –, daß bereits 21 Jahre später ein zweites Deutsches Reich begründet werden konnte, das Europa die bis dahin längste Friedensepoche des Kontinents schenkte? Wer hat im Sommer 1989 sich vorstellen können, daß die Wiedervereinigung mit Mitteldeutschland 1990 stattfinden würde? Es waren nur ganz wenige, die dies nach der Schlappe der Sowjets im Rüstungswettlauf mit den USA um die Führung der Welt Ende der achtziger Jahre richtig vorausgesehen haben. Die Aufgabe der Breschnjew-Doktrin durch Gorbatschow war der erste sichtbare Meilenstein auf diesem Wege.
Hätte die Bundesregierung nach der friedlichen Revolution in der DDR und der Öffnung der Grenzen auf dem Wege zur deutschen Einheit das Prinzip »alles oder nichts!« anwenden dürfen? Jede Politik vollzieht sich in Schritten! Und wenn die Bundesregierung, weil sie einen Riesenschritt hätte machen wollen, den mittleren Schritt zur Einigung mit Mitteldeutschland nicht gegangen wäre, hätte sie sich an den Mitteldeutschen versündigt! Ohne großes Zutun der Bundesrepublik Deutschland war hier die Gelegenheit zu einem Stück Einheit gewachsen, die zu versäumen im Sinne Bismarcks bedeutet hätte, den »Mantel der Geschichte vorbeirauschen zu lassen«.

Wie sah die Wirklichkeit der Bundesrepublik Deutschland im Winter 1989/90 aus? Diese Republik hatte fünf größere Souveränitätsbeschränkungen, die allerdings in pietätvoller Weise zumeist außerhalb der öffentlichen Diskussion standen:

1. Nach dem Deutschlandvertrag von 1955 blieb die Lösung der deutschen Frage in den Händen der Siegermächte. In dieser auch Generalvertrag benannten Vereinbarung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den drei Hauptsiegermächten heißt es (zitiert nach der zweiten Fassung vom 23. Oktober 1954):

»Im Hinblick auf die internationale Lage, die bisher die Wiedervereinigung Deutschlands und den Abschluß eines Friedensvertrages verhindert hat, behalten die Drei Mächte die bisher von ihnen ausgeübten oder innegehabten Rechte und Verantwortlichkeit in bezug auf Berlin und auf Deutschland als Ganzes einschließlich der Wiedervereinigung Deutschlands und einer friedensvertraglichen Regelung.«

2. Die UNO-Feindstaatklauseln 53 und 107 blieben in Kraft. »Wir, die Völker der Vereinten Nationen, entschlossen, künftige Generationen vor der Geißel des Krieges zu bewahren, die zweimal zu unseren Lebzeiten unsagbares Leid über die Menschheit gebracht hat«, heißt es in der UNO-Charta vom 26. Juni 1945, ». . . haben beschlossen, unsere Anstrengungen zur Verwirklichung dieser Ziele zu vereinen.« (Auszug aus der Präambel.) Da die Siegermächte – Opfer ihrer eigenen Propaganda – in dieser Zeit, was ihre Führungskräfte anging, mehrheitlich daran glaubten, daß ein kriegslüsternes Deutschland beide Weltkriege systematisch angezettelt habe, sollten die Ansprüche des neuen Völker-

rechts für die Besiegten des Zweiten Weltkrieges nicht gelten. Im Artikel 53 ist deshalb zu lesen:
»Der Sicherheitsrat nimmt gegebenenfalls diese regionalen Abmachungen oder Einrichtungen zur Durchführung von Zwangsmaßnahmen unter seiner Autorität in Anspruch. Ohne Ermächtigung des Sicherheitsrates dürfen Zwangsmaßnahmen auf Grund regionaler Abmachungen oder seitens regionaler Einrichtungen nicht ergriffen werden; ausgenommen sind Maßnahmen gegen einen Feindstaat im Sinne des Absatzes 2, soweit sie in Artikel 107 oder in regionalen, gegen die Wiederaufnahme der Angriffspolitik eines solchen Staates gerichteten Abmachungen vorgesehen sind; die Ausnahme gilt, bis der Organisation auf Ersuchen der beteiligten Regierungen die Aufgabe zugewiesen wird, neue Angriffe eines solchen Staates zu verhüten.
Der Ausdruck ›Feindstaat‹ in Absatz 1 bezeichnet jeden Staat, der während des Zweiten Weltkrieges Feind eines Unterzeichners dieser Charta war.«
Und in Artikel 107 wird präzisiert: »Maßnahmen, welche die hierfür verantwortlichen Regierungen als Folge des Zweiten Weltkrieges in bezug auf einen Staat ergreifen oder genehmigen, der während dieses Krieges Feind eines Unterzeichnerstaates dieser Charta war, werden durch die Charta weder außer Kraft gesetzt noch untersagt.«
Obwohl die besiegten Staaten des Zweiten Weltkrieges sämtlich gesellschaftliche Wege gingen, die sie von den inneren Zuständen der damaligen Zeit weit entfernten, wurden die Artikel 53 und 107 der UNO-Charta bis heute nicht aufgehoben.

3. Im Truppenvertrag sicherten sich die Siegermächte eine Reihe von Rechten in der Bundesrepublik Deutschland für ihre hier stationierten Truppen.
4. West-Berlin war kulturell sowie wirtschaftlich und währungspolitisch, nicht jedoch in bezug auf die innere und äußere Sicherheit Teil der Bundesrepublik Deutschland.
5. Im Rahmen der Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft ab 1958 delegierte die Bundesrepublik eine Reihe von Souveränitätsrechten – vorerst in der Landwirtschaft – auf supranationale Gremien.

Wer die ersten vier Punkte in ihrer politischen Bedeutung richtig zu werten versteht, kann schon daraus erkennen, daß die Argumentation von Bundeskanzler Helmut Kohl, von CDU-Fraktionschef Alfred Dregger oder des Staatssekretärs im Innerdeutschen Ministerium, Ottfried Hennig, die Wiedervereinigung mit Mitteldeutschland sei ohne eine völkerrechtliche Anerkennung der Oder-Neiße-Linie nicht zu haben gewesen, auf den wirklichen Gegebenheiten beruht. Weil kein Einblick in die Akten möglich ist, sind wir zum Beleg auf Beobachtungen anderer Art angewiesen.

Da ist einmal die Tatsache, daß Helmut Kohl sich viele Monate geweigert hat, Polen eine erneute Garantie seiner Grenzen auszusprechen. Er ist deshalb von seinen politischen Gegnern im Inland und Ausland monatelang gescholten und eines verdeckten »Revanchismus« bezichtigt worden. Wenn Kohl dann doch nachgab, kann es eigentlich nur an festen Forderungen der vier Hauptsiegermächte des Zweiten Weltkrieges gelegen haben.

Einen Einblick in die Problematik, welche Widerstände bei Frankreich zum Beispiel zu überwinden waren, gab



Lange hat sich Bundeskanzler Kohl geweigert, die Wiedervereinigung mit Mitteldeutschland mit einer Anerkennung der Oder-Neiße-Linie zu verbinden.

folgende Szene: Der französische Ministerpräsident François Mitterand empfahl noch wenige Tage vor der Volkskammerwahl im März 1990 auf einer Großveranstaltung an der Humboldt-Universität in Ost-Berlin den versammelten Studenten, zwar den Weg der Demokratie zu wagen, aber an der Zweistaatlichkeit festzuhalten. Und dies, nachdem die Mehrheit der mitteldeutschen Bevölkerung bereits unmißverständlich in zahllosen Demonstrationen ihren Willen zur Wiedervereinigung bekundet hatte.

Eindeutig waren vorher schon die Aussagen der vier Botschafter der Siegermächte nach ihrem Berliner Treffen am 11. Dezember 1989 gewesen. Wjatscheslaw Kotschemassow, der sowjetische Botschafter, formulierte z.B. in einem TASS-Interview, er habe gegenüber seinen westlichen Kollegen Vernon Walters (USA), Sir Christopher Mallaby (Großbritannien) und Serge Boidevaix (Frankreich) besonderen Akzent auf die Notwendigkeit gesetzt, die »territorial-politischen Notwendigkeiten anzuerkennen«.

Und daß mit der Sowjetunion in dieser Frage nicht zu reden war, geht auch aus einem anderen Indiz hervor. Im Sommer 1990 bemühten sich die Japaner einmal mehr, mit den Sowjets über die Rückgabe der annektierten Inseln zu verhandeln. Die Sowjetunion zeigte sich dazu nicht bereit, obwohl sie als Konsequenz dafür hinnehmen mußte, daß das reiche Japan keinen einzigen Yen zur Entwicklung der maroden sowjetischen Wirtschaft beiträgt. Vielleicht damit erklärbar, daß Michail Gorbatschow in der tiefen Krise seines Landes nicht auch noch die letzten für sein Land positiven Folgen des Zweiten Weltkrieges in Frage stellen lassen will! Nationalitäten-

unruhen und Wirtschaftschaos sind für ihn so große Probleme, daß er damit voll ausgelastet ist.
Uns allen sind auch noch Pressemeldungen über Äußerungen britischer und italienischer Spitzenpolitiker im Ohr, die sich eindeutig und mit kaum glaublicher Ignoranz gegen die Wiedervereinigung mit Mitteldeutschland wandten.
Nun gibt es zwei schwerwiegende Einwände gegen eine solche Argumentation. Der eine lautet: Wenn die Wiedervereinigung mit Mitteldeutschland von den Siegermächten blockiert worden wäre, weil die Bundesregierung den Oder-Neiße-Verzicht nicht ausgesprochen hätte, wäre infolge der offenen Grenzen die DDR buchstäblich ausgeblutet, wäre ein vom westlichen Teil nicht zu verkraftender Flüchtlingsstrom entstanden. Deshalb hätten die Hauptsiegermächte sich ohnehin nicht gegen die Einheit mit Mitteldeutschland stemmen können. Aber ist das wirklich richtig? Gewiß, sie hätten sie auf die Dauer nicht verhindern können. Aber wieviele Möglichkeiten hätte es gegeben, sie mit diplomatischen Tricks zu verzögern – und zwar über Jahre hinaus?
Den zweiten Einwand hat der Bundestagsabgeordnete Helmut Sauer (Salzgitter) am klarsten formuliert: »Ist es denn wirklich unvorstellbar, in beharrlichen Verhandlungen mit der polnischen Regierung auch heute noch eine parallele Lösung angesichts der katastrophalen Lage in allen Bereichen in den Oder-Neiße-Gebieten zu finden oder eine mehr noch europäisch konföderale Lösung auszuarbeiten? Es konnte trotz intensiver Nachfrage bis zum gestrigen Tage (das war der 20. September 1990, d. Verf.) nicht versichert werden, daß in den Verhandlungen des Außenministers in den vergangenen

Monaten überhaupt der Versuch unternommen worden ist, aufgrund der KSZE-Vereinbarungen doch möglich, unser vom Grundgesetz verpflichtendes Gebot der Wiedervereinigung auf Ostdeutschland auch angesichts der Situation in der Sowjetunion und Polen überhaupt vorzutragen, weil man eben von vornherein von den realen Machtverhältnissen ausging, so wie viele von der ewigen Zweistaatlichkeit hinsichtlich der DDR ausgegangen sind.
Es ist mir trotz intensiver Nachfrage . . . nicht bestätigt worden, daß die Siegermächte expressis verbis von sich aus das angebliche Junktim aufgestellt haben, daß die Vereinigung von Mittel- und Westdeutschland nur mit einem ›freiwilligen‹ Verzicht auf Ostdeutschland ermöglicht werden könne.«
Aber Helmut Sauer fügte auch hinzu: »Ich vertraue jedoch den Versicherungen des Herrn Bundeskanzlers, der diese Forderung als conditio sine qua non bezeichnet hat.«
Ohne auf weitere Indizien einzugehen: Es spricht alles dafür, daß die Siegermächte den Deutschen gar keine andere Wahl gelassen haben. In die Beurteilung muß jedoch auch die reale Abstimmungslage im Deutschen Bundestag vom Herbst 1990 mit einbezogen werden. Tatsache ist, daß es dort keinen grünen, keinen sozialdemokratischen und auch keinen FDP-Abgeordneten gab, der am Anspruch auf Ostdeutschland festhalten wollte. Die Abstimmung über die Verträge mit Sowjetrußland und Polen im Jahre 1970 zeigte auch bereits ein gespaltenes Verhältnis in der CDU/CSU. Auch in den Unionsparteien verstärkte sich in den siebziger und achtziger Jahren die Resignation in der Deutschland-

frage. Erinnert werden soll nur daran, daß in seinem Programm-Entwurf des damaligen CDU-Generalsekretärs Heiner Geißler aus dem Jahre 1988 das Wort Wiedervereinigung verschwunden war. Ottfried Hennig als Vorsitzender einer Kommission in dieser Frage sorgte damals mit anderen Parteifreunden dafür, daß die Union diesen Weg nicht einschlug!
Am 21. Juni 1990 beschlossen Bundestag und Volkskammer in gleichlautenden Resolutionen, die mit großer Mehrheit angenommen wurden, daß die deutsch-polnische Grenze an der Oder-Neiße-Linie durch einen Vertrag zwischen dem vereinten Deutschland und Polen völkerrechtlich bekräftigt werden soll. Im Bundestag gab es dazu 15 Gegenstimmen und drei Enthaltungen, in der Volkskammer sechs Gegenstimmen und 18 Enthaltungen. Auch wenn davon auszugehen ist, daß zwei bis drei weitere Dutzend Abgeordnete nur zugestimmt haben, um die Wiedervereinigung mit Mitteldeutschland unter Dach und Fach zu bringen, sie aber im neuen Bundestag einer völkerrechtlichen Anerkennung dieser Grenze nur zustimmen werden, wenn Polen erhebliche Zugeständnisse – insbesondere in der Frage eines Minderheitenstatus für die Deutschen in Oberschlesien und in anderen Gebieten – macht, eine Mehrheit für die Ablehnung der polnischen Wünsche gab es im letzten Bundestag nicht! Für die Zusammensetzung des gegenwärtigen Bundestages muß das gleiche festgestellt werden.
Wo liegen die Ursachen dieser Wandlung in den letzten Jahrzehnten? Sie sind einmal in den Spätfolgen der Umerziehung zu sehen, die nicht nur gegen die Übersteigerung des deutschen Nationalbewußtseins, sondern auch gegen dessen natürliche Ausprägung gerichtet war. Nur

nationalbewußte Deutsche interessiert jedoch das Thema von 104000 Quadratkilometern Deutschland, die Sowjetrußland 1945 abtrennte. Selbstverständlich auch die Betroffenen, die Vertriebenen! Kosmopoliten oder Anhängern einer multikulturellen Gesellschaft ist die nationale Frage gleichgültig, viele von ihnen stemmen sich sogar bewußt gegen ihre Lösung.
Eine zweite Ursache ist die Gründlichkeit des deutschen Schuldbewußtseins nach dem Zweiten Weltkrieg. Teilung und Gebietsabtrennungen wurden als gerechte Strafe für, wie es in den letzten Jahrzehnten oft zu hören und zu lesen war, »die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges und die singulären deutschen Verbrechen« gesehen. Ganz anders war die Haltung Japans in dieser Frage. Dort dominiert seit langem die Meinung, daß wer sich demokratisch gewandelt hat, auch das Recht hat, ein gleichberechtigtes Mitglied der Völkerfamilie zu sein, das nicht andauernd durch die Festschreibung feindlicher Okkupationen bestraft werden dürfe.
Bedeutendste Ursache ist aber wohl der »lange Marsch durch die Institutionen«, den die neomarxistische Revolutionsgeneration der endsechziger Jahre überaus erfolgreich vollzog. Sein Ziel war es, die »Multiplikatorberufe« zu erobern. Im Bereich des Journalismus und allgemein der Medienberufe, im Bereich von Schule und Hochschule, in den Sektoren der Justiz und im Felde der Sozialämter wie im Bereich der Pfarrhäuser war dieser Marsch erfolgreich. Dort haben bis heute ideologische Kräfte oft sogar die Mehrheit, die nur mit Bedauern, ja Ingrimm, den Untergang des Sozialismus beobachten. Zu deren Grundeinstellung gehörte der Verzicht auf Wiedervereinigung und selbstverständlich auch auf

die Ostgebiete! Solcher Geist durchdrang jahrzehntelang die Medien, Schulen, Universitäten und die evangelische Kirche, hat inzwischen aber auch die katholische Kirche erreicht! Folge dieser Entwicklung war, daß das geistige Erbe der Vertreibungsländer in der Öffentlichkeit kaum noch gepflegt wurde, daß Menschen, die an der Idee der deutschen Einheit festhielten, als gestrige Phantasten geschmäht wurden. Und wer die Oder-Neiße-Linie nicht als endgültige Grenze anerkennen will, wird jetzt im wachsenden Maße als »Ewiggestriger« bezeichnet. Wie gut das Zusammenspiel dieser Vertreter des »langen Marsches« inzwischen funktioniert, kann an einem Beispiel der Gegenwart gut beobachtet werden. Kaum war die Wiedervereinigung mit Mitteldeutschland vollzogen, schalteten Presseorgane, Rundfunk und Fernsehen in stillem Einvernehmen den Begriff Ostdeutschland für Mitteldeutschland. In unglaublicher Einmütigkeit, die an totalitäre Formen der Sprachregelung erinnerte, waren auf einmal achthundert Jahre deutschen Ostens einfach weggewischt. Das kam selbst dem Ex-Bundeskanzler Willy Brandt in einem Fernsehinterview komisch vor, so daß er einen Moderator, der von Thüringen als »Ostdeutschland« gesprochen hatte, korrigierte und den Begriff Mitteldeutschland anmahnte!

Wie gut die gemeinsame Sprachregelung linker Medienmacher funktioniert, sei noch an einem weiteren Beispiel unseres Themas erläutert: Wer am Anrecht auf die deutschen Ostgebiete festhält, dem wird vorgeworfen, er erhebe Anspruch auf polnisches Gebiet. Die Wirklichkeit ist umgekehrt! Polen erhebt Anspruch auf deutsches Gebiet! Niemand will polnisches Souveränitätsge-



Das Plakat des »Kuratoriums Unteilbares Deutschland« erinnerte in den sechziger Jahren Passanten an Straßen, Plätzen und in Parkanlagen an die Teilung Deutschlands. Weit nach links gerückte Medien sahen in denen, die am Rechtsstandpunkt der Deutschen in bezug auf ihre Ostgebiete festhielten, schon Ende der siebziger Jahre »Rechtsradikale«.

biet in Frage stellen. Die deutschen Ostgebiete haben zum großen Teile Grenzen, die zu den ältesten in Europa zählen!
Wie der nüchterne Beobachter feststellen muß, ist die Aufgabe des Anspruchs auf die Oder-Neiße-Gebiete also nur Teil eines ideologischen Linksrucks in der Bundesrepublik Deutschland, der sich auch in anderen Feldern, wie der abnehmenden Pflege und Weiterentwicklung unserer Nationalkultur, in mangelndem Geschichtsbewußtsein, Schwärmerei von einer multikulturellen Gesellschaft und in der Unterstützung des Familienzerfalls ausdrückt.
All diese Fakten sind jedoch kein Anlaß zur Resignation! Das Ziel, für das die Aufständischen des 17. Juni 1953 zum Teil ihr Leben gaben und das in den Köpfen der friedlichen Revolutionäre des Jahres 1989 in zahlreichen Städten zwischen der Ostsee und dem Erzgebirge die entscheidende Rolle spielte, ist erreicht! Und aus der Einheit mit Mitteldeutschland wachsen neue, gesamteuropäische Chancen, denn die Spaltung Deutschlands war zugleich die Spaltung des Kontinents. Deutschland muß jetzt wieder seine eigentliche Rolle in der Mitte Europas spielen, nämlich ein Scharnier, ein Bindeglied nach allen Seiten zu sein.
Die Hauptauseinandersetzung, die jetzt um die Frage beginnt, wie soll das gemeinsame Haus Europa aussehen, vollzieht sich in zwei Grundlinien – die eine Linie will die multikulturelle Gesellschaft, die andere eine gegliederte Völkergemeinschaft. Wenn die Anhänger der ersteren Richtung aus diesem Wettstreit siegreich hervorgingen, bräuchte sich niemand mehr Gedanken über die deutschen Ostgebiete zu machen. Eine multikultu-

relle Gesellschaft oder besser deren Einzelglieder hätten nur ein Ziel: schnellstmöglich zum persönlichen Genusse im materiellen Sinne zu gelangen. Die Einheitskultur, die sich daraus entwickelte, würde jener der USA immer ähnlicher sehen! Vieles deutet darauf hin, daß gerade jene Staaten, die jetzt wieder an Europa heranwachsen, wie Ungarn, Estland, Lettland, Litauen, die Tschechoslowakei, den Weg zur multikulturellen Gesellschaft nicht mitgehen wollen. Sie sind stolz auf ihre Kultur und auf ihre Identität.
Auch die bisher neutralen und EFTA-gebundenen Länder, die jetzt an die Europäische Gemeinschaft heranwachsen, sind in ihrer Grundhaltung gleich einzuschätzen. Wie sagte doch der österreichische Staatspräsident Waldheim Ende Juli 1990 in Salzburg: »Auf der Baustelle ›Europa‹ drängen die Bürger schon zum Einzug in das neue gemeinsame Haus, während in Wahrheit noch um die Pläne gerungen wird ... Nicht Schmelztiegel der Völker ist das Hoffnungsbild Europas, sondern ein Mosaik, das Raum läßt für die bunte Vielfalt europäischer Identitäten ... Das Europa der Zukunft muß schließlich bei allem Fortschritt der Technik und Wissenschaft auch zu einer größeren Ehrfurcht vor der Schöpfung zurückkehren.«
Wie sieht es mit der Rolle Polens in diesem Europa aus? Wenn Polen wirklich Europa will – und schon aus wirtschaftlichen Gründen wird es für das Land keine Alternative dazu geben –, wird es den Weg der Aussöhnung gehen müssen. Wenn die nächste polnische Regierung an Maximalforderungen festhält, kein Wort der Versöhnung findet, wie dies zum Beispiel der tschechische Präsident Vaclaw Havel in so eindrucksvoller Weise tat, wird



Vom polnischen Staatspräsidenten Walesa hängt es ab, ob es eine dauerhafte deutsch-polnische Versöhnung geben wird. Die Deutschen sind weit entgegengekommen. Jetzt müßte das polnische Entgegenkommen folgen.

sie sich weiter isolieren. Auch Polen wird lernen müssen, daß am Anfang aller Versöhnung die Wahrheit und das Recht stehen müssen.
So sind mehrere Entwicklungen denkbar. Möglichkeit eins: Eine polnische Regierung entschließt sich in einem Kompromiß, endlich den Gegensatz aus der Welt zu schaffen. Er könnte so aussehen, daß zumindest einige Landstriche jenseits der Oder zurückgegeben werden, um jenen Vertriebenen oder ihren Nachfahren, die nach Ostdeutschland zurückkehren wollen, eine Heimstatt zu schaffen. Dabei brauchte kein einziger Pole das Land zu verlassen, denn die Vertreibungsgebiete sind zum Teil sehr dünn besiedelt. Es gibt zahlreiche aufgelassene Höfe und Brachen.
Möglichkeit zwei: Die polnische Regierung gibt den in den Ostgebieten lebenden Deutschen, einschließlich denen in Oberschlesien, einen Minderheitenstatus, wie er im internationalen Völkerrecht und in der Akte von Helsinki gefordert wird. Das heißt: eigene Schulen, eigene Zeitungen, eigene Kirchen, eigene Vereine, Zeiten im Fernsehen, Möglichkeiten, das eigene Brauchtum und die eigene Kultur ohne Einschränkungen irgendwelcher Art zu pflegen. Und die polnische Regierung gestattet jenen Deutschen, die in die Heimat zurückkehren wollen, sich dort wieder anzusiedeln. Da die Zahl der Vertriebenen, die in der Heimat einen Neuanfang wagen würden, ohnehin altersbedingt gering ist, wären der polnischen Regierung keine größeren Lasten aufgebürdet. Der nicht zurückkehrende Teil müßte dann hier mit den Möglichkeiten und Grenzen, die einer solchen Maßnahme finanzpolitisch entgegenstehen, entschädigt werden.

Ein solcher Schlußstrich in Form eines Kompromisses wäre für die Polen auch deshalb günstig, weil infolge der niederen Geburtenrate in der Enkelgeneration der Vertriebenen auch die nachwachsende Generation nicht in hohen Zahlen in die Heimat der Väter zurückdrängen wird.
Diese Lösungen wären für die Zukunft Polens auch deshalb günstig, weil Kompromisse die Zukunft immer besser überstehen als die Durchsetzung von Maximalforderungen. Niemand weiß, wie die nächste und übernächste Generation der Deutschen über diese Frage denken wird! Kompromisse werden aber von kommenden Generationen eher akzeptiert werden, als wenn Siegerwillkür konserviert wird!
Möglichkeit drei: Polen setzt die jetzige Politik fort. Es isoliert sich dadurch gegenüber Europa und müßte mit immer neuen Abwanderungsverlusten der eigenen Bevölkerung fertigwerden. Irgendwann wären diese Verluste so stark, daß eine neue Regierung das Ruder herumwerfen müßte. Diese Regierung würde dann wahrscheinlich radikal den Weg nach Europa einschlagen, um nicht den wirtschaftlichen Abstand zu den westlichen Ländern noch weiter auseinanderklaffen zu lassen. Das Europa der Zukunft, wie immer es aussieht, wird jedoch keine hohen Grenzzäune mehr zulassen. Eine so geartete Regierung könnte dann in bezug auf die Ostgebiete die Möglichkeit eins oder zwei wählen oder andere Formen des Kompromisses suchen.
Eines ist jedoch eine lange geschichtliche Erfahrung, um die keine polnische Regierung der Zukunft herumkommen wird: Jene Epochen der polnischen Geschichte, in denen deutsche Kaufleute und Bauern im

Lande waren, in denen deutsche Initiativ- und Organisationskraft mitwirken konnten, waren die wirtschaftlich erfolgreichen.
Wenn Deutschland und Polen vergangene Konflikte überwinden wollen – und dies ist eine Notwendigkeit für beide Länder wie für Europa –, dann müssen beide Seiten Entgegenkommen zeigen. Wenn Deutschland aber weiterhin allein die versöhnende Hand reicht und Polen weiterhin Geschichtslügen konserviert und Maximalforderungen durchsetzen will – bis hin zu neuen Reparationen –, wird die Aussöhnung zweier leidgeprüfter Völker noch lange auf sich warten lassen! Manche Politiker in Polen haben inzwischen den Wunsch zu wirklicher Aussöhnung. Beide Völker hätten es verdient, daß sie die Staatsführung erlangten, um ein neues freundschaftliches Kapitel zwischen beiden Völkern zu eröffnen.
Jeder Gutwillige kann den Polen nur wünschen, daß ihnen Staatsmänner entstehen, die jetzt neue Wege zu einer wirklichen Aussöhnung mit Deutschland zu gehen versuchen.
Das Völkerrecht liegt eindeutig auf seiten Deutschlands in bezug auf alle Ostgebiete, die Polen und Sowjetrußland annektierten. Die Geschichte bringt eindeutige Belege, daß es sich hier seit rund 800 Jahren um deutsche Territorien handelt. Wenn Polen und Sowjetrußland, in erster Linie jedoch Polen, nicht begreifen, daß die nächsten Jahre die geschichtliche Chance in sich tragen, jahrhundertelange Probleme mit vernünftigen Kompromissen aus der Welt zu schaffen, besteht die Gefahr neuer Radikalisierungen. »Wir wollen im Friedensvertrag soviel wie möglich von Deutschland retten«, hat Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger einmal das deut-

sche Ziel genannt. Da es keinen Friedensvertrag geben wird, müssen die offenen Fragen zwischen Polen und der Bundesrepublik Deutschland verhandelt werden. Ist es wirklich in Polen von seiten der führenden Kräfte nicht begreifbar, daß ein Landraub dieser Größenordnung keine gute Voraussetzung für eine dauerhafte Partnerschaft darstellt? Und ist es nicht ein großes Glück für Polen, daß in der Bundesrepublik eine Regierung herrscht, die zu großen Kompromissen, zu einem ungewöhnlich großzügigen Entgegenkommen bereit ist, obwohl das Völkerrecht an ihrer Seite steht?

Ein Blick in das ostdeutsche Kulturerbe

Der Beitrag der deutschen Vertreibungsgebiete zur deutschen Sprache und Dichtung

Die Ostsiedler kamen aus den verschiedensten deutschen Landschaften zusammen und bildeten im Umgang miteinander Dialekt-Mischformen, die zur Entwicklung einer gemeinsamen Hochsprache wesentlich beitrugen. Von besonderer Bedeutung war dabei der thüringische Raum, in dem sich mehrere Siedlungsbewegungen begegneten. Als der Luxemburger Karl IV. als Kaiser des Reiches auf der Prager Burg residierte, trug die in seinen Schreibstuben gebrauchte »Prager Kanzleisprache«, die in allen Teilen des Reiches verstanden werden mußte, zu einer Vereinheitlichung bei. All dies waren Fundamente, die für Martin Luthers sprachschöpferisches Werk, die Bibelübersetzung im Meißener Kanzleideutsch, eine wichtige Zwischenstufe bildeten.
Verschiedene deutsche Dialekte drangen über deutsche Minnesänger schon im hohen Mittelalter an slawische Höfe vor. Von dem Böhmenkönig Wenzel II. sind uns zum Beispiel zwei wohlgelungene Minnelieder überliefert. Schon um 1400 entstand im Westen Böhmens ein deutsches Sprachkunstwerk großen Ranges: »Der Akkermann und der Tod«. Der Tod nimmt darin Johannes, dem Stadtschreiber von Saaz (am Ufer der Eger), die geliebte Frau. Als Ackermann tritt er dem Sensenmann gegenüber und klagt ihn an. Er will als Anwalt der

Menschheit gehört werden, spricht für den unbedingten Wert des Lebens, für den Menschen als das schönste Kunstwerk Gottes. Der Tod nimmt in seiner Antwort beinahe die Züge des Satans an, pocht höhnisch auf seine uneingeschränkte Gewalt und weist auf die Nichtigkeit der menschlichen Existenz hin. Sie trete aus dem Nichtsein heraus, durchlaufe eine kurze Bahn des Seins, verrinne, ehernem Zwang unterworfen, ins Nichts. In Rede und Gegenrede mäßigt sich der Tod in seinen Angriffen, und am Ende findet er beinahe ein Wort des Trostes. Der Ackermann sieht die Sinnlosigkeit seiner Anklage ein und nimmt sein Schicksal auf sich. In Demut neigt er sich vor Gott.

Viele großen Dichter und Schriftsteller im östlichen Deutschland haben seitdem die Entwicklung unserer Sprache mit vorangetrieben und unvergängliches Literaturgut geschaffen. Am Beginn der deutschsprachigen Lyrik der Neuzeit steht ein Schlesier: Martin Opitz, geboren 1597 zu Bunzlau, 1639 in Danzig einer Pestepidemie zum Opfer gefallen. Als Liebhaber »unserer schönen Muttersprache« trat er gegen »Buhlereyen« mit Fremdwörtern auf und schuf in seinem »Buch von der Deutschen Poeterey« eine Anleitung für das Dichten in der deutschen Sprache. Er machte viele, zum Teil heute noch gültige, Vorschläge über Versmaß, Form und Gefälligkeit der Wortwahl und des Satzbaus. Kaiser Ferdinand II. erhob ihn mit Wirkung vom 14. September 1627 in den Adelsstand, und er durfte sich fortan Martin Opitz von Boberfeld nennen. Polenkönig Wladyslaw II., ein Mann von hohem Kunstsinn, unterstützte ihn in den letzten Jahren vor seinem Tod. Ein 1958 von dem polnischen Germanisten Marian Szyrocki



Martin Opitz von Boberfeld (1597–1639) – Begründer der schlesischen Dichterschule, einer der wichtigsten Väter der deutschen Literatur.

in Breslau veröffentlichtes Verzeichnis enthält 308 Opitzwerke.

Als tiefreligiöse Natur ist die wichtigste Gestalt des »Königsberger Dichterkreises« berühmt geworden. Unsterblich bleibt sein Freundschaftslied:

»Der Mensch hat nichts so eigen,
sowohl steht ihm nichts an
als daß er Treu erzeigen
und Freundschaft halten kann.«

Der 1605 in Memel geborene Simon Dach war eine zarte, schwächliche Natur und war dem harten Leben in Zeiten der Kriegsnot, Pest und Verheerung kaum gewachsen. Sein fast kindliches Gottvertrauen ist ein großartiges Beispiel deutscher Religiosität in dieser Epoche. 1639 ernannte ihn der Große Kurfürst zum Professor der Poesie an der Königsberger Universität. Hier in der Stadt am Pregel starb er 1659. Geblieben ist von ihm besonders sein Volks- und Hochzeitslied »Anke (Ännchen) von Tharau«, das noch heute zu unseren schönsten Lieddichtungen zählt.

Die größte Begabung der ersten schlesischen Dichterschule war Andreas Gryphius (1616–1664) aus dem schlesischen Glogau. Mit Schwermut schildert er seine von Kriegen und Pestepidemien gepeinigte Zeit. Neben zahlreichen Gedichten in unterschiedlicher Form und einigen Dramen hat er mit zwei Possen die erste Stufe des deutschen Lustspiels gesetzt. Seine »Geliebte Dornrose« ist das erste schlesische Mundartspiel überhaupt: ein schönes Mädchen zwischen zwei Bauernburschen – nach allerlei Streit ein salomonisches Urteil des Gutsrichters. Die Gestalten in seinen Bühnenstücken sind zumeist voller Leidenschaft und prallem Leben.



Andreas Gryphius (1616–1664) aus Glogau gilt als einer der Mitbegründer des deutschen Dramas. Er verstand 14 Sprachen. Seine Zeitgenossen nannten ihn den »Unsterblichen«.

Ebenfalls ein Schlesier war Johannes Scheffler, genannt auch Angelius Silesius (1624–1677), aus Breslau. Ein Meister des Sinngedichts, dessen in Spruchform gestalteter »Cherubinischer Wandersmann« sowohl eine Auseinandersetzung mit dem Verhältnis Mensch und Gott als auch eine Polemik gegen das strenggläubige Luthertum darstellt. Seine Kirchenlieder, wie z. B. »Heilige Seelenlust«, finden sich in katholischen wie evangelischen Gesangbüchern. Gottfried Keller entnahm seinem Werk später zwei Sprüche für zwei seiner Legenden.

Noch an den Formidealen der Franzosen orientiert waren die 37 Stücke des Johann Christoph Gottschedt (1700–1776) aus Judittenkirchen bei Königsberg. Der Ostpreuße, den es später nach Leipzig verschlug, förderte die berühmte Theatergruppe der Neuberin. Er verbannte den volkstümlichen, aber mit derbdreisten Zoten oft störenden »Hanswurst« von der Bühne. Seine Dramen sollten der vernünftigen und sittlichen Belehrung und Besserung der Bürger dienen. Bleibend sind seine Impulse für die deutsche Hochsprache, die er unter dem Titel »Grundlegung einer deutschen Sprachkunst« 1748 zusammenfaßte, die jedoch auch in seinen »Beiträgen zur kritischen Historie der deutschen Sprache, Poesie und Beredsamkeit« (1732–1744) in großer Zahl zu finden sind. In den Zeitschriften »Critische Beyträge«, »Neuer Büchersaal der schönen Wissenschaften und freien Künste« sowie »Das neueste aus der anmutigen Gelehrsamkeit« förderte Gottschedt wie kein anderer die Entwicklung der deutschen Sprache.

Ein Dichter voll warmen Gefühls und echten Natursinnes war der Pommer Ewald von Kleist (1715–1759) aus



Ein Hühne nicht nur von Gestalt, sondern auch von Geist war der Ostpreuße Johann Christoph Gottschedt (1700–1766). Mit seinen Hinweisen auf die besseren Literaturerzeugnisse der Franzosen wollte er die deutschen Literaten anspornen.

Zeblin. Berühmt wurde er als Sänger des »Frühling«, einer »poetischen Bilderjagd« von großer Einfühlsamkeit und Tiefe. Bezaubert von des Frühlings Pracht empfiehlt er den Menschen, dem »atemberaubenden Aushauch von güldenen Kerkern der Städte« zu entfliehen und sich an den »farbichten Szenen«, der »Jugend des Jahres« zu erfreuen. Kleist – Krieger und Soldat zugleich – wurde als preußischer Major in der Schlacht bei Kunersdorf tödlich verwundet. So blieb dieser vielseitige Charakter, der durch Gleim zur Dichtung gekommen war, als Literat einer der vielen Unvollendeten.

Als die Muttersprache des menschlichen Geschlechts bezeichnete der Königsberger Johann Georg Hamann (1730–1788) die Poesie. Seine schwer verständliche Bildsprache und sein dunkler Stil hatten wesentlichen Einfluß auf die Sturm- und Drang-Periode der deutschen Literatur. Herders Vorstellung vom »natürlichen Ursprung der Sprache« stellte er die »Gewißheit ihres göttlichen Ursprungs« entgegen. Von dem langjährigen Mitarbeiter der »Königsberger Gelehrtenzeitung« wurden die »Sokratischen Denkwürdigkeiten« am meisten gelesen. Die Sprache, so sagte er darin, sei in ihrer bildhaften Form, indem sie Verstand und Gefühl in sich einschließe, die beste Künderin menschlicher Ganzheit. Die starken Ausdrücke und verblüffenden Gleichnisse Hamanns haben später den Ostpreußen Herder stark beeinflußt.

Seine Eltern sahen in dem 1776 ebenfalls in Königsberg geborenen Ernst Theodor Wilhelm, bekannt geworden unter seinem Pseudonym E. T. A. Hoffmann, ein Wunderkind. Nach einem Studium der Rechte, währenddessen er auch seine musischen Talente nicht verkümmern



Von dem Pommern Ewald von Kleist (1715–1759), der Sensibilität und Tatkraft gleichermaßen in sich vereinte, wird heute noch der »Frühling« gern gelesen.

ließ, kam er als Regierungsassessor nach Posen, später als Regierungsrat nach Warschau. Obwohl er sein Amt gewissenhaft führte, lebte er sein Leben als Künstler, musizierte, komponierte, malte, dichtete. Und als er nach dem Einmarsch der Franzosen sein Amt verloren hatte, widmete er sich ganz der Kunst. 1822 erlag er einem quälenden Rückenmarksleiden.
Die politischen Wirren und Entwicklungen seiner Zeit berührten ihn kaum. Während des Kriegsgetümmels des Jahres 1813 schrieb er seine »Phantasiestücke in Callots Manier«. Seine Einbildungskraft beschäftigte sich gern mit dem Grauenhaft-Unbegreiflichen, der »Nachtseite der Natur«, so etwa im »Sandmann«, einer Spukgeschichte, in der Wirklichkeit und Wahnvorstellungen wild durcheinanderwirbeln. 1819 erschien sein wunderliches Märchen »Klein Zaches genannt Zinnober« – die Ausführung eines fieberhaften Einfalls. Er selbst zog all seinen Dichtungen den »Kater Murr« vor. Großartig gelungen und ein Meisterstück der Erzählkunst ist sein »Fräulein von Scudery«, eine spannende historische Erzählung aus der Zeit Ludwigs XIV. von Frankreich. Als einer der phantasiereichsten Dichter der Deutschen ging Hoffmann in die Literaturgeschichte ein.
Gar zu gern hätte der seiner rechten Hand infolge eines Duells beraubte Max von Schenkendorf (1783–1817) aus Tilsit in den Befreiungskriegen selbst mitgekämpft. So blieb ihm nichts anderes, denn als Dichter und Künder einer neuen Zeit der Freiheit mit ins Feld zu ziehen. In den Dichtungen dieses bibelfesten deutschen Streiters liegt eine unbändige Begeisterung für die große deutsche Erhebung von 1813. Neben Ernst Moritz Arndt und Theodor Körner ist der Memelländer wohl



E. T. A. Hoffmann (1776–1822) aus Königsberg ließ sich in seinen Dichtungen vom Taumel seiner Einbildungskraft fortreißen. Auch als Maler und Musiker war er ein großes Talent.

der feinsinnigste und ritterlichste unter den Dichtern der Befreiungskriege gewesen.
Seine Soldatenlieder wie »Erhebt euch von der Erde, ihr Schläfer aus der Ruh'«, »Als der Sandwirt von Passeier« oder »Auf Scharnhorsts Tod« berühren uns heute vielleicht weniger als seine Naturdichtungen, Balladen und Romanzen. Berühmt wurde sein Gedicht »Freiheit«, dessen fünfter Vers lautet:

»Wo sich Gottes Flamme
in ein Herz gesenkt,
das am alten Stamme
treu und liebend hängt;
wo sich Männer finden,
die für Ehr' und Recht
mutig sich verbinden,
weilt ein frei Geschlecht.«

Schon an seinem 34. Geburtstage ist er 1817 in Koblenz verstorben. Mit dem Aufsatz »Ein Beispiel von der Zerstörungssucht der Preußen« in der Zeitung »Der Freimütige« hat er sich erfolgreich für die Erhaltung der Marienburg an der Nogat eingesetzt.
In keinem Buch deutscher Gedichte fehlt der Name Joseph Freiherr von Eichendorff. 1788 wurde er auf Gut Lubowitz bei Ratibor geboren und starb 1857 in Neiße. Vom Volkslied aus fand Eichendorff zum individuellen Seelenlied in romantischer Stimmungslandschaft voll Sehnsucht und Erinnerung, reich an frommer Andacht und Demut. Wie kein anderer hat er die romantische Lyrik in Deutschland bestimmt. Viel Beachtung fand schon zu Lebzeiten seine Novelle »Aus dem Leben eines Taugenichts«, doch unübertroffen bleibt seine Lyrik! Zuerst erschien sie in Zeitschriften oder eingestreut in



Max von Schenkendorf (1783–1817) war neben Arndt und Körner der bedeutendste Dichter der Befreiungskriege. Sein Denkmal steht in Koblenz, doch seine Wiege stand in Tilsit.

seine Romane und Novellen. 1837 veröffentlichte er seine erste Gedichtsammlung, die große Begeisterung auslöste. Nicht nur unter seinen Lesern, sondern auch unter den Komponisten. Mendelssohn, Schumann und Abt schufen großartige Kompositionen zu seinen Liedern. Aus seiner Liebe zur schlesischen Heimat mit ihrem Quellengemurmel, den tiefen Wäldern, baumbekrönten Hügeln und stromdurchflossenen Tälern wuchsen seine Stimmungsbilder. »Wem Gott will rechte Gunst erweisen«, »Durch Feld und Buchenhallen«, »Es schienen so golden die Sterne«, »In einem kühlen Grunde«, »Schweigt der Menschen laute Lust« – das sind nur einige seiner Liedtexte, die bis heute lebendig sind.

Dieses feine Gemüt war sich jedoch nicht zu schade, dem Aufruf des preußischen Königs an sein Volk zu folgen. 1813 kämpfte er im Lützower Freikorps und erhielt bei Nollendorf die Feuertaufe. Zeit seines Lebens war er ein Kämpfer für die religiöse, moralische und nationale Wiedergeburt Deutschlands. Vom Christentum geprägt sind Eichendorffs literarische Schriften, deren Geist den Vorstellungen von Görres nicht unähnlich ist. Seine Abhandlungen »Über die ethische und religiöse Bedeutung der neueren romantischen Poesie in Deutschland« (1847) und seine zweiteilige »Geschichte der poetischen Literatur in Deutschland« zeigen, wie intensiv sich dieser Dichter mit seiner Kunst auch im historischen Sinne auseinandergesetzt hat.

Die kräftige Wucht der Ballade paßte nicht zu seinem Charakter und Talent. Vielmehr lag ihm die Romanze. Darin sind ihm einfühlsame, schöne Einzelbilder gelungen.

In einem kühlen Grunde
Da geht ein Mühlenrad,
Mein Liebste ist verschwunden,
Die dort gewohnet hat.

Sie hat mir Treu versprochen,
Gab mir einen Ring dabei,
Sie hat die Treu gebrochen,
Mein Ringlein sprang entzwei.

Ich möcht' als Spielmann reisen
Weit in die Welt hinaus
Und singen meine Weisen
Und ziehn von Haus zu Haus.

Ich möcht' als Reiter fliegen
Wohl in die wilde Schlacht,
Um stille Feuer liegen
Im Feld bei dunkler Nacht.

Originalhandschrift von Eichendorffs berühmtem Lied »In einem kühlen Grunde« (Verse 1–4).



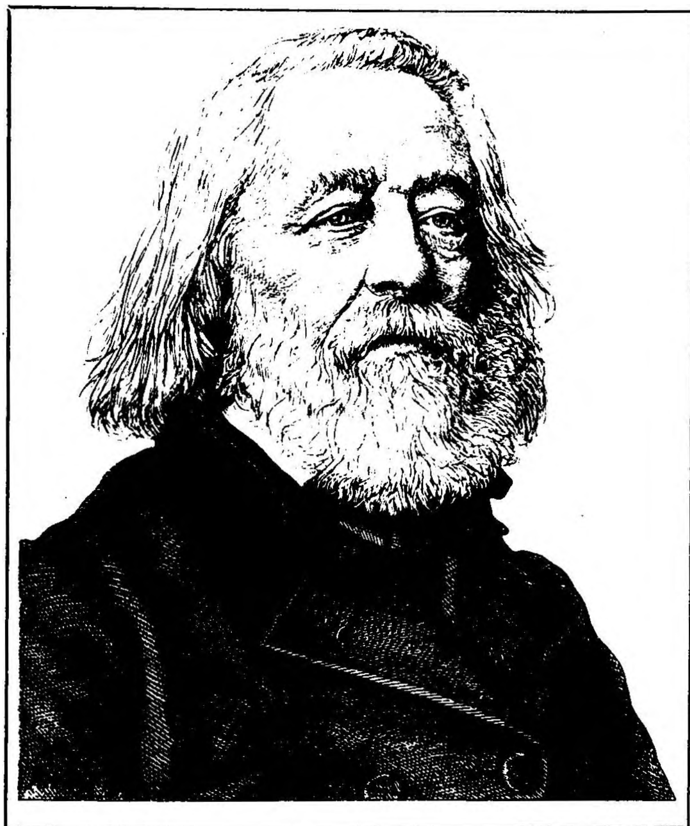
Joseph Freiherr von Eichendorff (1788–1857) ist der größte Dichter, den Schlesien hervorgebracht hat. Besonders seine Gedichte und Lieder gehören zum unverlierbaren Bestand deutscher Literatur.

Sein Jugendroman »Ahnung und Gegenwart« ist im ersten Teil von heiteren Jugenderlebnissen geprägt. Und zeigt danach mehr eine ernstere, manchmal auch satirisch-moralische Tendenz. Interessant liest sich noch heute seine Schrift über den Wiederaufbau der Marienburg, für deren Erhalt er sich wie andere Dichter seiner Zeit einsetzte. In seiner Zeit im Staatsdienst in Königsberg schrieb er auch ein Trauerspiel »Der letzte Held von der Marienburg«, das die Gestalt Heinrichs von Plauen würdigt. Mit Raumer, Savigny, Chamisso und Felix Mendelssohn-Bartholdy war er eng befreundet. Mendelssohns letzte Komposition war die des Eichendorff-Liedes »Vergangen ist der lichte Tag«. Während bei vielen Dichtern und Künstlern im Alter die Schaffenskraft abnahm, kam Eichendorff im Alter noch einmal in eine ganz fruchtbare Schaffensperiode.
Als Dichter, Schauspieler und Theaterdirektor hat der Breslauer Karl von Holtei (1798–1880) ein vielseitiges Leben hinter sich gebracht. In seinen »Vagabunden«, einem Spiegelbild des Lebens fahrender Künstler, findet sich vieles Autobiographische. Sein schlesischer Heimatroman »Christian Lammfell« (1853) spielt vor dem historischen Hintergrunde, da Schlesien zwischen Friedrich dem Großen und Maria Theresia stand. Am unmittelbarsten tritt uns Holteis anerkannte Originalität jedoch aus seinen lyrischen Dichtungen entgegen. Seine Dialekt-Gedichte wie »Gänsebliemel« oder »Tälsches Zeug« sind Leckerbissen für die Freunde der schlesischen Mundart.
Viel gespielt wurden seine dramatischen Stücke und Singspiele wie »Leonore« mit der bekannten Liedeinlage »Schier dreißig Jahre bist du alt«. Die schlesischen

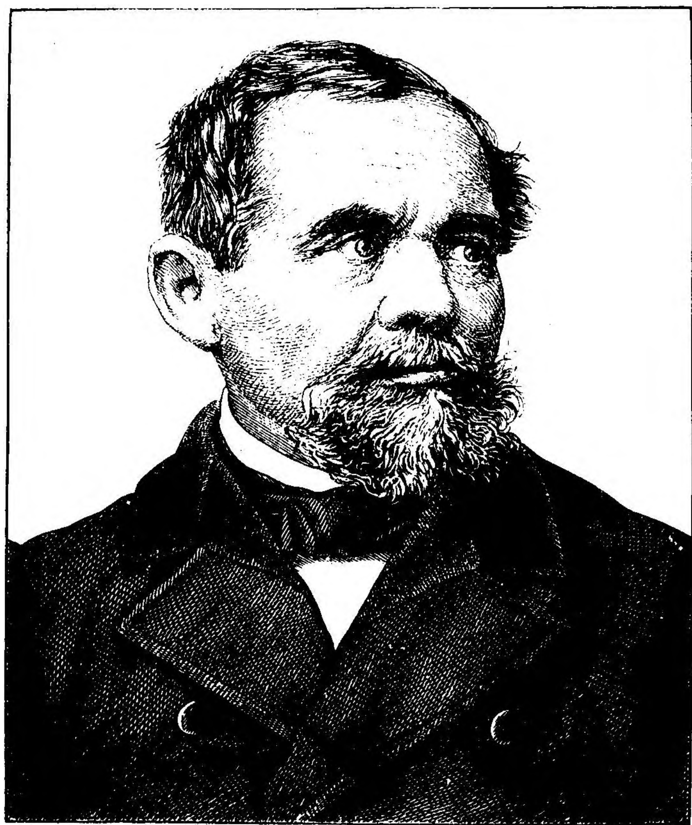
Possen »Der Kalkbrenner« oder »Dreiunddreißig Minuten in Grünberg« waren viele Jahrzehnte mit die meistaufgeführten Stücke schlesischer Volkstheater. Seine inhaltsreiche Selbstbiographie »Vierzig Jahre« ist ebenso ehrlich wie unterhaltend und ein schönes Dokument des Lebens im 19. Jahrhundert. In dem empfindsamen Rührstück »Lorbeerbaum und Bettelstab« führt Holtei das seit dem Anfang der Literatur immer wieder behandelte Thema vom verkannten Genie aus. Für die Theatergeschichte im Übergang vom 18. zum 19. Jahrhundert ist sein Roman »Der letzte Komödiant« eine nicht unbedeutende Quelle. In seiner Geburtsstadt starb er am 12. Februar 1880.

Ein typischer Vertreter der Literatur des »Jungen Deutschland« war Heinrich Laube (1806–1884) aus Sprottau in Schlesien. Junge Männer suchten nach Hilfsmitteln für die Erneuerung des kranken Staates. Oft predigten sie Volksherrschaft und waren doch in ihren eigenen Neigungen eher Aristokraten. Manches war noch gärend und unfertig. Laube hat diese Richtung mitgeboren, und sein erster Roman »Das junge Europa«, geschrieben in einem straffen, fast befehlsartigen Ton, war etwas Neues und Ungewöhnliches.

Laubes realistische Bühnenstücke wie »Graf Essex«, »Prinz Friedrich«, »Die Karlsschüler« und »Demetrius« (gestaltet nach Schillers Fragment) haben etwas Handfestes, manchmal Trockenes an sich, aber sie wurden mit viel Instinkt dafür geschrieben, wie der Zuschauer Theater erleben will. Als Direktor des Wiener Burgtheaters hatte Laube viele Kontakte zum Publikum und setzte auf einen guten Zuschauergeschmack, ohne der Trivialität Dienste zu erweisen.



Karl von Holtei (1798–1880) wurde zu seinen schlesischen Mundartgedichten durch Johann Peter Hebel angeregt. Trefflich charakterisiert er auch in seinen Volksstücken den schlesischen Charakter.



Heinrich Laube (1806–1884) studierte zwar Theologie, machte sich jedoch einen Namen als typischer Vertreter der Schriftstellergeneration des »Jungen Deutschland«. Im schlesischen Sprottau geboren, gehört er in die lange Reihe der Bedeutenden, die der südostdeutsche Stamm hervorgebracht hat.

Die Reisenovellen Laubes ironisierte sein Zeitgenosse Karl Gutzkow: ». . . Liebesabenteuer rechts und links, im Postwagen, in der Passagierstube, im Bade, in der Kirche, auf der Straße, in Winkeln, überall Liebe; Liebe mit den Fingerspitzen, Liebe mit den Knien, Liebe im Schlafe, Liebe in Haarwickeln, Liebe in Schlesien, Dessau, Braunschweig, Leipzig, Karlsbad, Teplitz, München, Tirol, Italien, Steiermark, Wien, Prag, Liebe überall, aber nur für – einen! für H. Laube.« Vielleicht liegt gerade darin das Geheimnis, daß Laube heute noch gelesen wird.

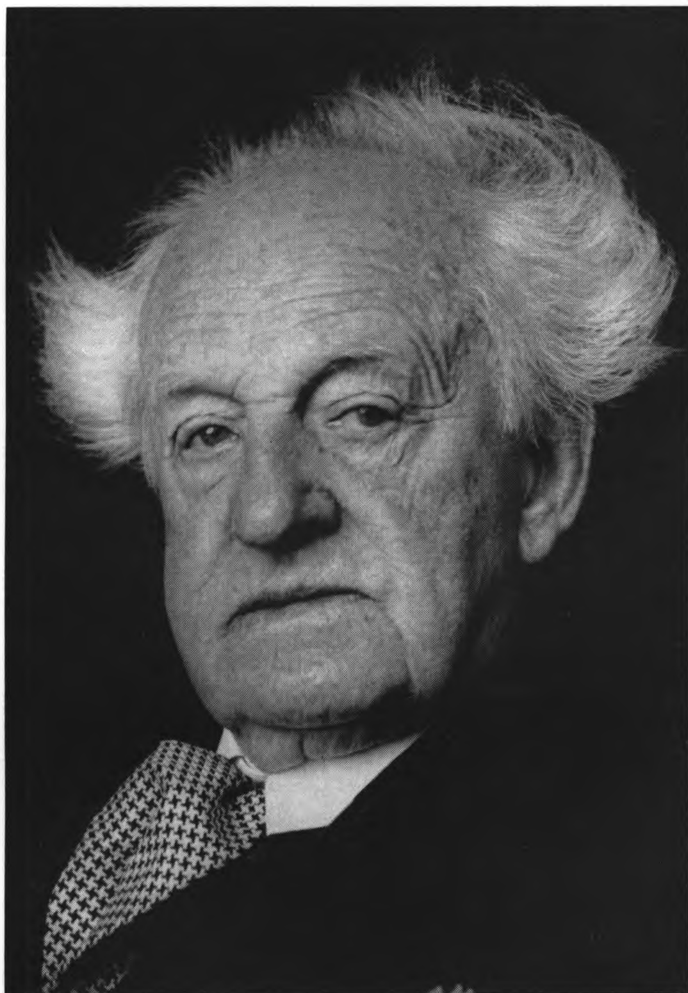
Die Zeit, in die Hermann Sudermann (1857–1928) hineingestellt wurde, war von den ungeheuren Umbrüchen im Werden der modernen Industriegesellschaft geprägt. Sozialkritik stand unter den Schriftstellern damals genauso hoch im Kurs wie die Schilderung des Verfalls der alten bürgerlichen Welt. Gedacht ist dabei z. B. an Thomas Manns »Buddenbrooks« oder Ricarda Huchs »Ludolf Ursleu«. Im Gegensatz zu seinem Vorbild Ibsen formulierte Sudermann jedoch nicht nur Kritik und Fragen, sondern auch Antworten. Ibsens Hedda Gabler setzt ihrem Leben selbst ein Ende, weil sie an ihrer Umwelt verzweifelt. Sudermanns Magda in dem Drama »Heimat« überwindet alle Schwierigkeiten und zwingt die Umwelt zur Anerkennung ihrer Rechte.

Haß und Hohn erntete er von Kritikern wie Maximilian Harden, Adolf Stern oder Ida Axelrod. Sie versuchten, Spuren von Plagiat in seinen Werken zu erkennen, von Goethe und Andersen, Tolstoj und Sardou, Nietzsche, Nestroy, Freytag und Hebbel. Doch der Ostpreuße Sudermann ließ alle Angriffe unerwidert und ging seinen Weg. Seine Dramen und Novellen prägen bleibende



Der Ostpreuße Hermann Sudermann (1857–1928) wurde von der deutschen Literaturkritik hart angezweifelt. Doch seine Dramen und Novellen setzten sich auch gegen diese Widerstände durch. Er ging seinen Weg, einsam und fast ohne Freunde, nur der selbst gesetzten Aufgabe verpflichtet.

Themen. Im Schauspiel »Die Raschhoffs« wird der Kampf eines Vaters mit seinem Sohne ausgetragen. Der Vater – ein Mann der Pflichterfüllung, der Sohn ein Glücksritter. »Die Freundin« ist ein Schauspiel, in dem die Menschen auf wankenden Brettern des Zerfalls gültiger Werte der Machtgier und verleiteten Trieben verfallen. In den drei vaterländischen Dramen »Das deutsche Schicksal« sind die Wurzeln und Probleme des Weltkrieges dramatisiert. In Erzählungen wie »Die Reise nach Tilsit« werden heimatliche Schicksale lebendig.
Überaus reich ist das Werk Gerhart Hauptmanns (1862–1946). Aus der gleichen Familie aus Obersalzbrunn in Schlesien stammt auch Carl Hauptmann, wenngleich dieser als Dramatiker und Erzähler nicht an seinen Bruder heranreicht. Gerhart Hauptmann zählt zu den Naturalisten, obwohl er sich auch mit anderen Stilrichtungen befaßte und identifizierte. Er schrieb Märchen- und Mysterienspiele, dichtete Versepen, Traumgeschichten und mystische Erzählungen, schuf bedeutende Romane und Dramen. Lange Zeit galt er als der maßgebende deutsche Dichter zu Anfang dieses Jahrhunderts.
Immer wieder aufgeführt werden noch heute seine »Weber«. Der Dichter steht dabei ganz auf der Seite der Ausgebeuteten. In einer lockeren Szenenfolge wird der Hungeraufstand der Weber aus den vierziger Jahren des letzten Jahrhunderts als das Problem eines Berufsstandes gestaltet, der vor dem Nichts steht. Es gelang dem Dichter, mit diesem Drama eine Massenbewegung anhand von Einzelschicksalen auf die Bühne zu bringen. Mit »Florian Geyer« hat Hauptmann sich später an einem ähnlichen Thema noch einmal versucht.

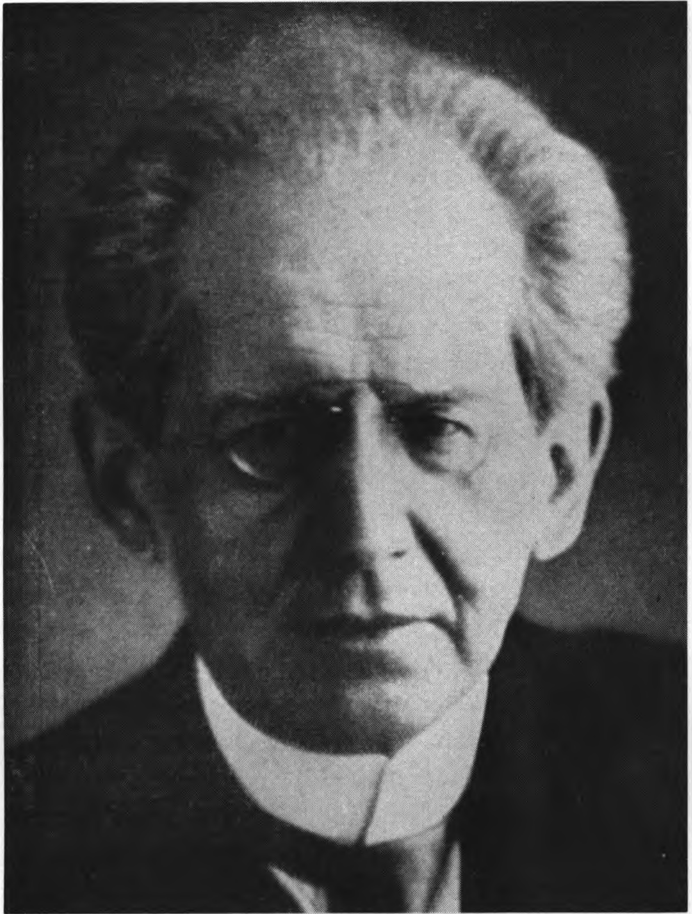


Gerhard Hauptmann (1862–1946) aus dem schlesischen Kurort Obersalzbrunn wurde von manchen Zeitgenossen, nicht nur seiner äußeren Erscheinung wegen, mit Goethe verglichen.

In seiner »Versunkenen Glocke« hingegen gab er sich dem Rausch seiner Phantasie hin. Mit »Vor Sonnenaufgang« ebnete er den Weg zum naturalistischen Drama. Es ist ein Gemälde einer durch Veräußerung von Ackerland an den Bergbau reichgewordenen, in Schiebertum, Trunksucht und Ehebruch verkommenden Familie. Nur eine herrnhutisch erzogene Tochter entgeht diesem Teufelskreis. In Hauptmanns neuer Form des Dramas tritt der Held in den Hintergrund, »Fälle« aus dem Erleben werden dargestellt wie der Dichter sie empfand oder deutete.

Zu den bedeutendsten der naturalistischen Strömung gehört Arno Holz (1863–1929). Mit zwölf Jahren kam der Rastenburger nach Berlin und entwickelte sich zu einem Schriftsteller mit vielfältigen neuen Ideen. Seine heiteren »Dafnis«-Lieder, die auch vertont und in Konzerten gesungen wurden, werden heute nur noch selten aufgeführt oder gelesen. Auch sein erster Lyrikband »Buch der Zeit«, dessen Neues nicht im Lebensgefühl, sondern in den Themen lag, hat seine Zeit nicht überstanden. Seine Dramen wie »Die Familie Selicke« oder die Künstlertragödie »Sonnenfinsternis« tragen dick auf und erinnern an das barocke Theater. Kunst, Blutschande, Haß, Alkohol durchweben das Stück ekstatisch, so daß man verwundert sein kann, daß es in unserer Zeit, die doch einen Blick für solche Außergewöhnlichkeiten hat, noch nicht wiederentdeckt wurde.

Bleiben wird trotzdem manches von diesem kantigen Ostpreußen, wie zum Beispiel sein Gedicht über den »Winter«:



Arno Holz (1863–1929) wurde in Rastenburg geboren und lebte später in Berlin. In Gedichten, Novellen und Dramen prägte er entscheidend den Stil des Naturalismus mit.

»Du lieber Frühling, wohin bist du gegangen?
Noch schlägt mein Herz, was deine Vögel sangen.
Die ganze Welt war wie ein Blumenstrauß.
Längst ist das aus!
Die ganze Welt ist jetzt, o weh,
Barfüßle im Schnee!
Die schwarzen Bäume stehn und frieren.
Im Ofen die Bratäpfel musizieren,
das Dach hängt voll Eis.
Und doch! Bald kehrst du wieder, ich weiß, ich weiß!
Bald kehrst du wieder,
oh, nur ein Weilchen,
und blaue Lieder duften die Veilchen.«

Der schlesische Erzähler Hermann Stehr (1864–1940) aus Habbelschwerdt nahe Glatz gehört ebenfalls zur romantischen Schule. Paul Fechter schreibt in seiner »Geschichte der deutschen Literatur« über sein bedeutendstes Werk, den »Heiligenhof«: »Es spielt wie seine zweite Geigenmachernovelle im Westfälischen zwischen Münster und Rhein. Von der Wirklichkeit des Landes dort ist aber nichts da, man sieht weder die Landschaft, noch gar in der Novelle die Stadt. Man hat im Lesen das Gefühl eines sehr hohen Himmels über einer weiten, leeren Ebene, über die groß, weich, dem Irdischen kaum verbunden, Stehrs Menschengestalten gehen, die fast alle aus einer ähnlichen Fülle des Seelischen leben müssen wie ihr Autor.«

Fast ein Märchen ist seine Novelle »Das entlaufene Herz«. In dem Haus zu den Wasserjungfern wohnen allezeit nur Mädchen, die wiederum nur Mädchen in die Welt bringen, bis die eigenartige Kette abreißt, weil eine sich davonmacht . . .



Grüblerisch und tief: der schlesische Erzähler Hermann Stehr (1864–1940) aus der Nähe von Glatz.

Ein schwerblütiger Seelenzergliederer war dieser Schriftsteller, der eigentlich Lehrer war und so düstere, manchmal völlig hoffnungslose Bilder zeichnen konnte. Tiefgründig und zumeist grüblerisch lesen sich auch seine Bauernromane wie »Der Schindelmacher«, in dem er die furchtbare Rache eines gedemütigten Greises erzählt. Mit dem Roman »Leonore Griebel« stellte er eine träumerische, lebensfremde Frau in die Welt, die vom Glück träumt und einem verständnislosen, trockenen Mann gegenübersteht, dem romantische Gefühle fremd sind.
Der Dramatiker, Romancier und Novellist Max Halbe (1865–1944) war mit Wedekind, Hartleben, Kayserling und Thoma befreundet. Von Ibsen und Hauptmann beeinflußt, gehörte er zu den späten Naturalisten. Seinen ersten dramatischen Versuchen wie »Emporkömmling« (1889) und »Eisgang« (1892) folgte sein größter Bühnenerfolg »Jugend« (1893). Er behandelt die verhängnisvolle Liebe zweier junger Menschen. Die Entwicklung dieses Liebesverhältnisses, die sich in ganz kurzer Zeit vollzieht, ist gut beobachtet, die Personen sind mit sicherer Hand gezeichnet. Kritiker lobten besonders die »reiche Seelenmalerei«, die ihm mit diesem Drama gelungen sei.
Dieser erste Erfolg des Westpreußen Halbe aus Guettland bei Danzig war zugleich sein Verhängnis. Alles, was er danach schrieb, wurde an diesem Drama gemessen. Nach dem großen Erfolg ging es wieder bergab! Halbe verbitterte zusehends und zog sich von Berlin nach Kreuzlingen am Bodensee zurück. Dabei sind ihm noch einige gute Würfe gelungen. So das Drama »Die Heimatlosen«, das den ewigen Kampf zwischen dem Fest-



Max Halbe (1865–1944) sagten Kritiker ein größeres Talent als Gerhard Hauptmann als Dramatiker nach. Doch der Westpreuße aus Güttland wurde lebenslang an seinem frühen Drama »Jugend« gemessen.

halten am Althergebrachten und seinen festen Gesetzen und dem kraftvollen und leidenschaftlichen Verlangen nach freieren Verhältnissen zum Inhalt hat. Sein Drama »Mutter Erde« behandelt das Schicksal eines Westpreußen, Paul Warkentins, der seinen väterlichen Hof verläßt, um draußen in der Ferne sein Glück zu suchen. Draußen findet er es auch scheinbar mit Stella Bernhardy, einer typischen Großstadtfrau, doch heimgekehrt zum Begräbnis seines Vaters erwacht in ihm eine alte Jugendliebe . . .

»Sehnsucht flattert aus der Heimat in die Weite, aus der Weite in die Heimat«, umschreibt Albert Soergel in seinem Buch »Dichtung und Dichter der Zeit« schon in den zwanziger Jahren die Gedichte und Balladen der Königsbergerin Agnes Miegel (1879–1964). Ihre Balladen glänzen durch Bildkraft, Symbolreichtum, Knappheit und Spannung. Ihre »Schöne Agnete« zum Beispiel wird gelesen werden, solange es Freunde deutscher Balladen gibt. Ihre Heimatgedichte sind von echter Tiefe und Einfachheit. Niemand hat in diesem Jahrhundert Ostpreußens bewegte Geschichte, das alte Ordensland, seine Dome, Menschen, Tiere so echt, so die Seele des Landes erfassend, dargestellt. Das heidnische Pruzzenland klingt ebenso aus ihren Dichtungen wie die vielfältigen Beziehungen von Natur und Mensch. Ihre Natur- und Liebeslieder, »Mädchenlied«, »Die Rose Leidenschaft«, »Mondnacht« oder »Heimweh« erinnern in manchem an Theodor Storm. Vieles wird von Wehmut durchweht wie ihr »Buchenwald«:

»Es war der schönste Wald, den ich gekannt,
Mit einem fremden, reichen Märchenleben,
Mohnblüten brannten rot an seinem Rand,

Und Rehe tranken abends aus den Gräben.
Nur ein paar kurze Sommerstunden sah
Ich kinderglücklich jene alten Buchen –
Und doch, weiß ich es: ist mein Sterben nah,
Werd' ich im Traum noch nach dem Walde suchen.«

Nach der Vertreibung lebte sie in Bad Nenndorf, trauerte in einfühlsamer Poesie um die alte Heimat. Und ihre Worte über den Untergang Ostpreußens durch Krieg und Vertreibung bleiben eines der schönsten Beispiele deutscher Lyrik:

».. . Es war ein Land – wir liebten dies Land –,
Aber Grauen sank drüber wie Dünensand.
Verweht wie im Bruch des Elches Spur
Ist die Fährte von Mensch und Kreatur –
Sie erstarrten im Schnee, sie verglühten im Brand,
Sie verdarben elend in Feindesland,
Sie liegen auf der Ostsee Grund,
Flut wäscht ihr Gebein in Bucht und Sund,
Sie schlafen in Jütlands sandigem Schoß –
Und wir Letzten heimatlos,
Tang nach dem Sturm, Herbstlaub im Wind –
Vater, Du weißt, wie einsam wir sind!
Nie zu klagen war unsere Art,
Du gabst und Du nahmst – doch Dein Joch drückt hart!
Vergib, wenn das Herz, das sich Dir ergibt,
Nicht vergißt, was zu sehr es geliebt,
Was Gleichnis uns war – und noch bleibt im Leid –
Von Deines Reiches Herrlichkeit!
O kalt weht der Wind über leeres Land.
O leichter weht Asche als Staub und Sand,
Und die Nessel wächst hoch an zerborstener Wand,
Aber höher die Distel am Ackerrand!«



Agnes Miegel (1879–1964) aus Königsberg war neben Lulu von Strauß und Torney und Börries Freiherr von Münchhausen bedeutendste Meisterin der Ballade in diesem Jahrhundert in Deutschland.

Eine andere herausragende Gestalt der deutschen Literatur war Paul Fechter (1880–1958) aus Elbing in Ostpreußen. Noch mehr als in seinen Erzählungen gab er diesem Jahrhundert mit seinen beiden Bänden »Menschen und Zeiten« (1949) und »An der Wende der Zeit« (1950). Er schuf damit einfühlsame Porträts führender Geister ab 1900. Sein humoristischer Roman »Die Kletterstange«, sein autobiographisches Buch »Das wartende Land« (1931) und seine Geschichte »Die Fahrt der Ahnfrau« spiegeln die Bandbreite des Schaffens eines nachdenklichen und wägenden Geistes wider. Fechters humorvolle Berlin- und Ostpreußen-Romane werden auch von kommenden Generationen noch in die Hand genommen werden.
Der Romanschriftsteller Ernst Wiechert (1887–1950), geboren im ostpreußischen Kleinort, litt in wachsendem Maße an seiner Zeit und am deutschen Volk. 1948 zog er sich verbittert in die Schweiz zurück. Wir wissen noch nicht endgültig, welche seiner Werke überdauern werden. Gültig vielleicht schon jetzt sein schwermütig-grüblerischer Roman »Der Knecht Gottes Andreas Nyland« (1926) und sein Roman »Die Majorin« als Verkörperung des Ideals schlichten und naturverbundenen Menschentums; meisterlich seine Novellen zum Ersten Weltkrieg: »Der Todeskandidat«, »Der Vater«, »La Ferme Morte« (alle 1934); ergreifend sein Lagerbericht »Der Totenwald« (1940); Wiecherts Reden »An die deutsche Jugend« sind eine bleibende Mahnung, sich nicht ideologisch mißbrauchen zu lassen.
Auch von den lebenden Ostpreußen werden manche Bücher von kommenden Generationen noch in die Hand genommen werden. Etwa die ostpreußischen Er-

zählungen von Siegfried Lenz (geboren 1926) aus Lyck unter dem Titel »So zärtlich war Suleiken«. Der in Jäglack bei Angerburg 1934 geborene Arno Surminski eroberte sich mit dem Roman »Jokehnen oder Wie lange fährt man von Ostpreußen nach Deutschland?« seit 1974 große Leserscharen.

Erwähnt werden müßten viele Lebende wie bereits Verstorbene noch aus anderen Vertreibungsländern, etwa der Schlesier Gottfried Rothacker mit seinem bedeutenden Roman »Das Dorf an der Grenze« (1936), Hugo Scholz, der Bauernsohn aus dem schlesischen Ottendorf, mit seinen Bauernidealisierungen, der Niederschlesier Jochen Klepper, wohl bedeutendster, kraftvoll dem Protestantismus zugewandter Schriftsteller Schlesiens in diesem Jahrhundert, der in Beuthen geboren wurde.

Noch heute gelesen werden Arnold Zweigs (1887–1968) Romane »Der Streit um den Sergeanten Grischa« und »Das Eis bricht«. Er wurde in Groß-Glogau geboren und gehörte, wie viele Juden aus dieser Landschaft, zu den leidenschaftlichen Kosmopoliten. Georg Heym (1887–1912), dessen Wiege im schlesischen Hirschberg stand, wird als einer der Väter des deutschen Expressionismus jetzt wieder häufiger gelesen. – Mit einem Wort, die Vertreibungsgebiete haben Männer und Frauen hervorgebracht, die Größtes für die deutsche und die Weltliteratur geleistet haben.

Hohe Schulen und Geisteswissenschaften in den Vertreibungsgebieten

Viel hat der Osten zum deutschen Geistesleben beigetragen. Zuerst der Südosten. 1348 unterschrieb Karl VI. die Stiftungsurkunde für die Universität Prag – die erste Universität des Reiches nördlich der Alpen. Die Universitätsverfassung teilte die Bildungsstätte damals in vier »nationes« ein: eine bayerische, eine sächsische, eine polnische und eine böhmische. In den ersten drei »nationes« waren zumeist deutsche Lehrende tätig. Die Karl-Ferdinands-Universität in Prag war als Hohe Schule ein Zentrum deutschen Geistes. Johannes Hus, der tschechische Reformator, setzte 1409 eine Änderung der Universitätsverfassung durch, welche die böhmische Nation zur beherrschenden machte. Daraufhin verließen zahlreiche deutsche Professoren und Studenten Prag und zogen nach Leipzig und Erfurt. Die Prager Hohe Schule war nur noch – nach Aussagen des tschechischen Historikers Tomek – ein »verrostet Kleinod«. Erst nach Jahrzehnten konnte sie sich wieder von diesem Schlag erholen.
Die Wirren der Hussitenzeit und des Dreißigjährigen Krieges hemmten ihre weitere Entfaltung ebenso wie die »Gegengründung« einer 1556 eröffneten Jesuitenakademie, die von der Kirche und den Habsburgern unterstützt wurde. Erst später, im Zeitalter Maria Theresias – jetzt vereinigt mit der Jesuitenakademie –, bekam sie wieder europäischen Rang. 1882 wurde die Karl-Ferdinands-Universität in eine deutsche und eine tschechische Universität geteilt. Erstere zählte 1903 202 Lehrer und 1435 Studierende. Die Bibliothek von damals rund

264000 Bänden wurde noch gemeinsam genutzt. Der aufstrebende tschechische Nationalgedanke und die Gründung der Tschechoslowakei nach dem Ersten Weltkrieg haben die deutsche Universität dann zum Absterben gebracht.
1539 richteten die preußischen Landschaftsgesandten an den Herzog Albrecht ein »Begehren«, eine Hohe Schule zu errichten, »in der die Jugend dieses Landes und andere in der Gottesfurcht, christlichen Lehre, in ehrbaren Tugenden und guten Sitten aufgezogen und unterwiesen« werden sollten. 1544 wurde in Königsberg die Albertus-Universität als »echt lutherische« eingeweiht und begann die Aufgabe zu erfüllen, die ihr Herzog Albrecht zugewiesen hatte: »Wir hoffen auch, daß unsere Akademie den zahlreichen Völkern, die in Ost und West an Preußen grenzen, Nutzen bringen wird.« Unter den vielen Gelehrten, welche die Hohe Schule zu einer glanzvollen Stätte der Wissenschaft machten, ragt Immanuel Kant heraus. 1811 erweiterte Bessel die Universität um eine moderne Sternwarte und 1819 Karl von Baer um ein zoologisches Museum von internationalem Rang.
1807, in schwerer Zeit, hatte Preußens König Friedrich Wilhelm III. verkündet, der Staat müsse durch geistige Kräfte ersetzen, was er an physischen verloren habe. Er ließ deshalb u. a. die 1702 auf jesuitisches Betreiben von Kaiser Leopold I. gestiftete »Leopoldina« in Breslau, die lediglich eine philosophische und eine theologische Fakultät hatte, mit der »Viadrine«-Hochschule von Frankfurt an der Oder vereinigen. Als Schlesische Friedrich-Wilhelm-Universität wurde sie eine Heimstatt geistiger und religiöser Toleranz. Von den vielen bedeuten-

den Wissenschaftlern, die hier wirkten, sei hier nur August-Heinrich Hoffmann von Fallersleben, der Dichter des Deutschlandliedes, genannt, der als Ordinarius hier 1842 auch eine Sammlung schlesischer Volkslieder herausgab.

Nur einige der Großen aus Philosophie und Wissenschaft, die in den Vertreibungsgebieten geboren wurden oder wirkten, seien hier vorgestellt.

Da ist als erster Nicolaus Copernicus aus Thorn (1473–1543) zu nennen. Der Begründer der modernen Astronomie studierte in Krakau Mathematik, in Bologna Astronomie und in Padua auch Medizin. 1499 erwarb er sich die medizinische Doktorwürde. Als Mitglied des Frauenburger Domkapitels widmete er sich sowohl den Amtsgeschäften als den Wissenschaften. Mit praktischer Begabung beteiligte er sich an der Verwaltung der ausgedehnten Besitzungen des Frauenburger Domstiftes.

Reifste Frucht seiner wissenschaftlichen Forschungen war das Werk »Die orbium coelestium revolutionibus« (»Über die Umläufe der Himmelskörper«), das er bereits 1530 im wesentlichen vollendet hatte, zu dessen Veröffentlichung er sich aber erst kurz vor seinem Tode auf Zureden seiner Freunde, insbesondere des gelehrten Kulmer Bischofs Tiedemann Giese, entschloß. Die Entdeckung, die er darin veröffentlichte, war eine Absage an das überkommene Weltbild, wonach die Erde das Zentrum des Weltalls war und die Gestirne sich um das Erdenrund bewegen sollten. Obwohl der Grundgedanke des Copernicanischen Weltbildes sich schon vereinzelt bei griechischen Philosophen und Mathematikern findet, hat Copernicus durch seine wissenschaft-



Nikolaus Copernicus lebte von 1473 bis 1543. Geboren zu Thorn und gestorben in Frauenburg, hatte er seine berufliche Existenz in der Heimat gefunden. Er begründete die moderne Astrologie.

liche Begründung der neuen Lehre bahnbrechend gewirkt. Seine Erkenntnisse hatten weitreichende Folgen, nicht nur für die weitere Entwicklung der Astronomie, die bis dahin auf der These von der dominierenden Stellung der Menschen als Krönung der Schöpfung beruhte.
Aus Anlaß der 500. Wiederkehr seines Geburtstages bemühte Polen eine Schar von Wissenschaftlern, die beweisen sollten, seine Abkunft sei polnisch. Immerhin wissen wir, daß sein Vater deutscher Herkunft war und er sein Werk in Nürnberg druckte. Die erste polnische Ausgabe erschien erst 1854 in Warschau. Theodor Heuss nahm Copernicus deshalb auch in das bekannte Sammelwerk »Die großen Deutschen« auf.
Nicht ein Streitobjekt sollte Copernicus heute sein, sondern ein Bindeglied zwischen den beiden Völkern, den Deutschen und den Polen. Denn gerade im 20. Jahrhundert können wir besser als je zuvor erkennen, daß die deutsch-polnische Nachbarschaft mit anderen slawischen Völkern fruchtbare Gemeinsamkeiten und ehrenvolle Partnerschaften möglich gemacht haben. Die Bemühungen, welchen beiden Völkern Ehre und Ruhm gebühren, sollten in diesen, wie anderen »Grenzfällen«, sich vom gemeinsamen Stolz überwinden lassen, im Grenzraum so große Persönlichkeiten hervorgebracht und so große Leistungen erreicht zu haben.
Erwähnt werden muß Valentin Friedland aus Troitschendorf in der Oberlausitz (1490–1556). Der berühmte humanistische Schulmann, oft nach seinem Geburtsort auch Trotzendorf genannt, studierte in Leipzig und kam 1516 als Lehrer wieder nach Görlitz, wo er die Kenntnis des Griechischen verbreitete. Luthers Auftreten bewog

ihn, sein Amt niederzulegen und 1519 nach Wittenberg zu gehen, wo er sich den Reformatoren, namentlich Melanchthon, anschloß. 1523 wurde er Lehrer an der Lateinischen Schule in Goldberg in Schlesien, ging vier Jahre darauf mit gleicher Aufgabe nach Liegnitz und von dort 1529 wieder nach Wittenberg, von wo er 1531 als Rektor nach Goldberg zurückkehrte. Unter seiner langjährigen Leitung gelangte die dortige Schule zu hohem Ruf. Unterrichts- und Umgangssprache war das Lateinische. Die Schule war nach dem Muster der römischen Republik organisiert und Verbreiterin humanistischen und reformatorischen Gedankenguts. Als 1554 das Schulhaus zu Goldberg abbrannte, verlegte er die Schule nach Liegnitz. Hier starb er zwei Jahre später während eines Lehrvortrages.

Einer der bedeutendsten Gestalten des deutschen Ostens war Immanuel Kant aus Königsberg in Ostpreußen (1724–1804), einer der Größten in der Geschichte der deutschen Philosophie! Ab 1770 Professor in Königsberg, hat Kant, obwohl er seine Philosophie nicht mehr zu einem einheitlichen Lehrgebäude verbinden konnte, die europäische Geistesgeschichte zutiefst beeinflußt. Er half entscheidend die Macht des Dogmatismus brechen und machte das menschliche Denken für das Denken unter der Selbstverantwortung der eigenen Vernunft frei.

In seiner »Kritik der praktischen Vernunft« (1788) wandte er sich den beiden Polen des Spannungsfeldes, das den Menschen als Gemeinschaftswesen bestimmt, zu, der Freiheit des einzelnen und der Ordnung in der Gemeinschaft. Kant unternimmt es in seinem Werk, beide Elemente philosophisch zu erklären und kommt



Immanuel Kant (1724–1804) prägte eine ganze Generation Königsberger Studenten. Seine Gedanken zur menschlichen Freiheit haben bleibende Gültigkeit.

dabei zu einem auch heute noch gültigen Ergebnis. Zeichen eines Menschen, der seine Freiheit versteht und ihrem Anruf gerecht wird, ist die Bescheidung seiner durch die Freiheit bedingten Handlungsfähigkeit auf jenen Bereich, den ihm das Sittengesetz zuweist: Handle so, daß die Grundsätze deines Willens jederzeit zugleich als Prinzip einer allgemeinen Gesetzgebung gelten können.

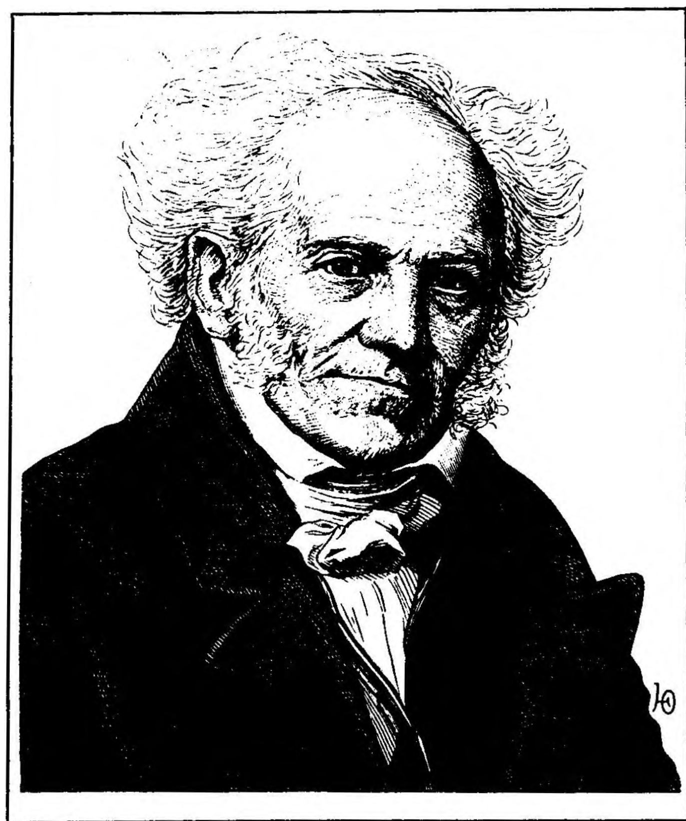
Aus dieser Bestimmung heraus umriß Kant auch den Umfang politischer Freiheit. Sie ist für ihn die Befugnis, keinen Gesetzen zu gehorchen »als zu denen ich meine Bestimmung habe geben können«. Diese politische Freiheit verwies auch grundsätzlich auf das Recht eines jeden Menschen, sein Glück auf dem Wege zu suchen, der ihm selbst gutdünkt, wenn er nur dabei die Freiheit anderer, genauso zu handeln, nicht einschränkt. Somit war für Kant ein freier Wille und ein Wille unter sittlichen Gesetzen dasselbe und die Versöhnung von Freiheit und Ordnung damit bewirkt.

Das moralische Gesetz als bedingungsloser Gegenpol menschlicher Freiheit erfüllt nach den Worten des Königsberger Philosophen das Gemüt mit Verwunderung und Ehrfurcht, je mehr sich das Nachdenken ihm zuwendet.

Zu seinen weiteren Schriften mit größerem Einfluß gehörten die »Allgemeine Naturgeschichte und Theorie des Himmels« (1755), »Der einzig mögliche Beweisgrund zu einer Demonstration des Daseins Gottes« (1756), die »Betrachtung über das Gefühl des Schönen und Erhabenen« (1764) und natürlich die weiteren Hauptwerke »Grundlegung und Metaphysik der Sitten« (1785), »Kritik der Urteilskraft« (1790) und »Reli-

gion innerhalb der Grenzen der bloßen Vernunft« (1793). Von seinen kleineren Arbeiten sind drei heute wieder von besonderer Bedeutung: »Über den Gemeinspruch: Das mag in der Theorie richtig sein, taugt aber nicht für die Praxis« (1793), »Zum ewigen Frieden, ein philosophischer Entwurf« (1795) und »Über ein vermeintes Recht, aus Menschenliebe zu lügen«, in der Kant als bedingungsloser Kämpfer für die Wahrheit die »Notlüge« verwirft.
Wie seine Schriften von einem weiten Umfang seiner Studien zeugen, war auch der Kreis seiner Vorlesungen, in denen er die Zuhörer zum Selbstdenken anregen wollte, sehr weit gespannt. Er las nicht nur über Philosophie, sondern auch Mathematik, Physik, Mineralogie, physische Geographie, Menschenkunde und Erziehungswissenschaften. Auch seine Gedanken über die Religion scheinen uns noch heute von Bedeutung. Kant führt die Grundgedanken der Religion auf die Moral zurück. Die religiöse Gesinnung besteht für ihn in der Erkenntnis der Pflicht als göttliches Gebot. Je reifer die Vernunft wird, um so entbehrlicher werden für ihn die Satzungen des Kirchenglaubens.
Alle großen Geister seiner Zeit haben sich mit Kants Philosophie auseinandergesetzt. Manche seiner Vorstellungen sind nicht nur heute lebendig, sondern bestimmend.
Ein anderer Philosoph von großer Bedeutung war Friedrich Ernst Daniel Schleiermacher (1768–1834) aus Breslau. Der schlesische evangelische Geistliche wurde 1802 Hofprediger in Stolp, 1804 Professor in Halle und ab 1810 in Berlin. Hier war er, befreundet mit Schlegel und Henriette Herz, von der Romantik stark beein-

flußt, als Schriftsteller aufgetreten in den damals berühmten »Reden über die Religion an die Gebildeten unter ihren Verächtern« (1799). Der reifste Ausdruck seiner religiösen Überzeugungen war das Werk »Der christliche Glaube nach den Grundsätzen der evangelischen Kirche im Zusammenhang dargestellt« (2 Bde., 1821–1822).
Schleiermachers Bedeutung ist in der gegenseitigen Durchdringung von innerer Frömmigkeit, scharfem Denken und lebendigem Wirklichkeitssinn begründet. In der Philosophie weist er überall eine Wechselbeziehung zwischen der geistigen und der stofflichen Welt auf, um in Gott die Einheit des Denkens und Wollens zu ahnen.
Die Familie war für Schleiermacher – neben der Kirche – vor allem die Erziehungsgemeinschaft, die den jungen Menschen befähigt, Bürger seines Staates zu werden. Das Endziel des Erziehens sei, daß jeder im geselligen Leben sich bewähre. Der Mensch erfülle sich erst in der Bindung an eine geistige Gemeinschaft mit Gott.
Der Sohn einer damals sehr bekannten Romanschriftstellerin war Arthur Schopenhauer (1788–1860) aus Danzig. Seine früheste Jugend verbrachte er in England und Frankreich. Nach seinem Studium in Göttingen und Berlin promovierte er in Jena mit der Abhandlung »Über die vierfache Wurzel des Satzes vom zureichenden Grund«, verkehrte im Winter 1813/14 viel mit Goethe in Weimar und zog dann nach Dresden. Hier schrieb er sein Hauptwerk »Die Welt als Wille und Vorstellung«. Der Titel drückt dabei bereits die Grundgedanken seiner Philosophie aus. Nach einer vorübergehenden Lehrtätigkeit in Berlin und längeren Reisen



Arthur Schopenhauer (1788–1860) war Danziger von Geburt. Sein Buch »Die Welt als Wille und Vorstellung« umschrieb die Bilanz seiner Philosophie.

nach Italien ließ er sich in Frankfurt nieder. Als der »Frankfurter Philosoph« setzte er sich kräftig mit Hegel auseinander, schrieb jedoch auch noch zahlreiche kleine Schriften wie »Parerga und Paralipomena«. Seine geschliffenen Gedanken und seine klare, in manchem geradezu vollendete Sprache lassen uns heute besonders gern zu den Aphorismen greifen.

Die bildende Kunst in den Vertreibungsgebieten

Die Backsteingotik im nördlichen Deutschland hat sich auch weit nach Osten ausgedehnt. Die glatten wuchtigen Flächen mit wenig Zierrat und ohne verspielte Formen geben dem Betrachter eines solchen Bauwerks das Gefühl, daß hier Ruhe, Sicherheit, festverwurzelter Sinn für Gerechtigkeit und Klarheit des Denkens wohnen.

Die Stadtkirchen in den großen östlichen Städten der Hanse und des Ordens, so manches gotische Rathaus und natürlich – in gewaltigster Weise – die Marienburg, sind Zeugnisse dieser Baukunst aus gebrannten Ziegeln.

In Danzig zum Beispiel bestimmt die Marienkirche das Stadtbild. Der breite, stumpf wirkende, 76 Meter hohe Glockenturm erhebt sich über einem 105 Meter langen und 35 Meter breiten Längsschiff. Das Querschiff am Ende dehnt sich 66 Meter auseinander. Zwischen den hohen Pfeilern spannt sich ein mit Sternen besätes Netzgewölbe. Kleinode im Innern sind zum Beispiel die 1470 von Hans Döring installierte astronomische Uhr oder die Skulptur der schönen Maria an der Reinholdskapelle. Berühmt wurde Hans Memlings Bild »Das jüngste Gericht«, das die französischen Eroberer 1807 mit in den Louvre nach Paris genommen hatten und das 1815 zurückkehrte. Es ist die größte Hallenkirche im Ostseegebiet – Frucht einer künstlerisch gesinnten und großzügigen Danziger Bürgerschaft. Mehrere Generationen von Mäzenen und Baumeistern wirkten rund 125 Jahre, um den Monumentalbau zu vollenden. Entworfen



St. Marien zu Danzig – schönstes Zeugnis der Backsteingotik in der ehrwürdigen Hansestadt.

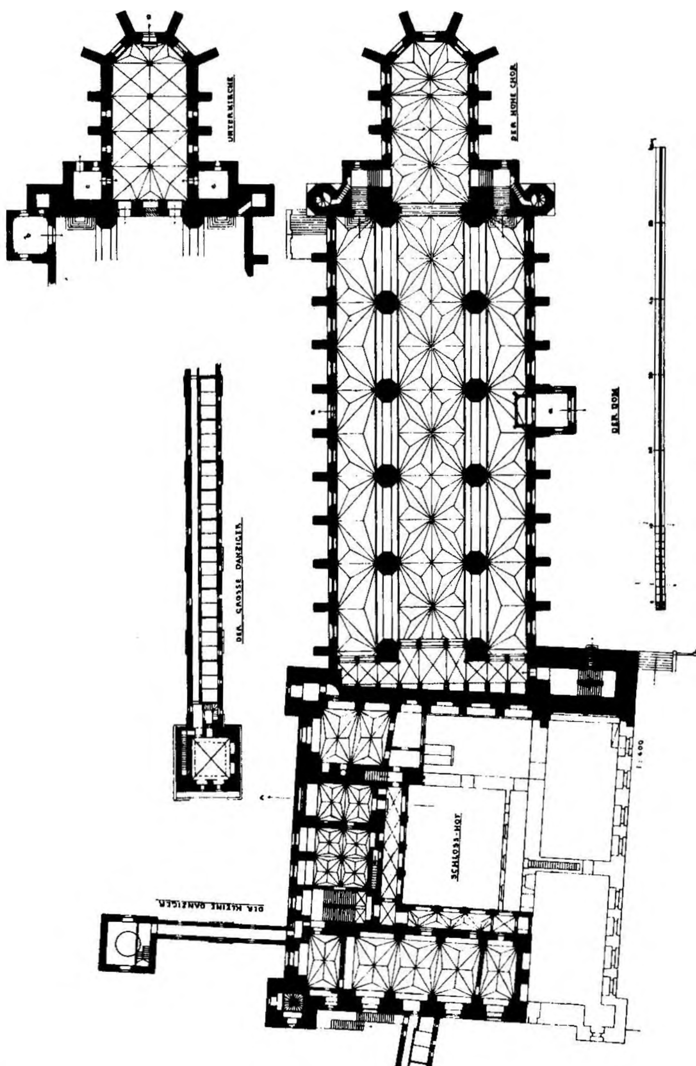
wurde der Plan zu diesem gewaltigen, inzwischen von polnischer Seite restaurierten Bauwerk wahrscheinlich 1379 von Hinrich Ungeradin.
Auch der Königsberger Dom ist solch ein herrliches Beispiel. Der im Zweiten Weltkrieg weitgehend zerstörte Bau wurde 1320 an der Ostseite der Kneiphofinsel begonnen. Der Chor wurde 1340 fertiggestellt. Da die Türme infolge des weichen Untergrundes nicht hoch aussgeführt werden durften, wurde die Westfront meisterlich mit zwei breiten Reihen von zweimal sechs hohen Blenden durchgestaltet. Das Langhaus wurde in der Zeit des Hochmeisters Winrich von Kniprode (1351–1382) zu einer dreischiffigen Hallenkirche entwickelt. Schöne Grabmäler befanden sich im Innenraum, wie das Wandgrab des Hochmeisters Ludger von Braunschweig. Der große Hochaltar verband die Werke von dreihundert Jahren miteinander! Das Kernstück war ein Holzschrein mit Gottvater und Apostelpaaren – fertiggestellt gegen 1500. 1591 kam in der Mitte das »Jüngste Gericht« von Anton Möller hinzu. 1696 erfolgte eine weitere Vergrößerung: der Gesamtaufbau wurde im Akanthus-Barock umrahmt. Bis zur Zerstörung erhalten waren auch der aus Eichenholz geschnitzte Doppelsitz des Hochmeisters und ein Bischofsstuhl von 1503. Eine große Zahl von Denkmälern und Epitaphien schmückten den Innenraum. Im Chor befand sich das Hochgrab des Herzogs Albrecht von 1540. Die Orgel, erbaut von Josua Mosengel, war 1721 vollendet und gehörte zu den bedeutendsten Ostpreußens. In den Turmhallen befand sich die 1650 gestiftete Wallenrodtsche Bibliothek, die ab 1773 als öffentliche Bibliothek geführt wurde.



Königsberg war Bischofsstadt des alten Preußenlandes. Der Dom war ein Wahrzeichen der Stadt am Pregel.



Die »schöne Madonna« in der Thorner Johanniskirche – Beispiel gotischer Skulpturkunst der Deutschen im Osten (entstanden etwa um 1400).

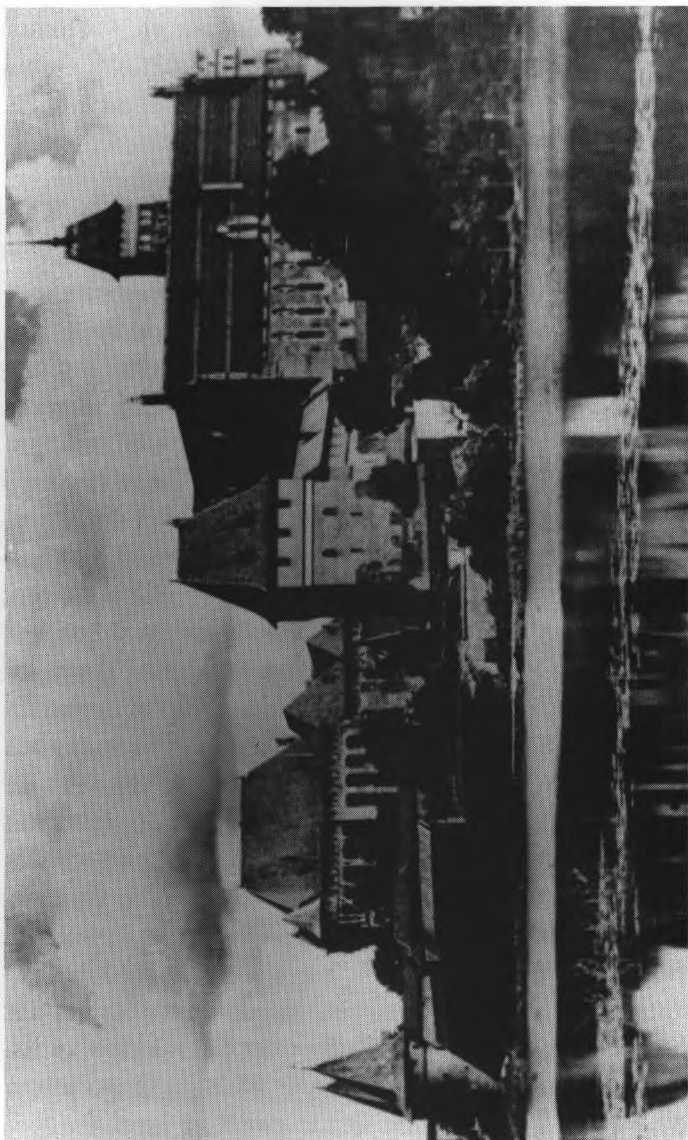


Grundriß des ehemaligen Kapitelschlosses und der Domkirche zu Marienwerder – großartige Beispiele deutscher Architektur im Osten.

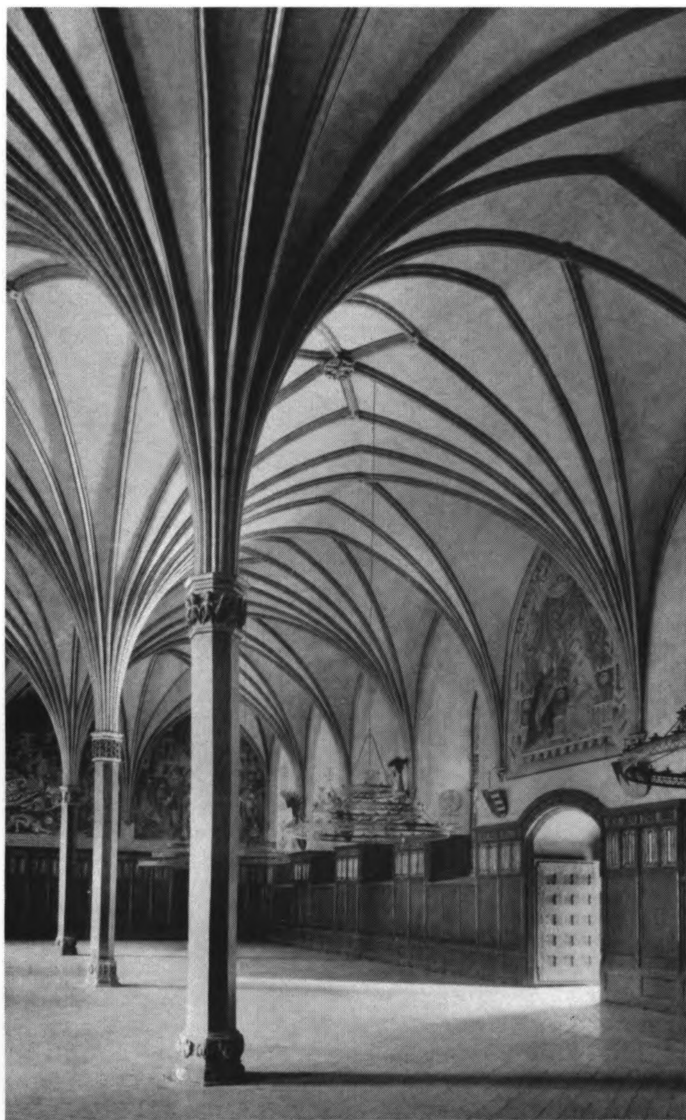
Sankt Jacob in Allenstein, Sankt Johann in Wormditt, die Stiftskirche von Guttstadt, der Domstift zu Frauenburg, die Pfarrkirche St. Katharina zu Braunsberg, St. Jacob zu Thorn, der Dom zu Marienwerder, St. Johann in Danzig und die Pfarrkirche in Wehlau waren weitere großartige Kirchenbauten aus dieser Epoche in Ost- und Westpreußen.

Keiner hat uns die Marienburg so einfühlsam beschrieben wie der ostpreußische Schriftsteller Ernst Wiechert: »Da steht die Marienburg auf dem hohen Ufer der Nogat und spiegelt sich mit ihren hochragenden Türmen, spitzen Giebeln, mächtigen Strebepfeilern und zackigen Zinnen im Abendscheine in den klaren Fluten des breiten, langsam hinziehenden Flusses. Viel wird überall im ganzen Römischen Reich an Fürstenhöfen und in Ritterburgen von ihrer Herrlichkeit gesagt und gesungen; ein Wunder der Christenheit nennt man sie. Aber wer sie mit Augen sah, bekannte gern, daß keine Beschreibung genügte, ein volles Vorgefühl von ihrem majestätischen Ernst und von der Mächtigkeit des Eindrucks auf die Seele des Schauenden zu geben. Und da steht sie noch hoch und hehr, wie einst jener Meister Siegfried von Feuchtwangen sie fürstlich ausbauen ließ, als er des Hochmeisters Residenz für alle Zeit hierher verlegte. Noch war kein Stein aus ihrem Zinnenkranze gebrochen, noch blickte aus ihrer Nische am Chorschlusse der St.-Annen-Kapelle das Riesenbild der Jungfrau Maria, der Schutzheiligen des Ordens, über die Stadt hinaus in reiches, gesegnetes, friedliches Land. Stets als Sieger waren die Streiter heimgekehrt, die aus der Burg auszogen.

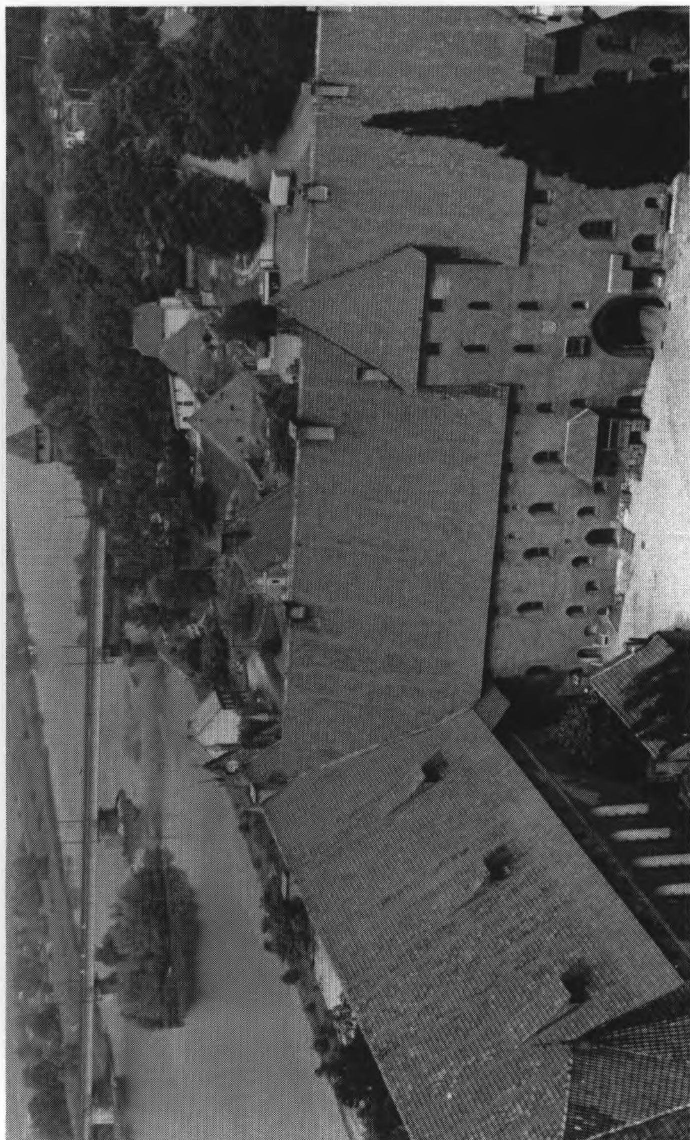
Zwei gewaltige Rundtürme deckten auf dem linken Ufer der Nogat die über ein steinernes Joch in der Mitte



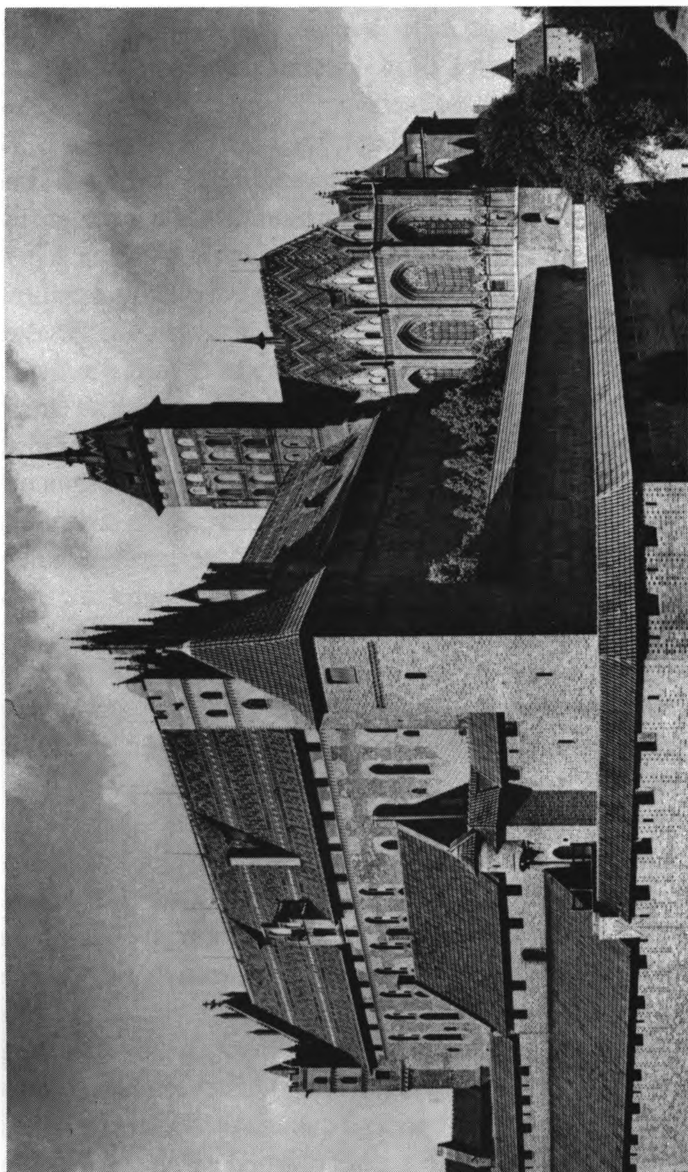
Die Marienburg nach ihrer endgültigen, 1902 abgeschlossenen Rekonstruierung von der Nogatseite her.



Der Große Remter (Kapitelsaal) im Hochschloß der Marienburg – ein großartiges Beispiel der Architektur, die der Deutsche Orden in Preußen hinterließ.



Blick vom Turm der Marienburg in den Hof des Mittelschlosses und in nördlicher Richtung auf die Nogat.



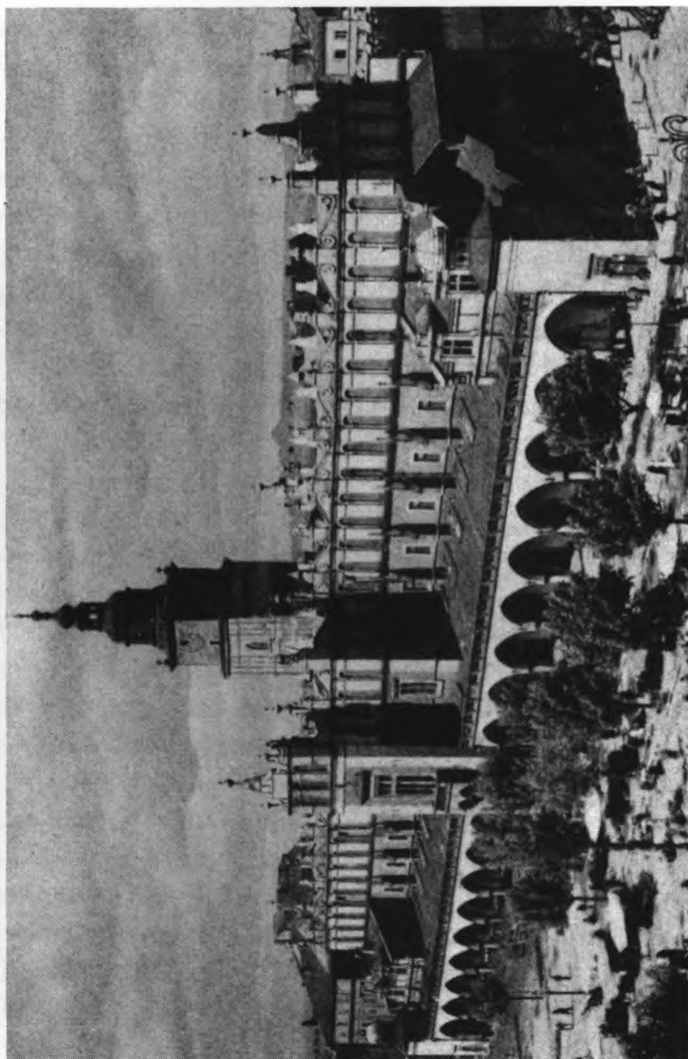
Marienburg, Ostpreußen. Das Ordensschloß von der Landseite.

des Flusses hingeführte Pfahlbrücke. Sie endete drüben vor einem Tor mit Doppelspitzbogen zwischen zwei runden, mit Zinnen gekrönten Türmen. Auf dem Strebepfeiler zwischen den beiden Durchgängen saß ein Mittelturm wie ein Helm auf. Rechts und links fügten sich die Mauern an, durch Pfeiler verstärkt. Man gelangte in einen weiten Vorraum und an eine zweite, noch mächtiger aufsteigende Mauer, die zugleich den Burgplatz fundamentierte. Hoch über sie hinaus strebte der schlanke Wachturm, von dem aus man bei klarer Luft das Land bis zu den Häusern von Elbing sehen konnte.«

Wenngleich die Restauration der Burg noch viel Zeit in Anspruch nehmen wird, auch heute prägt sie sich noch ins Gedächtnis des Besuchers lebenslang ein. Die Zeit ihres höchsten Glanzes hatte die Marienburg in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts. Nicht nur der Hochmeister, auch die Landesregierung hatte damals hier ihren Sitz. In den Kämpfen des Jahres 1410 wurde die Marienburg erfolgreich verteidigt. Der Komtur von Schwetz war der Anführer hinter den Mauern, unter dem alle Angriffe abgewehrt wurden. 1457 fiel sie dann doch, nach langer Belagerung, in die Hände der Polen. Durch den zweiten Thorner Frieden von 1466 kam Westpreußen und mit ihm die Marienburg in den Besitz der polnischen Krone. 1773 erfolgte in der ersten polnischen Teilung die Wiedervereinigung mit Preußen und ab 1817 die Wiederherstellung der Burg.

Viele andere Ordensburgen und Bischofsburgen zieren Ostpreußen. Die unendlich lange Liste von Ortschaftsnamen dort, die mit »burg« enden, besaßen oder besitzen noch heute Reste solcher mittelalterlichen Anlagen. Das gilt nicht nur für Ostpreußen, sondern auch für

Pommern. In Bütow befindet sich ein umfangreiches Bauwerk der Ordenszeit, schöne Reste in Lauenburg und Schivelbein. In Schlawe, Köslin und Belgard erinnern nur noch Bilder an Ordensbauten dieser Art. Von der alten Burg Wildenbruch im südlichen Teil des Kreises Greifenhagen ist ein mächtiger Turm erhalten.
Reich sind auch alle Landschaften des deutschen Ostens an Schlössern und Herrensitzen, deren Vielfalt hier nicht dargestellt werden kann. Erwähnt seien die Schlösser in Stettin und Königsberg sowie die Sitze des Landadels bzw. der Junker, die oft von eindrucksvoller Schönheit waren.
Beeindruckend sind ebenfalls die vielen wirtschaftlich genutzten Bauten, die in zahlreichen Städten des deutschen Ostens noch heute von deutschem Fleiß künden, aber auch in vielen Städten Polens, in denen größere Zahlen von deutschen Kaufleuten jahrhundertelang wirkten, wie zum Beispiel Krakau. Die Tuchhallen dort sind ein schönes Zeugnis deutscher Kaufmannsarchitektur des 16. Jahrhunderts. Baumeister Frankenstein begann 1555 mit dem Umbau der Hallen, die 1879 noch einmal gründlich restauriert wurden und seitdem ein Museum beherbergen.
In den Hanse- und Handelsstädten an der Küste sind es schöne Speicherbauten, die an die große Vergangenheit erinnern. Die Speicher in Danzig, einige überstanden den Krieg, und das Krantor seien hier nur als herausragende Kleinode genannt. Am Langen Markt zu Danzig waren es die Beischläge an den prächtigen Bürgerhäusern, die immer wieder die Bewunderung der Fremden auf sich zogen. Es sind den Häusern vorgelagerte Terrassen, die nach der Straße durch verzierte Gitter oder



Deutsche Kaufleute erhielten in Krakau 1340 das Tuchhandelsvorrecht von Herzog Kasimir dem Großen von Polen. Der deutsche Baumeister Martin Lindintolde schuf die 1257 zum ersten Male erwähnte und in der Renaissance nach einem großen Brand umgebaute Tuchhalle in der Krönungsstadt der polnischen Könige.

Brüstungen abgeschlossen waren. In den wärmeren Jahreszeiten dienten sie als Ruhe- und Plauderplätze, oft hübsch mit Blumen geschmückt.
Noch an einer zweiten Kunstlandschaft ist der deutsche Osten mit einem hohen Anteil vertreten, am Barock, das besonders in Schlesien schönste Triumphe feierte. Da ist die St.-Hedwigs-Kirche in Trebnitz, in der sich auch die Grabstätte der Heiligen befindet, die der Kirche den Namen gab, das Kloster Leubus, die Jesuitenkirche in Glogau, die St.-Martins-Kirche in Seitsch, die 1741 vollendet wurde, die Benediktiner-Abtei in Grüssau, die Klosterkirche Heinrichau oder die Pfarrkirche in Glatz.
»Nun sind wir wieder in dem lärmenden, schmutzigen, stinkenden Breslau, aus dem ich bald erlöst zu sein wünsche«, schrieb Goethe 1790 über die schlesische Hauptstadt. Da muß er einen rabenschwarzen Tag gehabt haben, denn Breslau zählte zu den schönsten deutschen Städten.
So schwärmte denn auch Ricarda Huch: »Es gibt wenig Großstädte in Deutschland, die ein so eigentümliches Stadtbild bewahrt haben, das allein durch seine Anlage und die Verteilung seiner Massen, aber auch in vielen Einzelheiten etwas Großartiges hat. An der östlichen Grenze des Reichs gelegen, erstand Breslau nicht durch Eroberung und Unterdrückung der slawischen Elemente, sondern dadurch, daß die Völker, die sich hier begegneten, sich vertragen lernten, wenn das auch nicht kampflos geschah. Das Freie und Weite, das Städte wie Hamburg durch ihre überseeischen Beziehungen bekamen, dankt Breslau dem Hindurchströmen der Völker, zwischen denen die Deutschen sich nicht durch Waffen-



Das Krantor zu Danzig – Symbol hansischen Handels und der Wirtschaftskraft dieser alten ostdeutschen Hansestadt.

gewalt, sondern durch Tüchtigkeit und Arbeit behaupteten ...

Wenn man Breslau mit anderen Städten vergleicht, so könnte man das Überschwengliche an Form und Schmuck vermissen, das die mittelalterliche Baukunst auszeichnet. Hier sind die Kirchen nicht mit einem steinernen Gespinst von Strebebögen, Wimpergen, Fialen und Baldachinen überzogen, und auch die phantastisch ausgezackten Giebel der Backsteinarchitektur fehlen; schon der häufig vorkommende flache Chor hat etwas Nüchternes, Sparsames. Für das Zurücktreten des Dekorativen entschädigt der monumentale Zug, der desto deutlicher hervortritt, und das Energische, das die häufig vorkommende seitliche Lagerung des Turmes und die hohen Satteldächer der Kirchen umgeben.

Von der ernsten Sachlichkeit, die Breslau im allgemeinen charakterisiert, macht das Rathaus in der Mitte des Rings eine Ausnahme. Es ist so überreich an Einfällen, daß man die trotzdem zustandegekommene Einheitlichkeit, an der der Turm großen Anteil hat, bewundert. Hier ist Behaglichkeit in Fülle, die nie zu verarmen fürchtet, aus der immer wieder neue Gedanken hervorquellen. Wäre mehr aus gotischer Zeit übriggeblieben, so würde der Eindruck vermutlich häufiger wiederkehren.«

Zu erzählen wäre, was Schlesien angeht, auch von stolzen Burgen, kraftvollen Industriebauten, wohlhabenden Gutshöfen und vielen Klein- und Mittelstädten mit ansehnlichen Marktplätzen und Rathäusern, wie wir sie auch in Ost- und Westpreußen, Pommern und Ostbrandenburg finden.

Aber auch aus der großen Zahl vieler Bildhauer und Maler, die Deutschland hervorgebracht hat, stammt



Das Rathaus zu Breslau, errichtet vom 14. bis 16. Jahrhundert, nach einem Stahlstich von Höfer. Das spätgotische Bauwerk hätte jeder anderen deutschen Großstadt zur Ehre gereicht.

eine beträchtliche Zahl aus den Ostgebieten. Das gilt genauso für Architekten. Johann Gotthard Langhans (1733–1808) war einer der ganz großen Schlesier in der Baukunst der Deutschen. In Landeshut geboren, widmete er sich erst dem Studium der Sprachen und Mathematik, um danach doch noch auf Baukunst umzusatteln. 1775 wurde er Kriegs- und Oberbaurat in Berlin. Zu seinen bekanntesten Werken gehören in Breslau das Palais des Fürsten Hatzfeld, die Börse und die Kirche der Elftausend Jungfrauen, in Landsberg das große Armenhaus, des weiteren mehrere evangelische Kirchen in Reichenbach, Waldenburg und Großwartenberg und in Berlin das Brandenburger Tor, der erste Versuch einer Wiedererneuerung der Baukunst in Nachahmung griechisch-römischer Architektur – lange Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg Symbol der Teilung und jetzt wieder der deutschen Einheit.
Einer der vielseitigsten Künstler der Neuzeit – Maler, Radierer, Lithograph und Zeichner – war Adolf Menzel (1815–1905) aus Breslau. 1830 kam er nach Berlin und formte hier sein umfangreiches Lebenswerk. Die berühmtesten seiner Meisterwerke sind Darstellungen aus der preußischen Geschichte. Seine »Tafelrunde Friedrichs des Großen in Sanssouci«, das »Flötenkonzert in Sanssouci« oder die »Huldigung der schlesischen Stände« sind unerreichte Verbindungen von dramatischem Effekt, Lebenswahrheit und poetischer Konzeption. Er illustrierte die von Friedrich Wilhelm IV. veranstaltete Prachtausgabe der Werke Friedrichs des Großen mit Holzschnitten, und sein großes Bilderwerk »Die Armee Friedrichs des Großen in ihrer Uniformierung« war die Frucht 15jähriger Studien. Als berufener Maler der

großen preußischen Tradition hat er viel zur Schaffung eines preußischen Bewußtseins in schwerer Zeit beigetragen. Auch seine Lebensepoche hat Menzel mit vielen Werken begleitet und dargestellt. Die Ölgemälde »Eisenwalzwerk«, »Ein Restaurant der Pariser Weltausstellung«, »Prozession in Hofgastein« oder »Gottesdienst in der Buchenhalle bei Kösen« sind ebenso Beispiele dafür wie eine lange Reihe von Aquarellen, Landschaften, Architektur-, Figur- und Tierstudien. Aber auch eine große Zahl von Bleistift- und Tuschezeichnungen zu den unterschiedlichsten Themen bestätigen seine Vielseitigkeit. Selbst die Vorlage zum Dekor eines Porzellan-Services, eigens gestaltet für den Kronprinzen Friedrich Wilhelm, stammt aus seiner Hand.
Auch der Meistermaler des deutschen Impressionismus, Lovis Corinth (1858–1925), stammt aus dem deutschen Osten. Er wurde in Tapiau in Ostpreußen geboren. Seine Porträts, Landschaften und Stilleben sind mit kraftvollen Farben oft kühn gestaltet. Er wandte sich den verschiedensten Stoffgebieten, auch den religiösen, zu. Die impressionistische Richtung hatte er in Paris kennengelernt und durchaus selbständig weiterentwikkelt. Seine Kunstwerke sind von sinnlicher Fülle und überschäumender Lebenskraft. Zu seinen bekanntesten Werken gehören die »Walchenseelandschaften«, die schon den Weg zum Expressionismus zeigen, »Frauenraub« (1904), »Florian Geyer« (1912), Farblithographien zu Goethes »Reineke Fuchs« (1921), aber auch zahlreiche eindrucksvolle Bildnisse. Seine Bücher »Das Erlernen der Malerei« (1912) und seine »Gesammelten Schriften« (1921) und die nach seinem Tode erschienene »Selbstbiographie« (1926) geben Einblick in das Leben



Adolf Menzel aus Breslau war eines der größten Kunstgenies der Deutschen im letzten Jahrhundert. Er lebte von 1815 bis 1905.

und Schaffen dieses Künstlers, der in keinem Buche der Weltkunst fehlt.
Aus Bromberg stammt ein weiterer impressionistischer Maler, Walter Leistikow (1865–1908). Der westpreußische Maler wurde besonders durch seine stimmungsvollen Darstellungen der märkischen Landschaft bekannt. Von seinen ersten, durch kräftige Farbgebung und frische Naturauffassung auffallenden Bildern sind die »Märkische Landschaft mit Wasser« (1886), »Pommerscher Strandsee« (1887), »Stranddorf in Pommern« (1888) und »Ziegeleien am Wasser« (1889) besonders eindrucksvoll. In den neunziger Jahren des letzten Jahrhunderts wandte er sich einer mehr stilisierenden und vereinfachenden Form zu und malte besonders die Berliner Seen in ernster und melancholischer Stimmung. Von seinen weiteren Bildern sind auch die »Mondnacht an der Nordsee« (1901), »Norwegisches Gebirge« (1902) und »Havelkähne in Mondbeleuchtung« (1903) durch ihren geheimnisvollen Reiz bekanntgeworden. Auf kunstgewerblichem Gebiet hat sich Leistikow auch versucht, so beim Entwurf von Tapeten. Sein Roman »Auf der Schwelle« blieb ohne Erfolg.
Dem Sozialismus hatte Käthe Kollwitz (1867–1945) aus Königsberg ihre Kunst gewidmet. Die bekannte Grafikerin, Schülerin von Stauffer-Bern und Herterrich, lebte hauptsächlich in Berlin. Mit ihren Zeichnungen, Radierungen, Holzschnitten und Steindrucken hatte sie sich ganz der Arbeitswelt und ihren Menschen zugewandt; nicht nur, wie sie einmal bekannte, »weil die aus dieser Sphäre gewählten Motive mir einfach und bedingungslos gaben, was ich als schön empfand«, sondern auch, weil sie die Herzen der Betrachter für das Elend

in den Arbeitervierteln bewegen wollte. Ihr Sozialismus allerdings – wenn auch immer wieder von den Kommunisten aus Propagandazwecken ihre Arbeiten genutzt wurden – ließ sich nicht in das Programm einer Partei pressen. Ihre Radierungen »Weberaufstand« und »Bauernkrieg«, ihr Holzschnitt-Zyklus »Krieg« oder der Steindruck »Hungernde Kinder« gehören zum Bleibenden ihres Werkes.
Käthe Kollwitz und Lovis Corinth aus Ostpreußen, Johann Gotthard Langhans und Adolf Menzel aus Schlesien, Walter Leistikow aus Westpreußen, alle waren Künstlergenies, die die Welt mit ihren Werken bereichert haben. Menschlich waren sie alle grundverschieden. Eine war Sozialistin, der andere spöttelnder Lebenskünstler, der eine düster, der andere heiter. Eines aber haben sie alle gemeinsam – sie stammen aus dem deutschen Osten. Sie und die anderen großen Dichter, Denker, Bildhauer aus den Ostgebieten haben die Weltgeschichte mitgeprägt – die Weltgeschichte hat es ihnen nicht gedankt.
Ich muß wieder an den alten deutschen Bauern denken, den ich in einem Dorf bei Allenstein traf. »Wir bräuchten ein deutsches Kulturhaus«, hatte er gesagt. »Ein Haus, wo wir deutsch reden und singen können. Manchmal glaube ich, wir im Osten haben den Krieg allein verloren!« Und dann sagte er zu unserem Abschied noch jene Sätze, die auch dieses Buch beschließen sollen: »Wir wollen wieder Deutsche sein dürfen, richtige Deutsche. Kohl und Genscher sollten keinen Vertrag unterschreiben, in dem nicht auch etwas für uns getan wird.«

Verzeichnis der wichtigsten benutzten Literatur

Aubin, Hermann, „Der deutsche Osten und das Abendland", München 1953

Bernhard, Ludwig, „Die Polenfrage: Der Nationalitätenkampf der Polen in Preußen", Leipzig 1930

Conze, Werner u. a./Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge, Kriegsgeschädigte, „Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa", 6 Bände, 1960, Nachdruck München 1984

Fechner, Helmuth, „Deutschland und Polen", Würzburg 1964

Fuchs, Werner, „Selbstzeugnisse polnischen Eroberungswillens", Neudruck der Ausgabe von 1930, Struckum 1990

Gause, Fritz, „Deutsch-slawische Schicksalsgemeinschaft", Kitzingen/M. 1952

Goguel, Rudi, „Oder-Neiße, Eine Dokumentation", Berlin 1955

Hubatsch, Walter, „Im Bannkreis der Ostsee – Grundriß einer Geschichte der Ostseeländer in ihren gegenseitigen Beziehungen", Marburg 1948

Jaeckel, Dr. Georg, „Die Entstehung des polnischen Staates 1916 bis 1918", Bonn o. J.

Jaeckel, Dr. Georg, „Die polnische Schuld an der Entwicklung des deutsch-polnischen Konfliktes (1919–1939), Bonn o. J.

Kayser, Erich, „Danziger Geschichte", Kitzingen 1951

Kotzde, Wilhelm, „Der Deutsche Orden im Werden und Vergehen", Jena 1929

Landsmannschaft Schlesien (Hrsg.), „Die 5 polnischen Teilungen 1772–1815, Legende und Wirklichkeit", Impekoven o. J.

Lehmann, Hans-Georg, „Der Oder-Neiße-Konflikt", München 1979

Lohmeyer, Karl, „Geschichte von Ost- und Westpreußen", Gotha 1881

Mandel, Willi/Ziegfeld, A. Hillen, „Unser Osten – Politische Geschichte Ostdeutschlands", 2 Bd., Berlin 1939

Markert, Werner (Hrsg.) „Osteuropa-Handbuch Polen", Köln/Graz 1959

Mornik, St., „Polens Kampf gegen seine nichtpolnischen Volksgruppen", Berlin/Leipzig 1931

Müller-Sternberg, Robert, „Deutsche Ostsiedlung – Eine Bilanz für Europa", Bielefeld 1969

von Oertzen, F. W., „Das ist Polen", München 1932

Olbrich, O., „Der Leidensweg des oberschlesischen Volkes", Oppeln 1929

Rabl, Kurt, „Das Selbstbestimmungsrecht der Völker", München 1963

Rauschning, Hermann, „Die Entdeutschung Westpreußens und Posens", Berlin 1930

Recke, W., „Die polnische Frage als Problem der europäischen Politik", Berlin 1927

Rhode, Gotthold, „Geschichte Polens – Ein Überblick", 3. Aufl., Darmstadt 1980

Rothfels, Hans, „Bismarck, der Osten und das Reich", Stuttgart 1960

Sasse, H. G., „Die Vorgeschichte von Austreibungen und Oder-Neiße-Linie 1939 bis 1945", Würzburg 1959

Schodrok, Karl (Hrsg.), „Das Erlebnis der oberschlesischen Volksabstimmung", Neumarkt 1951

Schumacher, Bruno, „Geschichte Ost- und Westpreußens", Würzburg 1957

Seraphim, Peter-Heinz u. a., „Ostwärts der Oder und Neiße", Hannover 1948

Siegler, Dr. Heinrich, „Aufriß der Außenpolitik Polens 1918–1945 und der Ausbruch des Zweiten Weltkrieges", Bonn/Wien/Zürich 1960

Szaz, Zoltan Michael, „Die deutsche Ostgrenze – Geschichte und Gegenwart", München 1960

von Wilpert, Friedrich, „Das Oder-Neiße-Problem", Leer 1968

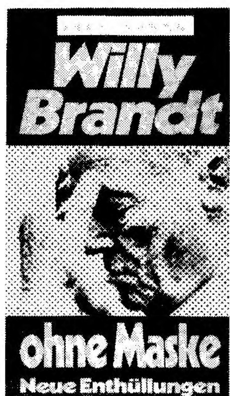
Wagner, Franz/Vosberg, Fritz, „Polenspiegel – Die Aktivitäten der Polen in Deutschland nach ihren eigenen Zeugnissen", Nachdruck der Ausgabe 1908, Struckum 1988

de Zayas, Alfred M., „Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen", München 1979



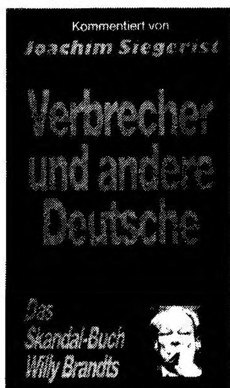
Siegerist ging mit Brandt durch etliche Gerichtsprozesse. Das Buch konnte nicht verboten werden.
Mit diesem Buch wurde Siegerist bekannt.

DM 29,50



Darf man so weit gehen und Liebesabenteuer eines Politikers veröffentlichen? Siegerist: „Ja. Denn dafür ging eine Frau bei Ulbricht ins Zuchthaus. Der Staat war betroffen.“ Einschüchtern läßt Siegerist sich nicht.

DM 37,80



1946 schrieb Brandt das Skandal-Buch „Verbrecher und andere Deutsche“, bestritt später den Titel. Bislang nur norwegisch. Siegerist grub das Original aus, übersetzte und kommentierte es in deutsch.

DM 49,80



Die Wachmannschaften der SS hatten die Konzentrationslager der NSDAP kaum verlassen – da wurden sie von den Kommunisten wieder für eigene Zwecke „genutzt". Überlebende berichten dramatische Einzelheiten.

DM 39,80



Siegerist weist nach, daß Barschel ermordet wurde, nennt Motive und Hintermänner. Siegerist war mit Barschel befreundet, verteidigt den Toten.

DM 39,50



Eine Horrorvorstellung: in der Sowjetunion werden die Grenzen geöffnet und mehr als 10 Millionen Russen strömen als Asylanten nach Deutschland. Das Thema des Jahrzehnts – brandneu.

DM 39,80



Gab es in der ehemaligen DDR überhaupt noch jemanden, der dieses Buch noch nicht gelesen hat? In der 6. Auflage demaskiert Siegerist den listigen Gregor Gysi.

DM 38,–



Das beste Siegerist-Buch. Der spannendste (aber wahre) Polit-Krimi dieses Jahrzehnts. Ein journalistisches Meisterwerk.

DM 49,80



Mit diesem Buch demaskierte Joachim Siegerist schon vor der Bundestagswahl den unseriösesten Kanzlerkandidaten, den die SPD je hatte. Siegerist: „Auch nach der verlorenen Wahl wird Lafontaine die Politik der SPD maßgeblich mitbestimmen.“ Ein sachliches, erstklassiges Buch. **DM 29,80**



Joachim Siegerist · Oder/Neiße · Verzicht bleibt Verrat